

Unterrichtung**durch die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration****Erster Integrationsindikatorenbericht****Inhaltsverzeichnis**

Seite

Einleitung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zum Ersten Integrationsindikatorenbericht	3
Erster Integrationsindikatorenbericht: Erprobung des Indikatorensets und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring	9
Zusammenfassung	10
A. Einleitung	16
B. Stand der Integration in Deutschland: Lebenslagen von Personen mit Migrationshintergrund (Indikatorenteil)	22
1. Rechtsstatus und Demographie	22
1.1 Rechtsstatus der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer	22
1.2 Demographie	30
2. Frühkindliche Bildung und Sprachförderung	34
3. Bildung	39
4. Ausbildung	47
5. Arbeitsmarktintegration	62
6. Soziale Integration und Einkommen	82
7. Gesellschaftliche und politische Partizipation, Gleichberechtigung	88
8. Wohnen	101
9. Gesundheit	105
10. Medien	120

	Seite
11. Interkulturelle Öffnung	122
12. Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung	127
C. Weiterführende Analyse	134
1. Bildung	134
2. Ausbildung	139
3. Arbeitsmarkt	150
4. Armut	158
5. Gesellschaftliches Engagement	162
6. Gesundheit	167
D. Weiterentwicklung des Indikatorensets und des Integrationsmonitorings	172
E. Anhang	194

Einleitung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration zum Ersten Integrationsindikatorenbericht

I.

In Deutschland leben heute rund 15,3 Millionen Menschen mit einem Migrationshintergrund, das ist rund ein Fünftel der Bevölkerung.

Die erfolgreiche Integration von Menschen aus Zuwanderungsfamilien ist zu einer herausragend wichtigen Aufgabe der Politik geworden und wird es in den kommenden Jahren bleiben.

Integration erfolgreich gestalten heißt, Migrantinnen und Migranten, die sich in die deutsche Gesellschaft eingliedern wollen, Chancen auf gleichberechtigte Teilhabe zu eröffnen und ein gutes Zusammenleben aller Menschen in Deutschland zu ermöglichen.

Die Bundesregierung hat Integration zu einem gesellschaftspolitischen Schlüsselthema entwickelt. Der Nationale Integrationsplan mit seinen rund 400 Maßnahmen und Aktivitäten von Bund, Ländern, Kommunen, Migrantinnen und Migranten sowie wichtigen gesellschaftlichen Institutionen hat die Weichen neu gestellt. Er versteht Integration als Aufgabe von Staat und Gesellschaft und gestaltet sie pragmatisch im Dialog aller Beteiligten. Der Erste Fortschrittsbericht zum Nationalen Integrationsplan vom November 2008 zeigt: Wir sind auf einem guten Weg.

Der Bund hat seine Integrationspolitik als Querschnittsaufgabe angelegt, die alle Politikfelder umfasst und langfristig konzipiert sein muss. Unerlässlich für die erfolgreiche Gestaltung von Integrationspolitik ist Transparenz über den Stand und den Verlauf der Integration auf der Basis objektiver Daten. Nur wenn bekannt ist, wie sich Integration in den verschiedenen Handlungsfeldern entwickelt, wo Defizite auftreten und Fortschritte zu verzeichnen sind, kann zielgerichtet gehandelt werden. Erfolgreiche Integrationspolitik braucht daher klare Indikatoren.

Deshalb hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration mit der Unterstützung von Bundesministerien und Bundesbehörden ein Integrationsindikatorenset entwickelt, das die wichtigsten integrationspolitischen Handlungsfelder in den Blick nimmt. Die Bundesregierung hat dieses Integrationsindikatorenset am 4. Juni 2008 zustimmend zur Kenntnis genommen.

In Ländern und Kommunen gewinnen die Beobachtung von Integrationsprozessen und die Überprüfung von Integrationspolitik anhand von Indikatoren an Bedeutung. Die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister der Länder verständigen sich im Juni 2009 auf einen Katalog gemeinsamer Indikatoren, der sich an das im Bund erarbeitet Set anlehnt.

Auch international besteht ein großes Interesse an Integrationsindikatoren. Insbesondere in der Europäischen Union sind wichtige Vorarbeiten geleistet worden. So haben der Rat der Justiz- und Innenminister der Europäischen Union und die Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten im Juni 2007 in den Schlussfolgerungen zur Stärkung der Integrationspolitik in der EU beschlossen, zur freiwilligen Nutzung durch die Mitgliedstaaten die Ausarbeitung gemeinsamer Indikatoren für eine Bewertung der Integrationspolitik zu fördern. Deutschland unterstützt diesen Prozess aktiv. Die Integrationsbeauftragte richtet hierzu im Juni 2009 eine Konferenz aus, in der die Erfahrungen bei der Entwicklung und Umsetzung von Integrationsindikatoren in den europäischen Mitgliedstaaten ausgetauscht werden.

II.

Der vorliegende Erste Bericht zum Bundesweiten Integrationsmonitoring wurde im Auftrag der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration¹ erstellt. Er erprobt das entwickelte Indikatorenset und gibt Empfehlungen zu dessen Weiterentwicklung.

- Der Bericht bestätigt die Einschätzung der Beauftragten, dass eine angemessen tiefe und umfassende Betrachtung von Integrationsprozessen im Zeitverlauf weiterer Datengrundlagen bedarf.

Für den vorliegenden Indikatorenbericht konnten insbesondere die Daten des Mikrozensus für die Jahre 2005 bis 2007 in Zeitreihen dargestellt werden. Diese Daten liegen erstmals seit 2005 zu Personen mit Migrationshintergrund vor. Daten aus dem Jahr 2008 sind zum Abgabetermin des Berichts noch nicht verfügbar. Für einzelne Indikatoren liegen bisher aufgrund größerer Erhebungsskalen erst Daten für ein Berichtsjahr vor, z. B. in den Themenbereichen Wohnen, Gesundheit und freiwilliges Engagement. Für diese Indikatoren können zeitliche Entwicklungen bisher nicht analysiert werden. Ebenso konnten im vorliegenden Bericht noch nicht für alle Indikatoren Berechnung und Auswertung durchgeführt werden, da zum Teil keine Daten verfügbar waren.

Die Beauftragten Wissenschaftler waren gebeten worden, auf Basis der Erprobung des Indikatorensets konkrete Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Datenbasis zu machen. Unabhängig von den Empfehlungen wurden in einigen Bereichen der amtlichen Statistik bereits Fortschritte hinsichtlich der Erfassung des Migrationshintergrundes erreicht. So wurden Gesetzesgrundlagen geschaffen, um die Erfassung des Migrationshintergrundes in der Arbeitsmarktstatistik und im europaweiten Zensus 2011 zu ermöglichen. Dennoch bleibt die Aufgabe, die Voraus-

¹ Der vorliegende Bericht wurde verfasst von der Arbeitsgemeinschaft des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG Köln) und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB Berlin)

setzungen für die Erhebung der Statistiken weiter zu verbessern.

- Der Bericht stellt den Stand der Integration von Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gesamtbevölkerung dar. Da sich integrationspolitische Ziele z. B. im Nationalen Integrationsplan oder in der Qualifizierungsinitiative Deutschland in vielen Fällen am Stand der Gesamtbevölkerung orientieren, ist dieser Maßstab aus Sicht der Beauftragten erforderlich.
- Der Bericht analysiert, ob die bestehenden Unterschiede sich durch die sozialstrukturellen Unterschiede der Gruppen, z. B. deren schulische und berufliche Qualifikationsniveaus, erklären lassen. Damit nimmt der Bericht erstmals auch differenziert sozialstrukturelle und migrationsbedingte Einflussfaktoren in den Bereichen Bildung, Ausbildung, Arbeitsmarkt, Armut, gesellschaftliches Engagement und Gesundheit mittels multivariater statistischer Analysen in den Blick.
- Der Bericht stellt auch die Unterschiede von selbst Zugewanderten und in Deutschland geborenen Kindern von Zugewanderten heraus. In vielen Bereichen belegt der Bericht Integrationsfortschritte der in Deutschland geborenen Migrantinnen und Migranten gegenüber der ersten Generation, die selbst zugewandert ist. Unter „erster Generation“ wird dabei ein statistischer Generationenbegriff verstanden, für den der Geburtsort im Ausland und nicht die Generationenfolge in der Familie ausschlaggebend ist. Die zweite Generation umfasst alle in Deutschland geborenen Kinder von aus dem Ausland Zugewanderten, auch wenn diese im Kleinkindalter mit den Eltern zugewandert sind. Im Bericht werden damit auch Personen berücksichtigt, die im öffentlichen Diskurs als dritte und vierte Generation der Personen mit Migrationshintergrund bezeichnet werden.
- Der Bericht beschreibt die Entwicklung der Integration der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bewusst nicht als Momentaufnahme in einem bestimmten Jahr, sondern im Zeitverlauf. Nur so kann gewährleistet werden, dass Entwicklungen positiver wie negativer Art sichtbar gemacht und Ansatzpunkte für die Verbesserung integrationspolitischer Instrumente gefunden werden können. Der vorliegende Bericht ist hierfür Grundlage und Einstieg in eine fortgesetzte Berichterstattung, mit der Integrationsverläufe in längeren Zeiträumen dargestellt werden sollen.

Um zu vergleichbaren und für Integrationspolitik nutzbaren Ergebnissen zu kommen, nutzt der Bericht Indikatoren auf der Basis von amtlichen Statistiken, die regelmäßig und in hoher Qualität erhoben werden. Gleichwohl wird die Einschätzung des Berichts geteilt, dass eine vertiefende Bewertung einzelner Politikfelder der Integrationspolitik begleitender wissenschaftlicher Studien bedarf.

III.

Rechtsstatus und Demographie

Die Indikatoren zeigen ein gemischtes Ausgangsbild:

- Im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr blieb die Zahl der Einbürgerungen 2005 bei 3,1 %, 2006 bei 3,2 % und 2007 bei 2,9 % relativ konstant.
- Etwa 6,75 Millionen Ausländerinnen und Ausländern waren Ende 2007 im Ausländerzentralregister erfasst. Knapp 70 % von ihnen waren in Deutschland ansässige EU-Bürgerinnen und -Bürger oder verfügten über eine Niederlassungserlaubnis bzw. Erlaubnis zum Daueraufenthalt-EG oder über ein Aufenthaltsrecht nach dem Assoziationsabkommen EWG/Türkei (vgl. § 4 Absatz 5 AufenthG).
- Die Zahl der bikulturellen Ehen (zwischen einer Person ohne und einer Person mit Migrationshintergrund) blieb mit 9,7 % im Jahr 2005, 9,5 % im Jahr 2006 und 9,7 % im Jahr 2007 nahezu konstant.

Frühkindliche Bildung und Sprachförderung

Im frühen Kindesalter werden wichtige Grundlagen der Integration vermittelt, insbesondere bezüglich des Spracherwerbs.

- Kinder mit Migrationshintergrund (2007 bei 3- bis 6-Jährigen: 73,5 %) besuchen zu geringeren Anteilen eine Kindertageseinrichtung als Kinder in der Gesamtbevölkerung (88,7 %).
- Erwachsene Zuwanderinnen und Zuwanderer und nicht mehr schulpflichtige Jugendliche werden beim Erwerb der deutschen Sprache mit den Integrationskursen des Bundes unterstützt. Im Berichtszeitraum hatten jeweils mehr als zwei Drittel der Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer den Sprachkurs erfolgreich bestanden.

Der Bund hat im Jahr 2009 die verfügbaren Mittel für die Durchführung der Integrationskurse deutlich angehoben.

Bildung

Die Indikatoren zum Handlungsfeld Bildung zeigen einen positiven Trend bei der Gesamtbevölkerung und bei ausländischen Schülerinnen und Schülern.

- Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss ist im Berichtszeitraum 2005 bis 2007 insgesamt von 8,2 % auf 7,3 % zurückgegangen.
- Bei Ausländerinnen und Ausländern liegt sie mehr als doppelt so hoch, gleichwohl ist auch hier der Rückgang von 17,5 % im Jahr 2005 auf 16,0 % im Jahr 2007.

- Auch der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Alter zwischen 18 und 25 Jahren, die über keinen schulischen Abschluss verfügen ist zwischen 2005 und 2007 von 5,1 % auf 4,4 % zurückgegangen. Bei den in Deutschland geborenen Kindern von Zugewanderten liegt der Anteil 2007 mit 2,2 % bereits unter dem Niveau für die Gesamtbevölkerung (2,3 %).

Zentrale Herausforderungen bestehen darin, die Anzahl der jungen Menschen mit Migrationshintergrund, die keinen Anschluss an das Mindestniveau der Grundbildung finden und deshalb nur geringe Chancen auf eine eigenständige Lebensgestaltung haben, zu verringern und den Anteil qualifizierter Jugendlicher mit Migrationshintergrund an den Gymnasien bzw. in der Sekundarstufe II und an den Fachhochschulen und Universitäten zu erhöhen.

Die Länder haben im Nationalen Integrationsplan zugesagt, eine Reduzierung der Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss und eine Angleichung der Bildungsabschlüsse für Jugendliche mit Migrationshintergrund bis zum Jahr 2012 anzustreben. Im Rahmen der Qualifizierungsinitiative Deutschland wurde dieses Ziel fortgeschrieben. Die Bundesregierung setzt sich für den Ausbau von Ganztagsschulen ein, die durch verstärkte Vernetzung der Bildungs-, Jugend- und Schulsozialarbeit vor Ort auch vielen Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund helfen können, ihre Bildungserfolge zu verbessern.

Ausbildung

Eine positive Entwicklung ist bei den Personen ohne berufliche Ausbildung nur in Ansätzen festzustellen:

- Die Anteile der 25- bis unter 35-Jährigen ohne beruflichen und ohne Hochschulabschluss in allen Bevölkerungsgruppen gingen im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr zurück, nachdem sie von 2005 auf 2006 leicht angestiegen waren.
- Die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher lag deutlich unter der der altersgleichen Gesamtbevölkerung bzw. der deutschen Jugendlichen. Während mit 57,6 % mehr als die Hälfte der 18- bis unter 21-Jährigen Deutschen im Jahr 2007 eine Ausbildung absolvierten, waren es zur gleichen Zeit bei den ausländischen Jugendlichen dieses Alters lediglich 23,9 %.
- Deutlich ist nach wie vor der Unterschied zwischen der Situation von deutschen und ausländischen Bewerberinnen und Bewerbern hinsichtlich der Einmündung in berufliche Ausbildung. Während die Einmündungsquote im Berichtsjahr 2007/2008 insgesamt bei 45,5 % der bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Bewerberinnen und Bewerber für Berufsausbildungsstellen lag, mündeten weniger als ein Drittel

(31,7 %) der ausländischen Bewerberinnen und Bewerber in die Berufsausbildung.

- Der Akademikeranteil stieg im Berichtszeitraum bei Ausländerinnen und Ausländern bzw. bei Personen mit eigener Migrationserfahrung ebenso wie in der Gesamtbevölkerung an, konstant blieb er jedoch bei den in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund, welche zu deutlich geringeren Anteilen einen Hochschulabschluss haben.

Im Ausbildungsbereich sind die Anstrengungen noch zu verstärken. Die Bundesregierung hat hierfür unter anderem im Rahmen des Nationalen Paktes für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland 2007 bis 2010 wichtige Maßnahmen zur Unterstützung der Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf den Weg gebracht.

Arbeitsmarkt

Auf dem Arbeitsmarkt sind günstige Signale wahrzunehmen; dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Wirkungen der aktuellen Wirtschaftskrise noch nicht dokumentiert werden können:

- Der Unterschied zwischen der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist von 11,9 Prozentpunkten im Jahr 2005 zunächst auf 12,4 Prozentpunkte im Jahr 2006 gestiegen und im Jahr 2007 wieder auf 11,9 Prozentpunkte gesunken.
- Die Arbeitslosenquote sank im Berichtszeitraum sowohl insgesamt (von 13,0 % im Jahr 2005 über 12,0 % in 2006 auf 10,1 % 2007) als auch bei der ausländischen Bevölkerung (von 25,2 % im Jahr 2005 über 23,6 % in 2006 auf 20,3 % 2007). Die sinkende Arbeitslosigkeit führte jedoch nicht zu einer Angleichung der Quoten, die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern ist mit 20,3 % weiterhin etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Die sinkenden Arbeitslosenzahlen, die sich auch in geringeren Armutsrisikoquoten spiegeln, gehen auf eine positive Wirtschaftsentwicklung in den Jahren 2005 bis 2007 zurück.

Neben den allgemeinen arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, an denen auch Personen mit Migrationshintergrund und dauerhafter Bleibeperspektive partizipieren können, hat die Bundesregierung für Personen mit Migrationshintergrund spezielle migrationsspezifische Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Integration geschaffen (Netzwerk „Integration durch Qualifizierung“, berufsbezogene Sprachkurse). Darüber hinaus gilt es, die in Deutschland vorhandenen Ressourcen von Migrantinnen und Migranten zu nutzen. Der Bund legt ein besonderes Gewicht darauf, die Möglichkeiten der Anerkennung von im Ausland erworbenen beruflichen Bildungsabschlüssen umfassend zu verbessern.

Soziale Integration und Einkommen

Die Kennziffern zeigen große Unterschiede auf:

- Im Berichtszeitraum ist die Armutsriskoquote in den einzelnen Bevölkerungsgruppen gesunken. Die Armutsriskoquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (2007: 26,8 %) ist doppelt so hoch wie bei der Gesamtbevölkerung (13,2 %).
- Der Anteil der Personen, die auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen sind, nahm 2006 leicht zu und ging dann im Jahr 2007 wieder zurück: Ausländerinnen und Ausländer sind doppelt so häufig (2007: 21,1 %) auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen wie der Bevölkerungsdurchschnitt (9,5 %).

Bürgerschaftliches Engagement

Bei der Engagementquote, die den Anteil an der Bevölkerung abbildet, der freiwillige, ehrenamtliche Leistungen erbringt, zeigen auch positive Entwicklungen:

- 26,8 % der im Freiwilligensurvey 2004 befragten Personen mit Migrationshintergrund waren ehrenamtlich aktiv gegenüber 35,7 % der Gesamtbevölkerung.
- Für die zweite Generation ist bereits eine Angleichung der Werte festzustellen. Die Ergebnisse des Freiwilligensurvey 2009, die im Jahr 2010 vorliegen, werden zeigen, ob sich das Engagement von Zugewanderten und ihrer Kindern auch in Zukunft positiv entwickelt.

Der Bund unterstützt das bürgerschaftliche Engagement von Personen mit Migrationshintergrund und die Teilhabe von Migrantengruppen mit einer Reihe von Fördermaßnahmen. Er wird seine Anstrengungen bei der Weiterentwicklung des Nationalen Integrationsplans und in der Nationalen Engagementinitiative fortsetzen. Zu gewährleisten ist, dass die Ergebnisse des Freiwilligensurveys 2009 auch für Personen mit Migrationshintergrund ausgewertet werden können.

Wohnen

Die Indikatoren zeigen im Generationenvergleich eine positive Entwicklung auf:

- Wohneigentum ist unter Personen mit Migrationshintergrund deutlich weniger verbreitet als in der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2006 ist der Anteil der selbstnutzenden Wohneigentümer bei der Gesamtbevölkerung mit 40,7 % fast doppelt so hoch wie bei Personen mit Migrationshintergrund (22,4 %).
- Auf einen positiven Trend weisen die Eigentümerquoten von Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation (24,5 %) hin.

Die Bundesregierung unterstützt die Bevölkerung bei der Bildung von Wohneigentum sowie die Hauseigentümer

bei der baulichen und energetischen Modernisierung ihrer Bestände.

Gesundheit

Eine größere Differenz ist im Bereich der Kindergesundheit und der Gesundheitsprävention zu registrieren:

- Die Krankenquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheiden sich je nach Altersgruppe von denen der Gesamtbevölkerung. Eine sozialstrukturelle Analyse zeigt jedoch, dass der Migrationshintergrund unter Berücksichtigung sozialstruktureller Faktoren keinen signifikanten Einfluss auf den Gesundheitszustand hat.
- Bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Gesundheitsprävention sind Unterschiede zwischen Gesamtbevölkerung und Personen mit Migrationshintergrund erkennbar. Kinder mit Migrationshintergrund sind seltener geimpft und durchlaufen zu geringeren Teilen die Früherkennungsuntersuchungen U3 bis U9 (2007: 70,4 %) vollständig als gleichaltrige Kinder der Gesamtbevölkerung (2007: 82,3 %)

Die Verbesserung der gesundheitlichen Situation von Menschen mit Migrationshintergrund, der Abbau von Zugangsbarrieren zur gesundheitlichen Versorgung und die Schaffung von Angeboten der Prävention und Gesundheitsförderung, die den besonderen Bedürfnissen dieser Zielgruppe entsprechen, sind wichtige Bausteine zur Integration.

Medien

Die Medien haben eine große Bedeutung für Integration. Für die vorliegenden Indikatoren liegen allerdings bisher keine umfassenden Daten vor. Hier besteht weiter Forschungsbedarf.

- Eine von ARD und ZDF in Auftrag gegebenen Repräsentativstudie kommt zu dem Ergebnis, dass Migrantinnen und Migranten keine homogene Gruppe in ihrem Medienverhalten sind. Alle Migrantengruppen werden von deutschen Medien gut erreicht. Eine ausgeprägte mediale Parallelgesellschaft lasse sich nicht erkennen, es bestehe allerdings ein enger Zusammenhang zwischen der Nutzung deutscher Medien und guten Sprachkenntnissen.
- In einer bundesweit angelegten empirischen Studie wurde im Rahmen der Forschungsreihe „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ die Beteiligung von Journalisten und Journalistinnen mit Migrationshintergrund in den deutschen Tageszeitungen erfasst. Nur gut 1 % der Zeitungsjournalisten hat einen Migrationshintergrund. In 84 % der Tageszeitungen sind einheimische Journalistinnen und Journalisten unter sich.

Interkulturelle Öffnung

Die Selbstverpflichtungen der staatlichen und kommunalen Arbeitgeber machen sich erst langsam bemerkbar:

- Bisher sind Personen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländerinnen und Ausländer sowohl im öffentlichen Dienst als auch unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des pädagogischen Fachpersonals und im Gesundheitswesen im gesamten Berichtszeitraum unterrepräsentiert.
- Ein leichter Anstieg zeigt sich beim Anteil von Ausländerinnen und Ausländern beim pädagogischen Fachpersonal an Kindertageseinrichtungen und Schulen.

Bund, Länder und Kommunen haben sich zum Ziel gesetzt, den Anteil von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst zu erhöhen und junge Migrantinnen und Migranten verstärkt für eine Ausbildung zu gewinnen.

Kriminalität und Gewalt

Kriminalität, Gewalt, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Gewalttaten belasten die gesellschaftliche Integration; hinsichtlich Prävention und Diagnose von Kriminalität und Gewalt im integrationspolitischen Kontext besteht weitergehender Forschungsbedarf:

- Die Kriminalitätsquoten (sog. „Häufigkeitszahlen“) sind im Berichtszeitraum 2005 bis 2007 relativ konstant und liegen in der ausländischen Bevölkerung im Jahr 2007 mit 5,4 % höher als in der Gesamtbevölkerung mit 2,7 %. Hierbei ist jedoch zu bedenken, dass es sich bei der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) um eine „bloße“ Tatverdächtigenstatistik handelt, so dass unter anderem einem unterschiedlich stark ausgeprägten Anzeigeverhalten bei Taten durch ausländische und durch deutsche Staatsbürger erhebliche Bedeutung zukommt. So zeigen sog. Dunkelfelduntersuchungen eine Relativierung der hohen Ausländeranteile in der Tatverdächtigenstatistik, und zumindest für die Gruppe junger Menschen gehen Kriminologen davon aus, dass bei einem Vergleich von Gruppen mit gleichen familiären, schulischen und sozialen Rahmenbedingungen sowie übereinstimmenden Werteorientierungen eine höhere Belastung der Nichtdeutschen letztlich nicht mehr feststellbar sei.

– Dies gilt in gleicher Weise für die Quote der Gewaltkriminalität, die 2007 für die Gesamtbevölkerung bei 0,3 %, für die ausländische Bevölkerung bei 0,7 % lag. Betrachtet man die Quoten nach Alter, zeigt sich, dass diese bei Kriminalität und Gewalttaten bei der ausländischen Bevölkerung in allen Altersgruppen deutlich über denen der Gesamtbevölkerung liegen.

– Die Entwicklung der polizeilich erfassten antisemitischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalttaten verlief in den Jahren 2005, 2006 und 2007 wellenförmig. Im Jahr 2007 erreichten die antisemitischen Gewalttaten seit Einführung des Definitionssystems „Politisch motivierte Kriminalität“ im Jahr 2001 einen neuen Höchststand. Die Zahl der fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalttaten ging zwar im Jahr 2007 zurück, liegt aber immer noch über der von 2005.

Der Bund unterstützt die Länder und Kommunen bei der Kriminalitätsbekämpfung und -prävention. Unter anderem mit dem Programm „Vielfalt Tut Gut – Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ hat der Bund seit 2007 sein Engagement gegen Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus ausgeweitet.

IV.

Ein zentrales Anliegen dieser ersten Erprobung des Indikatorensets ist es, aus wissenschaftlicher Sicht Empfehlungen für die Weiterentwicklung und Modifizierung des Indikatorensets zu erhalten. Hierzu schlägt der Bericht eine Reihe von Bündelungen, Reduzierungen, Modifizierungen und Erweiterungen vor und führt hierzu inhaltliche und methodische Gründe an. Die Beauftragte veröffentlicht diese Empfehlungen uneingeschränkt mit dem Ziel, sie für diejenigen nutzbar zu machen, die in den Ländern, den Kommunen, in anderen interessierten europäischen Staaten, aber auch in der Wissenschaft mit der Entwicklung von Integrationsmonitorings befasst sind und die Erkenntnisse dieses Berichts für sich fruchtbar machen wollen. In einem nächsten Schritt wird der Bund die wissenschaftlichen Empfehlungen des vorliegenden Berichts zur Weiterentwicklung des Indikatorensets prüfen. Ein überarbeitetes Indikatorenset soll dann Grundlage eines zweiten Integrationsindikatorenberichts (im Jahr 2011) sein.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Migration, Flüchtlinge und
Integration



Integration in Deutschland

Erster Integrationsindikatorenbericht:
Erprobung des Indikatorensets und Bericht
zum bundesweiten Integrationsmonitoring

erstellt für die Beauftragte der Bundesregierung für Migration,
Flüchtlinge und Integration

vom
Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik
und dem
Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung gGmbH

ZUSAMMENFASSUNG

In Deutschland haben mehr als 15 Millionen Personen einen Migrationshintergrund. Darunter werden selbst zugewanderte Personengruppen (Erste Generation) ebenso verstanden wie in Deutschland Geborene, von denen mindestens ein Elternteil zugewandert ist (Zweite Generation). Ihre Integration in die Gesellschaft Deutschlands bemisst sich daran, dass sie in den zentralen gesellschaftlichen Bereichen die gleichen Teilhabechancen haben wie die Gesamtbevölkerung.

Bund und Länder haben im Rahmen des Nationalen Integrationsplans eine Beobachtung von Zuwanderungs- und Integrationsprozessen sowie die Überprüfung von Integrationspolitik anhand von Indikatoren vorgeschlagen. Auf der Grundlage einer Kabinetsbefassung hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration die Arbeitsgemeinschaft des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG Köln) und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB Berlin) mit der Erstellung des Ersten Integrationsindikatorenberichts beauftragt. In dem nun vorliegenden Ersten Integrationsindikatorenbericht werden der Stand und die Entwicklung von Integration anhand verschiedener Indikatoren in unterschiedlichen Dimensionen der Lebenslage gemessen. Als Fortschritt von „Integration“ wird darin die Angleichung der Lebensverhältnisse der Personen mit Migrationshintergrund an die der Gesamtbevölkerung gewertet.

Der Bericht gliedert sich in einen deskriptiven und einen analytischen Teil und schließt mit Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Integrationsmonitorings. Als Datengrundlage werden insbesondere amtliche Statistiken und hierbei vor allem die Daten des Mikrozensus 2005, 2006 und 2007 herangezogen, stellenweise ergänzt um weitere themenspezifische Statistiken. Der Integrationsindikatorenbericht stellt Aussagen über Entwicklungen im Zeitverlauf in den Vordergrund, die allerdings im vorliegenden Bericht aufgrund von Beschränkungen der Datenlage nicht in allen Bereichen in der gewünschten Detailliertheit gemacht werden können.

Im Ergebnis zeigen sich in vielen Bereichen Integrationsfortschritte, insbesondere der in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund (Zweite Generation), während in anderen Bereichen Unterschiede des Integrationsgrades fortbestehen.

Rechtsstatus und Demographie

Von den etwa 6,75 Millionen Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 2007 im Ausländerzentralregister erfasst waren, verfügten knapp 70% über ein langfristiges Aufenthaltsrecht.

Im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr lag die Zahl der Einbürgerungen 2005 bei 3,1%, 2006 bei 3,2% und 2007 bei 2,9%.

Frühkindliche Bildung und Sprachförderung

Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Grundlagen der Integration vermittelt, insbesondere bezüglich des Spracherwerbs. Insgesamt besuchen Kinder mit Migrationshintergrund zu geringeren Anteilen eine Kindertageseinrichtung als Kinder in der Gesamtbevölkerung. Von den Kindern im Alter von unter 3 Jahren besuchten 6,0% derjenigen mit Migrationshintergrund und 13,5% der Gesamtbevölkerung eine Tagesbetreuungseinrichtung. Unter den 3- bis unter 6-Jährigen besuchen 73,5% der Kinder mit Migrationshintergrund und 88,7% der Gesamtbevölkerung eine Kindertageseinrichtung. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund (im Vergleich zur Mikrozensusdefinition) in der Statistik der Kinder- und Jugendhilfe unterschätzt wird und die Quoten daher geringer ausfallen.

Zuwanderinnen und Zuwanderer erhalten die Möglichkeit, die deutsche Sprache in den Integrationskursen zu erwerben. Seit Ende 2007 ist die Teilnahme an einer Abschlussprüfung der Sprachkursteile der Integrationskurse verpflichtend. Im Berichtszeitraum hatten jeweils mehr als zwei Drittel der Prüfungsteilnehmerinnen und –teilnehmer den Sprachkurs erfolgreich bestanden.

Bildung

Einem guten Schulabschluss kommt eine Schlüsselrolle beim Zugang zu Erwerbstätigkeit und Kultur zu. Grundsätzlich zeigen die Bildungsindikatoren nicht nur einen positiven Trend bei der Gesamtbevölkerung, sondern auch bei ausländischen Schülerinnen und Schülern. Die Zahl der Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Schulabschluss ist im Berichtszeitraum 2005 bis 2007 insgesamt von 8,2% auf 7,3% zurückgegangen (bei Deutschen von 7,2% auf 6,5% und bei Nicht-Deutschen von 17,5% auf 16,0%). Zugleich zeigt sich ein Bildungsrückstand der ausländischen Jugendlichen, welche nicht nur häufiger die Schule ohne Abschluss verlassen, sondern auch seltener höhere Schulabschlüsse erreichen.

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass vor allem sozialstrukturelle Faktoren Einfluss auf den besuchten Schultyp haben. Ein migrationsbedingter Faktor, der Einfluss auf den besuchten Schultyp hat, ist die in der Familie gesprochene Sprache.

Ausbildung

Die Integration in eine qualifizierte Berufstätigkeit ist ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss kaum möglich. Personen mit Migrationshintergrund haben im gesamten Berichtszeitraum deutlich häufiger weder einen beruflichen noch einen akademischen Abschluss, wenn sich auch zuletzt ein leicht positiver Trend im Vergleich zum Vorjahr abzeichnet: Im Jahr 2007 haben 33,8% der 25- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund und 15,6% der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung keinen beruflichen oder Hochschulabschluss.

Die Ausländeranteile unter den Absolventinnen und Absolventen beruflicher Schulen sind im Berichtszeitraum konstant, variieren aber je nach Ausbildungsart: Bei Absolventinnen und Absolventen von Bildungsgängen des Übergangssystems wie dem Berufsvorbereitungs- oder Berufsgrundbildungsjahr sind Ausländerinnen und Ausländer überrepräsentiert, im dualen System sind sie unterrepräsentiert.

Ein negativer Trend zeigt sich für die gesamte Bevölkerung - bei deutlich ungünstigeren Quoten von Ausländerinnen und Ausländern - hinsichtlich der Einmündung in berufliche Ausbildung. Zuletzt leicht steigende Werte können ein Ende dieses Trends andeuten: im Berichtsjahr 2007/ 2008 mündeten insgesamt 45,5% der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber in Berufsausbildung; von denjenigen mit ausländischer Staatsbürgerschaft waren es 31,7%.

Während der Akademikeranteil im Berichtszeitraum bei Ausländerinnen und Ausländern (auf 14,4%) bzw. bei Personen mit eigener Migrationserfahrung (auf 14,6%) genau wie in der Gesamtbevölkerung (auf 16,3%) anstieg, blieb er bei in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund, welche mit 10,5% zu deutlich geringeren Anteilen einen Hochschulabschluss haben, konstant.

Eine weiterführende Analyse der Wege in Erwerbstätigkeit und Ausbildung von Jugendlichen nach Beendigung der Schule zeigt, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen der Aufnahme einer Berufsausbildung und der Nichterwerbsbeteiligung von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen, wenn Geschlecht, Alter, Bildung und Familienstand berücksichtigt werden. Anderes gilt für Frauen mit eigener Migrationserfahrung (erste Generation). Herausgestellt wird aber, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund signifikant häufiger direkt in den Arbeitsmarkt übergehen (ohne Berufsabschluss) als eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Eine spezielle Analyse der Ausbildungswege von Jugendlichen mit Hochschulreife zeigt, dass sich diejenigen mit Migrationshintergrund nicht von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund unterscheiden, wenn es um die Frage geht, ob sie eine Berufsausbildung aufnehmen oder studieren.

Arbeitsmarkt

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund sind stark von konjunkturellen Entwicklungen geprägt. Der Bericht umfasst mit den Jahren 2005 bis 2007 einen besonderen Zeitraum, in dem ein Wirtschaftsaufschwung mit hoher Beschäftigungsdynamik einherging. Zudem traten 2005 die Sozialgesetzbücher II und XII in Kraft, in deren Folge die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt wurden.

Personen mit Migrationshintergrund sind zu geringeren Anteilen erwerbstätig als die Gesamtbevölkerung. Die Beschäftigungslücke - und damit der Unterschied zwischen der Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund - ist von 11,9 Prozentpunkten im Jahr 2005 zunächst auf 12,4 Prozentpunkte im Jahr 2006 gestiegen und im Jahr 2007 wieder auf 11,9 Prozentpunkte gesunken.

Die Arbeitslosenquote sank im beobachteten Zeitraum sowohl insgesamt als auch bei der ausländischen Bevölkerung. Diese Quote liegt bei Ausländerinnen und Ausländern 2007 mit 20,2% doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung mit 10,1%. Bei der Auswertung der Arbeitslosigkeit einzelner Teilgruppen ist die veränderte statistische Erfassung im Jahr 2005 zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse einer weiterführenden Analyse zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund trotz formal gleichwertiger schulischer und beruflicher Qualifikationen eher erwerbslos sind als Personen ohne Migrationshintergrund. Zudem verdienen Migrantinnen und Migranten der ersten Generation unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Schul- und Berufsbildung signifikant weniger als Personen ohne Migrationshintergrund in vergleichbarer beruflicher Stellung.

Soziale Integration und Einkommen

Durch Einkommensarmut wird der Integrationsprozess erheblich erschwert. Im Berichtszeitraum ist eine leicht positive Entwicklung bezüglich der Armutsrisikoquoten in den einzelnen Bevölkerungsgruppen zu beobachten. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist jedoch eine etwa doppelt so hohe Armutsrisikoquote auf wie die Gesamtbevölkerung: 2007 lag diese bei 13,2% in der Gesamtbevölkerung und bei 26,8% bei Personen mit Migrationshintergrund.

Der Anteil der Personen, die auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen sind, unterlag im Berichtszeitraum Schwankungen. Er nahm 2006 leicht zu und ging dann im Jahr 2007 wieder zurück: Mit 21,1% ist zuletzt ein mehr als doppelt so hoher Anteil der Ausländerinnen und Ausländer auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen wie in der Gesamtbevölkerung (9,5%).

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass unter Kontrolle der sozialstrukturellen Merkmale Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Haushaltstyp in der zweiten Generation kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Einkommensarmut besteht. Personen mit eigener Migrationserfahrung haben dagegen ein signifikant höheres Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein.

Gesellschaftliche und politische Partizipation

Politisches Interesse und politisches Engagement sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weniger verbreitet als in der Gesamtbevölkerung. Auch beim bürgerschaftlichen Engagement liegen die Quoten der Personen mit Migrationshintergrund (mit 26,8%) unter denen der Gesamtbevölkerung (mit 35,7%). Für die zweite Generation ist dagegen eine Angleichung der Engagementquoten an die Gesamtbevölkerung festzustellen.

Eine weiterführende statistische Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass Unterschiede im freiwilligen Engagement von Personen mit und ohne Migrationshintergrund auch dann noch

bestehen, wenn die Unterschiede in der Alterstruktur, der Bildung und beim Einkommen berücksichtigt werden.

Wohnen

Die Versorgung mit ausreichendem, qualitativ gutem und bezahlbarem Wohnraum ist ein wichtiges Merkmal von Lebensqualität. Für die Wohnungsgröße und –qualität spielt die Eigentümerquote eine wichtige Rolle. Wohneigentum ist unter Personen mit Migrationshintergrund deutlich weniger verbreitet als in der Gesamtbevölkerung: Im Jahr 2006 ist der Anteil der selbstnutzenden Wohneigentümer an allen Privathaushalten bei der Gesamtbevölkerung mit 40,7% fast doppelt so hoch wie bei Personen mit Migrationshintergrund (22,4%). Auf einen positiven Trend können die Eigentümerquoten von Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation (24,5%) hindeuten.

Gesundheit

Die Krankenquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheiden sich je nach Altersgruppe von denen der Gesamtbevölkerung. Eine sozialstrukturelle Analyse zeigt, dass der Migrationshintergrund unter Berücksichtigung sozialstruktureller Faktoren keinen signifikanten Einfluss auf den Gesundheitszustand hat.

Unterschiede bestehen weiterhin bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Gesundheitsprävention. Kinder mit Migrationshintergrund sind etwas seltener geimpft und durchlaufen zu erheblich geringeren Teilen die Früherkennungsuntersuchungen vollständig als gleichaltrige Kinder der Gesamtbevölkerung: Während im Jahr 2007 82,3% der Kinder in der Gesamtbevölkerung die U3 bis U9 vollständig durchführen ließen, waren dies bei Kindern mit Migrationshintergrund nur 70,4% (bei denjenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft lediglich 62,5%).

Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Sozialen Dienste

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste gelten als Motor der Integration. Personen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländerinnen und Ausländer sind sowohl im öffentlichen Dienst als auch unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des pädagogischen Fachpersonals und im Gesundheitswesen trotz vereinzelten leichten Anstiegs der Anteile im gesamten Berichtszeitraum unterrepräsentiert (eine Ausnahme bilden die Hochschulangestellten).

Insgesamt lag der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den im öffentlichen Dienst Beschäftigten im Jahr 2007 bei 9,3% - im Vergleich zur Gesamtbevölkerung sind Migrantinnen und Migranten hier also deutlich unterrepräsentiert.

Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit

Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung betreffen den Integrationsprozess in unterschiedlicher Weise, was eine differenzierte Beschreibung erfordert. Einerseits kann Delinquenz

Ausdruck mangelnder Integration sein, andererseits steht Diskriminierung Integrationsbemühungen im Weg. Die Kriminalitätsquoten sind im gesamten Berichtszeitraum relativ konstant und liegen in der ausländischen Bevölkerung auch im Jahr 2007 (mit 5,4%) höher als in der Gesamtbevölkerung (mit 2,7%).

Ergebnisse der Erprobung des Indikatorensets für die Weiterentwicklung

Bei der ersten Erprobung des Indikatorensets sind zum einen Grenzen der Datenverfügbarkeit deutlich geworden, zum andern haben sich nicht alle ursprünglich vorgesehenen Indikatoren als geeignet erwiesen, Integrationsfortschritte abzubilden. Eine differenzierte Bewertung kommt zu dem Ergebnis einer Liste von 53 Indikatoren, die für die Fortführung des Integrationsmonitorings empfohlen werden. Es wird insbesondere eine Bündelung der Indikatoren in den Bereichen Gesellschaftliche Integration, Gesundheit und interkulturelle Öffnung der Verwaltung sowie Politik angeregt. Darüber hinaus werden eine Weiterentwicklung amtlicher Statistiken in Richtung auf eine differenzierte Erfassung des Migrationshintergrunds sowie methodische Richtlinien für zukünftige Integrationsindikatorenberichte empfohlen.

A. EINLEITUNG

Zielsetzung des Berichtes

Der gesellschaftliche Zusammenhalt in Deutschland hängt maßgeblich davon ab, inwieweit eine Integration von Migrantinnen und Migranten in die Gesellschaft in Deutschland gelingt. Davon werden alle Bereiche berührt: Von der Bildungs-, Arbeitsmarkt- und Wirtschaftspolitik über die Familienpolitik bis hin zu Gesundheitspolitik und kultureller Partizipation. Stand und Fortschritt von Integration werden auf verschiedenen Ebenen thematisiert, in den Kommunen ebenso wie auf Landesebene und auf der Ebene der Bundespolitik. Integrationspolitik zielt darauf ab, die Partizipation von Personen mit Migrationshintergrund am gesellschaftlichen Leben zu verbessern und dauerhaft ein gutes Zusammenleben von Einheimischen und Migranten in Deutschland zu ermöglichen. Dabei ist das Grundverständnis leitend, dass Integration gleichberechtigte Teilhabe und Chancengleichheit in allen gesellschaftlichen Bereichen bedeutet. Der Wille und die Bereitschaft aller, neue Chancen zu nutzen und bestehende Schwierigkeiten zu beheben, sind - so der Nationale Integrationsplan - hierfür von entscheidender Bedeutung.¹

Ein Fortschritt der Integration bemisst sich demnach daran, dass sich die Lebensbedingungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund aneinander angleichen. Empirisch lässt sich dies anhand von „Indikatoren“ überprüfen. Indikatoren zeigen an, wie sich gesellschaftliche Prozesse im Zeitverlauf entwickeln.² Sie müssen klar, einfach und eindeutig sein, um zu vergleichbaren Ergebnissen zu führen und unter Berücksichtigung verfügbarer Datenquellen umsetzbar sein.³

Bund und Länder haben im Rahmen des Nationalen Integrationsplans erklärt, dass Indikatoren benötigt werden, die eine Beobachtung und Beschreibung von Integrationsprozessen sowie die Überprüfung von Integrationspolitik ermöglichen. Auch für die kommunale Ebene empfiehlt der Nationale Integrationsplan die Entwicklung von Indikatoren als wichtige Instrumente des Qualitätsmanagements und der Politiksteuerung.

Auf der Grundlage einer Kabinetsbefassung hat die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration im Sommer 2008 die Arbeitsgemeinschaft des Instituts für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik GmbH (ISG Köln) und des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung (WZB Berlin) mit der Erstellung des Ersten Integrationsindikatorenberichts beauftragt. Im Frühjahr 2009 legten die Institute diesen Bericht vor.

Operationalisierung anhand von Integrationsindikatoren

Eine gut begründete Integrationspolitik orientiert sich an wissenschaftlichen Analysen empirischer Daten. Anhand von Indikatoren kann die Fülle verfügbarer Daten strukturiert und auf

¹ Nationaler Integrationsplan - Neue Wege, neue Chancen, 2008 S. 12

² Glatzer, W.; Zapf, W. (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt; Atkinson, T. et al. (2001): Indicators for Social Inclusion in the European Union, Brüssel.

³ Berger-Schmitt, R.; Jankowitsch, B. (1999): Systems of Social Reporting: The State of the Art, Mannheim.

den Fokus der Berichterstattung zugeschnitten werden. Zu diesem Zweck haben im Vorfeld des Ersten Indikatorenberichts die betroffenen Bundesministerien in Konsultation mit Expertinnen und Experten aus Politik, Wissenschaft und Gesellschaft unter Federführung der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration einen Katalog von 100 Indikatoren in 14 gesellschaftlichen Bereichen erarbeitet, an dem sich eine kontinuierliche Berichterstattung orientieren kann. Diese Bereiche sind:

- (1) Rechtsstatus
- (2) Frühkindliche Bildung und Sprachförderung
- (3) Bildung
- (4) Ausbildung
- (5) Arbeitsmarktintegration
- (6) Soziale Integration und Einkommen
- (7) Gesellschaftliche Integration und Beteiligung
- (8) Wohnen
- (9) Gesundheit
- (10) Demographie
- (11) Mediennutzung
- (12) Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Sozialen Dienste
- (13) Politik
- (14) Kriminalität, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit.

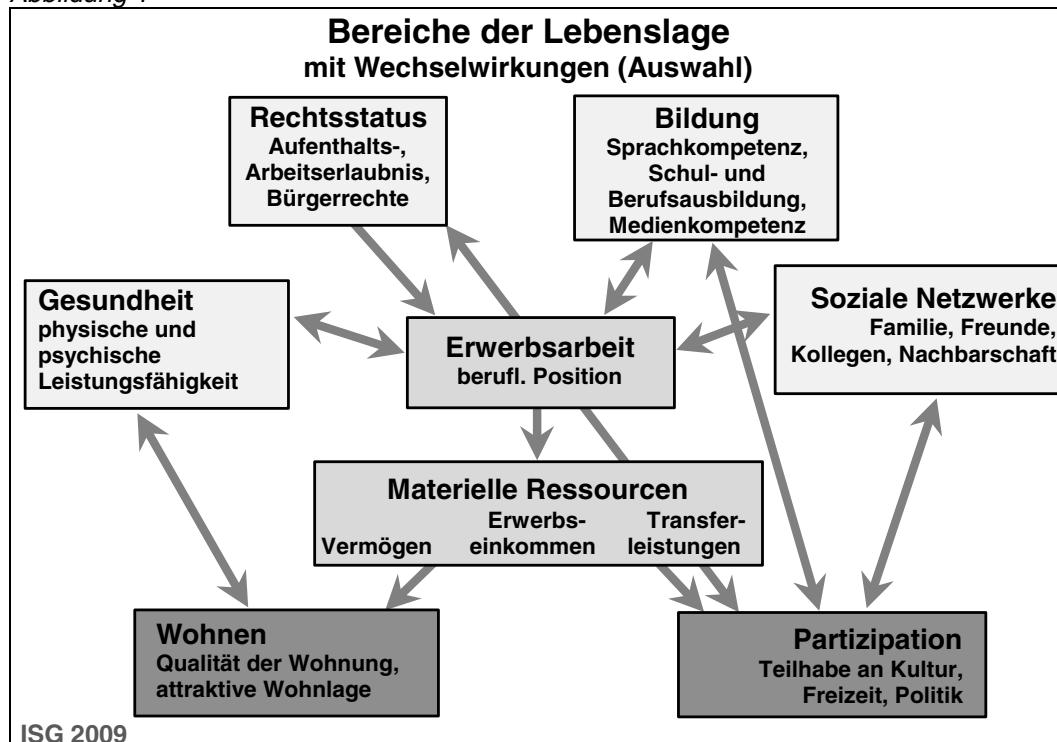
Diese Aufgliederung lässt sich so interpretieren, dass sie sowohl Komponenten der Lebenslage wie auch der gesellschaftlichen Institutionen strukturiert. Der Stand der Integration wird dann zum einen auf der Ebene von Personengruppen als Erreichung bestimmter Werte untersucht, wie z.B. der Grad des Schulabschlusses oder die berufliche Position. Zum andern stellt sich auf der Ebene der gesellschaftlichen Institutionen die Frage, ob Angebote und Dienstleistungen (z.B. des Schul- oder Erwerbssystems, der gesundheitlichen Versorgung etc.) von Personen mit Migrationshintergrund in gleichem Maße genutzt werden wie von Personen ohne Migrationshintergrund.

Die genannten Lebensbereiche stehen nicht isoliert nebeneinander, sondern sind aufeinander bezogen.⁴ So steht für Personen im erwerbsfähigen Alter der Zugang zum Erwerbssystem im Zentrum der Lebenslage, da hierüber Einkommenserwerb und materieller Lebensstandard ermöglicht werden. Diese materielle Grundlage wirkt sich auf die Wohnqualität, aber auch auf kulturelle und gesellschaftliche Partizipation aus. Diese stehen wiederum in engem Zusammenhang mit Bildungsstand und sozialer Einbindung. Die Zugangsvoraussetzungen zum Erwerbssystem sind durch den Rechtsstatus (Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis), Gesundheit (physische und psychische Leistungsfähigkeit) sowie durch Bildungsniveau (Sprachkompetenz, schulische und berufliche Bildungsabschlüsse) definiert. Flankiert wird

⁴ Zum Lebenslagenansatz vgl. Weisser, G. (1956): Artikel „Wirtschaft“, in: W. Ziegenfuss (Hrsg.), Handbuch der Soziologie, Stuttgart 1956; Engels, D. (2008): Artikel „Lebenslagen“ in: Maelicke, B. (Hg.), Lexikon der Sozialwirtschaft, Nomos Baden-Baden, S. 643-646.

der Integrationsprozess weiterhin durch familiale und soziale Netzwerke, die einerseits motivierend und unterstützend, andererseits aber auch hemmend (z.B. bei Vereinbarungskonflikten zwischen Erwerbstätigkeit und Kindererziehung) wirken können. Auch die anderen skizzierten Zusammenhänge sind als Wechselwirkungen zu verstehen, da Erwerbsarbeit auch Rückwirkungen auf die berufliche Qualifikation und auf den Gesundheitszustand haben kann. Diese wechselseitigen Zusammenhänge lassen sich anhand folgender Grafik (exploratisch) veranschaulichen:

Abbildung 1



Die Prozesse der Integration, die Gegenstand der Berichterstattung sind, werden somit einerseits als erfolgreiche Zugänge zu gesellschaftlichen Teilsystemen verstanden, andererseits als jeweiliger Grad der Inklusion von Migrantinnen und Migranten, d.h. als Höhe des Bildungsabschlusses, Status der beruflichen Position, Qualität des Wohnens etc. im Vergleich zur Gesamtbevölkerung.

Migrationskonzept und Datenbasis

Viele verfügbare Datenquellen unterliegen der Beschränkung, dass in ihnen lediglich die Staatsangehörigkeit abgebildet wird, aber keine Angaben zum mittlerweile in der Integrationsdebatte und Migrationsforschung üblichen Konzept des Migrationshintergrunds enthalten sind:

- Ein *Migrationshintergrund* liegt über die Gruppe der Nicht-Deutschen hinaus auch bei Eingebürgerten, bei eingewanderten Deutschen sowie bei Kindern von Migrantinnen und

Migranten vor. Bei Einwanderung vor 1950 wird nicht mehr von Migrationshintergrund gesprochen, um die später Zugewanderten von den Flüchtlingen und Vertriebenen infolge des 2. Weltkriegs zu unterscheiden und weil auf lange Sicht von einer Angleichung der Lebensverhältnisse auszugehen ist.

- Bei den Personen mit Migrationshintergrund wird weiterhin unterschieden, ob diese über *eigene Migrationserfahrung* verfügen oder nicht. Personen, die selbst eingewandert sind, werden im vorliegenden Bericht auch als „Migrantinnen und Migranten der 1. Generation“ bezeichnet, während die in Deutschland geborenen Kinder von Migrantinnen und Migranten als „Migrantinnen und Migranten der 2. Generation“ bezeichnet werden.

Die Bevölkerungsgruppe mit Migrationshintergrund umfasst somit selbst eingewanderte Ausländer (1. Generation), in Deutschland geborene Ausländer (2. Generation), eingebürgerte ehemalige Ausländer, im Ausland geborene und selbst eingewanderte Deutsche (1. Generation) sowie deren Kinder (Deutsche mit Migrationshintergrund der 2. Generation). In welcher Differenziertheit die Analysen in den einzelnen Bereichen durchgeführt werden können, hängt auch von der jeweils verfügbaren Datenbasis ab.⁵

Dieser umfassende Begriff von „Migrationshintergrund“ wird seit 2005 detailliert im Mikrozensus umgesetzt. Der Mikrozensus ist mit einer Stichprobengröße von 1% der Bevölkerung die größte repräsentative Haushaltsbefragung in Deutschland. Das Mikrozensuskonzept basiert im Wesentlichen auf einer Kombination der Informationen über die Staatsangehörigkeit, das Geburtsland und ggf. die Einbürgerung der Befragungsperson (in einem erweiterten Umfang auch über deren beiden Elternteile).⁶ In Anbetracht dieser Differenziertheit und der stabilen Datenbasis eignet sich der Mikrozensus neben anderen amtlichen Statistiken in besonderer Weise als Grundlage des Integrationsmonitorings.

Daraus ergeben sich auch die Beobachtungszeitpunkte, auf die sich der vorliegende Bericht bezieht. Die Untersuchung der Integrationsentwicklung beginnt mit dem Jahr 2005 und reicht vorerst bis zur aktuell ausgewerteten Erhebungswelle des Mikrozensus; dies ist der Mikrozensus 2007. Die zukünftigen Berichte werden diese Zeitreihe dann forschreiben können.

Darüber hinaus sind zukünftig repräsentative Erhebungen in die Berichterstattung einzubeziehen, sofern sie Informationen über zusätzliche Aspekte der Integration enthalten.

⁵ Im Berichtstext und in den Tabellen werden die Untergliederungen der Personengruppe mit Migrationshintergrund mit „darunter“ kenntlich gemacht, in den Abbildungen wird aus Gründen der Übersichtlichkeit darauf verzichtet.

⁶ Vgl. dazu Statistisches Bundesamt: Personen mit Migrationshintergrund – Auf dem Weg zu einer definitorischen Abgrenzung. In: Statistisches Bundesamt: Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2007 - Fachserie 1 Reihe 2.2 – 2007. Der Mikrozensus 2005 bildet darüber hinaus auch Migrationsmerkmale der „dritten Generation“ ab, die aber in einer Zeitreihenanalyse aus Gründen der Vergleichbarkeit außer Betracht bleiben müssen.

Methodischer Ansatz

Der vorliegende Integrationsindikatorenbericht beobachtet in differenzierter Weise Entwicklungstrends der Integration in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen. Er basiert auf folgenden methodischen Überlegungen:

- Der vorliegende Integrationsbericht nutzt ein ausführliches, differenziertes Indikatorenset in 14 gesellschaftlichen Bereichen.
- Er sieht davon ab, Einzelbeobachtungen in einem Gesamtindex zu bündeln, der differenzierte Befunde überdecken würde.
- Er nimmt mehrere Jahre in den Blick (aktuuell: drei Zeitpunkte 2005, 2006 und 2007) und kann so auch bisherige Entwicklungen darstellen und in Zukunft weiter beobachten.
- Im Integrationsmonitoring werden zusätzlich zur Beschreibung der einzelnen Indikatoren multivariate Analysen durchgeführt, die den Einfluss vor allem sozialstruktureller Faktoren im Kontext erkennen lassen.
- Eine „Ethnisierung“ durch vorschnelle Zuweisungen von Problemlagen zu einzelnen Zuwanderergruppen wird vermieden. Stattdessen werden hier komplexe Zusammenhänge herausgearbeitet, in denen Integrationsschwierigkeiten im Kontext sozialstruktureller Probleme betrachtet werden.
- Auch auf „Leistungsvergleiche“ zwischen Ländern oder anderen regionalen Einheiten wird verzichtet, da nicht bekannt ist, welche Faktoren im Einzelnen auf regionaler Ebene eine Rolle spielen.
- Ebenso wird auf eine „Kosten-Nutzen-Rechnung“ von Migration bzw. Integration verzichtet, die den Kern der Integrationsthematik verfehlt.

Möglichkeiten und Grenzen des Ersten Indikatorenberichts und eines indikatorengestützten Monitorings

Der vorliegende Monitoring-Bericht liefert ein soweit wie möglich objektives Bild über Stand und Entwicklung der Integration auf der Grundlage eines umfassenden Begriffs von „Migrationshintergrund“ und stellt damit eine verlässliche und belastbare Grundlage für besonnenes, zukunftsorientiertes Handeln zur Verfügung. Auch wenn Indikatoren möglichst eindeutig definiert sind, bilden sie die gesellschaftlichen Prozesse, auf die sie verweisen, nur mittelbar ab. Durch statistische Operationalisierung und methodisch gesicherte Auswertung kann indikatorengestützte Berichterstattung eine Bestandsaufnahme von Stand und Entwicklung struktureller Bedingungen und Lebenslagen gewährleisten, nicht aber Zusammenhänge statistisch darstellen. Zu diesem Zweck ergänzen ausgewählte multivariate Analysen den Bericht. Aber auch hier sei auf die Grenzen der Analysen im Rahmen dieses Ersten Berichts hingewiesen. Die dargestellten Zusammenhänge dürfen nicht fehlinterpretiert werden als abschließende Erklärungen des jeweiligen Tatbestands. Dies ist unter anderem in der favorisierten Datengrundlage begründet: Die amtliche Statistik bildet vorwiegend Informationen zu strukturellen Merkmalen ab und beinhaltet wenige Daten zu „weichen“ Faktoren wie Einstel-

lung, Verhalten, sozialen Netzwerken etc. Um Erklärungen näher zu kommen, bedürfte es tiefer gehender themenspezifischer Studien.

Aufbau des Ersten Integrationsindikatorenberichts

Der vorliegende Bericht gliedert sich in die drei Teile Deskription, Analyse und Empfehlungen zur Weiterentwicklung.

- Im ersten Teil (Indikatorenteil) werden der Stand der Integration in Deutschland in 14 gesellschaftlichen Bereichen (zusammengefasst in 12 Kapiteln) beschrieben und - wo auf Basis der Datenlage möglich - die Entwicklung im Zeitraum von 2005 bis 2007 dargestellt. Dabei werden in jedem Abschnitt zunächst der verwendete Indikator und die verfügbare Datenbasis vorgestellt. Anschließend werden Entwicklungstrends im Beobachtungszeitraum skizziert und der jeweils aktuelle Stand der Integration beschrieben. Weiterhin werden Zusammenhänge, die zwischen Integration und anderen Faktoren erkennbar werden, kurz dargestellt. In diesem Zusammenhang werden die Ergebnisse der im zweiten Teil vertieften Analysen in kompakter Form zusammengefasst. Abschließend wird kurz auf die Eignung des Indikators für das Integrationsmonitoring eingegangen.
- Der zweite Teil umfasst weiterführende statistische Analysen zu einzelnen Schwerpunktthemen, in denen zunächst Zusammenhänge zwischen grundlegenden soziodemografischen Merkmalen (inkl. Migrationshintergrund) und einem zu erklärenden Tatbestand geprüft werden. Darüber hinaus werden weitere sozialstrukturelle Faktoren (wie beispielsweise Bildung) herangezogen, die die Erklärungskapazität erweitern und vertiefen können.
- Im dritten Teil wird zunächst eine Bewertung der Indikatoren unter dem Aspekt der Validität und Eignung zur Integrationsmessung vorgenommen. Darauf gründen sich die Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Indikatoren und zum Zuschnitt des langfristig einzusetzenden Indikatorensets. An einigen Stellen kann sich die Möglichkeit einer Zusammenfassung und Reduktion von zunächst einbezogenen Indikatoren ergeben, während an anderen Stellen eine Erweiterung durch Hinzunahme bisher nicht berücksichtigter Indikatoren empfohlen wird. Bei diesen Erwägungen werden auch die Qualität der verfügbaren Daten berücksichtigt und ggf. Änderungen der Datenerfassung angeregt.

B. STAND DER INTEGRATION IN DEUTSCHLAND: LEBENSLAGEN VON PERSONEN MIT MIGRATIONSHINTERGRUND (INDIKATORENTIEL)

1. Rechtsstatus und Demographie

1.1 Rechtsstatus der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer

Datengrundlage

Das Ausländerzentralregister (AZR) wird beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge geführt und erfasst ausführliche Daten über alle Ausländerinnen und Ausländer, die sich länger als 3 Monate in der Bundesrepublik aufhalten. Die kommunalen Ausländerbehörden liefern die entsprechenden Daten an das AZR.

Das AZR weist verschiedene technische bzw. methodische Schwierigkeiten in Bezug auf die Auswertungsmöglichkeiten der Daten auf. Aufgrund von Nachmeldungen der Ausländerbehörden variieren die Zahlen je nach Abfragezeitpunkt.

Insgesamt sind im Ausländerzentralregister (AZR) zum 31.12.2007 genau 6.744.879 Ausländerinnen und Ausländer (Unionsbürgerinnen und -bürger sowie Drittstaatsangehörige) in Deutschland registriert, was einen minimalen Rückgang gegenüber dem Vorjahr bedeutet. Die durchschnittliche Aufenthaltsdauer aller zum Jahresende 2007 in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer betrug 17,7 Jahre.

Indikator 1.1

Ausländerinnen und Ausländer mit langfristigem Aufenthaltsrecht

Ein langfristiges Aufenthaltsrecht ist regelmäßig sowohl eine Voraussetzung für weitere Integrationsschritte als auch ein Ergebnis tatsächlicher Integration. Der *Anteil derjenigen mit langfristigem Aufenthaltsrecht an den Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthaltsdauer von 5 bzw. 10 Jahren* wird deshalb als Indikator für eine gelungene Integration herangezogen.⁷ Als Besitzer eines langfristigen Aufenthaltsrechts gelten dabei alle

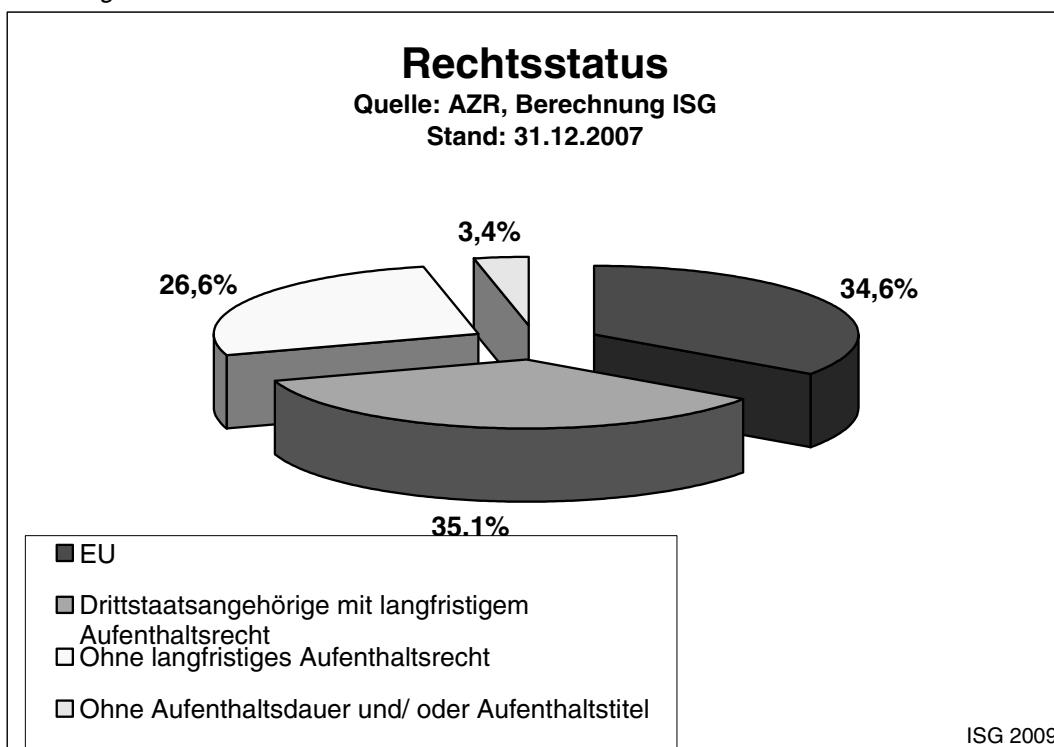
- in Deutschland ansässigen EU-Bürgerinnen und Bürger.
- Drittstaatsangehörige mit einer Niederlassungserlaubnis bzw. einem unbefristeten Aufenthaltstitel sowie
- Assoziierte⁸ mit einer Aufenthaltsdauer ab 5 Jahren.

⁷ Anhand der Sonderauswertung der Daten des AZR können zu diesem Zeitpunkt lediglich die Werte des Indikators am Jahresende 2007 erhoben werden. Erst in den kommenden Jahren kann - verglichen mit den jeweils aktuellen Werten - eine Entwicklung beobachtet werden.

⁸ Aufenthaltsrecht nach § 4 Abs. 5 AufenthG (Assoziationsrecht EWG/Türkei). Daten zum Aufenthaltstitel nach Aufenthaltserlaubnis für freizügigkeitsberechtigte Schweizer Bürger und deren Angehörige (Freizügigkeitsabkommen EG/Schweiz) sind dem AZR derzeit noch nicht zu entnehmen.

Insgesamt verfügten Ende 2007 rd. 4,7 Millionen, also 70% der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer über ein langfristiges Aufenthaltsrecht. Über 2,3 Millionen (bzw. 34,6%) der in Deutschland lebenden ausländischen Personen sind Staatsangehörige eines Mitgliedstaats der Europäischen Union und benötigen daher keinen Aufenthaltstitel. Weitere 2,4 Mio. Personen sind Drittstaatsangehörige mit einem langfristigen Aufenthaltsrecht.

Abbildung 2



Von den mehr als 4,4 Millionen in Deutschland lebenden Drittstaatsangehörigen hat damit mehr als die Hälfte ein langfristiges Aufenthaltsrecht. Der Anteil derjenigen mit einem solchen Aufenthaltsstatus hängt u.a. vom Alter und der Aufenthaltsdauer ab. Mit zunehmendem Alter und zunehmender Aufenthaltsdauer im Bundesgebiet sollen Ausländerinnen und Ausländer einem Anspruch auf eine Niederlassungserlaubnis grundsätzlich näher kommen bzw. diesen erreichen. Drittstaatsangehörige können regelmäßig erst mit Vollendung des 16. Lebensjahres eine Niederlassungserlaubnis erhalten. Personen mit langfristigem Aufenthaltsrecht in der Altersgruppe unter 16 Jahren sind deshalb allein die Kinder von assoziierten türkischen Staatsangehörigen sowie drittstaatsangehörige Kinder, die allein oder über ihre Eltern als anerkannte Flüchtlinge eine Niederlassungserlaubnis erhalten haben.

Tabelle 1

Drittstaatsangehörige mit langfristigem Aufenthaltsrecht (2007)						
	mit einer Aufenthaltsdauer von					
	gesamt		5 bis unter 10 Jahren		10 und mehr Jahren	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gesamt						
gesamt	2.368.828	54,0	319.220	37,3	1.915.923	76,1
männlich	1.227.462	54,9	143.488	35,1	1.021.447	77,5
weiblich	1.141.163	53,1	175.710	39,4	894.300	74,5
<i>unbekannt</i>	203	14,0	22	17,7	176	43,3
unter 16						
gesamt	21.636	3,2	9.792	4,3	5.636	2,0
männlich	11.201	3,2	5.092	4,3	2.877	2,0
weiblich	10.431	3,2	4.698	4,2	2.757	2,0
<i>unbekannt</i>	5	0,9	3	4,5	2	1,1
16 bis unter 25						
gesamt	288.017	48,4	33.352	37,2	241.712	73,6
männlich	151.477	50,4	16.823	36,2	128.866	73,4
weiblich	136.507	46,4	16.527	38,3	112.815	73,8
<i>unbekannt</i>	34	8,7	3	20,0	31	50,0
25 und älter						
gesamt	2.058.769	66,2	276.072	47,1	1.668.177	84,2
männlich	1.064.570	67,2	121.569	44,5	889.497	85,4
weiblich	994.033	65,2	154.485	49,5	778.537	83,0
<i>unbekannt</i>	166	24,3	18	19,1	143	67,1

Während von den Drittstaatsangehörigen, deren Aufenthaltsdauer zwischen 5 und 10 Jahren liegt, 37,3% ein langfristiges Aufenthaltsrecht haben, sind es bei denjenigen, die schon 10 Jahre und länger in der Bundesrepublik Deutschland leben, immerhin 76,1%. Dennoch hat knapp ein Viertel aller Drittstaatsangehörigen auch nach 10 Jahren Aufenthalt noch kein langfristiges Aufenthaltsrecht. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass unter 16-jährige Drittstaatsangehörige regelmäßig aus rechtlichen Gründen keine Niederlassungserlaubnis erhalten können. Unter den Jugendlichen und jungen Erwachsenen zwischen 16 und 25 Jahren haben 48,4% ein entsprechend langfristiges Aufenthaltsrecht, und bei den Erwachsenen ab 25 Jahren sind es 66,2%.

Insgesamt verfügen Frauen aus Drittstaaten zu leicht geringeren Anteilen über ein langfristiges Aufenthaltsrecht als Männer.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator zum langfristigen Aufenthaltsrecht der ausländischen Bevölkerung in Deutschland ist sinnvoll und soll im Monitoring weitergeführt werden.

**Indikatoren 1.2a, 1.2b
und 1.2c**

Langjährig Geduldete / Wiederholte Aussetzung der Abschiebung

Ein weiterer Indikator bezogen auf den Aufenthaltsstatus der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer ist die *Zahl der langjährig Geduldeten*. Eine Duldung vermittelt keinen rechtmäßigen Aufenthalt, sondern setzt die Abschiebung lediglich aus. Der Rückgang der Zahl der langjährig Geduldeten und der entsprechende Anstieg bestimmter Aufenthalts-erlaubnisse aus humanitären Gründen belegt die Integration von rechtlich nicht gesicherten Personen in das System der Aufenthaltstitel der Bundesrepublik Deutschland.⁹ Da die Erteilung der Aufenthaltserlaubnisse aus humanitären Gründen für Geduldete regelmäßig an wei-tre integrationspolitische Voraussetzungen gebunden ist, verdeutlicht der Rückgang der Zahl der langjährig Geduldeten auch tatsächlich erfolgte gesellschaftliche Integration trotz schlechter rechtlicher Ausgangssituation.

Die Zahl der Geduldeten betrug 2007 knapp 134.975 Personen, wobei Männer mit 60,5% die Mehrheit stellen (gegenüber 49% Männern in der Gesamtbevölkerung und 51% Männern in der ausländischen Bevölkerung insgesamt). Von den geduldeten Personen waren insgesamt 27,0% unter 16 Jahre alt. Die häufigsten Herkunftsänder sind Serbien bzw. das ehemalige Serbien und Montenegro, gefolgt von der Türkei und dem Irak. Die Geschlechteranteile variieren stark nach Herkunftsland, nach Alter und nach Aufenthaltsdauer. So ist der Männer-überhang bei Geduldeten aus dem Nahen Osten sehr viel höher als bei denen aus Serbien, dem ehemaligen Serbien und Montenegro bzw. Jugoslawien und der Russischen Föderati-on.

Ende 2007 lebte zwar ein großer Anteil (41,0%) der Geduldeten schon seit 8 Jahren und länger in Deutschland, deren Anzahl war allerdings von Ende 2006 auf Ende 2007 von 68.000 Personen auf 55.000 gesunken.

⁹ Die Bleiberechtsregelung der Konferenz der Innenminister und -senatoren sowie die gesetzliche Altfallregelung nach § 104a AufenthG ermöglichen, einem gewissen Personenkreis der lange Geduldeten unter bestimmten Bedingungen eine Aufenthaltserlaubnis nach § 23 Abs. 1 S. 1 AufenthG zu gewähren.

Tabelle 2

Geduldete (2007)

Quelle: AZR

	männlich	weiblich	unbekannt	gesamt
Insgesamt	81.683	53.254	38	134.975
Serben und Montenegro (ehem.)	8.306	8.087		16.393
Serben	5.786	5.714	1	11.501
Ungeklärt	6.605	3.350	3	9.958
Türkei	5.553	3.833	7	9.393
Irak	6.551	2.477	1	9.029
Jugoslawien (ehem.)	4.283	3.946	5	8.234
Syrien, Arabische Republik	3.664	2.639	2	6.305
Libanon	3.224	1.796	1	5.021
Iran, Islamische Republik	3.132	1.537		4.669
Russische Föderation	2.103	1.924	1	4.028
unter 16 Jahren insgesamt	18.959	17.561	20	36.540
Serben und Montenegro (ehem.)	3.241	3.102		6.343
Serben	2.304	2.321	1	4.626
Türkei	1.605	1.427	5	3.037
Ungeklärt	1.533	1.416	3	2.952
Jugoslawien (ehem.)	1.382	1.272	2	2.656
Syrien, Arabische Republik	1.125	1.012	2	2.139
Irak	1.026	877	1	1.904
Libanon	783	722	1	1.506
Russische Föderation	590	563		1.153
Aserbaidschan	593	532		1.125
Mit Aufenthaltsdauer von 8 Jahren und mehr insgesamt	31.719	23.604	4	55.327
Serben und Montenegro (ehem.)	5.098	4.989		10.087
Serben	3.347	3.335		6.682
Jugoslawien (ehem.)	2.783	2.593	3	5.379
Ungeklärt	3.157	1.775		4.932
Türkei	2.880	1.974		4.854
Libanon	1.655	1.095		2.750
Bosnien und Herzegowina	1.241	1.294	1	2.536
Syrien, Arabische Republik	1.261	963		2.224
Iran, Islamische Republik	969	453		1.422
Irak	1.036	384		1.420

Eine weitergehende sozialstrukturelle Analyse der Geduldeten ist aufgrund der Datenlage nicht möglich.

Beurteilung des Indikators

Die rechtlichen Rahmenbedingungen für Geduldete sind für die Integration der betreffenden Personen von Bedeutung. Als Indikator für diesbezügliche Integrationsfortschritte ist der Anteil der Erteilungen von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen für die seit langem (6-8 Jahre) in Deutschland lebenden Ausländer, die eine Duldung besitzen, aussagekräftig. Es wird daher empfohlen, den Indikator entsprechend anzupassen.

Indikator 1.3

Einbürgerungen

Einbürgerung ist ein Indikator für die Integrationsbereitschaft der Eingebürgerten. Die Einbürgerung ermöglicht volle politische Teilhabe und stellt ein Bekenntnis zum deutschen Staat dar. Gemessen werden der Stand und die Entwicklung der Einbürgerung an der *Zahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit Aufenthaltstitel¹⁰ und einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr*. Das Staatsangehörigkeitsrecht sieht in bestimmten Fällen Einbürgerungen bereits nach 3 Jahren rechtmäßigem Aufenthalt in Deutschland vor; regelmäßig kommt die Einbürgerung aber erst nach einem achtjährigen rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthalt in Betracht. Hierbei kann allerdings nicht jede rechtmäßige Aufenthaltszeit als anspruchsgrundlegend für die Einbürgerung dienen. Zudem hängen Einbürgerungen von einer Vielzahl anderer Voraussetzungen ab. Methodisch ist eine Berücksichtigung aller für die verschiedenen Einbürgerungsmöglichkeiten vorgesehenen Voraussetzungen nicht möglich. Um aber auch den genannten Aspekten Rechnung zu tragen, wird im Rahmen des Monitorings pauschalierend von einer Voraufenthaltsdauer von 10 Jahren ausgegangen.

Die wichtigsten **Regelvoraussetzungen der Anspruchseinbürgerung** sind:

- rechtmäßiger gewöhnlicher Aufenthalt in Deutschland seit mindestens acht Jahren
- Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung / Loyalitätserklärung
- Besitz eines unbefristeten Aufenthaltsrechts oder einer Aufenthaltserlaubnis, die grundsätzlich zu einem dauerhaften Aufenthalt führen kann
- Sicherung des Lebensunterhalts grundsätzlich ohne Inanspruchnahme von Leistungen nach dem SGB II oder SGB XII
- grundsätzlich Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit (Vermeidung von Mehrstaatigkeit)
- grundsätzliche Unbestraftheit
- ausreichende Kenntnisse der deutschen Sprache
- Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland („Einbürgerungstest“)

¹⁰ D.h. ohne Personen mit Aufenthaltsgestattung, Duldung und Personen ohne Aufenthaltstitel.

Zuletzt wurden 2007 mit rund 113.000 Ausländerinnen und Ausländern 11.800 Personen weniger als im Vorjahr (– 9,3%) eingebürgert. Im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr¹¹ lag die Zahl der Einbürgerungen 2007 insgesamt bei 2,9%. Seit dem Jahr 2000 gehen die Einbürgerungszahlen – mit Ausnahme des Jahres 2006 – kontinuierlich zurück, wobei allerdings für die Jahre 2000 bis 2002 insbesondere infolge rechtlicher Änderungen Sonder- und Nachholeffekte zu berücksichtigen sind.

*Tabelle 3***Einbürgerungen***

Berechnungen des Statistischen Bundesamtes

		2005	2006	2007
Insgesamt	Anzahl	117 241	124 566	113 030
Männer		59.923	63.049	56.011
Frauen		57.318	61.517	57.019
	Quote	3,1	3,2	2,9
Männer		3,0	3,1	2,7
Frauen		3,3	3,4	3,1
EU Staaten		1,2	1,1	1,2
Drittstaaten		4,2	4,3	3,7

* in Relation zu nichtdeutschen Personen mit Aufenthaltstitel und einer Aufenthaltsdauer von min. 10 Jahren

Insgesamt zeigt sich zwischen 2005 und 2007 ein rückläufiger Trend bei Einbürgerungen für alle Staatsangehörigkeiten mit Ausnahme von Rumänien.

Die Einbürgerungszahlen unter in Deutschland lebenden EU-Bürgerinnen und EU-Bürgern sind insgesamt (absolut und relativ) geringer als unter Drittstaatsangehörigen.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist für das Integrationsmonitoring geeignet.

Indikator 1.4**Harmonisierung der EU-Asylanerkennung**

Als sekundärer Indikator für den Rechtsstatus der in Deutschland lebenden Asylsuchenden wird die Schutzquote herangezogen. Diese berechnet sich aus den Zahlen der Asylanerkennung, der Gewährung von Abschiebungsschutz und der Feststellung von Abschiebungsverboten bezogen auf die Gesamtzahl der Entscheidungen. Daten zum Asylverfahren sind der Asylgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge zu entnehmen.

¹¹ Angaben aus dem AZR, abzüglich der Personen mit Aufenthaltsgestattung, Duldung und Personen ohne Aufenthaltstitel.

Die Schutzquote ist im Berichtszeitraum auf 27,5% im Jahr 2007 (d.h. im Vergleich zu den Vorjahren auf mehr als das vierfache) angestiegen. Ursache für diesen enormen Anstieg ist vor allem der hohe Anteil des Abschiebungsschutzes für Personen aus dem Irak.

Tabelle 4

Schutzquote

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

	2005	2006	2007
Gesamt	6,5%	6,3%	27,5%*
Irak	3,7%	8,3%	74,5%
Serben und Montenegro	1,0%	1,9%	
Serben		1,6%	1,7%
Türkei	12,0%	5,3%	5,4%
Vietnam	1,2%	0,6%	0,8%
Russische Föderation	14,5%	13,4%	18,6%
Syrien	15,8%	11,7%	15,1%
Iran	17,7%	13,2%	29,2%

* 24,1 % Abschiebungsschutz gemäß § 60 Abs.1 AufenthG

Beim Vergleich mit anderen EU-Staaten sind die unterschiedlichen nationalen Rahmenbedingungen zu beachten.¹² Insgesamt wurden in Deutschland im Jahr 2007 28.500 Asylentscheidungen gefällt. Eine vergleichbar hohe Anzahl von Entscheidungen haben in der EU Frankreich, Schweden und das Vereinigte Königreich, wobei Schweden und (außer 2007) auch das Vereinigte Königreich eine weitaus höhere Schutzquote aufweisen. Die Schutzquoten der Mitgliedsstaaten sind allerdings nur sehr begrenzt vergleichbar, weil diese stark von den Herkunftsländern der Asylsuchenden und den Asylpolitiken der Mitgliedsstaaten abhängen.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist nur sehr begrenzt aussagekräftig und kann daher entfallen.

ZUSAMMENFASSUNG

Von etwa 6,75 Millionen Ausländerinnen und Ausländern, die Ende 2007 im Ausländerzentralregister erfasst waren, verfügten 70% über ein langfristiges Aufenthaltsrecht. Im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer entsprechenden Aufenthaltsdauer lag die Zahl der Einbürgerungen 2005 bei 3,1%, 2006 bei 3,2% und 2007 bei 2,9%.

¹² Allgemein hat sich in Deutschland und den meisten europäischen Ländern der Trend der sinkenden Asylbewerberzahlen bis 2006 fortgesetzt. Jüngste Zahlen zeigen allerdings 2007 und auch 2008 eine Stagnation bzw. Zunahme. Diese neue Entwicklung gilt für nahezu alle Mitgliedstaaten der EU-15. Insgesamt erhöhte sich die Zahl der Asylsuchenden in der EU-15 von 189.000 Personen 2006 auf rd. 204.000 in 2007.

1.2 Demographie¹³

Zu einer erfolgreichen Integration gehört auch die längerfristige Etablierung in sozialen Bezügen. Eine besondere Rolle kommt in dieser Hinsicht der Familie zu.

Datengrundlage

Demographische Daten finden sich in der amtlichen Statistik. Die familiäre Situation betreffende Informationen sind im Mikrozensus enthalten, weitere Datenquellen sind das Ausländerzentralregister (AZR) und die Visastatistik des Auswärtigen Amtes.

Indikator 10.1

Bikulturelle Ehen

Als Indikator für interkulturelle Akzeptanz und gesellschaftliche Offenheit gegenüber Zugewanderten gilt die Zahl der bikulturellen Ehen bzw. deren Anteil an allen Ehen. Erfasst werden dabei allerdings nur bikulturelle Ehen zwischen einer Person mit und einer Person ohne Migrationshintergrund, nicht solche zwischen zwei Personen mit Migrationshintergrund und unterschiedlicher Herkunft.

Dieser Anteil war in den Jahren nahezu konstant: 2005 waren 9,7%, 2006 9,5% und 2007 wieder 9,7% aller Ehen bikulturell.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator zeigt den Grad der Integration in sozialen Bezügen an. Der Indikator ist sinnvoll und sollte beibehalten werden. Integrationsfortschritte können allerdings bei weitgehend konstanten Werten und geringen Veränderungen von Bestandszahlen im Zeitverlauf nur begrenzt abgebildet werden.

Familiennachzug

Ehegatten- und Kindernachzug wird als ein Hinweis für dauerhafte Niederlassungsabsicht und somit Integrationsbestreben gewertet. Der Nachzug von Ehegatten aus dem Herkunftsland verstärkt in manchen Fällen die soziokulturellen Bezüge zum Herkunftsland. Als problematisch wird dies oftmals dann gesehen, wenn in Deutschland aufgewachsene Personen mit Migrationshintergrund Ehepartner aus dem Herkunftsland der Eltern wählen.

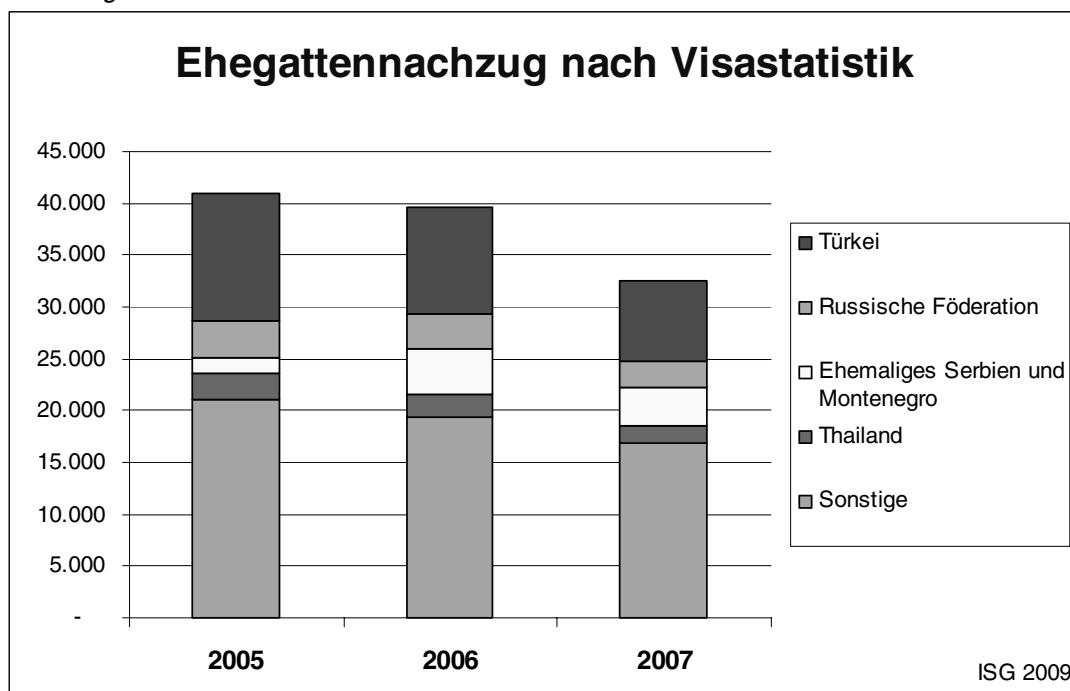
¹³ Im zu erprobenden Indikatorenset ist „Demographie“ ein separater Themenbereich (10). Aus inhaltlichen Überlegungen wird er im vorliegenden Bericht mit dem Themenbereich Rechtsstatus verknüpft.

Indikator 10.2a**Ehegattennachzug**

Die Anzahl der nachziehenden Ehegatten (zu Deutschen sowie zu Ausländerinnen und Ausländern) kann seit 2005 neben der Visastatistik des Auswärtigen Amtes auch dem Ausländerzentralregister entnommen werden.¹⁴

Gemäß Visastatistik geht die Zahl der nachziehenden Ehegatten seit dem Jahr 2002 kontinuierlich zurück: im Jahr 2007 wurde mit 32.466 erteilten Visa der bisherige Tiefstand erreicht. Zuvor hatten im Jahr 2006 39.585 Personen (2005: 40.933 Personen) ein Visum für den Ehegattennachzug erhalten. Der Rückgang ist u.a. auf die neuen EU-Mitgliedschaften osteuropäischer Länder zurückzuführen. Betrachtet man die Hauptherkunftsländer¹⁵ der nachziehenden Ehegatten, zeigt sich vor allem im bedeutendsten Land, der Türkei, ein Rückgang der zum Zweck des Ehegattennachzugs erteilten Visa: Während 2005 12.323 Visa zum Ehegattennachzug erteilt wurden, sind es 2006 10.208 und 2007 nur 7.636.

Abbildung 3



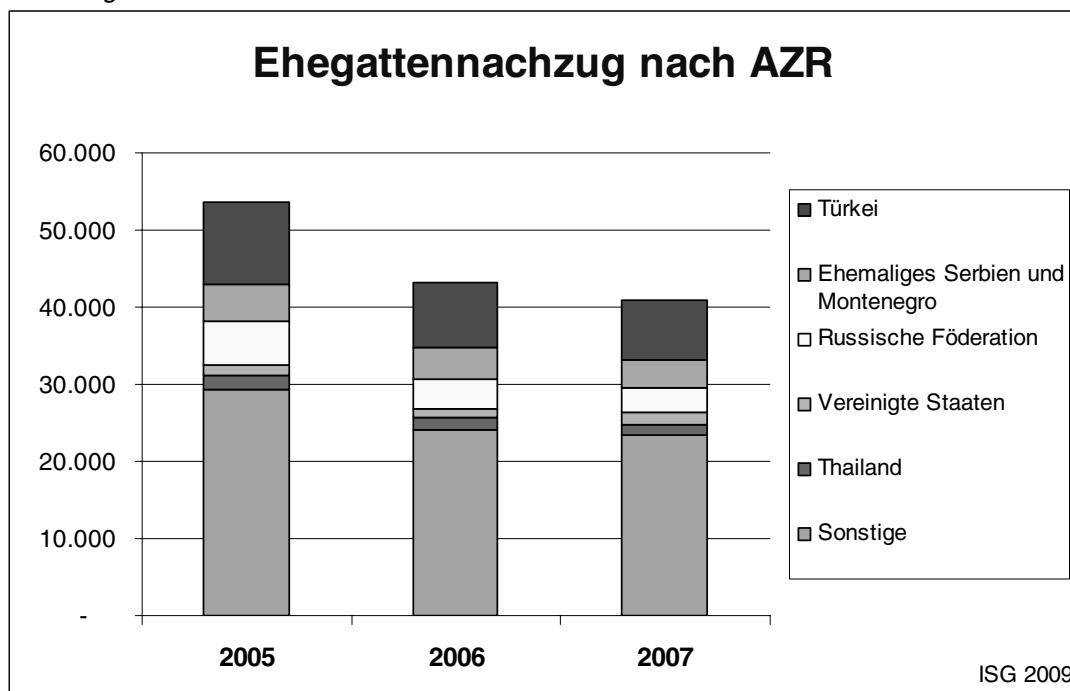
Die Zahlen zum Ehegattennachzug aus dem AZR liegen grundsätzlich höher, zeigen aber insgesamt ein ähnliches Bild. Der Rückgang des Ehegattennachzugs zwischen den Jahren 2006 und 2007 wird in diesen Zahlen deutlich geringer angezeigt.

¹⁴ Die Erfassung des Familiennachzugs erfolgt im AZR genauer als in der Visastatistik, da hier auch die Fälle erfasst sind, in denen ein Aufenthaltstitel aus familiären Gründen im Inland erworben wurde.

¹⁵ Die Visastatistik weist den Ort der Antragstellung und nicht explizit das Herkunftsland der Antragsteller aus.

Es wurden insgesamt 40.978 Aufenthaltserlaubnisse an Ehegatten erteilt, die im Jahr 2007 nachgezogen sind. Die Staaten, aus denen die meisten Ehegatten zugezogen sind, sind auch nach Daten des AZR die Türkei, gefolgt vom ehemaligen Serbien und Montenegro sowie der Russischen Föderation. Seit einigen Jahren stammen auch viele zugezogene Ehegatten aus den Vereinigten Staaten und Indien.

Abbildung 4



Beurteilung des Indikators

Ehegattennachzug spielt im Bereich Integration eine wichtige Rolle. Ein diesbezüglicher Indikator ist daher sinnvoll. Aufgrund der beschriebenen Ambivalenz muss die Interpretation des Indikators sehr differenziert geschehen. Es wird empfohlen, dahingehend zwischen Ehegattennachzug zu Migrantinnen und Migranten der 1. Generation und zu in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund zu unterscheiden.

**Indikator
10.2b und 10.2c**

Kindernachzug

Die Anzahl der über den Familiennachzug eingereisten Kinder wird als Indikator für eine dauerhafte Bleibeabsicht in Deutschland und die Verlagerung des Lebensmittelpunkts der Familie herangezogen. Daten hierzu sind der Visastatistik sowie dem AZR entnommen.

Auch beim Nachzug von ledigen Kindern unter 18 Jahren variieren die vorliegenden Statistiken.¹⁶ Laut Visastatistik ist beim Kindernachzug in den vergangenen Jahren ein Rückgang zu verzeichnen, laut AZR hingegen stieg die Zahl der für Kinder ausgestellten Aufenthaltsgenehmigungen aus familiären Gründen im Jahr 2007 wieder an.

Das wichtigste Herkunftsland beim Kindernachzug ist die Türkei. Von zahlenmäßiger Bedeutung sind ebenfalls die Staaten Serbien und Montenegro, die Russische Föderation und die USA. Außerdem ziehen immer mehr Kinder aus asiatischen Ländern (wie beispielsweise Japan, Indien, Thailand oder Südkorea) nach.

Tabelle 5

Kindernachzug	Quelle: AZR, Visastatistik		
	2005	2006	2007
Visastatistik			
Gesamt	12.280	10.715	9.753
Türkei	2.839	1.772	1.601
Ehem.Serbien und Montenegro	550	1.003	1.078
Russische Föderation	1.110	929	695
AZR			
Gesamt	13.277	11.738	12.227
Türkei	2.222	1.537	1.561
Ehem.Serbien und Montenegro	1.380	984	874
Russische Föderation	1.048	879	830

Hinsichtlich des Alters lässt sich entsprechend einer Sonderauswertung des AZR sagen, dass im Jahr 2007 40,4% der nachziehenden Kinder unter 6 Jahre alt waren. 32,2% der Kinder waren 6 bis unter 12 Jahre und 20,4% 12 bis unter 16 Jahre alt. Lediglich 7,0% der nachziehenden Jugendlichen sind 16 oder 17 Jahre alt. Die Altersstruktur unterscheidet sich allerdings stark nach dem Herkunftsland der Kinder und Jugendlichen. So sind beispielsweise 47,7% bzw. 46,5% der nachziehenden Kinder aus den USA und aus Serbien unter 6 Jahren, während dies nur auf 28,2% der türkischen Kinder und 33,6% derjenigen aus der Russischen Föderation zutrifft.

Die Zahl der Kinder im Ausland, für die Kindergeld gezahlt wird, ist ein Indikator für potenziellen Kindernachzug. Daten der diesbezüglichen Kindergeldstatistik liegen derzeit nicht vor.

Beurteilung des Indikators

Der Kindernachzug stellt für die Integrationsthematik keinen Mehrwert gegenüber dem Ehegattennachzug dar. Eine Streichung der Indikatoren 10.2b und 10.2c wird daher empfohlen.

¹⁶ Dies kann u.a. dadurch erklärt werden, dass im AZR auch der Nachzug von minderjährigen Staatsangehörigen, die visumfrei in das Bundesgebiet einreisen können, erfasst wird.

ZUSAMMENFASSUNG

Im Hinblick auf familiäre Lebensformen wirken bikulturelle Ehen eher integrationsfördernd als Ehen mit Personen aus dem Herkunftsland. Während im Berichtszeitraum konstant etwa knapp 10% der Ehen in Deutschland zwischen einer Person ohne Migrationshintergrund und einer Person mit Migrationshintergrund bestanden, gehen die Zahlen beim Ehegattennachzug zurück.

2. Frühkindliche Bildung und Sprachförderung

Jedes dritte Kind unter 6 Jahren in Deutschland hat einen Migrationshintergrund. Da Kindertageseinrichtungen verstärkt zu Orten frühkindlicher Bildung weiterentwickelt werden, haben sie für die spätere schulische Entwicklung eine immer größere Bedeutung. Mit der frühen Förderung kognitiver, sozialer und insbesondere sprachlicher Fähigkeiten können bereits im Kindesalter die Weichen für den Integrationsprozess gestellt werden.

Kenntnisse der deutschen Sprache werden als Schlüssel zur Integration bezeichnet. Sie sind eine wichtige Voraussetzung für die Zugänge zu Bildung, Ausbildung und Arbeit. Die Vermittlung und Förderung von Sprachkenntnissen hat nicht nur in Bezug auf Kinder eine große Bedeutung, sondern auch für deren Eltern und zugewanderte erwachsene Menschen.

Datengrundlage

Die amtliche Kinder- und Jugendhilfestatistik enthält ab 2007 nutzbare Daten zur Kindertagesbetreuung.¹⁷ Sie unterscheidet nicht nach dem Migrationshintergrund, sondern nach der ausländischen Herkunft mindestens eines Elternteils. Die für die Berechnung der Quoten zugrunde liegende Gesamtzahl der Kinder wird aus dem Mikrozensus übernommen. Es ist davon auszugehen, dass die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund (also mit mindestens einem ausländischen Elternteil) in der Statistik der Kinder- und Jugendhilfe im Vergleich zum Mikrozensus unterschätzt wird. Damit wären die vorliegenden Quoten für Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft zu niedrig.

Eine bundesweite Statistik über das Betreuungsangebot gibt es bisher ebenso wenig wie einheitliche Sprachstandsfeststellungsverfahren und eine entsprechende Dokumentation.

Indikator 2.1

Kinder (0-3-jährig) in der Tagesbetreuung

Ein Indikator für frühkindliche Bildung und Sprachförderung ist der *Anteil der Kinder, die eine Tagesbetreuung in Anspruch nehmen*. Durch diese werden Kinder nicht nur beim Erwerb der deutschen Sprache, sondern in einem umfassenden soziokulturellen und kognitiven Sinne gefördert. Der Indikator bildet die Nutzung von Tagesbetreuungseinrichtungen von Kindern mit Migrationshintergrund und Kindern ohne Migrationshintergrund ab.

¹⁷ Erst in den kommenden Jahren kann daher - verglichen mit den jeweils aktuellen Werten - eine Entwicklung hinsichtlich der beschriebenen Indikatoren beobachtet werden.

Der Anteil der Kinder mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft, die eine Tagesbetreuungseinrichtung besuchen, ist wesentlich geringer als in der Gesamtbevölkerung. Im Jahr 2007 besuchten bundesweit lediglich 6,0% dieser Kinder im Alter von 0 bis 3 Jahren¹⁸ eine Einrichtung der Tagesbetreuung, während der Anteil in der altersgleichen Gesamtbevölkerung bei 13,5% lag. Das Angebot an Betreuungsplätzen in den alten und neuen Bundesländern sowie auch Stadtstaaten und Flächenländern fällt erheblich auseinander. In den neuen Bundesländern werden Angebote zur Betreuung in so genannten Krippen (0-3 Jahre) selbstverständlich genutzt und gleichzeitig ist der Anteil von Kindern mit mindestens einem Elternteil aus dem Ausland deutlich geringer als in den alten Bundesländern.

Tabelle 6

Kinder (0-3 Jahre) in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung 2007		
	mit Migrationshintergrund*	insgesamt
	%	%
Deutschland	6,0	13,5
Früheres Bundesgebiet o. Berlin	5,7	8,1
Neue Länder ohne Berlin	11,9	37,4

*Anteil der Kinder in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft (Kinder- und Jugendhilfestatistik) an allen Kindern, bei denen mindestens ein Elternteil nicht auf dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geboren worden ist (Berechnung auf Basis des Mikrozensus 2007; vorläufiges Ergebnis).

Beurteilung des Indikators

Der Anteil der Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen ist ein wichtiger Indikator und sollte neben weiteren Indikatoren (z.B. pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund) in diesem Themenfeld differenziert weitergeführt werden.

Indikator 2.2

Kinder (3- bis 6-jährig) in Kindertageseinrichtungen

Die frühkindliche Förderung setzt sich im Vorschulalter fort. Als weiterer Indikator wird der *Anteil der Kinder im Alter von 3 bis 6 Jahren, die in einer Kindertageseinrichtung betreut werden*, herangezogen.

Etwas weniger ausgeprägt, aber immer noch deutlich, zeigt sich auch dabei der Unterschied zwischen Kindern mit und ohne Migrationshintergrund. Betrachtet man die Gesamtbevölkerung, so besuchen bundesweit 88,7% der 3- bis 6-jährigen Kinder eine Kindertageseinrichtung, während lediglich 73,5% der Gleichaltrigen mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft in einer Tageseinrichtung betreut werden.

¹⁸ Laut Statistischem Bundesamt liegen valide Auswertungen nach Einzelaltersjahren sowie unter Einbezug von Kindern in der Kindertagespflege nicht vor.

Tabelle 7

Kinder (3-6 Jahre) in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung 2007		
	mit Migrationshintergrund*	insgesamt
	%	%
Deutschland	73,5	88,7
Früheres Bundesgebiet o. Berlin	77,3	87,8
Neue Länder ohne Berlin	54,6	93,6

*Anteil der Kinder in Einrichtungen der Kindertagesbetreuung mit mindestens einem Elternteil ausländischer Herkunft (Kinder- und Jugendhilfestatistik) an allen Kindern, bei denen mindestens ein Elternteil nicht auf dem heutigen Gebiet der Bundesrepublik Deutschland geboren worden ist (Berechnung auf Basis des Mikrozensus 2007; vorläufiges Ergebnis).

Die Datenlage nach amtlicher Statistik lässt eine Differenzierung der Kinderbetreuung nach Geschlecht derzeit nicht zu. Ebenso ist eine weiterführende Analyse in Hinblick auf andere strukturelle Faktoren, die ggf. Einfluss auf die Nutzung von Kindertagesbetreuung haben, nicht möglich. Dies sind zum Beispiel die Anzahl von nicht schulpflichtigen Geschwistern, die Berufstätigkeit der Mutter und die Kosten der Tagesbetreuung.

Beurteilung des Indikators

Der Anteil der Kinder in Kindertageseinrichtungen ist ein wichtiger Indikator und sollte neben weiteren Indikatoren (z.B. pädagogisches Personal mit Migrationshintergrund) in diesem Themenfeld differenziert weitergeführt werden.

Indikator 2.3

Sprachförderbedarf

Ein klares Ziel im Handlungsfeld *frühkindliche Bildung und Sprachförderung* (wozu u.a. der Besuch von Kindertageseinrichtungen beitragen soll) ist die Angleichung der Deutsch-Sprachniveaus vor der Einschulung. Als Indikator dient dabei der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund, die einen Sprachförderbedarf aufweisen.

Datengrundlage

Erhoben wird der Sprachförderbedarf in nahezu allen Bundesländern mittels Sprachstandfeststellungsverfahren. Da diese Verfahren jedoch nicht einheitlich sind, liegen derzeit keine vergleichbaren Daten für diesen Indikator vor.

Nach dem letzten Lagebericht der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration¹⁹ belegen die Ergebnisse der Sprachstandserhebungen einiger Bundesländer, dass ein großer Teil der Kinder mit Migrationshintergrund einen Sprachförderbedarf im Deutschen hat.

Beurteilung des Indikators

Zur Nutzung und Weiterführung dieses sinnvollen Indikators muss die Datenlage verbessert werden.

¹⁹ Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): 7. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.

Indikator 2.4***Sprachkenntnis***

Die Förderung des Erwerbs deutscher Sprachkenntnisse für Neuzuwanderinnen und Neuzuwanderer sowie für bereits länger in Deutschland lebende Migrantinnen und Migranten (nicht mehr schulpflichtige Jugendliche und Erwachsene) ist Aufgabe und Hauptbestandteil der seit 2005 angelaufenen Integrationskurse.²⁰

Datengrundlage

Daten und Informationen zu Sprachkursen im Rahmen der Integrationskurse sind der Integrationsgeschäftsstatistik des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) zu entnehmen. Der Besuch der Integrationskurse ist nur für einen Teil der Teilnehmer verpflichtend. Die hier dargestellten Absolventen der Kurse umfassen sowohl verpflichtete als auch freiwillige Teilnehmer. Im Berichtszeitraum war die Teilnahme an den Abschlussprüfungen der Integrationskurse nicht verbindlich vorgeschrieben. Daher übersteigt die Zahl der Absolventen jene der Prüfungsteilnehmer deutlich. Erst mit der Neufassung der Integrationskursverordnung vom 05.12.2007 wurde die Teilnahme am Abschlusstest verbindlich vorgeschrieben.

Der *Anteil der Personen, die den Sprachkursteil eines Integrationskurses erfolgreich abschließen*, wird als Indikator für Sprachkenntnisse herangezogen.

Dieser Anteil unterlag im Berichtszeitraum leichten Schwankungen. Laut Integrationskursbilanz des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (BAMF) haben die Kursabsolventenzahlen nach einem enormen Anstieg im Jahr 2006 im darauf folgenden Jahr 2007 wieder abgenommen. Dies schlägt sich auch in der Anzahl der Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer für das Zertifikat Deutsch (Sprachniveau B1)²¹ nieder, wobei die Anteile der Prüflinge an den Absolventinnen und Absolventen in den letzten beiden Jahren etwa gleich waren.

Tabelle 8

Sprachkurs mit Abschluss Zertifikat Deutsch (B1)					
		2005		2006	
		Anzahl	%	Anzahl	%
Kursabsolvent/innen davon...		31.478		76.401	
an Prüfung teilgenommen davon...	17.482	55,5		50.952	66,7
Prüfung bestanden	12.151	69,5		36.599	71,8
				29.544	67,4

²⁰ Die Integrationskurse stellen einen Hauptpfeiler der Integrationspolitik dar. Sie wurden im Jahr 2006 extern evaluiert. Die daraus resultierenden Handlungsempfehlungen wurden von der Arbeitsgruppe „Integrationskurse verbessern“ im Rahmen des Nationalen Integrationsplans aufgenommen.

²¹ Aussagen zum Sprachstandniveau A2 sind derzeit noch nicht möglich (vgl. auch Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007) 7. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. S. 120f.)

Nach einem leichten Anstieg der Erfolgsquoten 2006, als 71,8% der Prüflinge diese bestanden haben, hat 2007 mit 67,4% wieder ein etwas kleinerer Anteil derjenigen, die die Prüfung abgelegt haben, diese bestanden.

Zu bedenken ist, dass der Prüfungserfolg von den Rahmenbedingungen der Integrationskurse abhängig ist. Über einen evtl. unterschiedlichen Prüfungserfolg von Männern und Frauen liegen in der Integrationskursbilanz des BAMF keine Zahlen vor. Insgesamt werden die Kurse häufiger von Frauen besucht.

Seit Ende 2007 ist die Teilnahme an einer Abschlussprüfung verpflichtend. Die Anteile der Prüflinge an den Kursteilnehmerinnen und -teilnehmern nahmen im ersten Halbjahr 2008 dementsprechend erwartungsgemäß zu. Erstmals gab es in diesem Jahr auch die Möglichkeit, an der Sprachprüfung Start Deutsch 2 (A2) teilzunehmen.

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator sollte beibehalten werden, da er einen wichtigen Aufschluss über die Wirkungsweise der Instrumente der Integrationsförderung gibt.

ZUSAMMENFASSUNG

Bereits im frühen Kindesalter werden wichtige Grundlagen der Integration vermittelt, insbesondere bezüglich des Spracherwerbs. Kinder mit Migrationshintergrund besuchen zu deutlich geringeren Anteilen eine Kindertageseinrichtung als Kinder in der Gesamtbevölkerung: Von den Kindern im Alter von bis zu 3 Jahren nehmen 6,0% derjenigen mit Migrationshintergrund und 13,5% der Gesamtbevölkerung eine Tagesbetreuung in Anspruch. Unter den 3 bis 6-Jährigen besuchen 73,5% der Kinder mit Migrationshintergrund und 88,7% der Gesamtbevölkerung eine Kindertageseinrichtung. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund (im Vergleich zur Mikrozensusdefinition) in der Statistik der Kinder- und Jugendhilfe unterschätzt wird und die Quoten daher geringer ausfallen.

Zuwanderinnen und Zuwanderer erhalten die Möglichkeit, die deutsche Sprache in den Integrationskursen zu erwerben. Seit Ende 2007 ist die Teilnahme an einer Abschlussprüfung der Sprachkursteile der Integrationskurse verpflichtend. Im Berichtszeitraum hatten jeweils mehr als zwei Drittel der Prüfungsteilnehmerinnen und -teilnehmer den Sprachkurs erfolgreich bestanden.

3. Bildung

Bildung ist eine zentrale Zugangsvoraussetzung zu Kultur und Erwerbssystem einer Gesellschaft und hat daher Einfluss auf viele andere Dimensionen der Lebenslage. Auch und gerade im Bereich der Integration kommt diesem Thema eine bedeutende Rolle zu.

Datengrundlage

Die amtliche Schulstatistik weist Schülerinnen und Schüler bisher nicht nach Migrationshintergrund, sondern lediglich als deutsch oder nicht-deutsch aus. Die Kultusministerkonferenz hat die Erhebung des Migrationshintergrunds auch für die Schulstatistik beschlossen und in den Ländern mit der Umsetzung begonnen.

Der Mikrozensus enthält Daten zum Schulabschluss auch nach Migrationshintergrund. Diese Daten machen keine Angaben darüber, wo der Abschluss erreicht wurde und erlauben damit nur bedingt Aussagen über das deutsche Bildungssystem.

Der Schulabschluss gilt als Schlüsselindikator im Bereich Bildung. Nicht alle Schülerinnen und Schüler erreichen beim allgemeinen Schulbesuch einen Abschluss, immer mehr holen ihn an beruflichen Schulen nach. Ebenso werden höher qualifizierende Abschlüsse – wie Realschulabschluss, Abitur oder Fachhochschulreife – auch zunehmend im Berufsbildungssystem erworben. Ca. 2,3% der Jugendlichen eines Altersjahrgangs erreichen gar keinen Abschluss.

Indikator 3.1

Personen ohne Schulabschluss

Der Indikator stellt den *Anteil der 18 bis 24-Jährigen dar, die nicht über einen Abschluss der Sekundarstufe I verfügen und sich nicht in Aus- oder Weiterbildung befinden*.²² Damit sind 18 bis 24-Jährige, die sich noch in schulischer oder beruflicher Ausbildung befinden, aus der Betrachtung ausgenommen.

Der Anteil der jungen Menschen ohne Schulabschluss nahm insgesamt in den letzten Jahren von 2,5% im Jahr 2005 über 2,4% im Jahr 2006 bis 2,3% 2007 leicht ab. Dieser positive Trend gilt insbesondere für Personen mit Migrationshintergrund (Rückgang von 5,1% auf 4,4%) sowie speziell auch Ausländerinnen und Ausländer (Rückgang von 8,6% auf 7,5%).

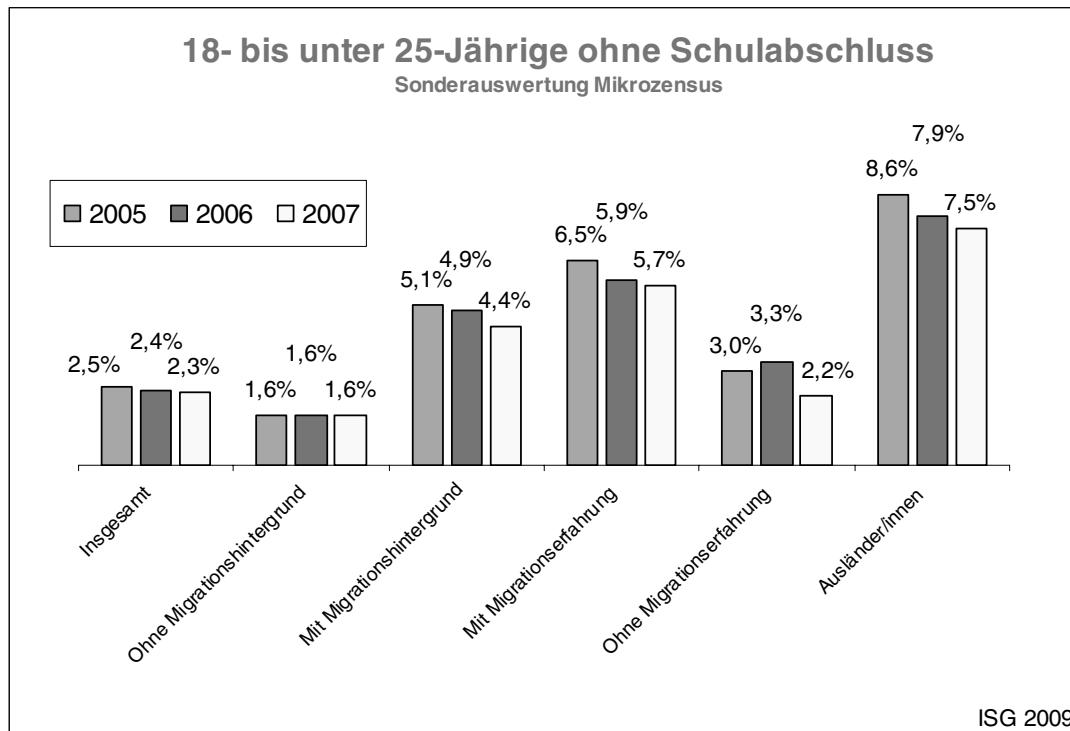
Im Jahr 2007 haben insgesamt 2,3% der 18 bis 24-Jährigen, die sich nicht in Aus- oder Weiterbildung befinden, keinen Schulabschluss. Während dies auf 1,6% der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund zutrifft, sind die Anteile bei Personen mit Migrationshintergrund mit 4,4% immer noch fast doppelt und bei der ausländischen Bevölkerung mit 7,5% mehr als dreimal so hoch.

Betrachtet man die Personen mit Migrationshintergrund danach, ob sie selber zugewandert sind oder in Deutschland geboren wurden, zeigt sich ein positiver Trend: Der Anteil der Per-

²² Im Mikrozensus wird nach Aus- oder Weiterbildungsteilnahme in den letzten vier Wochen gefragt.

sonen ohne Schulabschluss ist in der zweiten Generation deutlich geringer und lag 2007 leicht unter dem Wert der Gesamtbevölkerung.

Abbildung 5



Insgesamt haben Männer häufiger keinen Schulabschluss als Frauen. Bei Personen mit Migrationshintergrund und insbesondere bei denjenigen ohne deutschen Pass ist dies in der Regel umgekehrt.

Tabelle 9

Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen ohne Schulabschluss (ohne Teilnahme an Bildungmaßnahmen in den letzten 4 Wochen)			
Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt			
	2005	2006	2007
Insgesamt	2,5%	2,4%	2,3%
Männer	2,5%	2,6%	2,4%
Frauen	2,4%	2,1%	2,2%
Ohne Migrationshintergrund	1,6%	1,6%	1,6%
Männer	1,8%	1,8%	1,8%
Frauen	1,5%	1,3%	1,4%
Mit Migrationshintergrund	5,1%	4,9%	4,4%
Männer	4,7%	5,1%	4,0%
Frauen	5,5%	4,6%	4,7%
darunter			
Mit Migrationserfahrung	6,5%	5,9%	5,7%
Männer	5,7%	6,2%	5,1%
Frauen	7,1%	5,7%	6,4%
Ohne Migrationserfahrung	3,0%	3,3%	2,2%
Männer	3,4%	3,4%	2,6%
Frauen	2,6%	3,0%	1,8%
AusländerInnen	8,6%	7,9%	7,5%
Männer	7,4%	8,1%	6,1%
Frauen	9,8%	7,9%	8,9%

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist als Schlüsselindikator zu verstehen und soll im Monitoring weitergeführt werden.

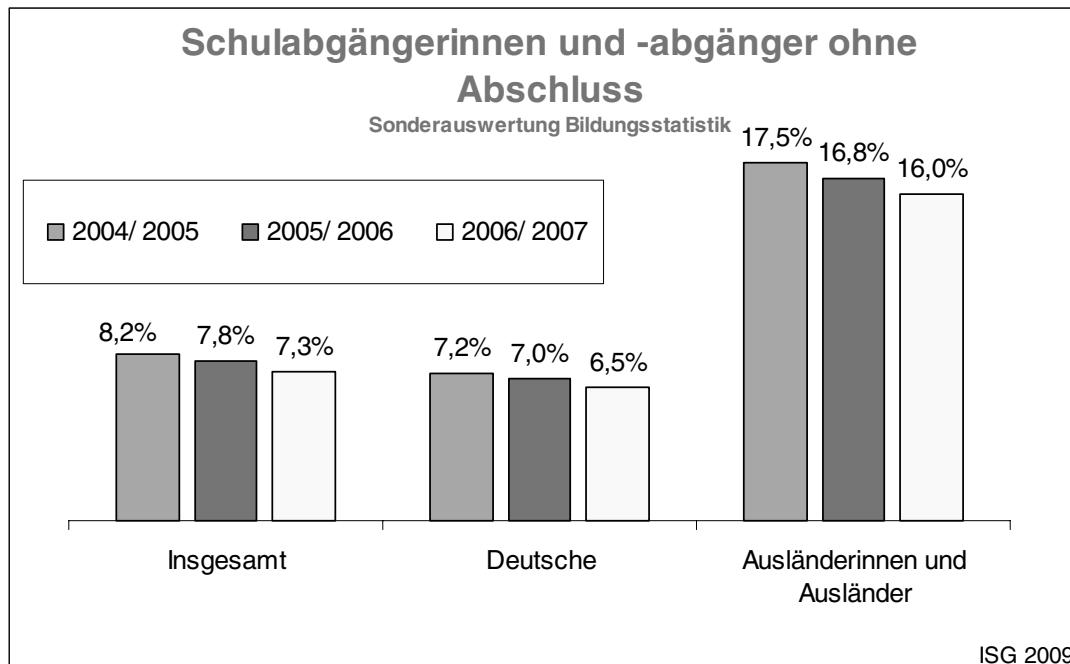
Indikator 3.2**Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss**

Der Anteil der Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule ohne Schulabschluss verlassen, ist ein weiterer wichtiger Indikator der Bildungssituation. Gemessen werden Personen, die die Schule abbrechen, anhand des Anteils der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss an allen aktuellen Schulabgängerinnen und -abgängern.

Die amtliche Schulstatistik unterscheidet derzeit lediglich deutsche von ausländischen Schülerinnen und Schülern. Angaben für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind daher nicht möglich.

Die Zahl der Schulabgängerinnen und -abgänger ohne Abschluss ist im Berichtszeitraum 2005 bis 2007 insgesamt von 8,2% auf 7,3% (bei Deutschen von 7,2% auf 6,5% und bei Nicht-Deutschen von 17,5% auf 16,0%) zurückgegangen.

Abbildung 6:



Im Jahr 2007 lag die Abgängerquote ohne Abschluss mit 16,0% bei Ausländerinnen und Ausländern im Vergleich zur Gesamtbevölkerung mehr als doppelt so hoch.

Frauen verlassen die allgemeinbildende Schule deutlich seltener ohne Schulabschluss als Männer (im Jahr 2007: 5,5% gegenüber 9,0%). Dies gilt auch für Ausländerinnen (13,0% gegenüber 18,8%).

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist sinnvoll und soll im Monitoring weitergeführt werden. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass die Daten zukünftig einheitlich und vollständig nach dem Migrationshintergrund ausgewiesen werden.

Indikator 3.3

Schulabschlüsse an berufsbildenden Schulen

Der Anteil der Jugendlichen, die die berufsbildende Schule mit Schulabschlüssen verlassen, ist nicht nur Indikator für das Nachholen von Schulabschlüssen und damit die Möglichkeit,

bildungsbezogene Nachteile zu überwinden, sondern gewinnt durch die immer häufigere Nutzung dieser Möglichkeit auch insgesamt an Bedeutung in diesem Zusammenhang.

Die amtliche Schulstatistik unterscheidet derzeit lediglich deutsche von ausländischen Schülern. Angaben für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind daher nicht möglich.

Ein immer höherer Anteil der Schulabschlüsse wird inzwischen an beruflichen Schulen erworben. Dabei handelt es sich vor allem um den Erwerb von höheren Abschlüssen, insbesondere der Fachhochschulreife oder des Abiturs. Hier zeigt sich ein positiver Trend bei Ausländerinnen und Ausländern: Der Anteil der ausländischen Absolventinnen und Absolventen, die an beruflichen Schulen die Fachhochschulreife erwarben, stieg von 7,9% im Jahr 2005 auf 8,2% im Jahr 2007. Insgesamt liegt der Anteil der Absolventinnen und Absolventen, die die berufliche Schule mit Fachhochschulreife verlassen, im Berichtszeitraum durchgehend über 13%.

Tabelle 10

Schulabschlüsse an beruflichen Schulen						
In den Schuljahren	2004/ 2005		2005/ 2006		2006/ 2007	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Absolvent/innen, Abgänger/innen	1.137.082	100	1.184.762	100	1.200.758	100
Deutsche	1.044.802	100	1.088.546	100	1.105.228	100
Ausländer/innen	92.280	100	96.216	100	95.530	100
mit Schulabschluss	276.424	24,3	277.239	23,4	287.852	24,0
Deutsche	256.508	24,6	257.288	23,6	267.484	24,2
Ausländer/innen	19.916	21,6	19.951	20,7	20.368	21,3
<i>davon</i>						
Hauptschulabschluss	39.479	3,5	36.948	3,1	34.303	2,9
Deutsche	34.156	3,3	31.891	2,9	29.614	2,7
Ausländer/innen	5.323	5,8	5.057	5,3	4.689	4,9
Mittlerer Abschluss	81.445	7,2	83.553	7,1	92.416	7,7
Deutsche	74.163	7,1	76.347	7,0	84.545	7,6
Ausländer/innen	7.282	7,9	7.206	7,5	7.871	8,2
(Fach-)Hochschulreife	155.500	13,7	156.738	13,2	161.133	13,4
Deutsche	148.189	14,2	149.050	13,7	153.325	13,9
Ausländer/innen	7.311	7,9	7.688	8,0	7.808	8,2

Mit einem Anteil von 8,2% erwarben im Schuljahr 2006/ 2007 ausländische Absolventinnen und Absolventen etwas häufiger einen mittleren Abschluss (Fachschulreife bzw. Realschulabschluss) an einer beruflichen Schule als Abgängerinnen und Abgänger insgesamt. Ein Hauptschulabschluss wird – vor dem Hintergrund höherer Anteile von Jugendlichen ohne Schulabschluss – sogar deutlich häufiger von Ausländerinnen und Ausländern nachgeholt: 4,9% der ausländischen (insgesamt nur 2,9% der) Absolventinnen und Absolventen machten 2007 von dieser Möglichkeit Gebrauch.

Mädchen verlassen berufliche Schulen sowohl insgesamt als auch in der ausländischen Bevölkerung zu höheren Anteilen mit einem (höheren) Schulabschluss als Jungen (vgl. Tabelle 53 im Anhang).

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist sinnvoll und soll im Monitoring weitergeführt werden. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass die Daten zukünftig einheitlich und vollständig nach dem Migrationshintergrund ausgewiesen werden.

Allgemein bildende Schulen

Die einzelnen Schulabschlüsse werden als differenzierte Indikatoren für das genaue Bildungsniveau und damit den Grad des Bildungserfolgs angesehen. Im Folgenden wird auf den Hauptschulabschluss, die Hochschulreife²³ sowie den Besuch von Förderschulen und der gymnasialen Oberstufe eingegangen.

Die amtliche Schulstatistik unterscheidet derzeit lediglich deutsche von ausländischen Schülerinnen und Schülern. Angaben für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sind daher nicht möglich.

Tabelle 11

Absolvent/innen bzw. Abgänger/innen von allgemein bildenden Schulen (Indikatoren 3.2, 3.4, 3.5)						
In den Schuljahren	2004/ 2005		2005/ 2006		2006/ 2007	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
<i>Insgesamt</i>	958.485	100	968.869	100	964.848	100
Deutsche	873.190	100	882.028	100	877.513	100
Ausländer/innen	85.295	100	86.841	100	87.335	100
<i>davon*</i>						
Ohne Abschluss	78.152	8,2	75.897	7,8	70.547	7,3
Deutsche	63.207	7,2	61.331	7,0	56.603	6,5
Ausländer/innen	14.945	17,5	14.566	16,8	13.944	16,0
Hauptschulabschluss	237.712	24,8	236.531	24,4	228.616	23,7
Deutsche	202.166	23,2	200.386	22,7	192.208	21,9
Ausländer/innen	35.546	41,7	36.145	41,6	36.408	41,7
(Fach-)Abitur	243.872	25,4	258.270	26,7	273.048	28,3
Deutsche	235.708	27,0	248.882	28,2	263.413	30,0
Ausländer/innen	8.164	9,6	9.388	10,8	9.635	11,0

* zu 100% fehlende = Mittlere Reife

Mädchen verfügen sowohl in der deutschen als auch in der ausländischen Bevölkerung zu höheren Anteilen über einen (höheren) Schulabschluss als Jungen (vgl. Tabelle 54 im Anhang).

²³

Allgemeine Hochschulreife (Abitur) und Fachhochschulreife (Fachabitur)

Indikator 3.4***Hauptschulabschluss***

Der Anteil der Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule mit Hauptschulabschluss verlassen, ist im Berichtszeitraum insgesamt (von 24,8% auf 23,7%) sowie bei deutschen Schülerinnen und Schülern (von 23,2 auf 21,9%) gesunken. Der Anteil der Jugendlichen, die die allgemeinbildende Schule mit Hauptschulabschluss verlassen, ist bei ausländischen Schülerinnen und Schülern mit 41,7% bzw. 41,6% (2006) im Berichtszeitraum konstant deutlich höher als bei den Schülerinnen und Schülern insgesamt und fast doppelt so hoch wie bei Deutschen (vgl. Tabelle 11).

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist schwer zu interpretieren, da einerseits eine Erhöhung des Anteils der Jugendlichen mit Schulabschluss angestrebt wird (wobei ein Hauptschulabschluss besser ist als gar kein Abschluss), andererseits eine Senkung des Anteils der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss zugunsten höherer Abschlüsse als Ziel formuliert wird. Der Anteil der Jugendlichen mit Hauptschulabschluss sollte daher in einen Indikator zum Schulabschluss mit mehreren möglichen Ausprägungen integriert werden.

Indikator 3.5***Hochschulreife***

Der Anteil der Jugendlichen, die die Schule mit einer Hochschulreife verlassen, ist im Berichtszeitraum kontinuierlich gestiegen (von 25,4% auf 28,3%). Dies gilt sowohl für Deutsche (von 27,0% auf 30,0%) als auch für Ausländerinnen und Ausländer (von 9,6% auf 11,0%). Insgesamt liegt der Anteil der ausländischen Absolventinnen und Absolventen mit einem solchen Abschluss deutlich unter dem in der Gesamtbevölkerung (vgl. Tabelle 11).

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist sinnvoll und soll im Monitoring weitergeführt werden. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass die Daten zukünftig einheitlich und vollständig nach dem Migrationshintergrund ausgewiesen werden. Der Anteil der Jugendlichen mit Hochschulreife kann in einen allgemeinen Indikator zum Schulabschluss integriert werden.

Indikator 3.6**Förderschulen²⁴**

Die absoluten Schülerzahlen an Förderschulen nahmen im Berichtszeitraum ab. Der *Ausländeranteil an den Förderschulen* ging in den letzten Jahren von 15,7% auf 14,9% kontinuierlich zurück. Im Schuljahr 2007/ 2008 lag er bei Jungen bei 14,3% und bei Mädchen bei 16,1%. Ausländische Kinder und Jugendliche sind demnach an Förderschulen deutlich überrepräsentiert. Das zeigt sich auch, wenn man die Anteile der ausländischen bzw. deutschen Kinder an Förderschulen an den ausländischen bzw. allen Schülerinnen und Schülern insgesamt betrachtet. Während 7,0% aller Schülerinnen und Schüler ohne deutschen Pass eine Förderschule besuchen, sind es unter allen Schülerinnen und Schülern 4,4%.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator gibt keine Auskunft über einen Abschluss, sondern über die aktuellen Ausländeranteile der Schülerinnen und Schüler. Eine Angleichung bzw. Zusammenfassung mit den vorangegangenen Bildungsindikatoren wird empfohlen.

Indikator 3.7**Sekundarstufe II / gymnasiale Oberstufe**

Der Besuch der Sekundarstufe II ist die Voraussetzung für einen höheren Schulabschluss. Insgesamt stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe im Berichtszeitraum kontinuierlich an. Der *Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe²⁵* liegt laut Bildungsstatistik in den Jahren 2005 bis 2007 konstant bei 4,9%. Dies stellt nach wie vor eine starke Unterrepräsentanz von Ausländerinnen und Ausländern an den Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufen dar. Mit 11,1% ist der Ausländeranteil in gymnasialen Oberstufen der Gesamtschulen höher als an Gymnasien (4,2%).

Beurteilung des Indikators

Der Indikator gibt keine Auskunft über den Abschluss, sondern über die aktuellen Ausländeranteile der Schülerinnen und Schüler. Da kein Mehrwert gegenüber dem Indikator 3.5 zu erkennen ist, wird eine Streichung empfohlen.

ZUSAMMENFASSUNG

Grundsätzlich zeigen die Bildungsindikatoren nicht nur einen positiven Trend bei der Gesamtbevölkerung, sondern auch bei ausländischen Schülerinnen und Schülern. Zugleich

²⁴ Förderschulen dienen bei gleichem Bildungsauftrag wie die übrigen allgemein bildenden Schulen der Förderung und Betreuung körperlich, geistig und seelisch benachteiligter sowie sozial gefährdeter Kinder.

²⁵ Ohne Abendschulen und Kollegs.

zeigt sich ein „Bildungsrückstand“ der ausländischen Jugendlichen, welche nicht nur häufiger die Schule ohne Abschluss verlassen, sondern auch seltener höhere Schulabschlüsse erreichen.

Eine sozialstrukturelle Analyse der auf der Schulstatistik beruhenden Indikatoren ist nicht möglich, da diese die dazu erforderlichen sozioökonomischen Daten nicht enthält. Eine Analyse der PISA-Daten zeigt, dass vor allem sozialstrukturelle Faktoren (wie bspw. das Haushaltseinkommen und das Bildungsniveau der Eltern) Einfluss auf den besuchten Schultyp haben (vgl. Kapitel C 1). Ein migrationsbedingter Faktor, der Einfluss auf den besuchten Schultyp hat, ist laut Analyse der PISA-Daten vor allem die im Haushalt gesprochene Sprache.

4. Ausbildung

Der Einstieg in die Arbeitswelt erfolgt in der Regel über eine berufliche Ausbildung oder, bei akademischen Berufen, über ein Hochschulstudium. Gleiche Teilhabechancen an der beruflichen Ausbildung sind ein bedeutender Faktor für gelungene Integration.

Datengrundlage

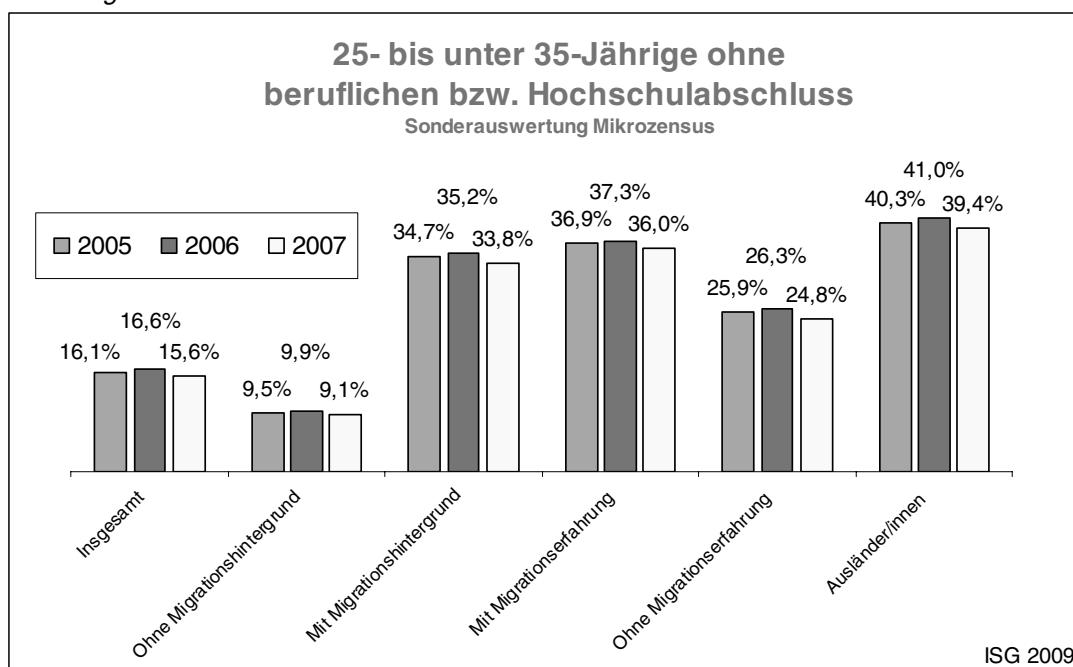
Daten zu beruflicher Ausbildung sind der amtlichen Statistik (v.a. den Vollerhebungen der Berufsbildungsstatistik und Statistik der Bundesagentur für Arbeit) zu entnehmen. Diese weist Auszubildende bzw. Studentinnen und Studenten bisher – mit Ausnahme des Mikrozensus – nicht nach Migrationshintergrund, sondern lediglich als deutsch oder nicht-deutsch aus. Der Mikrozensus enthält Daten zum Berufsabschluss auch nach Migrationshintergrund. Diese Daten machen keine Angaben darüber, wo der Abschluss erreicht wurde und erlauben damit nur bedingt Aussagen über das deutsche Ausbildungssystem.

Indikator 4.1

Beruflicher Bildungsabschluss

Die Integration in eine qualifizierte Berufstätigkeit ist ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss kaum möglich. Zudem geht der Bedarf an nicht qualifizierten Hilfskräften aufgrund des Strukturwandels immer mehr zurück. Der Anteil der Personen im Alter von 25 bis unter 35 Jahren ohne beruflichen Bildungsabschluss oder Hochschulabschluss wird als Indikator für eine unzureichende berufliche Qualifikation genutzt.

Abbildung 7



Die Daten zeigen, dass die Anteile der 25- bis unter 35-Jährigen ohne beruflichen und ohne Hochschulabschluss in allen Bevölkerungsgruppen im Jahr 2007 im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgingen, nachdem sie 2006 leicht angestiegen waren. Eine positive Entwicklung zeigt sich beim Vergleich der ersten mit der zweiten Generation der Personen mit Migrationshintergrund: Während im Jahr 2007 bei allen 25- bis unter 35-Jährigen mit Migrationshintergrund 33,8% keinen beruflichen Abschluss hatten, sind dies bei Personen ohne eigene Migrationserfahrung 24,8% der 25- bis unter 35-Jährigen. Bei denjenigen ohne deutschen Pass sind es 39,4%. Frauen haben in der Gesamtbevölkerung wie auch bei jungen Menschen mit Migrationshintergrund und eigener Migrationserfahrung sowie bei ausländischer Staatsangehörigkeit häufiger als Männer keinen beruflichen Abschluss (Tabelle 12). Zwischen jungen Frauen und Männern ohne eigene Migrationserfahrung gibt es 2007 sowohl im Vergleich zu den Vorjahren als auch im Vergleich zu den anderen Gruppen mit Migrationshintergrund (Ausländerinnen und Ausländer sowie Personen mit eigener Migrationserfahrung) keine Differenz mehr im Anteil der Personen ohne Berufsabschluss.

Tabelle 12

Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen* ohne beruflichen Abschluss und ohne (Fach-)Hochschulabschluss

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005	2006	2007
Insgesamt	16,1%	16,6%	15,6%
Männer	14,8%	15,6%	14,7%
Frauen	17,4%	17,6%	16,6%
Ohne Migrationshintergrund	9,5%	9,9%	9,1%
Männer	9,1%	9,6%	8,9%
Frauen	10,0%	10,3%	9,3%
Mit Migrationshintergrund	34,7%	35,2%	33,8%
Männer	31,0%	32,6%	31,4%
Frauen	38,5%	37,8%	36,2%
darunter			
Mit Migrationserfahrung	36,9%	37,3%	36,0%
Männer	33,2%	35,1%	33,2%
Frauen	40,6%	39,4%	38,6%
Ohne Migrationserfahrung	25,9%	26,3%	24,8%
Männer	23,8%	24,1%	24,8%
Frauen	28,6%	29,3%	24,9%
Ausländer/innen	40,3%	41,0%	39,4%
Männer	35,6%	37,9%	36,4%
Frauen	45,2%	44,1%	42,3%

*nicht in Ausbildung

Eine weiterführende statistische Analyse der Übergangspfade nach der Schulzeit zeigt, dass unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Bildung und Familienstand – außer für weibliche Migrantinnen der ersten Generation – keine signifikanten Unterschiede zwischen der Entscheidung für die Aufnahme einer Berufsausbildung und der Nichterwerbsbeteiligung von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen.²⁶ Herausgestellt wird dagegen, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund signifikant häufiger zu einem direkten Übergang in den Arbeitsmarkt (ohne Berufsabschluss) als zur Aufnahme einer Ausbildung oder eines Studiums neigen.

²⁶ Analyse auf Basis des Mikrozensus 2005; vgl. unten Abschnitt C 2.

Beurteilung des Indikators

Bei diesem Indikator handelt es sich um einen zentralen Indikator zur Messung des (beruflichen) Bildungserfolgs und damit um eine wichtige Zugangsvoraussetzung zur Erwerbstätigkeit; er wird daher weiterhin empfohlen.

Berufliche Schulen

Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an den Schülerinnen und Schülern (4.2) einerseits und an den Absolventinnen und Absolventen (4.3) der weiterführenden beruflichen Schulen andererseits sind weitere Indikatoren für die Teilhabe im Ausbildungsbereich.

Unter den beruflichen Schulen ist zwischen verschiedenen Voll- und Teilzeit-Schulformen zu differenzieren. Neben den Teilzeit-Berufsschulen des dualen Systems und den zumeist in Vollzeit angebotenen Ausbildungen des Schulberufssystems existieren Bildungsgänge im so genannten Übergangssystem, welche nicht zu einem vollqualifizierten beruflichen Abschluss führen.²⁷

**Indikatoren
4.2a und 4.2b**

Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen

Die Bildungsstatistik weist derzeit lediglich ausländische Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen aus und erhebt nicht den Migrationshintergrund. Gemessen wird erstens der *Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler an beruflichen Schulen – Vollzeit*²⁸, zweitens der *Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler im Berufsgrundbildungsjahr bzw. dem Berufsvorbereitungsjahr* sowie drittens der *Anteil der nicht-deutschen Schülerinnen und Schüler an Berufsschulen – Teilzeit*²⁹.

Die Ergebnisse zeigen, dass es in den Jahren 2005 bis 2007 so gut wie keine Veränderung der Ausländeranteile bei Schülerinnen und Schülern der beruflichen Schulen gab: An beruflichen Schulen mit Vollzeitunterricht lag er 2005 und 2007 bei 8,7% (2006 bei 8,6%), im Berufsvorbereitungs- bzw. Berufsgrundbildungsjahr hingegen mit konstant 14,8% deutlich höher. In Teilzeit-Berufsschulen des dualen Systems machten Ausländerinnen und Ausländer 2005 und 2007 5,8% (2006 5,7%) der Schülerinnen und Schüler aus. Insgesamt liegt der Ausländeranteil an den unterschiedlichen Formen der beruflichen Schulen deutlich über dem Anteil der ausländischen Schülerinnen und Schüler in der gymnasialen Oberstufe (siehe Kapitel B 3).

²⁷ Dazu gehören neben dem Berufsvorbereitungsjahr und dem Berufsgrundbildungsjahr an Berufsschulen auch Bildungsgänge in Berufsfachschulen, die keinen beruflichen Abschluss vermitteln.

²⁸ ohne Berufsschulen im Dualen System

²⁹ Eine Berechnung der ausländischen Schülerinnen und Schüler ohne Ausbildungsvertrag ist nicht möglich.

Tabelle 13

Ausländeranteil an beruflichen Schulen			
In den Schuljahren	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008
	%	%	%
<i>Berufliche Schulen (Vollzeit)</i>			
Gesamt	8,7	8,6	8,7
Männer	9,4	9,4	9,3
Frauen	8,0	8,0	8,1
<i>Berufsvorbereitungsjahr / Berufsgrundbildungsjahr</i>			
Gesamt	14,8	14,8	14,8
Männer	13,7	13,7	13,7
Frauen	16,9	16,9	16,7
<i>Berufsschulen (Teilzeit)</i>			
Gesamt	5,8	5,7	5,8
Männer	5,5	5,3	5,4
Frauen	6,3	6,3	6,4

Der Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung der entsprechenden Altersgruppe (16 bis unter 20 Jahre) liegt zum Vergleich bei etwa 9,5%.

Während an Berufsschulen (Teilzeit) und insbesondere im Berufsvorbereitungs- bzw. Berufsgrundbildungsjahr der Ausländeranteil bei Frauen größer ist als bei Männern, ist dies bei sonstigen beruflichen Schulen (Vollzeit) umgekehrt. Weiterführende sozialstrukturelle Analysen sind auf Basis der Daten aus der Bildungsstatistik nicht möglich.

Beurteilung der Indikatoren

Die Indikatoren geben keine Auskunft über den Abschluss, sondern über die aktuellen Ausländeranteile der Schülerinnen und Schüler. Da kein Mehrwert gegenüber den Indikatoren 4.3 zu erkennen ist, wird eine Streichung empfohlen.

**Indikatoren
4.3a und 4.3b**

Absolventinnen und Absolventen beruflicher Schulen

Einen genaueren Hinweis darauf, ob eine Ausbildung erfolgreich abgeschlossen werden konnte, geben Indikatoren, die sich auf die Absolventinnen und Absolventen der beruflichen

Schulen beziehen. Der Anteil von ausländischen Absolventinnen und Absolventen beruflicher Schulen – Vollzeit, der Anteil von ausländischen Absolventinnen und Absolventen des Berufsgrundbildungsjahrs bzw. des Berufsvorbereitungsjahrs sowie der Anteil der ausländischen Absolventinnen und Absolventen an Berufsschulen werden als Indikatoren verwendet.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Ausländeranteile an beruflichen Schulen (Vollzeit) mit 7,9% und im Berufsvorbereitungs- bzw. Berufsgrundbildungsjahr mit 13,4% (2005 und 2006) bzw. 13,3% (2007) im Berichtszeitraum weitgehend konstant waren. An Teilzeit-Berufsschulen (im Dualen System) ist der Ausländeranteil hingegen rückläufig: Er sank im Berichtszeitraum von 5,4% auf 4,8%. Der Ausländeranteil bei Absolventinnen und Absolventen ist geringer als bei den Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schulform im gleichen Schuljahr: 2006/ 2007 waren lediglich 7,9% der Absolventinnen und Absolventen beruflicher Schulen (Vollzeit) ausländischer Staatsbürgerschaft, während der Ausländeranteil der Schülerinnen und Schüler beruflicher Schulen (Vollzeit) im selben Schuljahr bei 8,6% lag (siehe oben). Unter den Absolventinnen und Absolventen des Berufsvorbereitungs- bzw. Berufsgrundbildungsjahrs (mit einem Ausländeranteil der Schülerinnen und Schüler von 14,8%) hatten 13,3% keinen deutschen Pass. An den Berufsschulen (Teilzeit) waren 4,8% der Absolventinnen und Absolventen ausländischer Staatsbürgerschaft während der Ausländeranteil der Schülerinnen und Schüler an den Berufsschulen (Teilzeit) im selben Schuljahr 5,7% betrug.

Tabelle 14

Ausländeranteil bei Absolvent/innen von beruflichen Schulen			
In den Schuljahren	2004/ 2005	2005/ 2006	2006/ 2007
	%	%	%
<i>Berufliche Schulen (Vollzeit)</i>			
Gesamt	7,9	7,9	7,9
Männer	8,0	8,2	8,2
Frauen	7,8	7,7	7,6
<i>Berufsvorbereitungsjahr / Berufsgrundbildungsjahr</i>			
Gesamt	13,4	13,4	13,3
Männer	11,9	11,8	11,9
Frauen	16,0	16,1	15,7
<i>Berufsschulen (Teilzeit)</i>			
Gesamt	5,4	5,0	4,8
Männer	5,2	4,8	4,6
Frauen	5,6	5,3	5,1

Insgesamt existieren bei Absolventinnen und Absolventen je nach Schulform unterschiedliche Geschlechteranteile: An beruflichen Schulen (Vollzeit) ist aufgrund der Schwerpunkte im gesundheitlichen und pädagogischen Bereich die Mehrzahl der Auszubildenden weiblich. An Berufsschulen (Teilzeit) sowie in Bildungsgängen des Übergangssystems ist die Mehrheit der Absolventinnen und Absolventen männlich.

Bei ausländischen Schülerinnen und Schülern der jeweiligen Schultypen sind die Geschlechterunterschiede deutlich geringer als bei den deutschen Schülerinnen und Schülern. Dies hat zur Folge, dass an Berufsschulen (Teilzeit) und insbesondere in den Ausbildungsgängen des Übergangssystems der Ausländeranteil bei weiblichen Absolventinnen größer ist als bei männlichen; an beruflichen Schulen (Vollzeit) ist der Ausländeranteil hingegen bei Frauen leicht geringer als bei Männern. Weiterführende sozialstrukturelle Analysen sind auf Basis der Daten aus der Bildungsstatistik nicht möglich.

Beurteilung des Indikators

In der konkretisierten Form differenziert nach a) Übergangssystem, b) Schulische Berufsbildung und c) Teilzeit-Berufsschulen sind die Ausländeranteile der Absolventinnen und Absolventen beruflicher Schulen ein sinnvoller Indikator. Es sollte darauf hingewirkt werden, dass die Daten zukünftig einheitlich und vollständig nach dem Migrationshintergrund ausgewiesen werden.

Indikator 4.4a

Neu abgeschlossene Ausbildungsverträge/ Duale Ausbildung

Ein wichtiger Pfeiler der Berufsausbildung in Deutschland ist das duale System. Der *Anteil der ausländischen Auszubildenden mit neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen* wird als Indikator für die Integration im Ausbildungsbereich genutzt.

Gemäß Bildungsstatistik lag dieser Anteil im Jahr 2007 bei knapp unter 5%. Laut Berufsbildungsbericht der Bundesregierung³⁰ liegt die Ausbildungsbeteiligung ausländischer Jugendlicher deutlich unter der der altersgleichen Gesamtbevölkerung bzw. der deutschen Jugendlichen: Während mit 57,6% mehr als die Hälfte der 18- bis unter 21-Jährigen Deutschen im Jahr 2007 eine Ausbildung absolviert, sind es zur gleichen Zeit lediglich 23,9% der ausländischen Jugendlichen dieses Alters. Markante Unterschiede bestehen hier auch zwischen Frauen und Männern: Von den deutschen Frauen absolvieren mit 46,1% deutlich weniger eine Ausbildung als von den deutschen Männern dieser Altersgruppe mit 68,5%. Bei den ausländischen Absolventen fällt der Unterschied zwischen Frauen (21,3%) und Männern (26,3%) geringer aus.³¹

Zahlen für die Jahre 2005 und 2006 liegen nicht nach Staatsangehörigkeit vor, sondern lediglich in der Differenzierung mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Die Ausbildungs-

³⁰ Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009): Berufsbildungsbericht 2009.

³¹ Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg. 2009): Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2009. Informationen und Analysen zur Entwicklung der beruflichen Bildung, Bonn, S. 160.

beteiligung kann für diese Jahre lediglich auf der Basis des Besuchs von Teilzeit-Berufsschulen geschätzt werden. Eine weiterführende sozialstrukturelle Analyse ist auf Basis der vorliegenden Daten nicht möglich.

Beurteilung des Indikators

Vorübergehend kann dieser Indikator annäherungsweise durch den Besuch von Teilzeit-Berufsschulen (erfasst in Indikator 4.2) geschätzt werden. In Zukunft kann die *Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren* als Indikator genutzt werden.

Indikator 4.4b

Einmündungsquote

Ein weiterer Indikator für die Ausbildungsbeteiligung ist die so genannte *Einmündungsquote*. Die Bundesagentur für Arbeit erfasst unter den Bewerberinnen und Bewerbern für Berufsausbildungsstellen diejenigen, die in Ausbildung einmünden, unterscheidet dabei aber nur zwischen deutschen und ausländischen Personen.

Insgesamt ist nach einem Rückgang um 4,9 Prozentpunkte im Berichtsjahr 2006/ 2007 zuletzt wieder ein Anstieg (+1,7 Prozentpunkte) der Einmündungsquote festzustellen. Deutlich ist nach wie vor der Unterschied zwischen der Situation von deutschen und ausländischen Bewerberinnen und Bewerbern. Während die Einmündungsquote insgesamt zuletzt wieder 45,5% und bei deutschen Staatsangehörigen 47,0% beträgt, münden weniger als ein Drittel (31,7%) der ausländischen Bewerberinnen und Bewerber in die Berufsausbildung.

In der Regel sind die Einmündungsquoten bei Männern - außer im Schuljahr 2005/ 2006 - etwas höher als bei Frauen. Dies gilt nicht für die ausländische Bevölkerung, bei der Frauen durchgehend eine leicht höhere Einmündungsquote aufweisen.

Tabelle 15

Einmündungsquote				
In den Schuljahren	2004/ 2005	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008
	%	%	%	%
Insgesamt	49,9	48,7	43,8	45,5
Männlich	50,6	48,3	44,7	46,1
Weiblich	49,1	49,2	42,7	44,8
Deutsche	51,3	49,8	45,2	47,0
Männlich	52,2	49,5	46,2	47,7
Weiblich	50,4	50,2	44,0	46,1
Ausländer/innen	34,0	37,1	29,6	31,7
Männlich	33,4	35,6	29,5	31,0
Weiblich	34,7	38,8	29,6	32,5
Nach Schulabschluss				
Bevölkerung insgesamt	49,9	48,7	43,8	45,5
ohne Schulabschluss	63,5	36,8	37,7	42,8
Hauptschulabschluss	43,1	42,4	38,0	38,9
Mittlere Reife	53,1	54,0	48,7	50,1
Fachhochschulreife	46,9	49,5	44,2	47,2
Hochschulreife	51,5	55,1	48,1	52,5
Deutsche	51,3	49,8	45,2	47,0
ohne Schulabschluss	64,7	37,4	38,8	43,5
Hauptschulabschluss	44,6	43,3	39,3	40,3
Mittlere Reife	54,4	55,0	50,1	51,5
Fachhochschulreife	47,8	50,4	45,5	48,2
Hochschulreife	52,6	55,8	49,0	53,4
Ausländer/innen	34,0	37,1	29,6	31,7
ohne Schulabschluss	52,0	30,2	28,4	36,9
Hauptschulabschluss	31,9	35,4	28,7	29,8
Mittlere Reife	34,4	39,8	31,1	33,2
Fachhochschulreife	34,4	39,2	30,4	36,0
Hochschulreife	29,9	42,3	28,6	29,3

Differenziert man die Einmündungsquoten nach Schulabschluss der Bewerberinnen und Bewerber zeigt sich, dass insgesamt Ausländerinnen und Ausländer mit hohen Schulabschlüssen besondere Einmündungsschwierigkeiten aufweisen: Während im Jahr 2007/ 2008 insgesamt 52,5% der Bewerberinnen und Bewerber mit Hochschulreife in Ausbildung einmündeten, waren es nur 29,3% der ausländischen Bewerberinnen und Bewerber mit Hochschulreife.

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator setzt die abgeschlossenen Ausbildungsverträge in Relation zur Gesamtheit der Bewerbungen; er ist aussagekräftig und soll im Monitoring weitergeführt werden.

Indikator 4.4c

Altbewerberinnen und Altbewerber

Ein zusätzlicher Indikator für Schwierigkeiten bei der Einmündung in Ausbildung ist der *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an allen so genannten Altbewerberinnen und Altbewerbern*. Es handelt sich dabei um Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerber, die die Schule schon seit einem Jahr oder länger verlassen haben, denen aber bisher noch kein Einstieg in eine berufliche Ausbildung gelungen ist.

Laut Sonderberechnung der Bundesagentur für Arbeit, die bisher nur nach Staatszugehörigkeit unterscheidet, stiegen die Ausländeranteile bei Altbewerberinnen und Altbewerbern im Berichtszeitraum leicht an. In den Jahren 2007 und 2008 haben 9,9% bzw. 10,0% der Altbewerberinnen und Altbewerber keinen deutschen Pass (nach 9,3% und 9,2% in den Jahren 2005 und 2006). Der Ausländeranteil liegt hier also höher als bei Jugendlichen in beruflicher Bildung im dualen System (vgl. oben „Schülerinnen und Schülern an beruflichen Schulen - Teilzeit“.³² Der Anteil von Altbewerberinnen und Altbewerbern an allen Bewerbern und Bewerberinnen auf Berufsausbildungsstellen lag gemäß der BA-Statistik zuletzt bei 52,4% (2007) und 51,7% (2008). Bei Ausländerinnen und Ausländern war der Anteil von Altbewerberinnen und Altbewerbern mit 57,0% und 54,5% jeweils noch höher.

Die von der Bundesagentur für Arbeit zusammen mit dem BIBB durchgeführte Bewerberbefragung erlaubt die Differenzierung in Personen mit und ohne Migrationshintergrund³³ und stellt fest, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den Altbewerberinnen und Altbewerbern mit 29,0% deutlich höher ist als mit 21,0% unter den sonstigen Bewerberinnen und Bewerbern.

³² Der Ausländeranteil bei den 18- bis 21-Jährigen in der Gesamtbevölkerung lag zum Vergleich im Jahr 2007 bei 9,8% (2005: 9,7%; 2006: 10,8%)

³³ Im Rahmen der BA/BIBB-Bewerberbefragung werden alle Jugendlichen, die in Deutschland geboren wurden, Deutsch als alleinige Muttersprache sprechen und die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, als Deutsche ohne Migrationshintergrund definiert. Alle anderen werden zu den Jugendlichen mit Migrationshintergrund gezählt.

Tabelle 16

In den Schuljahren	2004/ 2005	2005/ 2006	2006/ 2007	2007/ 2008
	%	%	%	%
Insgesamt	46,2	50,5	52,4	51,7
Männlich	47,4	52,2	54,1	52,9
Weiblich	44,7	48,5	50,5	50,3
Deutsche	45,6	50,0	52,0	51,4
Männlich	46,9	51,7	53,6	52,6
Weiblich	44,2	48,0	50,1	50,1
Ausländer/innen	52,1	56,0	57,0	54,5
Männlich	53,1	57,7	58,7	55,8
Weiblich	50,8	54,0	54,9	52,9

Insgesamt sind die Anteile der Altbewerber unter den männlichen bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerbern höher (52,9%) als unter den Bewerberinnen (50,3%). Dies gilt sowohl für die deutschen als auch für die ausländischen Bewerberinnen und Bewerber.

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator beschreibt die besondere Einstiegsproblematik in berufliche Ausbildung und sollte im Monitoring weitergeführt werden.

Indikator 4.5a

Aufgelöste Ausbildungsverträge

Ein Indikator für Ausbildungsabbruch sind aufgelöste Ausbildungsverträge. Zahlen zum Vergleich der daran bemessenen Abbrecherquote bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund liegen derzeit in keiner Statistik vor.

Indikator 4.5b

Erfolgreiche Abschlussprüfungen im Dualen System

Die Erfolgsquote von Auszubildenden bei der Abschlussprüfung im dualen System weist auf eine positive Ausbildungssituation hin. Zahlen zum Vergleich einer solchen Erfolgsquote bei Personen mit und ohne Migrationshintergrund liegen derzeit in keiner Statistik vor.

Beurteilung des Indikators

Die Statistik über Absolventinnen und Absolventen von Berufsschulen (Indikator 4.3b) ist differenzierter aufbereitet und belegt den gleichen Sachverhalt. Indikator 4.5b ist daher entbehrlich.

Studium

Ein Hochschulstudium (Fachhochschule oder Universität) ermöglicht den Zugang zu akademischen Berufen, die im Hinblick auf sozialen Status, berufliche Autonomie und Verdiensterwartungen in der Regel höherwertig sind. Interessante Indikatoren bezüglich der Integration in diesem Bereich sind einerseits der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an den Studierenden der deutschen Hochschulen und andererseits die Anteile der Personen mit Hochschulabschluss.

Indikator 4.6

Studierende an den deutschen Hochschulen

Um Integrationserfolge im Bereich des Hochschulstudiums auswerten zu können, ist der *Anteil von so genannten Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern an den immatrikulierten Studierenden an den deutschen Hochschulen* als geeigneter Indikator für die Ausbildungsbe teiligung im akademischen Bereich heranzuziehen. Als Bildungsinländerinnen und Bildungs inländer werden Studierende mit ausländischer Staatsangehörigkeit bezeichnet, die ihre Studienberechtigung im deutschen Schulsystem erworben haben. Der Ausländeranteil an allen Studierenden in Deutschland ist aufgrund der hohen Zahlen von ausländischen Studierenden, die zum Zwecke des Studiums nach Deutschland gekommen sind, wenig aussagekräftig. Die Daten zu Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern berücksichtigen nicht deutsche Studierende mit Migrationshintergrund an den deutschen Hochschulen.³⁴

Der Anteil der Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer an den immatrikulierten Studierenden an deutschen Hochschulen ist in den letzten Jahren konstant: 2005/ 2006 waren 3,0% der Studierenden Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer, 2006/ 2007 sowie 2007/ 2008 waren es 2,9%. Bildungsinländerinnen und Bildungsinländer sind also verglichen mit dem Ausländeranteil an der gleichaltrigen Bevölkerung wie auch verglichen mit dem Ausländeranteil bei den Schulabgängern mit Hochschulreife unter den Studierenden an den deutschen Hochschulen deutlich unterdurchschnittlich vertreten.

Bei Männern liegt der Anteil leicht über dem Gesamtwert, bei Frauen leicht darunter, obwohl dies beim Erreichen der Hochschulreife umgekehrt ist. Das deutet darauf hin, das ausländi-

³⁴ Die 18. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt durch HIS Hochschul Informations-System – erfasst erstmals auch das Merkmal Migrationshintergrund. Demnach sind im Sommersemester 2006 rd. 8% aller Studierenden Personen mit Migrationshintergrund (ohne Bildungsausländer). Vgl. Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) 2007: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006.

sche Mädchen, die in Deutschland ihre Hochschulreife erwerben, seltener ein Studium aufnehmen als ausländische Jungen.

Eine spezielle Analyse der Ausbildungswege von Jugendlichen mit Hochschulreife zeigt, dass sich bei Berücksichtigung weiterer sozialstruktureller Faktoren junge Erwachsene mit Migrationshintergrund im Hinblick darauf, ob sie eine Berufsausbildung aufnehmen oder studieren, nicht von jungen Erwachsenen ohne Migrationshintergrund unterscheiden (vgl. Kapitel C 2).

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator gibt Auskunft über die Integration im deutschen Bildungssystem. Für die Weiterführung wird als Modifikation vorgeschlagen, die Studienanfängerinnen und -anfänger jeweils in Relation zu den Abiturientinnen und Abiturienten des Vorjahres zu setzen.

Indikator 4.7

Hochschulabschluss

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländerinnen und Ausländer, die über einen Hochschulabschluss verfügen, ist ein Indikator für die Verbreitung der akademischen Ausbildung und bezieht auch diejenigen Migrantinnen und Migranten mit ein, welche ihren akademischen Abschluss im Ausland erworben haben.

Betrachtet man die Bevölkerung von 25 bis unter 65 Jahren, so zeigt sich, dass die Akademikeranteile im Berichtszeitraum insgesamt leicht anstiegen: Dies gilt sowohl für die Gesamtbevölkerung (von 15,5% auf 16,3%) als auch für Personen mit Migrationshintergrund (von 13,3% auf 14,2%). Bei Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation, welche mit 10,5% zu deutlich geringeren Anteilen einen Hochschulabschluss haben, ist kein Anstieg des Akademikeranteils festzustellen.

Unterscheidet man die Migrantengruppe ohne eigene Migrationserfahrung nach Geschlecht, so zeigt sich, dass bei Männern der Akademikeranteil im Berichtszeitraum (von 11,1% auf 10,3%) abnahm, während er bei Frauen (von 9,4% auf 10,8%) anstieg. Während in der Gesamtbevölkerung Männer zu deutlich höheren Anteilen Akademiker sind als Frauen, trifft dies in geringerem Maße auf Personen mit Migrationshintergrund und auf Nicht-Deutsche zu.

Tabelle 17

Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen* mit (Fach-)Hochschulabschluss

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005	2006	2007
Insgesamt	15,5%	15,7%	16,3%
Männer	18,0%	18,0%	18,5%
Frauen	13,0%	13,3%	14,0%
Ohne Migrationshintergrund	16,0%	16,1%	16,7%
Männer	18,8%	18,9%	19,4%
Frauen	13,1%	13,4%	14,0%
Mit Migrationshintergrund	13,3%	13,7%	14,2%
Männer	14,1%	14,1%	14,5%
Frauen	12,5%	13,2%	13,9%
darunter			
Mit Migrationserfahrung	13,6%	14,0%	14,6%
Männer	14,4%	14,6%	15,1%
Frauen	12,8%	13,5%	14,2%
Ohne Migrationserfahrung	10,4%	10,4%	10,5%
Männer	11,1%	10,6%	10,3%
Frauen	9,4%	10,2%	10,8%
Ausländer/innen	13,7%	13,7%	14,4%
Männer	14,4%	14,2%	14,5%
Frauen	13,0%	13,3%	14,2%

* nicht mehr in Ausbildung

Beurteilung des Indikators

Der Indikator wird als sinnvoll erachtet und soll im Monitoring weitergeführt werden. Eine gesonderte Auswertung der Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen wird angeregt, um die Gruppe der jungen Hochschulabsolventinnen und -absolventen gezielt ins Blickfeld zu nehmen.

Indikator 4.8**Nachholen von Bildungsabschlüssen**

Ein Indikator für alternative Zugänge zu Berufstätigkeit durch das Nachholen von Bildungsabschlüssen ist der Anteil der Personen (mit Migrationshintergrund) an Teilnehmerinnen und

Teilnehmern der externen Prüfungen der Kammern. Zahlen dazu liegen derzeit in keiner Statistik vor.

Beurteilung des Indikators

Ausführlichere statistische Daten hierzu sind erwünscht, da der Indikator einen wichtigen Hinweis auf die formale Anerkennung von in der Regel im Ausland erworbenen Qualifikationen geben kann.

Indikator 4.9

BaföG-Geförderte

Die Förderung nach dem BaföG-Gesetz ist darauf ausgerichtet, auch Studienanwärtern und Auszubildenden aus einkommensschwachen Familien die Durchführung eines Studiums bzw. einer Ausbildung zu ermöglichen. Als Information darüber, ob dieses Förderinstrument für ausländische Studierende und Auszubildende mit gesichertem Status in gleicher Weise wirkt, dient der *Ausländeranteil an den BAföG-Geförderten* als Indikator.

Dieser war in den vergangenen Jahren weitgehend konstant: 2005/ 2006 lag er bei 5,1%, 2006/ 2007 und 2007/ 2008 bei 5,2%. Bei Männern liegt der Anteil mit 5,5% in den Jahren 2005/ 2006 und 2006/ 2007 sowie 5,6% im Zeitraum 2007/ 2008 leicht darüber. Bei Frauen hingegen liegt der Anteil mit 4,8% 2005/ 2006, 4,9% 2006/ 2007 sowie 5,0% im Zeitraum 2007/ 2008 leicht darunter. Weitere sozialstrukturelle Analysen lassen die vorliegenden Daten nicht zu.

Beurteilung des Indikators

Als Indikator ist diese Information im Zusammenhang mit dem Anteil von Bildungsinländerinnen und Bildungsinländern an den Studierenden zu interpretieren. Allerdings bleibt die Interpretation im Hinblick auf Integrationsfortschritte auch dann schwierig, da das grundsätzlich erstrebenswerte Ziel eines gleichen Leistungsbezugs in diesem Falle eine nicht erstrebenswerte Einkommensschwäche voraussetzt. Dies ist bei Verwendung dieses Indikators zu berücksichtigen.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Integration in eine qualifizierte Berufstätigkeit ist ohne eine abgeschlossene Berufsausbildung oder einen Hochschulabschluss kaum möglich. Personen mit Migrationshintergrund haben im gesamten Berichtszeitraum deutlich häufiger weder einen beruflichen noch einen akademischen Abschluss, wenn sich auch zuletzt ein leicht positiver Trend im Vergleich zum Vorjahr abzeichnet.

Die Ausländeranteile unter den Absolventinnen und Absolventen beruflicher Schulen sind im Berichtszeitraum konstant und variieren je nach Ausbildungsart: Bei Absolventinnen und Absolventen von Bildungsgängen des Übergangssystems wie dem Berufsvorbereitungs- oder

Berufsgrundbildungsjahr sind Ausländerinnen und Ausländer überrepräsentiert, im Dualen System sind sie unterrepräsentiert.

Ein negativer Trend zeigt sich für die gesamte Bevölkerung – bei deutlich ungünstigeren Quoten von Ausländerinnen und Ausländern – hinsichtlich der Einmündung in berufliche Ausbildung der bei der Bundesagentur für Arbeit gemeldeten Bewerberinnen und Bewerber. Zuletzt leicht steigende Werte können ein Ende dieses Trends andeuten.

Während der Akademikeranteil im Berichtszeitraum bei Ausländerinnen und Ausländern bzw. bei Personen mit eigener Migrationserfahrung genau wie in der Gesamtbevölkerung anstieg, blieb er bei in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund, welche zu deutlich geringeren Anteilen einen Hochschulabschluss haben, konstant.

Eine weiterführende Analyse der Wege in Erwerbstätigkeit und Ausbildung von Jugendlichen nach Beendigung der Schule zeigt, dass keine signifikanten Unterschiede zwischen der Aufnahme einer Berufsausbildung und der Nichterwerbsbeteiligung von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund bestehen, wenn Geschlecht, Alter, Bildung und Familienstand berücksichtigt werden. Anderes gilt für Frauen mit eigener Migrationserfahrung (erste Generation). Herausgestellt wird aber, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund signifikant häufiger direkt in den Arbeitsmarkt übergehen (ohne Berufsabschluss) als eine Ausbildung oder ein Studium aufzunehmen. Eine spezielle Analyse der Ausbildungswege von Jugendlichen mit Hochschulreife zeigt, dass sich diejenigen mit Migrationshintergrund nicht von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund unterscheiden, wenn es um die Frage geht, ob sie eine Berufsausbildung aufnehmen oder studieren.

5. Arbeitsmarktintegration

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund sind stark von konjunkturellen Entwicklungen (Konjunkturreagibilität) geprägt. Der aktuelle Beobachtungszeitraum umfasst die Jahre 2005 bis 2007, in denen ein Wirtschaftsaufschwung mit hoher Beschäftigungsdynamik und erstmals rückläufigem Arbeitskräfteangebot einherging, in deren Folge zunehmend auch Personen mit geringeren Qualifikationen auf dem Arbeitsmarkt nachgefragt wurden. Von diesem Beschäftigungszuwachs profitierten ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bzw. Personen mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich. Diese typische konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt lässt jedoch nicht erkennen, ob und inwieweit den Konjunkturzyklus übergreifende quantitative und/oder qualitative Veränderungen für Personen mit Migrationshintergrund im Erwerbssystem eingetreten sind.

Mit dem Jahr 2005 traten die Sozialgesetzbücher II und XII in Kraft, in deren Folge die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt wurden. Diese rechtliche Veränderung erhöhte die registrierte Arbeitslosigkeit in 2005 um rd. 0,4 Mio. In besonderem Maße wirkte sich dies auf die statistische Erfassung von Personen ohne beruflichen Abschluss, Jüngeren unter 25 Jahren, Älteren ab 55 Jahren, Frauen und Ausländern aus. Damit änderte sich die Alters-

und Qualifikationsstruktur der Arbeitslosen, wodurch die Bestände und Abgangsstrukturen aus Arbeitslosigkeit auch in der Folgezeit beeinflusst wurden.

Die Teilhabe an Erwerbstätigkeit hat Auswirkungen auf weitere Dimensionen der Lebenslage: Neben dem Lebensstandard, der durch das Erwerbseinkommen bestimmt wird, sind dies auch der berufliche Status und die Einbindung in soziale Netzwerke. Personen mit Migrationshintergrund sind von Einstiegsproblemen in Erwerbstätigkeit oder Verlust eines Arbeitsplatzes vergleichsweise stark betroffen.

Datengrundlage

Daten und Zahlen zum Arbeitsmarkt sind verschiedenen Statistiken zu entnehmen. Neben der Statistik der Bundesagentur für Arbeit, welche eine Vollerhebung darstellt, aber bisher nur zwischen Deutschen und Ausländerinnen und Ausländern unterscheidet, werden auch im Mikrozensus ausführliche Angaben zu Erwerbstätigkeit erfasst.

Darüber hinaus enthalten die meisten Stichprobenuntersuchungen der empirischen Sozialforschung Angaben zum Bereich Arbeitsmarkt. Hervorzuheben ist hier das Panel Arbeitsmarkt und soziale Sicherung (PASS), das seit 2005 vom IAB Nürnberg mit 19.000 Personen in rd. 12.600 Haushalten durchgeführt wird. Zu beachten ist, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund (unterschieden nach Migrationserfahrungen in erster, zweiter oder dritter Generation) ebenso wie von Ausländern in der Stichprobe höher als in der Gesamtbevölkerung ist.

Erwerbsbeteiligung

Die Erwerbsquote gibt darüber Auskunft, welcher Bevölkerungsanteil auf Erwerbsarbeit hin orientiert ist.³⁵ Der Begriff der Erwerbspersonen umfasst sowohl Erwerbstätige als auch Erwerbslose, die eine Erwerbstätigkeit suchen. Eine realisierte Erwerbsbeteiligung im Sinne einer Integration in das Erwerbssystem ist bei Erwerbstätigen gegeben.

Indikator 5.1.1

Beschäftigungslücke

Als Indikator für eine unterschiedliche Erwerbsbeteiligung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund wird die *Beschäftigungslücke* herangezogen. Diese wird im Folgenden gemessen als Differenz zwischen den Erwerbstätigenquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (und Untergruppen) und der Erwerbstätigenquote der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.

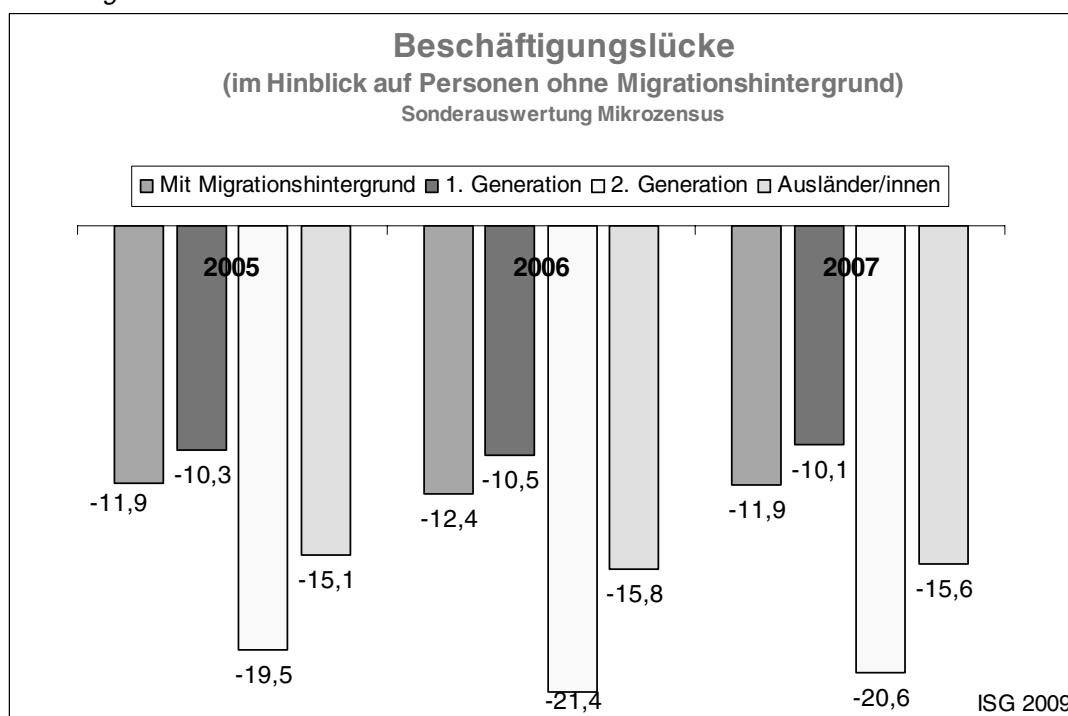
Die Beschäftigungslücke – und damit der Unterschied zwischen dem Erwerbstätigenanteil der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und dem entsprechenden Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – ist von 11,9 Prozentpunkten im Jahr 2005 zunächst auf 12,4 Prozentpunkte im Jahr 2006 gestiegen und im Jahr 2007 wieder auf 11,9 Prozentpunkte gesunken. Bei Ausländerinnen und Ausländern ist die Beschäftigungslücke von 15,1 Pro-

³⁵ Da dies grundsätzlich auf Kinder und Rentner nicht zutrifft, bezieht sich die folgende Beschreibung auf die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter von 15 bis 64 Jahren, wobei sowohl in den unteren Jahrgängen (wegen Schulbesuch und Studium) als auch in den oberen Jahrgängen (wegen vorgezogenem Renteneintritt) größere Bevölkerungsteile nicht erwerbsorientiert sind.

zentpunkten im Jahr 2005 auf 15,8 Prozentpunkte im Jahr 2006 gestiegen und im Jahr 2007 auf 15,6 Prozentpunkte gesunken. Obwohl die Zahl der erwerbstätigen Personen mit Migrationshintergrund von 2005 auf 2007 um fast eine halbe Millionen gestiegen ist und die Erwerbstätigenquote um 3,5 Prozentpunkte auf 59,3% wuchs, konnte die Differenz zur Erwerbstätigenquote von Personen ohne Migrationshintergrund nicht verringert werden, da auch deren Erwerbstätigkeit entsprechend zugenommen hat.

Bei Ausländerinnen und Ausländern ist die Beschäftigungslücke von 15,1 Prozentpunkten im Jahr 2005 auf 15,8 Prozentpunkte im Jahr 2006 gestiegen und im Jahr 2007 auf 15,6 Prozentpunkte gesunken. Auch beim Vergleich der ersten und zweiten Generation ist diese Entwicklung eines Anstiegs von 2005 bis 2006 und einer abnehmenden Beschäftigungslücke zwischen 2006 und 2007 zu beobachten.

Abbildung 8



Unter der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit Migrationshintergrund weisen die Ausländerinnen und Ausländer insgesamt eine etwas schlechtere Erwerbstätigenquote auf als Deutsche mit Migrationshintergrund – dies trifft nicht auf Ausländerinnen und Ausländer aus der EU zu. Die Unterschiede zwischen Frauen und Männern sind in dieser Hinsicht nur geringfügig.

Tabelle 18

Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren
 Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005			2006			2007		
	Anzahl in 1000	%	Beschäfti- gungslücke	Anzahl in 1000	%	Beschäfti- gungslücke	Anzahl in 1000	%	Beschäfti- gungslücke
Insgesamt	36.047	65,4	/	36.801	67,1	/	37.568	68,9	/
Männer	19.806	71,2	/	20.141	72,7	/	20.522	74,5	/
Frauen	16.240	59,5	/	16.661	61,4	/	17.046	63,1	/
Ohne Migrationshintergrund	30.197	67,6	0,0	30.783	69,5	0,0	31.260	71,2	0,0
Männer	16.413	73,0	0,0	16.662	74,6	0,0	16.898	76,4	0,0
Frauen	13.784	62,2	0,0	14.120	64,3	0,0	14.362	65,9	0,0
Mit Migrationshintergrund	5.850	55,8	-11,9	6.019	57,1	-12,4	6.308	59,3	-11,9
Männer	3.393	63,4	-9,6	3.478	64,8	-9,7	3.624	67,0	-9,3
Frauen	2.457	47,8	-14,4	2.540	49,1	-15,2	2.684	51,3	-14,7
<i>darunter</i>									
Mit Migrationserfahrung	4.996	57,3	-10,3	5.160	58,9	-10,5	5.358	61,1	-10,1
Männer	2.883	65,9	-7,1	2.958	67,5	-7,0	3.057	69,9	-6,4
Frauen	2.113	48,7	-13,5	2.202	50,3	-14,0	2.301	52,4	-13,6
Ohne Migrationserfahrung	854	48,1	-19,5	858	48,0	-21,4	950	50,6	-20,6
Männer	510	52,1	-20,9	520	52,7	-21,9	567	54,8	-21,5
Frauen	344	43,2	-19,0	338	42,3	-22,0	383	45,5	-20,5
Ausländer/innen	3.028	52,5	-15,1	3.096	53,7	-15,8	3.219	55,6	-15,6
Männer	1.837	61,8	-11,2	1.861	63,1	-11,4	1.921	65,1	-11,3
Frauen	1.191	42,6	-19,6	1.235	43,8	-20,5	1.298	45,8	-20,2
Ausländer/innen EU-25	1.229	64,9	-2,7	1.242	66,0	-3,5	1.294	67,9	-3,3
Männer	721	72,5	-0,5	723	74,1	-0,5	758	75,3	-1,0
Frauen	508	56,4	-5,8	519	57,2	-7,1	536	59,5	-6,4

Ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sind in der Regel besonders von Erwerbslosigkeit bedroht. Im Berichtszeitraum stieg die Erwerbstätigkeit der 55- bis 64-jährigen Personen um über 0,5 Mio. und deren Erwerbstägenquote von 45,4% (2005) auf 51,2% (2007) an (vgl. Tabelle 19). Auch die Erwerbstägenquote der Älteren mit Migrationshintergrund stieg in diesem Zeitraum an (von 42,1% in 2005 auf 45,8% in 2007), allerdings fiel dieser Anstieg etwas geringer aus als bei Älteren ohne Migrationshintergrund (von 45,9% in 2005 auf 52,1% in 2007). Deshalb nahm die Beschäftigungslücke von 3,7 Prozentpunkten (2005) auf 6,3 Prozentpunkte (2007) zu. Gleichwohl war die Zunahme der Erwerbstätigkeit bei Älteren mit Migrationshintergrund überdurchschnittlich (+18,1% gegenüber Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund mit +11,1%). Dabei überlagern sich konjunkturelle und demographische Entwicklungen. Ob bzw. inwieweit sich aus der demographischen Entwicklung wieder eine Angleichung der Erwerbstätigkeitsquoten von Älteren mit und ohne Migrationshintergrund entwickelt, lässt sich derzeit nicht bewerten, wird aber für die Zukunft zu beobachten sein.

Tabelle 19**Erwerbsbeteiligung der Bevölkerung im Alter von 55 bis 64 Jahren**

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

Erwerbstätige und deren Anteil an der altersgleichen Bevölkerung	2005		2006		2007				
	Anzahl in 1000	%	Beschäfti- gungslücke	Anzahl in 1000	%	Beschäfti- gungslücke	Anzahl in 1000	%	Beschäfti- gungslücke
Insgesamt	4.441	45,4	/	4.654	48,0	/	4.976	51,2	/
Männer	2.584	53,4	/	2.685	55,9	/	2.838	59,2	/
Frauen	1.858	37,6	/	1.969	40,2	/	2.138	43,3	/
Ohne Migrationshintergrund	3.876	45,9	0,0	4.043	48,7	0,0	4.308	52,1	0,0
Männer	2.243	54,2	0,0	2.320	56,9	0,0	2.450	60,4	0,0
Frauen	1.633	37,9	0,0	1.723	40,8	0,0	1.858	44,1	0,0
Mit Migrationshintergrund	565	42,1	-3,7	612	43,9	-4,8	667	45,8	-6,3
Männer	340	48,4	-5,7	365	50,4	-6,5	388	52,7	-7,7
Frauen	224	35,1	-2,9	246	36,8	-4,0	280	38,9	-5,1
<i>darunter</i>									
Mit Migrationserfahrung	540	41,8	-4,1	590	43,7	-5,0	643	45,6	-6,5
Männer	326	48,2	-6,0	351	50,1	-6,8	373	52,4	-8,0
Frauen	214	34,7	-3,2	239	36,8	-4,0	270	38,6	-5,4
Ohne Migrationserfahrung	25	51,0	5,1	22	52,4	3,7	24	53,3	1,3
Männer	15	55,6	1,4	15	65,2	8,3	15	60,0	-0,4
Frauen	10	45,5	7,5	7	38,9	-1,9	9	45,0	0,9
Ausländer/innen	325	39,6	-6,2	341	40,5	-8,2	361	41,7	-10,4
Männer	210	46,1	-8,1	215	46,5	-10,3	224	48,4	-12,0
Frauen	115	31,7	-6,2	126	33,2	-7,6	137	34,0	-10,1
Ausländer/innen EU-25	169	51,4	5,5	169	50,6	1,9	186	53,9	1,8
Männer	111	57,2	3,0	108	56,5	-0,3	119	59,8	-0,6
Frauen	58	43,0	5,1	61	42,7	1,9	67	45,9	1,8

Beurteilung des Indikators

Die Beschäftigungslücke ist ein aussagekräftiger Indikator für die Integration in das Erwerbsleben.

Indikator 5.1.2**Renteneintrittsalter**

Das *Renteneintrittsalter* wird als Indikator für Frühberentung und somit Austritt aus dem Arbeits- und Erwerbsleben angesehen. Die Statistik der Deutschen Rentenversicherung weist keinen detaillierten Migrationshintergrund der Rentnerinnen und Rentner aus, sondern unterscheidet lediglich zwischen Deutschen und Nicht-Deutschen.

Das Renteneintrittsalter hängt mit der Rentenart zusammen, welche daher mit zu betrachten ist: Das durchschnittliche Zugangsalter ist im Zeitvergleich recht stabil. Im Jahr 2007 betrug es im Schnitt für die Gesamtbevölkerung insgesamt 60,5 Jahre und liegt bei Erwerbsminderungsrenten mit durchschnittlich 49,9 Jahren niedriger als bei Altersrenten mit durchschnittlich 63,0 Jahren. Zwischen deutschen und ausländischen Rentnerinnen und Rentnern sind keine nennenswerten Unterschiede zu beobachten. Lediglich bei Erwerbsminderungsrenten fällt auf, dass Ausländerinnen und Ausländer mit durchschnittlich 51,1 Jahren (in 2007) ein

um etwa 1,5 Jahre höheres Zugangsalter aufweisen als Deutsche mit einem Durchschnitt von 49,7 Jahren.

Tabelle 20

	2005			2006			2007		
	Renten- ingesamt	Erwerbs- minderung	Alters- renten	Renten- ingesamt	Erwerbs- minderung	Alters- renten	Renten- ingesamt	Erwerbs- minderung	Alters- renten
Insgesamt	60,6	49,8	63,0	60,7	49,9	63,1	60,5	49,9	63,0
Männer	60,4	50,3	62,9	60,5	50,4	63,1	60,5	50,4	63,2
Frauen	60,8	49,2	63,1	60,9	49,2	63,1	60,5	49,3	62,9
Deutsche	60,6	49,6	63,0	60,8	49,7	63,1	60,5	49,7	63,0
Männer	60,4	50,1	62,9	60,5	50,2	63,1	60,4	50,2	63,2
Frauen	60,9	49,0	63,1	61,0	49,0	63,2	60,6	49,1	62,9
Ausländer/innen	60,1	51,3	62,9	60,2	51,2	62,9	60,2	51,1	62,9
Männer	60,4	51,6	62,9	60,5	51,6	63,0	60,6	51,5	63,1
Frauen	59,4	50,8	62,9	59,6	50,7	62,8	59,4	50,4	62,7

*Ausgewertet wurden nur Renten mit dem Zahlungsland Deutschland (d.h. ohne Auslandsrenten)

Eine Auswertung der Rentenzugangsstatistik der Deutschen Rentenversicherung nach Art der Rente zeigt, dass der Anteil von Frühberentungen in Form von Erwerbsminderungsrenten bei Ausländerinnen und Ausländern höher ist als bei Deutschen.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator wird als sinnvoll erachtet. Da insbesondere eine Angleichung der Anteile von frühberenteten Personen als Integrationserfolg zu werten ist, wird dieser Indikator ergänzend zur Angleichung des Rentenalters empfohlen.

Indikator 5.1.3

Erwerbstätige mit einem Einkommen unter der Armutsriskogrenze

Der Indikator „Working Poor“ misst den Anteil der Erwerbstätigen mit einem Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsriskoschwelle³⁶.

In den Jahren 2005 bis 2007 sind Anteile der Working Poor leicht gesunken (bei einem zwischenzeitlichen Anstieg 2006). Auf eine positive Entwicklung deuten die niedrigeren Anteile der Working Poor bei Personen ohne Migrationserfahrung, also Migrantinnen und Migranten der 2. Generation, hin.

Mit 13,2% ist der Anteil der „armen“ Erwerbstätigen bei Personen mit Migrationshintergrund im Jahr 2007 ungefähr doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung. Ausländerinnen und Ausländer sind mit 15,9% zu einem noch größeren Anteil von Armutgefährdung trotz Er-

³⁶ Armutsrisko ist definiert mit Bezug auf ein Einkommen von weniger als 60% des gesamtgesellschaftlichen Medians (Armutsriskoschwelle). Dabei wird ein nach der neuen OECD-Skala gewichtetes Haushaltsnettoäquivalenzeinkommen zugrunde gelegt. Die OECD-Skala berücksichtigt die Wirtschaftlichkeitseffekte, die dadurch entstehen, dass mehrere Personen in einem Haushalt zusammen leben.

werbstätigkeit betroffen. Insgesamt trifft dieses Risiko Männer und Frauen gleichermaßen. Bei Personen mit Migrationserfahrung sowie Ausländerinnen und Ausländern haben erwerbstätige Männer zu höheren Anteilen ein Äquivalenzeinkommen unterhalb der Armutsriskoschwelle, bei Deutschen ohne Migrationshintergrund (und bei Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation) gilt dies stärker für erwerbstätige Frauen.

Tabelle 21**Erwerbstätige mit einem Äquivalenz-Einkommen unterhalb der Armutsriskoschwelle**

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	2.447	6,7	2.536	6,8	2.489	6,5
Männer	1.301	6,5	1.381	6,7	1.333	6,4
Frauen	1.146	7,0	1.155	6,8	1.156	6,7
Ohne Migrationshintergrund	1.657	5,4	1.703	5,4	1.652	5,2
Männer	811	4,9	855	5,0	815	4,7
Frauen	846	6,1	847	5,9	837	5,7
Mit Migrationshintergrund	791	13,4	833	13,7	837	13,2
Männer	491	14,3	526	15,0	518	14,2
Frauen	300	12,2	308	12,1	320	11,8
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	711	14,1	760	14,6	755	14,0
Männer	444	15,2	482	16,1	472	15,3
Frauen	267	12,6	278	12,6	283	12,2
Ohne Migrationserfahrung	79	9,2	74	8,6	83	8,7
Männer	47	9,2	43	8,3	46	8,1
Frauen	33	9,6	30	8,8	37	9,6
Ausländer/innen	497	16,3	512	16,4	516	15,9
Männer	319	17,2	330	17,6	324	16,7
Frauen	178	14,9	182	14,7	193	14,8

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass Migrantinnen und Migranten der ersten Generation auch unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Schul- und Berufsbildung signifikant über geringere Einkommen verfügen als Personen ohne Migrationshintergrund in vergleichbarer beruflicher Stellung. Bei Personen mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind, ist dieser Zusammenhang nicht zu erkennen (vgl. Kapitel C 3).

Beurteilung des Indikators

Grundsätzlich soll Erwerbstätigkeit zu einem existenzsichernden Einkommen führen. Allerdings kann Armut trotz Erwerbstätigkeit auch bei Integrationsmaßnahmen entstehen, die längerfristig auf eine existenzsichernde Erwerbstätigkeit abzielen. Dieser Indikator ist daher ambivalent. Eine Streichung wird empfohlen.

Indikator 5.1.4***Selbstständigenquote***

Die Selbstständigkeit ist eine spezielle Form der Beteiligung am Erwerbsleben und Integration in den Arbeitsmarkt. Die *Selbstständigenquote* wird als Indikator der Teilhabe in diesem Bereich herangezogen. Sie wird als Anteil der Selbstständigen an den Erwerbstägigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahre berechnet.

Allgemein sind die Selbstständigenquoten im beobachteten Zeitraum von 2005 bis 2007 leicht gesunken. Die Selbstständigkeit hat zwar in absoluten Zahlen zugenommen, insbesondere bei Frauen. Die Zunahme war jedoch schwächer als das Wachstum der Erwerbstätigkeit von Migrantinnen und Migranten insgesamt, so dass die Selbstständigenquote leicht nachgab. Dies gilt insbesondere für Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation, die auch aufgrund ihrer Altersstruktur geringere Selbstständigenquoten aufweisen.

Personen mit Migrationshintergrund wiesen 2007 mit 9,2% eine geringere Selbstständigenquote auf als die Gesamtbevölkerung (10,4%). Die Selbstständigenquote der Ausländerinnen und Ausländer lag mit 11,3% darüber.

Tabelle 22**Selbstständige in der 15 bis unter 65-jährigen Erwerbsbevölkerung**

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	3.890	10,7	3.918	10,6	3.925	10,4
Männer	2.695	13,6	2.700	13,4	2.691	13,1
Frauen	1.195	7,2	1.218	7,2	1.234	7,1
Ohne Migrationshintergrund	3.334	10,9	3.354	10,8	3.344	10,6
Männer	2.306	14,0	2.308	13,8	2.290	13,5
Frauen	1.028	7,3	1.046	7,3	1.054	7,2
Mit Migrationshintergrund	555	9,4	564	9,3	582	9,2
Männer	389	11,4	392	11,2	401	11,1
Frauen	167	6,7	172	6,7	180	6,6
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	491	9,7	501	9,6	520	9,7
Männer	339	11,7	345	11,6	355	11,6
Frauen	152	7,0	156	7,0	164	7,0
Ohne Migrationserfahrung	64	7,4	63	7,3	62	6,5
Männer	50	9,8	47	9	46	8,1
Frauen	15	4,2	16	4,6	16	4,1
Ausländer/innen	352	11,5	356	11,4	367	11,3
Männer	252	13,7	251	13,5	260	13,5
Frauen	100	8,2	106	8,5	107	8,1

Männer weisen mit 13,1% eine deutlich höhere Selbstständigenquote auf als Frauen mit 7,1% (2007), allerdings fällt dieser Unterschied bei Ausländerinnen und Ausländern (5,4 Prozentpunkte Differenz) etwas geringer aus als bei Personen ohne Migrationshintergrund (6,3 Prozentpunkte Differenz; 2007).

Beurteilung des Indikators

Die Selbstständigenquote ist eine wichtige Ergänzung zum Umfang abhängiger Beschäftigung und ist als Indikator sinnvoll. Konjunkturübergreifend ist insbesondere der strukturelle Anteil der Selbstständigkeit im Erwerbssystem von Interesse.

Arbeitslosigkeit

Arbeitslosigkeit beschreibt facetten- und folgenreiche Formen von Arbeitsmarktrisiken (mit Auswirkung auf Einkommen, sozialen Status, gesellschaftliche Einbindung und Selbstwertgefühl) und stellt die negative Ausprägung der zentralen Lebenslage der Erwerbstätigkeit dar.

Registrierte Arbeitslosigkeit im Sinne von § 119 Abs. 3 SGB III ist vor allem „Beschäftigungslosigkeit“, die eine Erwerbstätigkeit von weniger als 15 Stunden wöchentlich nicht ausschließt. Sie wird in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit erfasst. Dagegen gilt nach dem internationalen Verständnis der ILO nur der als erwerbslos, der weniger als eine Stunde pro Woche arbeitet. Dieses Konzept wird im Mikrozensus zugrunde gelegt und wird im Folgenden bei Indikator 5.2.2 und 5.2.4 verwendet.

Indikator 5.2.1

Arbeitslosenquote

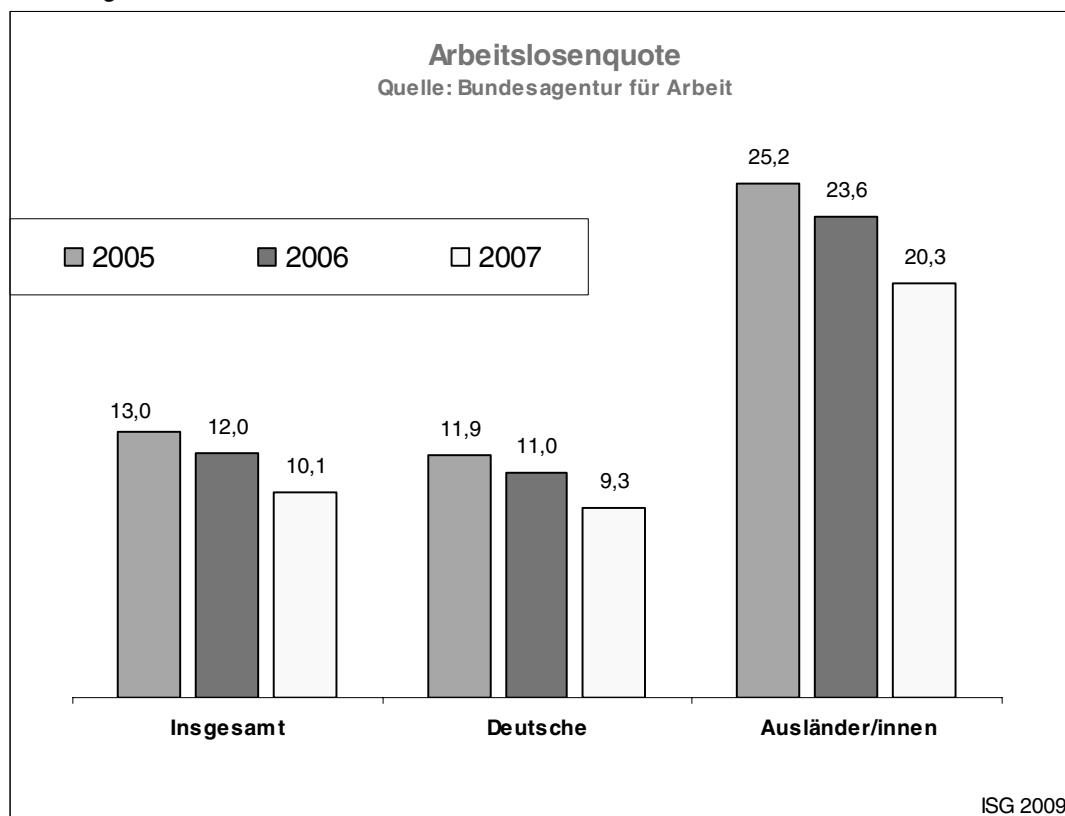
Die Arbeitslosenquote wird als gängiger Indikator in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit als Anteil der Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen³⁷ erfasst.

Die Statistik der BA bildet Arbeitslosigkeit zwar vollständig³⁸ ab, unterscheidet aber bisher lediglich zwischen ausländischen Personen und Deutschen. Daher sind Aussagen zur Situation von Personen mit Migrationshintergrund derzeit noch nicht möglich.

³⁷ Summe von sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (einschl. Auszubildender), geringfügig Beschäftigten sowie Beamten (ohne Soldaten und Soldatinnen).

³⁸ Die Arbeitslosenstatistik basiert auf Informationen aus den IT-Verfahren der BA, aus als plausibel bewerteten Datenlieferungen zugelassener kommunaler Träger und – sofern keine plausiblen Daten geliefert wurden – auf ergänzenden Schätzungen der Statistik der BA.

Abbildung 9



Die Arbeitslosenquote sank im beobachteten Zeitraum sowohl insgesamt (von 13,0% im Jahr 2005 über 12,0% in 2006 auf 10,1% 2007) als auch bei der ausländischen Bevölkerung (von 25,2% im Jahr 2005 über 23,6% in 2006 auf 20,3% 2007), eine Angleichung der Quoten fand jedoch nicht statt.

Die Arbeitslosenquote von Ausländerinnen und Ausländern ist mit 20,3% etwa doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Tabelle 23

Arbeitslose im Alter von 15 bis 64 Jahren						
	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	Quote *	Anzahl in 1000	Quote *	Anzahl in 1000	Quote *
Insgesamt	4.860,9	13,0	4.487,2	12,0	3.776,4	10,1
unter 25 Jahre	618,9	12,5	522,8	10,8	404,9	8,5
55 Jahre und älter	580,4		567,9	.	475,4	.
dar. Ausländer/innen	673,0	25,2	643,8	23,6	559,1	20,3
unter 25 Jahre	67,0		57,0		44,4	
55 Jahre und älter	76,4		69,3		54,7	
Männer	2.605,7	13,4	2.337,9	12,0	1.900,3	9,8
unter 25 Jahre	361,4		297,1		223,7	9,0
55 Jahre und älter	302,9		287,1		234,5	
dar. Ausländer	383,9		351,9		291,1	
unter 25 Jahre	39,4		32,3		24,7	
55 Jahre und älter	41,0		35,1		26,0	
Frauen	2.254,8	12,7	2.149,2	12,0	1.873,4	10,4
unter 25 Jahre	257,4		225,7		180,9	7,9
55 Jahre und älter	277,5		280,8		240,6	
dar. Ausländerinnen	288,9		291,8		267,7	
unter 25 Jahre	27,6		24,7		19,8	
55 Jahre und älter	35,4		34,2		28,6	

*Arbeitslosenquote bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen

Bei der Auswertung der Arbeitslosigkeit einzelner Teilgruppen ist die veränderte statistische Erfassung in 2005 zu berücksichtigen. Weiterhin ist zu beachten, dass eine Quotenberechnung nicht für Ältere vorliegt und für Ausländerinnen und Ausländer nicht in der Differenzierung nach Geschlecht und Altersgruppen. Behelfsweise wird hier die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen herangezogen, wobei strukturelle Veränderungen der Grundgesamtheit unberücksichtigt bleiben. Dieser Vergleich macht sichtbar, dass die Zahl der arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländer unter 25 Jahren etwa in gleichem Maße zurückgegangen ist wie die Zahl der jungen Arbeitslosen insgesamt, wobei junge ausländische Männer davon etwas stärker profitieren als ausländische Frauen in dieser Altersgruppe. Dieser Geschlechtsunterschied ist bei den älteren arbeitslosen Ausländerinnen und Ausländern noch stärker ausgeprägt: Die Zahl der Arbeitslosen im Alter von 55 bis 64 Jahren ist zwischen 2005 und 2007 insgesamt um 18% zurückgegangen, bei den älteren (männlichen) Ausländern hingegen um 28%.

Beurteilung des Indikators

Die Arbeitslosenquote ist der zentrale Indikator zur Abbildung von Erwerbsrisiken. Die Datenlage ist bei Differenzierung nach Deutschen sowie Ausländerinnen und Ausländern sehr gut, eine weiter gehende Differenzierung nach Migrationshintergrund ist vorgesehen.

Indikator 5.2.2

Erwerbslosenquote

Der Indikator der Erwerbslosenquote auf Basis des Mikrozensus gibt den *Anteil der Erwerbslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspersonen)* an. „Erwerbslos“ ist nach diesem Konzept, wer weniger als eine Stunde pro Woche erwerbstätig ist, aber eine Erwerbstätigkeit sucht.

Die Erwerbslosenquote ist im Berichtszeitraum von 11,3% (2005) über 10,4% (2006) auf 8,7% (2007) zurückgegangen, dies entspricht einem Rückgang von 2,6 Prozentpunkten. Bei Personen mit Migrationshintergrund sank sie von 18,1% (2005) über 16,9% (2006) auf 14,2% (2007), dies entspricht -3,9 Prozentpunkten. Die Erwerbslosenquoten bei Personen mit Migrationshintergrund liegen durchweg (auch in der 2. Generation) fast doppelt so hoch.

Tabelle 24

Erwerbslose in der 15- bis unter 65-Jährigen Erwerbsbevölkerung						
	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	4.578	11,3	4.258	10,4	3.601	8,7
Männer	2.572	11,5	2.346	10,4	1.940	8,6
Frauen	2.007	11,0	1.913	10,3	1.661	8,9
Ohne Migrationshintergrund	3.283	9,8	3.037	9,0	2.557	7,6
Männer	1.791	9,8	1.615	8,8	1.328	7,3
Frauen	1.492	9,8	1.422	9,1	1.229	7,9
Mit Migrationshintergrund	1.296	18,1	1.222	16,9	1.044	14,2
Männer	781	18,7	731	17,4	612	14,4
Frauen	515	17,3	491	16,2	432	13,9
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	1.113	18,2	1.048	16,9	899	14,4
Männer	662	18,7	623	17,4	521	14,6
Frauen	451	17,6	425	16,2	378	14,1
Ohne Migrationserfahrung	183	17,6	174	16,9	145	13,2
Männer	119	18,9	108	17,2	91	13,8
Frauen	64	15,7	66	16,3	54	12,4
Ausländer/innen	775	20,4	736	19,2	631	16,4
Männer	487	21,0	454	19,6	383	16,6
Frauen	288	19,5	282	18,6	247	16,0

Ausländerinnen und Ausländer sind dabei durchgängig zu höheren Anteilen erwerbslos als Deutsche mit Migrationshintergrund, deren Erwerbslosenquoten (11,8% in 2007) etwa in der Mitte zwischen denen der Ausländer und Ausländerinnen (16,4% in 2007) sowie der Deutschen ohne Migrationshintergrund (7,6% in 2007) liegen. Dies gilt für Frauen ebenso wie für Männer, und auch bei einer Differenzierung nach Altersgruppen zeigt sich dieses Bild (vgl. Tabelle 55 und Tabelle 59 im Anhang).

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund auch unter Berücksichtigung von Alter, Geschlecht, Schul- und Berufsabschluss sowie Familiенstand eher erwerbslos sind als Personen ohne Migrationshintergrund.

Beurteilung des Indikators

Der Vorteil der Erfassung von Erwerbslosigkeit nach dem Mikrozensus gegenüber Indikator 5.2.1 liegt in der Möglichkeit, nach Migrationshintergrund differenzieren zu können. Wenn dies in Zukunft auch im Rahmen der Arbeitsmarktstatistik möglich ist, kann sich die Berichterstattung auf den Indikator der Arbeitslosenstatistik beschränken, da dieser auf einer Volleverhebung beruht.

Indikator 5.2.3

Langzeitarbeitslose

Ein verbreiteter Indikator für prekäre Lebenslagen hinsichtlich der Arbeitsmarktintegration ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen. Gemessen wird dieser als *Anteil der über ein Jahr Arbeitslosen an den abhängig zivilen Erwerbspersonen*.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit bildet Arbeitslosigkeit zwar vollständig ab, unterscheidet aber bisher lediglich zwischen ausländischen Personen und Deutschen. Daher sind Aussagen zur Situation von Personen mit Migrationshintergrund nicht vollständig möglich.

Beim Zeitvergleich der Langzeitarbeitslosigkeit ist zu beachten, dass die Statistik zum Jahresende 2005 noch von der in diesem Jahr erfolgten Umstellung beeinflusst ist. Betrachtet man die Entwicklung in den Jahren 2006 und 2007, so ist der Anteil der Langzeitarbeitslosen gesunken. Im Jahr 2006 lagen die Quoten insgesamt mit 4,5%, vor allem aber bei Ausländerinnen und Ausländern mit 9,6% sehr hoch. Im Jahr 2007 ging die Quote der Langzeitarbeitslosen insgesamt auf 3,7% zurück und lag bei Ausländerinnen und Ausländern bei 7,9%, also mehr als doppelt so hoch.

Tabelle 25

Langzeitarbeitslose im Alter von 15 bis 64 Jahren						
	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	Quote *	Anzahl in 1000	Quote *	Anzahl in 1000	Quote *
Insgesamt	1.588.089	4,3	1.676.032	4,5	1.386.748	3,7
Männer	845.627	4,3	833.255	4,3	654.568	3,4
Frauen	742.462	4,2	842.778	4,7	732.180	4,1
Ausländer/innen	206.910	7,7	262.675	9,6	219.221	7,9
Männer	129.015		144.226		111.741	
Frauen	77.895		118.450		107.480	

*Arbeitslosenquote bezogen auf abhängige zivile Erwerbspersonen

Eine Quotenberechnung nach Geschlecht liegt für die ausländische Bevölkerung nicht vor. Die Zahl der langzeitarbeitslosen ausländischen Männer ist zwischen 2006 und 2007 überdurchschnittlich zurückgegangen, die Zahl der langzeitarbeitslosen ausländischen Frauen nur unterdurchschnittlich.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator „Langzeitarbeitslosigkeit“ bezeichnet innerhalb der Gruppe der Arbeitslosen die Teilgruppe mit einem besonders hohen Arbeitsmarktrisiko und sollte Verwendung finden.

Indikator 5.2.4

Langzeiterwerbslose

Der Indikator der Langzeiterwerbslosenquote auf Basis des Mikrozensus liefert den *Anteil der über ein Jahr Erwerbslosen an den Erwerbspersonen*. Als Hinweis auf eine Erwerbslosigkeit von mehr als einem Jahr gilt eine Erwerbslosigkeit zum Befragungszeitpunkt bei gleichzeitiger Erwerbslosigkeit ein Jahr zuvor.

Die Langzeiterwerbslosenquote ging im Berichtszeitraum von 6,2% im Jahr 2005 auf 5,1% im Jahr 2007 (bei Personen mit Migrationshintergrund von 9,8% auf 8,1%) zurück. Besonders deutlich ist dieser Rückgang bei Personen ohne eigene Migrationserfahrung zu beobachten. Die insgesamt im Vergleich zu Personen mit eigener Migrationserfahrung niedrigeren Langzeiterwerbslosenquoten bei der zweiten Generation (vgl. Tabelle 26) deuten zusätzlich auf eine positive Entwicklung hin.

Tabelle 26

Langzeiterwerbslose in der 15 bis unter 65-Jährigen Erwerbsbevölkerung
Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	2.553	6,2	2.511	6,0	2.133	5,1
Männer	1.501	6,6	1.460	6,4	1.217	5,3
Frauen	1.052	5,7	1.052	5,6	915	4,8
Ohne Migrationshintergrund	1.850	5,4	1.799	5,2	1.532	4,5
Männer	1.048	5,7	1.003	5,4	843	4,5
Frauen	802	5,2	796	5,1	689	4,4
Mit Migrationshintergrund	702	9,8	712	9,8	600	8,1
Männer	453	10,8	457	10,8	374	8,8
Frauen	249	8,3	256	8,4	226	7,2
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	619	10,1	632	10,1	535	8,5
Männer	396	11,1	403	11,2	330	9,1
Frauen	223	8,7	228	8,6	205	7,6
Ohne Migrationserfahrung	83	8,0	81	7,8	65	5,9
Männer	57	9,0	53	8,4	44	6,7
Frauen	26	6,4	27	6,7	21	4,8
Ausländer/innen	433	11,3	444	11,5	373	9,6
Männer	289	12,4	294	12,6	240	10,3
Frauen	144	9,7	150	9,8	134	8,6

Im Jahr 2007 lag die Quote der Langzeiterwerbslosen insgesamt bei 5,1%, bei Deutschen ohne Migrationshintergrund leicht darunter, bei ausländischen Personen bzw. denjenigen mit Migrationserfahrung mit 9,6% bzw. 8,5% deutlich höher.

Beurteilung des Indikators

Der Vorteil der Erfassung von Langzeiterwerbslosigkeit nach dem Mikrozensus gegenüber Indikator 5.2.3 liegt in der Möglichkeit, nach Migrationshintergrund differenzieren zu können. Wenn dies in Zukunft auch im Rahmen der BA-Statistik möglich ist, kann sich die Berichterstattung auch hier auf die Arbeitslosenstatistik (als Vollerhebung) beschränken.

Aktivierende arbeitsmarktpolitische Maßnahmen

Als sekundäre Indikatoren für die Situation auf dem Arbeitsmarkt und die Teilhabechancen von Personen mit Migrationshintergrund bzw. deren Förderung werden diesbezügliche aktivierende arbeitsmarktbezogene Maßnahmen betrachtet.

Indikator 5.3.1***Jugendliche Arbeitslose ohne Unterstützung***

Ein wichtiger Indikator für eine gelingende Aktivierung Jugendlicher ist der Anteil von Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren, die keine Unterstützungsangebote der Vermittlungsinstitutionen erhalten haben und seit 6 Monaten und länger arbeitslos sind, an allen Arbeitslosen unter 25 Jahren.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit bietet derzeit keine Möglichkeit, diesen komplexen Zusammenhang abzubilden. Hilfsweise werden deshalb hier die Zahlen zur Dauer der Arbeitslosigkeit Jugendlicher – unterschieden zwischen ausländischen Personen und Deutschen – herangezogen.

Der Anteil der länger als 6 Monate arbeitslosen Jugendlichen (bis unter 25 Jahren) an den Arbeitslosen dieses Alters ist 2007 im Vergleich zum Vorjahr um fast 5 Prozentpunkte auf 24,4% gesunken. Auch unter ausländischen arbeitslosen Jugendlichen sank der Anteil der länger als 6 Monate arbeitslosen (um über 6 Prozentpunkte), liegt aber mit 27,9% höher als bei allen arbeitslosen Jugendlichen.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator beschreibt in der hier dargestellten Form nicht die Förderung durch aktivierende arbeitsmarktbezogene Maßnahmen, sondern die Dauer der Arbeitslosigkeit von Jugendlichen. So bezeichnet der Indikator innerhalb dieser Gruppe der Arbeitslosen eine Teilgruppe mit einem erhöhten Arbeitsmarktrisiko und sollte im Bereich der Arbeits-/ Erwerbslosigkeit Verwendung finden.

**Indikatoren 5.3.2 und
5.3.3*****Berufliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen***

Berufliche Fort- und Weiterbildung spielt eine bedeutende Rolle für die Eingliederung und bessere Positionierung auf dem Arbeitsmarkt. Zudem kann sie Integrationsproblemen durch abweichende Ausbildungsinhalte im Herkunftsland entgegenwirken.

Der *Anteil von Personen in beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen* insgesamt und darunter der Anteil an Personen mit Migrationshintergrund gibt Auskunft über Zugang und Nutzung solcher arbeitsmarktbezogener Maßnahmen. Erfasst werden dafür nutzbare Daten einerseits in der Arbeitskräfteerhebung im Rahmen des Mikrozensus (5.3.2) und andererseits über das Berichtssystem Weiterbildung (5.3.3).

Datengrundlage

Die Arbeitskräfteerhebung oder Labour Force Survey ist eine EU-weit (inkl. EFTS Staaten, Schweiz, Norwegen und Island) auf der Basis einheitlicher Definitionen, Klassifikationen und einer Liste von Merkmalen in den meisten Staaten vierteljährlich durchgeführte Stichprobenbefragung von Privathaushalten. Die Arbeitskräfteerhebung erfolgt für Deutschland im Rahmen des Mikrozensus, die Daten des LFS können daher mit den im Mikrozensus erhobenen Merkmalen zum Migrationshintergrund verknüpft werden. Die Befragung erfolgt seit 2005 unterjährig, womit auch für Deutschland vierteljährlich Ergebnisse zur Verfügung gestellt werden können.

Das Berichtssystem Weiterbildung existiert seit 1979 und erfasst durch in 3-jährigem Abstand (zuletzt 4-jährig) durchgeführte repräsentative Erhebungen bei der 19-64-jährigen Bevölkerung die Weiterbildungsbeteiligung. Im Berichtssystem werden neben Ausländerinnen und Ausländern auch „Deutsche mit ausländischem Lebenshintergrund“ erfasst. Diese Gruppe umfasst alle deutschen Staatsangehörigen, die nicht schon immer in Deutschland gelebt haben. Im Rahmen der Erhebung 2007 wurden 3.500 Personen befragt, davon 393 Ausländerinnen und Ausländer. Es wurden nur Befragungsteilnehmerinnen und -teilnehmer ausgewählt, deren Deutschkenntnisse für ein mündliches Interview ausreichten. Dies kann bedeuten, dass die Stichprobe durch „besser Integrierte“ verzerrt ist.

Der Anteil der Personen im Alter von 25 bis unter 65 Jahren in beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen (innerhalb der letzten vier Wochen) ist im Berichtszeitraum nahezu konstant: Nach einem leichten Rückgang im Jahr 2006 (5,0%) liegt der Anteil 2007 wieder bei 5,2%. Personen mit Migrationshintergrund weisen von 2005 bis 2007 dagegen in allen Erhebungsjahren mit knapp über drei Prozent eine deutlich geringere Beteiligung an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen auf. Bei Migrantinnen und Migranten der 2. Generation liegt der Anteil durchgehend höher und somit näher an der Gesamtbevölkerung, was eine positive Entwicklung in diesem Zusammenhang andeutet. Bei Ausländerinnen und Ausländern stieg der Anteil der Personen in beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen im Beobachtungszeitraum leicht an.

Tabelle 27

25 bis unter 65- Jährige in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	2.326	5,2	2.244	5,0	2.327	5,2
Männer	1.157	5,1	1.095	4,8	1.127	5,0
Frauen	1.169	5,2	1.149	5,1	1.200	5,4
Ohne Migrationshintergrund	2.060	5,6	1.968	5,4	2.048	5,6
Männer	1.026	5,5	959	5,2	998	5,5
Frauen	1.034	5,6	1.009	5,5	1.050	5,8
Mit Migrationshintergrund	266	3,3	277	3,4	279	3,3
Männer	130	3,1	137	3,3	129	3,1
Frauen	136	3,4	140	3,4	150	3,6
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	232	3,2	246	3,3	244	3,2
Männer	110	3,0	118	3,2	110	2,9
Frauen	122	3,3	127	3,4	134	3,5
Ohne Migrationserfahrung	34	4,5	31	4,0	35	4,4
Männer	20	4,6	18	4,1	19	4,2
Frauen	14	4,2	13	3,9	15	4,3
Ausländer/innen	147	3,1	160	3,4	163	3,4
Männer	74	3,0	79	3,2	74	3,0
Frauen	74	3,2	80	3,4	89	3,8

Im Allgemeinen liegt der Anteil der Frauen in beruflicher Weiterbildung leicht über dem der Männer. Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund lassen sich hier kaum feststellen.

Das Berichtssystem Weiterbildung benutzt ein eigenes Konzept von Migrationshintergrund (s.o.), und es wird mit 19- bis 64-Jährigen eine erweiterte Altersgruppe betrachtet. Darüber hinaus wird nach der Weiterbildungsbeteiligung innerhalb der letzten 12 Monate gefragt, also ein längerer Zeitraum umfasst als in der für Indikator 5.3.2 verwendeten Definition. Im Vergleich zum letzten Berichtsjahr fallen die gestiegenen Anteile der Ausländerinnen und Ausländer in Weiterbildung auf, die bei gleichzeitiger Stagnation in der Gesamtbevölkerung eine Annäherung der Werte bedeuten. Der Anteil der Personen in Weiterbildung liegt im Bericht 2007³⁹ insgesamt bei 26%, bei Personen mit Migrationshintergrund ist er deutlich niedriger: 18% der Ausländerinnen und Ausländer bzw. 20% der Deutschen mit Migrationshintergrund nehmen an beruflicher Weiterbildung teil.

³⁹ TSN Infratest (2008).

Bewertung der Indikatoren

Die Teilnahme an beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen ist ein wichtiges Element zur Erhaltung oder Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und daher ein guter Indikator für Integrationsfortschritte.

Indikator 5.3.4

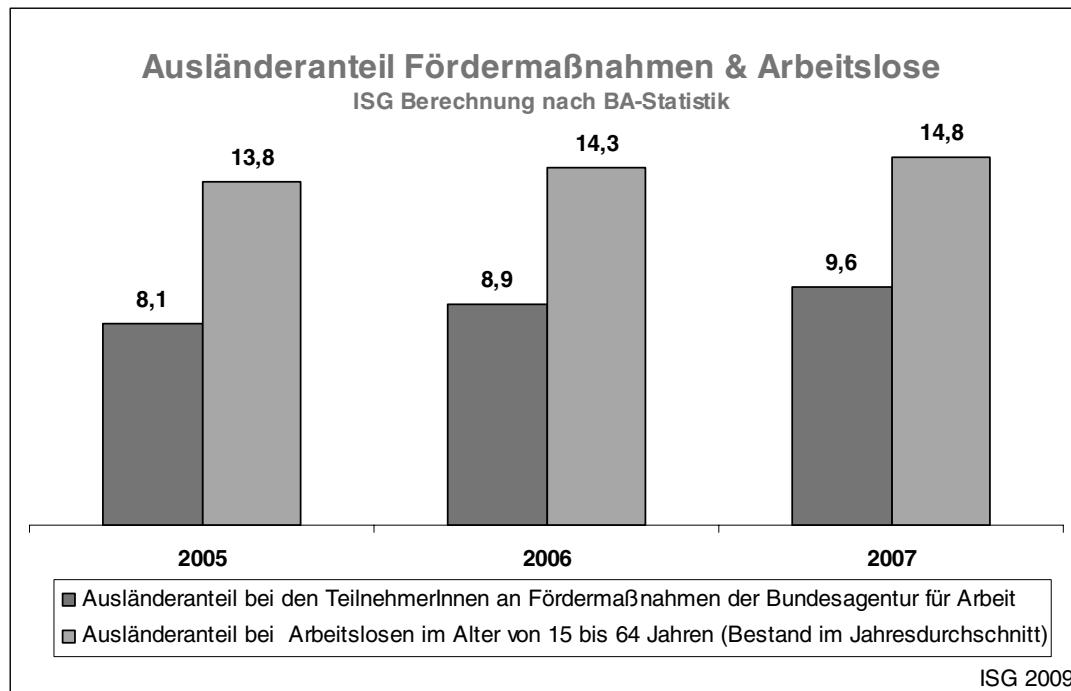
Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung

Als Indikator für den Zugang zu und die Nutzung von Maßnahmen der aktiven Arbeitsförderung steht der *Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Eingliederungsprodukten und -programmen* der Bundesagentur für Arbeit im Vergleich zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Arbeitslosen.

Die Statistik der BA unterscheidet bisher lediglich zwischen ausländischen Personen und Deutschen. Daher sind Aussagen zur Situation von Personen mit Migrationshintergrund nicht vollständig möglich.

Im Berichtszeitraum stieg der Ausländeranteil bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Fördermaßnahmen leicht an. Zu beachten ist dabei, dass ebenso der Ausländeranteil bei den Arbeitslosen insgesamt wuchs.

Abbildung 10



Im Jahr 2007 lag der Ausländeranteil unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern von Fördermaßnahmen der Bundesagentur für Arbeit bei 9,6% und damit 5,2 Prozentpunkte unter dem Ausländeranteil bei Arbeitslosen (im Jahresdurchschnitt).

Beurteilung des Indikators

Die Teilnahme an Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktförderung dient der Erhaltung oder Verbesserung der Beschäftigungsfähigkeit und ist daher ein guter Indikator für Integrationsfortschritte.

ZUSAMMENFASSUNG

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit von Personen mit Migrationshintergrund sind stark von konjunkturellen Entwicklungen geprägt. Der Bericht umfasst mit den Jahren 2005 bis 2007 einen besonderen Zeitraum, in dem ein Wirtschaftsaufschwung mit hoher Beschäftigungsdynamik einherging. Zudem traten 2005 die Sozialgesetzbücher II und XII in Kraft, in deren Folge die Arbeitslosen- und Sozialhilfe zusammengelegt wurden.

Personen mit Migrationshintergrund sind zu geringeren Anteilen erwerbstätig als die Gesamtbevölkerung. Die Beschäftigungslücke – und damit der Unterschied zwischen der Erwerbstätigkeit der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund und der Bevölkerung mit Migrationshintergrund – ist von 11,9 Prozentpunkten im Jahr 2005 zunächst auf 12,4 Prozentpunkte im Jahr 2006 gestiegen und im Jahr 2007 wieder auf 11,9 Prozentpunkte gesunken.

Die Arbeitslosenquote sank im beobachteten Zeitraum sowohl insgesamt als auch bei der ausländischen Bevölkerung. Bei der Auswertung der Arbeitslosigkeit einzelner Teilgruppen ist die veränderte statistische Erfassung im Jahr 2005 zu berücksichtigen.

Die Ergebnisse einer weiterführenden Analyse zeigen, dass Personen mit Migrationshintergrund trotz formal gleichwertiger schulischer und beruflicher Qualifikationen eher erwerbslos sind als Personen ohne Migrationshintergrund. Zudem verdienen Migrantinnen und Migranten der ersten Generation unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Schul- und Berufsbildung signifikant weniger als Personen ohne Migrationshintergrund in vergleichbarer beruflicher Stellung.

6. Soziale Integration und Einkommen

Einkommensarmut schränkt Handlungsspielräume ein, prägt damit den Lebensstil und erschwert die soziale Integration. Als „arm“ gelten nach der Definition des Rates der Europäischen Union die Personen, Familien und Gruppen, „die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum annehmbar ist.“ Ein Indikator für unzureichendes eigenes Einkommen ist der Bezug von Mindestsicherungsleistungen, die darauf abziehen, das soziokulturelle Existenzminimum sicherzustellen.

Datengrundlage

Daten zum Einkommen sind im Mikrozensus, Daten zum Bezug von Mindestsicherungsleistungen in verschiedenen amtlichen Statistiken enthalten. Sowohl die diesbezüglichen Zahlen des Statistischen Bundesamts als auch der Bundesagentur für Arbeit unterscheiden derzeit nicht detailliert nach dem Migrationshintergrund, sondern lediglich nach der Staatsangehörigkeit.

Indikator 6.1

Armutsrisikoquote nach Sozialtransfers

Ein wichtiger Indikator für Einkommensarmut ist die *Armutsrisikoquote*. Als arm gelten Personen, deren verfügbares Nettoeinkommen (äquivalenzgewichtet) unter 60% des Durchschnittseinkommens (Median) liegt.⁴⁰

Im Berichtszeitraum ist eine leicht positive Entwicklung bezüglich der Armutsrisikoquoten in den einzelnen Bevölkerungsgruppen zu beobachten.

Im Jahr 2007 lag die Armutsrisikoquote der Gesamtbevölkerung bei 13,2%, während sie bei Personen mit Migrationshintergrund mit 26,8% mehr als doppelt so hoch und bei der ausländischen Bevölkerung mit 31,1% noch deutlich höher war. Die Armutsrisikoquoten der zweiten Generation liegen durchgehend über denen der Personen mit eigener Migrationserfahrung, was vor allem damit zusammenhängt, dass unter diesen der Anteil von Kindern und Jugendlichen, die einem hohen Armutsrisiko unterliegen, relativ hoch ist.

⁴⁰

Dies entspricht den auf europäischer Ebene vereinbarten Laeken-Indikatoren (EU-Kommission 2001), nach denen das verfügbare Haushaltseinkommen mittels einer Äquivalenzgewichtung den einzelnen Haushaltsgliedern zugerechnet wird. Die Äquivalenzgewichte betragen 1,0 für den Haushaltvorstand, 0,5 für weitere Personen ab 14 Jahren und 0,3 für Kinder unter 14 Jahren (neue OECD-Skala) und berücksichtigen, dass größere Haushalte relativ günstiger wirtschaften können als kleinere. Der Vergleich mit dem Durchschnitt orientiert sich am Median, der gegenüber Extremwerten weniger sensibel ist als das arithmetische Mittel.

Tabelle 28

Armutsrisko						
Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt						
	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	11.572	14,2	11.266	13,8	10.720	13,2
Männer	5.513	13,8	5.425	13,5	5.128	12,8
Frauen	6.059	14,6	5.841	14,1	5.592	13,5
Ohne Migrationshintergrund	7.305	11,0	6.992	10,5	6.605	10,0
Männer	3.384	10,4	3.283	10,1	3.072	9,5
Frauen	3.921	11,5	3.709	10,9	3.533	10,4
Mit Migrationshintergrund	4.267	28,5	4.274	28,3	4.116	26,8
Männer	2.129	27,9	2.142	27,9	2.056	26,4
Frauen	2.138	29,0	2.132	28,7	2.059	27,1
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	2.856	27,6	2.756	26,5	2.632	25,1
Männer	1.412	27,3	1.367	26,4	1.298	24,9
Frauen	1.444	28,0	1.389	26,7	1.334	25,3
Ohne Migrationserfahrung	1.414	30,3	1.517	32,2	1.483	30,4
Männer	717	29,2	775	31,2	785	29,6
Frauen	694	31,6	743	33,4	725	31,4
Ausländer/innen	2.459	33,9	2.386	32,8	2.256	31,1
Männer	1.250	33,1	1.208	32,2	1.140	30,6
Frauen	1.209	34,6	1.178	33,5	1.117	31,7

Grundsätzlich sind Frauen stärker armutsgefährdet als Männer, dies gilt für (deutsche und ausländische) Personen mit Migrationshintergrund in gleicher Weise.

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass unter Kontrolle der sozialstrukturellen Merkmale Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Haushaltstyp in der zweiten Generation kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Einkommensarmut besteht (vgl. Kapitel C 4). Personen mit eigener Migrationserfahrung haben dagegen ein signifikant höheres Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein. Darüber hinaus bestätigt sich der Zusammenhang von Armutsrisko mit Bildung, Erwerbsstatus und Gesundheit.

Beurteilung des Indikators

Das Armutsrisko ist ein zentraler Indikator zur Beurteilung der Lebenslage und in der hier verwendeten Form auch international vergleichbar. Zur Bewertung des Integrationsstandes ist er gut geeignet.

Indikator 6.2***Armutsrisikoquote vor Sozialtransfers***

Die Armutsrisikoquote auf Grundlage eines um Sozialtransfers bereinigten Nettoäquivalenzeinkommens würde den Beitrag der Mindestsicherung zur Vermeidung von Armut abbilden.

Beurteilung des Indikators

Derzeit ist dieser Indikator, der im Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung für die Gesamtbevölkerung ausgewertet wird, nicht verwendbar, da die notwendigen Einkommensdaten im Mikrozensus nicht nach Einkommensquellen unterschieden werden.

Indikator 6.3***Bezug von Leistungen der Mindestsicherung***

Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) II oder XII bzw. nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen diejenigen, die ihren Lebensunterhalt nicht aus eigenem Einkommen allein bestreiten können. Die Bezieherquoten dieser Mindestsicherungsleistungen sind ein Indikator für die Angewiesenheit auf staatliche Hilfe.

Die verfügbaren Daten der Sozialhilfestatistik sowie der Statistik der Bundesagentur für Arbeit unterscheiden derzeit nicht so differenziert wie der Mikrozensus nach Migrationshintergrund, sondern weisen lediglich Deutsche und Nicht-Deutsche aus.⁴¹ Daher können hier keine Aussagen zur Bevölkerung mit Migrationshintergrund gemacht werden.

Fasst man alle Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen der Mindestsicherung in Privathaushalten zusammen, so zeigt sich, dass die Anteile im Berichtszeitraum leichten Schwankungen unterlagen: Nach einem Anstieg von 9,5% am Jahresende 2005 auf 9,8% am Jahresende 2006 gingen sie bis zum Jahresende 2007 wieder auf 9,5% zurück. Die Anteile der Ausländerinnen und Ausländer, die auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen waren, stiegen von 21,9% in 2005 auf 22,3% in 2006 und gingen dann auf 21,1% in 2007 zurück.

Die ausländische Bevölkerung ist über alle Berichtsjahre in höherem Maße auf Unterstützung angewiesen als die Gesamtbevölkerung. In den Jahren 2005 und 2006 war die Bezugsquote von Leistungen der Mindestsicherung unter den Ausländerinnen und Ausländern 2,3 Mal so hoch wie unter der Gesamtbevölkerung, im Jahr 2007 sank diese Relation leicht auf das 2,2-Fache.

⁴¹ Die Sozialhilfestatistik erhebt darüber hinaus den Migrationshintergrund in der Form, dass Leistungsberechtigte mit Vertriebenenausweis bzw. Spätaussiedlerbescheinigung ausgewiesen werden.

Tabelle 29

Bevölkerung in Privathaushalten mit Bezug von Mindestsicherungsleistungen

Quelle: Statistisches Bundesamt, Berechnung des ISG

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	7.855	9,5	8.069	9,8	7.810	9,5
Männer	3.971	9,8	4.010	9,9	3.841	9,5
Frauen	3.884	9,2	4.057	9,7	3.969	9,5
<i>darunter</i>						
SGB II	7.101	8,6	7.283	8,8	7.020	8,5
SGB XII	543	0,7	590	0,7	636	0,8
AsylbLG	211	0,3	194	0,2	153	0,2
Deutsche	6.261	8,3	6.450	8,6	6.280	8,4
Männer	3.159	8,6	3.201	8,8	3.089	8,5
Frauen	3.102	8,0	3.249	8,4	3.190	8,3
<i>darunter</i>						
SGB II	5.801	7,7	5.948	7,9	5.753	7,7
SGB XII	460	0,6	502	0,7	527	0,7
AsylbLG	/	/	/	/	/	/
Ausländer/innen	1.594	21,9	1.619	22,3	1.530	21,1
Männer	812	21,5	809	21,6	752	20,2
Frauen	782	22,2	808	23,0	779	22,1
<i>darunter</i>						
SGB II	1.299	17,8	1.335	18,4	1.267	17,5
SGB XII	84	1,1	87	1,2	110	1,5
AsylbLG	211	2,9	194	2,7	153	2,1

Im Durchschnitt sind Frauen zu etwas geringeren Anteilen auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen, unter ausländischen Leistungsbeziehern sind deren Anteile dagegen höher als die der Männer.

Eine Analyse der sozialstrukturellen Zusammenhänge der Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen ist auf Basis der Datengrundlage nicht möglich.

Beurteilung des Indikators

Die Angewiesenheit auf Leistungen der Mindestsicherung ist ein guter Indikator für Integrationsfortschritte. In den Statistiken sollte zukünftig der Migrationshintergrund erfasst werden.

Indikator 6.4***Personen in Haushalten ohne Erwerbstätige***

Ein weiterer Indikator für die Abhängigkeit von Mindestsicherung ist die Tatsache, dass in einem Haushalt keine Person erwerbstätig ist. Da man Rentnerinnen und Rentner hier nicht erfassen möchte, kann der *Anteil von Personen bis 60 Jahre, die in Haushalten ohne erwerbstätige Personen leben*, dafür ein Indikator sein.

Im Berichtszeitraum sind die Anteile von Personen, die in Haushalten ohne Erwerbstätige leben, in allen Bevölkerungs- und Altersgruppen gesunken. Unter den 18- bis unter 60-Jährigen ist dieser Anteil von 12,0% (2005) auf 10,7% (2007) zurückgegangen, darunter bei Personen mit Migrationshintergrund von 17,3% (2005) auf 15,3% (2007). In der Altersgruppe unter 18 Jahren ist ein Rückgang von 11,3% (2005) auf 9,8% (2007) zu verzeichnen, bei gleichaltrigen Personen mit Migrationshintergrund von 17,7% (2005) auf 15,7% (2007) (vgl. Tabelle 29). Eine positive Entwicklung hinsichtlich der Angleichung der Werte von Personen mit und ohne Migrationshintergrund ist bei den in Deutschland geborenen erwachsenen Migrantinnen und Migranten gegeben, deren Anteile im Jahr 2007 mit denen in der Gesamtbevölkerung identisch sind.

Im Jahr 2007 lagen die Anteile der erwachsenen Personen (bis 60 Jahre), die in Haushalten ohne erwerbstätige Personen leben, in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt – wie auch in den Vorjahren – deutlich über denen der Gesamtbevölkerung.

Dies trifft auf Kinder und Jugendliche noch stärker zu: Der Anteil der Minderjährigen, die in Haushalten ohne erwerbstätige Personen leben, ist bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein gutes Drittel höher als bei Minderjährigen insgesamt.

Tabelle 29

Personen (bis 60 Jahre) in Haushalten ohne Erwerbstätige

Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Unter 18 Jahre						
Insgesamt	1.635	11,3	1.525	10,8	1.363	9,8
Männer	830	11,2	776	10,7	680	9,5
Frauen	804	11,5	748	10,9	683	10,2
Ohne Migrationshintergrund	917	8,9	811	8,0	724	7,4
Männer	466	8,8	409	7,9	360	7,2
Frauen	451	8,9	402	8,2	364	7,7
Mit Migrationshintergrund	718	17,7	713	17,6	638	15,7
Männer	364	17,3	367	17,5	319	15,2
Frauen	353	18,0	346	17,7	319	16,2
Ausländer/innen	331	23,8	326	24,6	264	21,1
Männer	174	23,7	174	24,7	135	20,6
Frauen	156	23,8	152	24,4	129	21,5
18 bis 60 Jahre						
Insgesamt	5.746	12,0	5.555	11,6	5.131	10,7
Männer	2.775	11,5	2.687	11,1	2.433	10,0
Frauen	2.971	12,5	2.868	12,1	2.698	11,3
Ohne Migrationshintergrund	4.141	10,8	3.971	10,3	3.678	9,5
Männer	1.985	10,2	1.915	9,8	1.731	8,9
Frauen	2.157	11,3	2.057	10,8	1.947	10,2
Mit Migrationshintergrund	1.605	17,3	1.584	16,9	1.453	15,3
Männer	791	16,8	772	16,3	701	14,7
Frauen	814	17,8	811	17,5	752	16,0
Ausländer/innen	1.098	21,2	1.077	20,7	989	19,0
Männer	556	21,0	536	20,4	485	18,5
Frauen	542	21,3	541	21,0	504	19,5

Grundsätzlich leben Mädchen und Frauen zu leicht höheren Anteilen in Haushalten ohne erwerbstätige Person als Jungen und Männer.

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator ist mit den Indikatoren zu Armutsrisko (Indikator 6.1) und zum Bezug von Mindestsicherungsleistungen (Indikator 6.3) inhaltlich weitgehend deckungsgleich. Es wird empfohlen, auf diesen Indikator im Rahmen des Integrationsmonitorings zu verzichten, da Erwerbstätigkeit allein noch nicht vor Einkommensarmut schützt, wie die so genannten „Working Poor“ zeigen.

ZUSAMMENFASSUNG

Durch Einkommensarmut wird der Integrationsprozess erheblich erschwert. Im Berichtszeitraum ist eine leicht positive Entwicklung bezüglich der Armutsriskoquoten in den einzelnen Bevölkerungsgruppen zu beobachten. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weist jedoch eine etwa doppelt so hohe Armutsriskoquote auf wie die Gesamtbevölkerung.

Der Anteil der Personen, die auf Leistungen der Mindestsicherung angewiesen sind, unterlag im Berichtszeitraum Schwankungen. Er nahm 2006 leicht zu und ging dann im Jahr 2007 wieder zurück: Der Anteil der Ausländerinnen und Ausländer, die auf Mindestsicherungsleistungen angewiesen sind, ist mehr als doppelt so hoch wie in der Gesamtbevölkerung.

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass unter Kontrolle der sozialstrukturellen Merkmale Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Haushaltstyp in der zweiten Generation kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Einkommensarmut besteht. Personen mit eigener Migrationserfahrung haben dagegen ein signifikant höheres Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein.

7. Gesellschaftliche und politische Partizipation, Gleichberechtigung⁴²

Gesellschaftliche Partizipation, also die aktive Mitgestaltung der Lebensverhältnisse durch die Bürgerinnen und Bürger, ist Ausdruck einer demokratischen Gesellschaft und ein wichtiger Indikator für die Integration in Deutschland.

Partizipationsformen können von informellem Engagement über Interessenvereinigungen bis zu formeller Mitwirkung in Parteien und Verbänden reichen. Die Zugangs- und Teilhabechancen zu einer Mitgestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse können für unterschiedliche Bevölkerungsgruppen ungleich verteilt sein.

Datengrundlage

Als Datengrundlage für ein differenziertes Bild der politischen und gesellschaftlichen Partizipation können neben amtlichen Statistiken (z.B. hinsichtlich der Beteiligung an Wahlen) Surveys und repräsentative Bevölkerungsbefragungen herangezogen werden. Im Folgenden werden dafür einerseits das jährlich durchgeführte Sozio-oekonomische Panel (SOEP) mit einem Stichprobenumfang von rd. 22.700 Befragungspersonen ab 16 Jahren in 12.500 Haushalten und andererseits der alle fünf Jahre durchgeführte Freiwilligensurvey mit 15.000 deutschsprachigen Befragungspersonen ab 14 Jahren in Privathaushalten ausgewertet.

⁴² Im zu erprobenden Indikatorenset ist „Politik“ ein separater Themenbereich (13). Aus inhaltlichen Überlegungen und aufgrund von Überschneidungen der Indikatoren wird er im vorliegenden Bericht mit dem Themenbereich „Gesellschaftliche Beteiligung“ zusammengelegt.

Das SOEP enthält verschiedene und ausführliche Angaben zum Migrationshintergrund der Befragten.⁴³ In der Stichprobe sind Personen mit Migrationshintergrund unterrepräsentiert, was im speziellen Falle der Ausländerinnen und Ausländer auch durch die Hochrechnungsfaktoren nicht ganz ausgeglichen wird.

Im Bereich bürgerschaftlichen Engagements liegt mit dem Freiwilligensurvey eine themenspezifische Datenquelle vor, wobei die letzte Erhebung 2004 durchgeführt wurde. Auf eine Darstellung der Entwicklung über die Zeit wird in diesem Bericht verzichtet. Die im Freiwilligensurvey enthaltene Migranten-Teilstichprobe von rd. 15% (mindestens ein Elternteil im Ausland geboren) bzw. im engeren Sinne von 10% setzt sich überwiegend aus deutschen und deutschsprachigen Migrantinnen und Migranten zusammen, der Ausländeranteil liegt nur bei 3,3%.

Die Stichprobe der Personen mit Migrationshintergrund im Freiwilligensurvey hat einen ungewöhnlich hohen Bildungsstatus. Dies ist darauf zurückzuführen, dass nur Deutsch sprechende Personen befragt wurden. „Dennoch teilt auch diese Stichprobe typische Lebens- und Problemlagen der Bevölkerungsgruppe der Migranten [...], ist also brauchbar für [die] Analyse der Besonderheiten und Gemeinsamkeiten der Gemeinschaftsaktivität und des freiwilligen Engagements von Migranten und Nicht-Migranten“.⁴⁴ Des Weiteren ist zu berücksichtigen, dass die Stichprobe hinsichtlich der Herkunftsländer einen Fokus auf Osteuropa und Länder der ehemaligen Sowjetunion aufweist, was in diesem Maße nicht den Gegebenheiten der gesamten Migrationsbevölkerung in Deutschland entspricht.

Anders als bei der Berichterstattung zum Freiwilligensurvey zählen im Folgenden (zur besseren Vergleichbarkeit mit der Definition im Mikrozensus) auch die in Deutschland geborenen Deutschen mit einem im Ausland geborenen Elternteil zu den Personen mit Migrationshintergrund.

Politische Partizipation

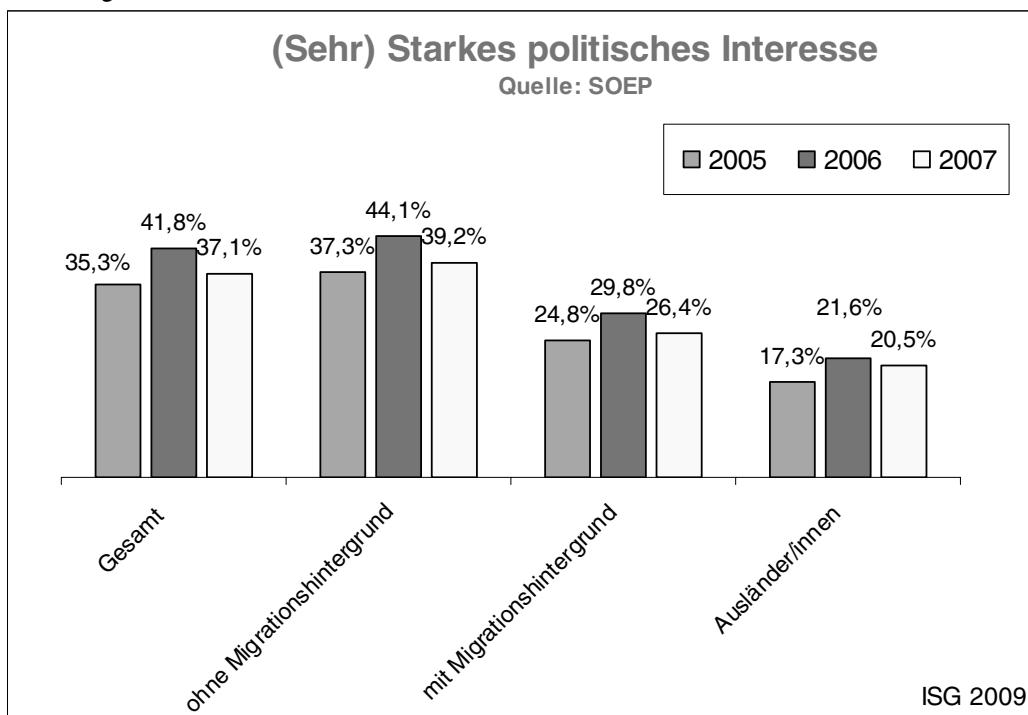
Im Zeitverlauf von 2005 bis 2007 ist das politische Interesse insgesamt (vor allem im Jahr 2006) bei allen Gruppen gestiegen. Auf die allgemein gehaltene Frage hin, wie sehr sie sich für Politik interessieren, bekundeten im Jahr 2007 37,1% der Bevölkerung ab 16 Jahren ein (sehr) starkes politisches Interesse. Bei denjenigen mit Migrationshintergrund waren es lediglich 26,4% und bei denen ohne deutschen Pass nur 20,5%.⁴⁵

⁴³ Beim DIW befindet sich zurzeit eine „Migrationshintergrundvariable“ für das SOEP in Bearbeitung. Diese soll sobald verfügbar bei diesbezüglichen Analysen und Auswertungen Berücksichtigung finden. In den vorliegenden Ausführungen auf Basis des SOEP ist Migrationshintergrund – in dem Bemühen, die Vergleichbarkeit mit dem Mikrozensus so gut wie möglich herzustellen – folgendermaßen operationalisiert: Eine Person verfügt über einen Migrationshintergrund, wenn sie entweder a) eine andere als die deutsche Staatsbürgerschaft besitzt, b) nicht in Deutschland geboren wurde, c) eingebürgert wurde oder d) einen Elternteil (bzw. einen Haushaltvorstand) hat, für den a), b) oder c) zutrifft.

⁴⁴ Geiss, Sabine und Thomas Gensicke (2005): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. In: Gensicke, T./ Picot, S./ Geiss, S.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, München 2005, S. 363.

⁴⁵ Das SOEP unterscheidet nicht zwischen Interesse an der Politik in Deutschland und der im Herkunftsland. Damit ist der Indikator bezüglich der politischen Partizipation in Deutschland ungenau.

Abbildung 11



Sowohl bei den Befragten mit als auch bei denen ohne Migrationshintergrund steigt das Interesse an Politik grundsätzlich mit dem Alter, wobei es in allen Altersgruppen bei Migrantinnen und Migranten geringer ausgeprägt ist als bei Befragten ohne Migrationshintergrund. Der „Migrationseffekt“ zieht sich durch alle Bildungsschichten hindurch: Bei hohem Bildungsabschluss interessierten sich 57,0% der Personen ohne Migrationshintergrund gegenüber 31,0% mit Migrationshintergrund für Politik, bei niedrigem Bildungsabschluss sind es 26,0% der Personen ohne Migrationshintergrund gegenüber 12,0% mit Migrationshintergrund.⁴⁶

Indikator 7.1

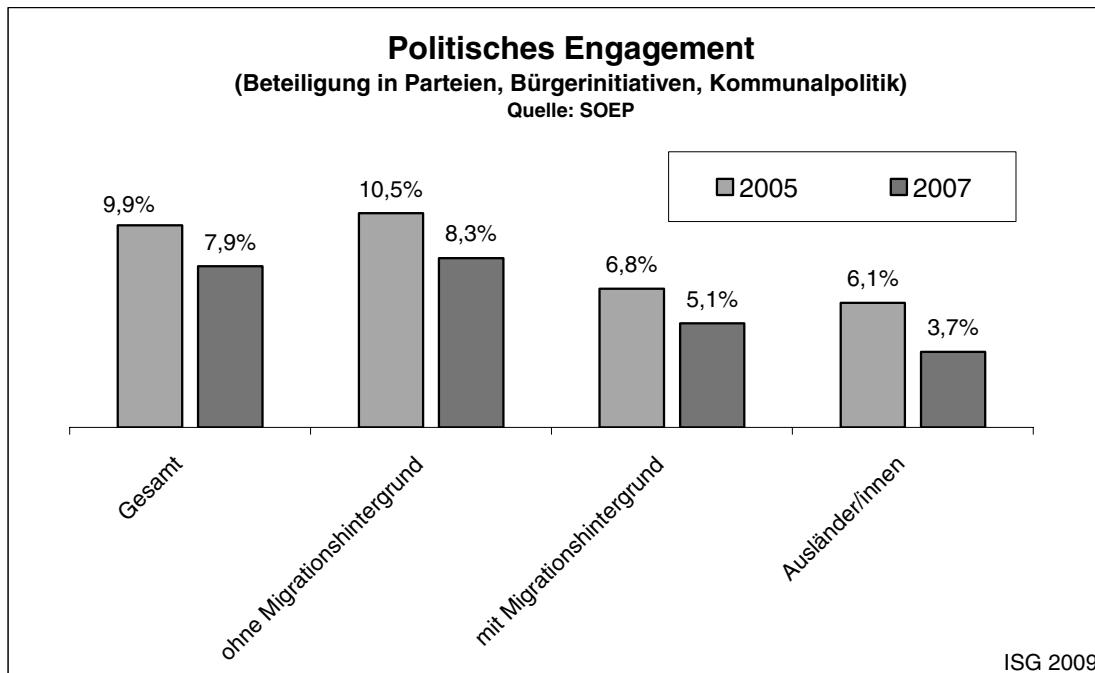
Mitgliedschaft in Parteien oder politischen Organisationen

Politisches Handeln ist ein eindeutiger Indikator für politisches Engagement. Da es über die Wahlbeteiligung von Deutschen mit Migrationshintergrund keine Daten gibt, kommt politisches Engagement vor allem in der *Mitgliedschaft in Parteien oder politischen Organisationen* zum Ausdruck. Der Indikator für politisches Engagement misst die „Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik“, welche im SOEP 2005 und 2007 erfasst wurde.

⁴⁶ Vgl. auch Engels (2008: 21).

Es zeigt sich ein allgemeiner Rückgang des politischen Engagements, wobei Personen ohne Migrationshintergrund durchweg häufiger engagiert sind als Befragte mit Migrationshintergrund:

Abbildung 12



Im Jahr 2007 stehen 5,1% politisch Engagierte unter den Personen mit Migrationshintergrund 7,9% in der Gesamtbevölkerung gegenüber.

Untersuchungen zu politischer Partizipation zeigen, dass neben geschlechts- und altersbedingten Unterschieden Personen mit einem höheren Bildungsabschluss und diejenigen mit einem hohen Einkommen häufiger politisch engagiert sind.⁴⁷

Beurteilung des Indikators

Die aktive Mitwirkung in politischen Organisationen ist ein guter Indikator für die gesellschaftliche Integration. Allerdings ist die Form, in der diese im SOEP abgefragt wird, unscharf und diskontinuierlich. Es wird empfohlen, zusätzlich Angaben zu politischem Engagement aus dem Freiwilligensurvey (siehe unten) heranzuziehen.

⁴⁷ Vgl. auch Engels (2008: 19)

Indikatoren
13.1, 13.2 und 13.3

Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund

Als Indikator für die Möglichkeit der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu politischer Teilhabe durch Wahlen gilt der *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den Wahlberechtigten* (zum Deutschen Bundestag einerseits und zum Europäischen Parlament andererseits). Im Berichtszeitraum wuchs der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den Wahlberechtigten zum Deutschen Bundestag kontinuierlich von 8,2% im Jahr 2005 auf 8,6% im Jahr 2007 an.

Einen Hinweis darauf, dass in Zukunft ein noch größerer Anteil der Wahlberechtigten einen Migrationshintergrund haben wird, gibt ein Blick auf die zukünftig Wahlberechtigten: Der Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an den Deutschen im Alter von 12 bis 18 Jahren misst den Migrantenanteil der Jugendlichen, die in den kommenden 1 bis 6 Jahren wahlberechtigt werden. Auch hier zeigt sich über den Berichtszeitraum, dass zukünftig immer mehr Wahlberechtigte einen Migrationshintergrund haben werden: 2007 lag der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die in den kommenden 1 bis 6 Jahren wahlberechtigt werden, bei 17,6% (gegenüber 17,0% im Jahr 2006 und 16,3% im Jahr 2005).

Der Anteil der wahlberechtigten Männer mit Migrationshintergrund liegt bisher über dem der Frauen. Bei den zukünftig Wahlberechtigten zeigt sich im Jahr 2007 erstmals das umgekehrte Bild.

Tabelle 30

Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund			
Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt			
	2005	2006	2007
Bundestag			
Anteil an Wahlberechtigten insgesamt (in %)			
Insgesamt	8,2	8,3	8,6
Männer	8,4	8,5	8,8
Frauen	8,0	8,1	8,4
Anteil an zukünftig* Wahlberechtigten** insgesamt (in %)			
Insgesamt	16,3	17,0	17,6
Männer	16,5	17,2	17,6
Frauen	16,2	16,9	17,7
Europäisches Parlament			
Anteil an Wahlberechtigten insgesamt (in %)			
Insgesamt	11,2	11,3	11,6
Männer	11,6	11,7	12,1
Frauen	10,8	10,9	11,2

* in den kommenden 1-6 Jahren // **12-18-Jährige

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den Wahlberechtigten zum Europäischen Parlament ist ein weiterer Hinweis auf die Möglichkeit der politischen Teilhabe durch Wahlen. Der Indikator bezieht die Bevölkerung mit Migrationshintergrund und Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union (EU27) auf die wahlberechtigte Bevölkerung (Personen mit Staatsangehörigkeit eines Mitgliedstaates der Europäischen Union -EU27- inkl. Deutsche).

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den Wahlberechtigten zum Europäischen Parlament stieg im Berichtszeitraum leicht an und lag 2007 bei 11,6%. Auch hier ist der Männeranteil etwas höher als der Frauenanteil.

Beurteilung der Indikatoren

Die Berechtigung zur Wahl des Deutschen Bundestags und der Landesparlamente ist an die deutsche Staatsangehörigkeit gebunden. Auf kommunaler Ebene sind darüber hinaus auch Ausländer aus EU-Mitgliedstaaten wahlberechtigt. Daten zur Wahlbeteiligung als Indikator für die Nutzung dieser politischen Teilhabechancen liegen nicht vor. Aus diesen Gründen erscheint dieser Indikator nicht geeignet und eine Streichung wird empfohlen.

Indikator 13.4***Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund***

Die Übernahme eines Mandats ist ein Zeichen direkter politischer Beteiligung. Die Anzahl bzw. der Anteil der Mandatsträgerinnen und Mandatsträger mit Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag und in den Landesparlamenten wird demnach als Indikator für politische Partizipation herangezogen.

23 der insgesamt 613 Abgeordneten des Deutschen Bundestages der 16. Legislaturperiode haben einen Migrationshintergrund, dies sind 4,0% aller Abgeordneten (Stand: Herbst 2005).⁴⁸ Über die Mitwirkung von Personen mit Migrationshintergrund in Landes- und Kommunalparlamenten liegen noch keine offiziellen Informationen vor⁴⁹. Nach eigener Recherche konnte anhand von Angaben auf den Internetseiten der Landtage und der Abgeordneten (bei onomastischem Vorgehen) Anfang 2009 für 30 Landtagsabgeordnete, davon 24 in den Stadtstaaten, ein Migrationshintergrund ausgemacht werden. Insgesamt entspricht dies einem Anteil von 1,6%. In den Flächenländern liegt der Anteil der Landtagsabgeordneten mit Migrationshintergrund bei (nahezu) 0%, in Berlin immerhin bei 7,4%, in Hamburg bei 6,6% und in Bremen bei 6,0%.

Beurteilung des Indikators

Eine Beibehaltung des Indikators wird empfohlen. Dies setzt voraus, dass der Deutsche Bundestag und die Landesparlamente den Anteil von Mandatsträgern mit Migrationshintergrund erheben.

Bürgerschaftliches Engagement**Indikator 7.2*****Engagementquote und Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen***

Als Indikator für bürgerschaftliches Engagement und die Einbindung in organisierte Netzwerke wird einerseits die *Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen* und andererseits die *Engagementquote* herangezogen, die den Anteil an der Bevölkerung abbildet, der freiwillige, ehrenamtliche Leistungen erbringt.

35,7% der Bevölkerung beteiligt sich nicht nur an gemeinschaftlichen Aktivitäten⁵⁰, sondern ist außerdem in Form von bürgerschaftlichem Engagement tätig. Personen mit Migrations-

⁴⁸ Rollmann, A.: Was ist an mir exotisch? Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund, in: Deutscher Bundestag (Hg.), Das Parlament Nr. 03 / 15.01.2007.

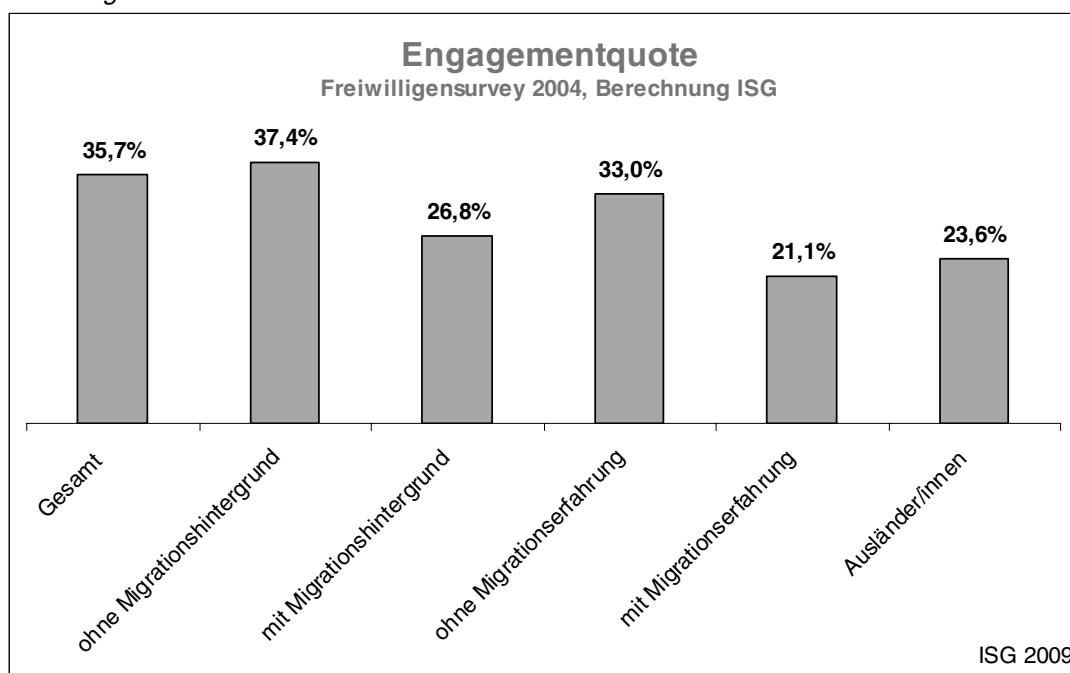
⁴⁹ Am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) der Universität Mannheim läuft derzeit das Forschungsprojekt „Migranten als politische Akteure“, welches auch eine Be-standsauflnahme der Parlamentarier mit Migrationshintergrund auf regionaler Ebene beinhaltet.

⁵⁰ Im Freiwilligensurvey wird zwischen Gemeinschaftsaktivität und Engagement unterschieden. Gemeinschaftsaktivität beschreibt die Mitwirkung in Freizeitgruppen, Initiativen und Vereinen ohne Übernahme eines Ehrenamts. Dabei wird nicht unterschieden, wie sich die Vereine und Initiativen bezüglich des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund zusammensetzen.

hintergrund sind zwar in geringerem Maße freiwillig engagiert als Personen ohne Migrationshintergrund, aber immerhin 26,8% der im Freiwilligensurvey befragten Personen mit Migrationshintergrund sind ehrenamtlich aktiv. Dieser Wert ist, verglichen mit anderen Studien und Datenquellen, sehr hoch, was auf die bereits erwähnten Besonderheiten der Migrantenstichprobe des Freiwilligensurveys zurückzuführen ist.⁵¹

Obwohl sich bezüglich der Entwicklung der Werte aufgrund fehlender Daten bisher noch keine Aussagen im Zeitverlauf machen lassen, ist bereits eine Angleichung der Werte für die zweite Generation (Personen mit Migrationshintergrund ohne eigene Migrationserfahrung) festzustellen.

Abbildung 13



Einen entscheidenden Einfluss auf das Engagementverhalten hat das Alter, was sich sowohl bei ausländischen als auch bei deutschen Personen (mit und ohne Migrationshintergrund) zeigt. In den Altersgruppen zwischen 40 und 60 Jahren sind die Engagementquoten am höchsten, ab 70 Jahren sind sie am niedrigsten; dies gilt für Personen mit und ohne Migrationshintergrund gleichermaßen.

Die sozialstrukturelle Analyse (vgl. Kapitel C 5) kommt zu dem Ergebnis, dass Unterschiede im freiwilligen Engagement von Personen mit und ohne Migrationshintergrund nicht allein

⁵¹ Eine alternative Datenquelle für ehrenamtliche Tätigkeit bzw. Mitgliedschaft in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten als Indikator für Engagement ist das SOEP. 2007 übten demnach gut 30% der insgesamt Befragten, aber nur knapp 22% der Personen mit Migrationshintergrund eine ehrenamtliche Tätigkeit aus. Bei der Gesamtbevölkerung etwas höher (34%) und bei Personen mit Migrationshintergrund etwa gleich hoch (21,5%) ist der Anteil der Befragten, die angeben, Mitglied in einem Verein oder einer sonstigen Organisation zu sein.

durch den Einfluss von Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen und weiteren Strukturfaktoren aufgelöst werden können.

Beurteilung des Indikators

Die oft zeitintensive Form der Mitgestaltung in Form des Engagements ist als Indikator für gesellschaftliche Partizipation besonders geeignet und sollte daher als Indikator im Integrationsmonitoring weitergeführt werden.

Partizipation an zivilgesellschaftlichen Institutionen (Sekundärindikatoren)

Die Partizipation an zivilgesellschaftlichen Institutionen ist sehr facettenreich und kann durch verschiedene Indikatoren beschrieben werden. Sie unterteilt sich nicht nur in diverse Aktivitätsbereiche wie Sport, Kultur, Politik, Umwelt etc., sondern kann sich auch hinsichtlich der Form der unterstützten Organisation (Verein, Verband, Initiative, Stiftung, etc.) und der ausgeübten Funktion und Tätigkeiten unterscheiden.

Die folgenden Sekundärindikatoren stellen keine Indikatoren für unabhängige Dimensionen der gesellschaftlichen Integration dar, sondern beschreiben die Vielfalt des zivilgesellschaftlichen Engagements in diesem Bereich.

Indikator 7.3a

In institutionellem Rahmen (Verein oder anderer Organisation) engagiert

Ein Indikator für die Partizipation an zivilgesellschaftlichen Organisationen ist – in Abgrenzung zum nicht formalen Rahmen – das Engagement in Vereinen oder anderen festen Organisationsformen. Hierzu werden Daten aus dem Freiwilligensurvey ausgewertet.

Sieht man von denjenigen ab, die ausschließlich in einer Religionsgemeinschaft engagiert sind, so liegt der Anteil der in institutionellem Rahmen Engagierten bei 32,3% (bei Personen mit Migrationshintergrund sind es 24,3% und bei Ausländerinnen und Ausländern 21,4%). Insgesamt 18,8% der Befragten des Freiwilligensurvey sind in einem Verein freiwillig engagiert. Bei Personen mit Migrationshintergrund liegt dieser Anteil bei 13,5% und bei Personen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft bei 10,5%.

Indikator 7.3b

Außerhalb eines institutionellen Rahmens (Verein oder andere Organisation) engagiert

Als zusätzlicher Indikator wird der Anteil der Personen, welche sich (nach Daten des Freiwilligensurvey) außerhalb eines formalen Rahmens engagieren, zur Messung der Partizipation am zivilgesellschaftlichen Leben herangezogen.

Lediglich 5,7% der Befragten sind außerhalb formaler Organisation, also in Selbsthilfegruppen, Projekten, Initiativen etc. freiwillig engagiert. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die sich in dieser Weise engagieren, ist mit 4,7% geringer. Das Ehrenamt wird

demnach in weit überwiegenden Teilen in formalisiertem Rahmen ausgeübt. Betrachtet man die detaillierte Organisationsform der im Freiwilligensurvey beschriebenen Ehrenämter, so zeigt sich, dass sich 22,5% der befragten Personen auch außerhalb von Vereinen engagieren. Unter den Personen mit Migrationshintergrund sind es mit rd. 17,5% etwas weniger.

Indikator 7.3c*Leitungsfunktionen*

Ein Indikator für eine intensive Form gesellschaftlicher Beteiligung ist die Ausübung von Leitungsfunktionen in Vereinen oder anderen festen Organisationsformen.

Insgesamt übernehmen 13,5% der Bevölkerung ab 16 Jahren Vorstands- und Leitungsfunktionen im Rahmen ihres Ehrenamts, wobei Personen mit Migrationshintergrund solche Führungspositionen zu einem deutlich geringeren Anteil (9,5%) besetzen. Bei Personen ohne die deutsche Staatsbürgerschaft sind es nur 7,7%.

Indikator 7.3d*In politischer Partei oder Gewerkschaft engagiert*

Ergänzend zu den Indikatoren der politischen Beteiligung wird das im Freiwilligensurvey erhobene Engagement in einer politischen Partei und/ oder einer Gewerkschaft als Indikator für diesbezügliche Partizipation an zivilgesellschaftlichen Institutionen betrachtet.

Der Anteil der Personen, die in einer politischen Partei und/ oder einer Gewerkschaft engagiert sind, ist laut Freiwilligensurvey mit insgesamt 1,5% sehr gering. Personen mit Migrationshintergrund sind zu einem noch geringeren Teil (1,1%) in einer Partei oder Gewerkschaft engagiert. Diese Anteile erscheinen insbesondere bezüglich des Engagements in Gewerkschaften sehr gering, so dass sich ein Vergleich mit anderen Untersuchungen empfiehlt. Laut Allbus 2004 sind 12,4% der erwachsenen Bevölkerung Mitglied einer Gewerkschaft und 3,6% Mitglied einer politischen Partei.⁵² Vergleichbar mit diesen Werten sind im Freiwilligensurvey eher die Angaben hinsichtlich der Gemeinschaftsaktivität im Bereich „Politik und berufliche Interessenvertretung“.

Indikator 7.3e*In Religionsgemeinschaft engagiert*

Ein weiterer Indikator für zivilgesellschaftliche Partizipation ist das Engagement in Religionsgemeinschaften.

Während laut Freiwilligensurvey insgesamt 7,5% der Befragten in einer religiösen Vereinigung engagiert sind, sind dies bei den Personen mit Migrationshintergrund lediglich 4,8%.

⁵² Der Allbus bildet Personen mit Migrationshintergrund nicht repräsentativ ab und eignet sich daher nicht für eine diesbezügliche Analyse.

Die verbreitete Annahme, das bürgerliche Engagement von Migrantinnen und Migranten sei vornehmlich auf den religiösen Bereich konzentriert, findet also keine Bestätigung.

Indikatoren
7.3f, 7.3g, 7.3h

Im Bereich Sport und Bewegung engagiert

Zur Messung der gesellschaftlichen Beteiligung im Bereich Sport und Bewegung werden verschiedene Indikatoren herangezogen, die jeweils einen unterschiedlichen Grad der Partizipation abbilden: Neben der sportlichen Aktivität allgemein (Indikator 7.3h) stellen das generelle Engagement im Sport durch Ausübung eines Amtes (Indikator 7.3f) und darüber hinaus die Übernahme einer Leitungsfunktion (Indikator 7.3g) Indikatoren für Engagement und Aktivität im Sport dar.

Als themenspezifische Datenquelle wird in diesem Bereich neben dem Freiwilligensurvey der Sportentwicklungsbericht herangezogen, der sich eingehend mit Sportvereinen und deren Mitgliedern beschäftigt. Dort wird freiwilliges Engagement bzw. ehrenamtliche Tätigkeit konkret an formal festgeschriebene Positionen (wie Vorsitz, Übungsleitung etc.) gebunden erfasst.

Der Bereich Sport und Bewegung gilt generell als offen und wenig exklusiv. Sport und Bewegung ist der Sektor, in dem insgesamt die meisten Menschen gemeinschaftlich aktiv sind. Dies gilt – in nur leicht geringerem Maße – auch für Personen mit Migrationshintergrund. „Nur aktiv“, aber nicht engagiert sind im Sportbereich laut Freiwilligensurvey insgesamt 28,9% der Befragten, wobei der Anteil bei Personen mit Migrationshintergrund leicht geringer (28,3%), bei Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit (30,2%) dafür etwas höher liegt.

Gemäß Sportentwicklungsbericht 2007/2008 stellen 2,8 Mio. Personen mit Migrationshintergrund etwa 10% der Mitglieder in Sportvereinen. Darüber hinaus haben 2,6% der über 2 Millionen Ehrenamtlichen in einem Sportverein einen Migrationshintergrund. Dies entspricht insgesamt 55.000 Migrantinnen und Migranten, die sich ehrenamtlich in deutschen Sportvereinen engagieren, davon 38.100 (69,3%) auf der Ausführungsebene (Übungsleiterinnen und Übungsleiter, Trainerinnen und Trainer, Kampfrichterinnen und Kampfrichter, Schiedsrichterinnen und Schiedsrichter) und 16.900 (30,7%) im Vereinsvorstand. Demnach haben 3,4% der Ehrenamtlichen auf Ausführungs- und 1,8% auf Leitungsebene einen Migrationshintergrund.

Freiwillige oder ehrenamtliche Aufgaben und Arbeiten im Sportbereich übernehmen immerhin 11,0% der insgesamt im Freiwilligensurvey Befragten, überwiegend innerhalb eines Vereins. Dies gilt auch für Personen mit Migrationshintergrund, von denen 8,2% (unter Ausländerinnen und Ausländern lediglich 5,8%) im sportlichen Bereich freiwillig engagiert sind. Eine Leitungsfunktion im Bereich Sport und Bewegung übernimmt zwar lediglich ein geringer Anteil der im Freiwilligensurvey Befragten (3,4% insgesamt, 2,2% der Personen mit Migrationshintergrund), aber ein großer Teil der in diesem Bereich freiwillig Engagierten.

Beurteilung der Indikatoren

Die Sekundärindikatoren zu politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement bilden sehr differenziert bestimmte Einzelaspekte ab, die in dieser Differenziertheit nicht erforderlich erscheinen, um Integrationsfortschritte zu messen. Es wird daher empfohlen, auf die sekundären Indikatoren zu gesellschaftlichem Engagement im Rahmen des Monitoring zu verzichten.

Gleichberechtigung der Geschlechter

Indikator 7.4

Ein wichtiger Aspekt im Nationalen Integrationsplan ist die Gleichberechtigung der Geschlechter und damit einhergehend die besondere Förderung von Frauen und Mädchen mit Migrationshintergrund. Es erweist sich als schwierig, Gleichberechtigung an Indikatoren zu messen. Im Folgenden soll die Einstellung zu Geschlechterrollen, wie sie im DJI Jugendsurvey erhoben wird, als Indikator erprobt werden.

Datengrundlage

Im DJI-Jugendsurvey werden Lebensverhältnisse sowie gesellschaftliche und politische Orientierungen Jugendlicher im Alter von 16 bis 29 Jahren beobachtet. Bei der bisher letzten Erhebungswelle 2003 wurden erstmals auch nicht-deutsche Personen befragt. Knapp ein Viertel der Befragten hat einen Migrationshintergrund (selbst im Ausland geboren oder mindestens ein nach Deutschland zugewandertes Elternteil). Da es sich bei der Befragung um mündliche Interviews handelt, die ausschließlich in deutscher Sprache durchgeführt wurden, handelt es sich bei den Befragten nur um Personen mit guten Deutschkenntnissen.

Die Jugendlichen wurden dabei auch um Einschätzung hinsichtlich der Gleichstellung von Frau und Mann im Beruf gebeten. Darüber hinaus wurde die Zustimmung bzw. Ablehnung zu verschiedenen die Geschlechterrollen betreffenden Aussagen erhoben.

Die Gleichstellung von Mann und Frau im Beruf hielten in der letzten Erhebungswelle des Jugendsurvey über 92,5% der Befragten für wünschenswert. Bei den Jugendlichen ohne Migrationshintergrund waren es mit 93,5% mehr als bei Migrantinnen und Migranten der ersten (89,5%) und zweiten (90,8%) Generation. Als verwirklicht wird die Gleichstellung von Frauen und Männern im Berufsleben in Deutschland eher von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund angesehen.

Betrachtet man die Einstellung zu Geschlechterrollen in Familie und Haushalt, so zeigt sich anhand der Zustimmung bzw. Ablehnung ausgewählter diesbezüglicher Statements folgendes Bild: Die Befragten mit Migrationshintergrund stimmen durchweg zu deutlich höheren Anteilen als alle Befragten bestimmten Aussagen zu, welche ein „traditionelles“ Geschlechterrollenverständnis ausdrücken. Dabei zeigt sich, dass dies in geringerem Maße auf die zweite Generation zutrifft.

Tabelle 31

stimme folgender Aussage eher zu...	gesamt	ohne Migrations-hintergrund	mit Migrations-hintergrund	Erste Generation	Zweite Generation
Auch wenn eine Frau arbeitet, sollte der Mann der "Hauptverdiener" sein, und die Frau sollte die Verantwortung für den Haushalt tragen	6,9%	4,7%	14,1%	15,8%	11,8%
Wenn Kinder da sind, soll der Mann arbeiten gehen und die Frau zu Hause bleiben und die Kinder versorgen	7,6%	4,8%	16,4%	18,3%	13,9%
Ein Mann, der zu Hause bleibt und den Haushalt führt, ist kein "richtiger Mann"	2,9%	1,8%	6,5%	7,8%	4,8%
Männer sind für die Kindererziehung genauso geeignet wie Frauen	49,6%	50,8%	45,7%	41,8%	50,7%
Wenn Kinder da sind, soll der Mann weniger arbeiten und sich mehr Zeit für die Familie nehmen	18,0%	17,4%	19,8%	18,1%	21,8%

Differenziert man die Einstellungen nach Geschlecht der Befragten, so zeigt sich zwar durchgehend seitens der Mädchen und jungen Frauen eine erhöhte Aufgeschlossenheit gegenüber der Gleichstellung, bei einzelnen Aussagen wirkt sich der Geschlechterunterschied jedoch eindeutig weniger aus als der Migrationshintergrund.

Beurteilung des Indikators

Eine Interpretation dieser Ergebnisse stellt sich als schwierig dar. Die dargestellten Einstellungsfragen sind deshalb als Indikator für tatsächliche Gleichberechtigung nicht geeignet. Eine Streichung wird empfohlen.

ZUSAMMENFASSUNG

Politisches Interesse und politisches Engagement sind in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund weniger verbreitet als in der Gesamtbevölkerung. Auch beim bürgerschaftlichen Engagement liegen die Quoten der Personen mit Migrationshintergrund unter denen der Gesamtbevölkerung. Für die zweite Generation ist dagegen eine Angleichung der Engagementquoten an die Gesamtbevölkerung festzustellen.

Eine weiterführende statistische Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass Unterschiede im freiwilligen Engagement von Personen mit und ohne Migrationshintergrund auch dann noch bestehen, wenn die Unterschiede in der Alterstruktur, der Bildung und beim Einkommen berücksichtigt werden.

8. Wohnen

Die Wohnsituation ist ein wichtiger Bereich der Lebenslage: Die Versorgung mit ausreichendem, qualitativ zufrieden stellendem und bezahlbarem Wohnraum ist eine wichtige Voraussetzung für angemessene Lebensqualität. Von großer Bedeutung sind nicht nur die eigenen vier Wände, sondern auch die Wohnumgebung.

Datengrundlage

Detaillierte Daten zur Wohnsituation werden alle vier Jahre im Mikrozensus erhoben, zuletzt 2006. Die folgenden Auswertungen beziehen sich daher lediglich auf dieses Berichtsjahr und enthalten keine Darstellung der Entwicklung.

Indikator 8.1

Wohnungsgröße

Ein Indiz für die Qualität der Wohnsituation ist die zur Verfügung stehende Wohnfläche. Grundsätzlich verfügen Ausländerinnen und Ausländer bzw. Personen mit Migrationshintergrund über geringere Wohnflächen. Da Wohnungsgrößen jedoch stark von der Haushaltsgröße abhängen und sich die Bevölkerungsgruppen hier unterscheiden, wird im Folgenden die Wohnungsgröße in Relation zur Haushaltsgröße gesetzt. Der Indikator misst daher die *durchschnittliche Wohnungsgröße von Miethaushalten nach der gewichteten Zahl der Haushaltsglieder*. Die Gewichtung erfolgt anhand der bei der Einkommensgewichtung üblichen Norm der OECD.

Nach Durchführung der Gewichtung zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund in Bezug auf die Wohnungsgröße im Vergleich zur Gesamtbevölkerung deutlich unversorgt sind: Ihnen stehen mit 44,5 m² im Durchschnitt pro Person knapp 9 m² Wohnraum weniger zur Verfügung.

Tabelle 32

	Insgesamt	Männer	Frauen
Insgesamt	53,3	51,3	56,2
Ohne Migrationshintergrund	55,3	53,7	57,5
Mit Migrationshintergrund <i>darunter</i>	44,5	42,7	48,2
Mit Migrationserfahrung	44,2	42,4	48,3
Ohne Migrationserfahrung	46,7	46,2	47,8
Ausländer/innen	43,2	42,0	46,6

*nach OECD-Gewichten (Bezugsperson=1, weitere Erwachsene=0,5; Kinder unter 14=0,3)

Ein Unterschied zeigt sich bezüglich der Geschlechter der Bezugspersonen: Frauen verfügen durchgehend über mehr Wohnfläche als Männer. Dies kann unter anderem damit erklärt werden, dass Frauen oft in einer Wohnung bleiben, die sie vorher mit einem Partner zusammen bewohnt haben – zum Beispiel nach einer Trennung oder nach dem Tod des Partners.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist geeignet, den verfügbaren Wohnraum quantitativ abzubilden und sollte daher beibehalten werden.

Indikator 8.2

Mietkosten

Ein weiterer Aspekt der Wohnsituation sind die (Miet-)Kosten. Die *durchschnittliche Kaltmiete* gilt als diesbezüglicher Indikator.

Personen mit Migrationshintergrund zahlen mit 6,38 Euro im Durchschnitt knapp 30 Cent mehr pro Quadratmeter Wohnfläche als die Gesamtbevölkerung. Dies kann daher kommen, dass sie überdurchschnittlich häufig in städtischen Regionen mit höherem Mietpreisniveau leben. Zugleich gibt es Hinweise darauf, dass die Qualität des Wohnraums bei Personen mit Migrationshintergrund schlechter ist als bei der Gesamtbevölkerung. So leben Personen mit Migrationshintergrund in der Regel in Häusern mit mindestens sechs Wohneinheiten, wohingegen die Gesamtbevölkerung zum überwiegenden Anteil in Häusern mit einer geringeren Anzahl von Wohneinheiten lebt.

Tabelle 33

Durchschnittliche Mietzahlungen*			
	Insgesamt	Männer	Frauen
Insgesamt	6,09	6,08	6,09
Ohne Migrationshintergrund	6,01	6,00	6,02
Mit Migrationshintergrund <i>darunter</i>	6,38	6,35	6,44
Mit Migrationserfahrung	6,38	6,35	6,44
Ohne Migrationserfahrung	6,40	6,37	6,48
Ausländer/innen	6,54	6,49	6,66

*Brutto-Kaltmiete in Euro je qm

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator ist nicht eindeutig interpretierbar: Einerseits bildet ein höherer Mietpreis eine höhere Wohnqualität (neueres Baujahr, bessere Ausstattung, bessere Wohngegend) ab, andererseits spiegeln sich darin Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Mietpreisniveaus wider. Zur abschließenden Beurteilung wird eine weiterführende Analyse im nächsten Bericht empfohlen.

Indikator 8.3***Wohneigentum***

Wohneigentum gilt grundsätzlich als Hinweis für eine gute Wohnraumversorgung. Darüber hinaus deutet der Erwerb von Wohneigentum auf eine dauerhafte Aufenthaltsabsicht (und damit Integration) hin. Die Eigentümerquote dient diesbezüglich als Indikator.

Der Anteil der selbstnutzenden Wohneigentümer an allen Privathaushalten ist bei der Gesamtbevölkerung mit 40,7% fast doppelt so hoch wie bei Personen mit Migrationshintergrund (22,4%).

Tabelle 34

	Insgesamt	Männer	Frauen
	%	%	%
Insgesamt	40,7	46,3	29,9
Ohne Migrationshintergrund	43,8	50,2	31,9
Mit Migrationshintergrund <i>darunter</i>	22,4	25,3	15,1
Mit Migrationserfahrung	22,2	25,0	15,0
Ohne Migrationserfahrung	24,5	28,2	16,6
Ausländer/innen	16,5	18,5	10,7

*Anteil von Wohnungseigentümer-Privathaushalten an allen Privathaushalten (d.h. einschließlich Mieterhaushalten)

Bei ausländischen Privathaushalten liegt der Eigentümeranteil mit 16,5% noch einmal deutlich niedriger, bei Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation zeigt sich mit 24,5% dagegen eine höhere Eigentümerquote. Der Anteil von Eigentümerinnen liegt bei allen Bevölkerungsgruppen deutlich unter dem der männlichen Eigentümer.

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator bildet sowohl Eigentumsverhältnisse als auch längerfristige Lebensplanung ab und ist daher als Indikator für Integration gut geeignet.

Indikator 8.4

Segregation

Der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund, die in Quartieren mit einem Zuwandereranteil von 50% und mehr leben, kann als Indikator für Segregation dienen. Bisher sind bundesweit keine diesbezüglichen Daten verfügbar.

Beurteilung des Indikators

Dieser wichtige Indikator kann angesichts fehlender Daten nicht genutzt werden.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Versorgung mit ausreichendem, qualitativ gutem und bezahlbarem Wohnraum ist ein wichtiges Merkmal von Lebensqualität. Für die Wohnungsgröße und -qualität spielt die Eigentümerquote eine wichtige Rolle. Wohneigentum ist unter Personen mit Migrationshintergrund deutlich weniger verbreitet als in der Gesamtbevölkerung. Auf einen positiven Trend können die höheren Eigentümerquoten von Migrantinnen und Migranten der zweiten Generation hindeuten.

9. Gesundheit

Gesundheit ist eine wesentliche Dimension der Lebenslage, die Einfluss auf andere Bereiche wie beispielsweise Erwerbsarbeit haben kann und ihrerseits durch weitere Faktoren (wie Bildung, Herkunft etc.) beeinflusst wird. Gleiche Gesundheitsbedingungen sind ein essentieller Bestandteil der Integration.

Datengrundlage

Daten über die Gesundheitssituation der Bevölkerung in Deutschland sind neben der Gesundheitsberichterstattung des Bundes dem Mikrozensus (2005) zu entnehmen und werden durch den Bezug auf Migrationshintergrund im Kinder- und Jugendgesundheitssurvey des Robert-Koch-Instituts (KiGGS) 2003 – 2006 sehr gut für Kinder und Jugendliche ergänzt. Darüber hinaus erhebt das SOEP regelmäßig verschiedene Fragen zum subjektiven Gesundheitszustand.

An der KiGGS-Studie, die von 2003 bis 2006 durchgeführt wurde, haben insgesamt 17.641 Kinder und Jugendliche, darunter 8.656 Mädchen und 8.985 Jungen, teilgenommen. Die Stichprobe weist in Bezug auf die Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine hohe Repräsentativität für die Wohnbevölkerung in Deutschland auf.

Da relevante Gesundheitsdaten im Mikrozensus nur für das Berichtsjahr 2005 und Sonderauswertungen des Robert-Koch-Instituts nur für den bisher einmaligen KiGGS vorliegen, kann im Folgenden kein Bezug auf Entwicklungen im Zeitverlauf genommen werden.

Allgemeiner Gesundheitszustand

Bei der Beschreibung der Situation im Gesundheitsbereich ist zwischen dem tatsächlichen Gesundheitszustand der Bevölkerung und der jeweiligen Nutzung des Gesundheitssystems zu unterscheiden. Insbesondere bei der Nutzung des Gesundheitssystems können gesundheits- und auch integrationspolitische Maßnahmen ansetzen. Hier können Zugangsbarrieren (z.B. sprachlicher Art) und dadurch eingeschränkte Teilhabechancen für Personen mit Migrationshintergrund vermutet werden.

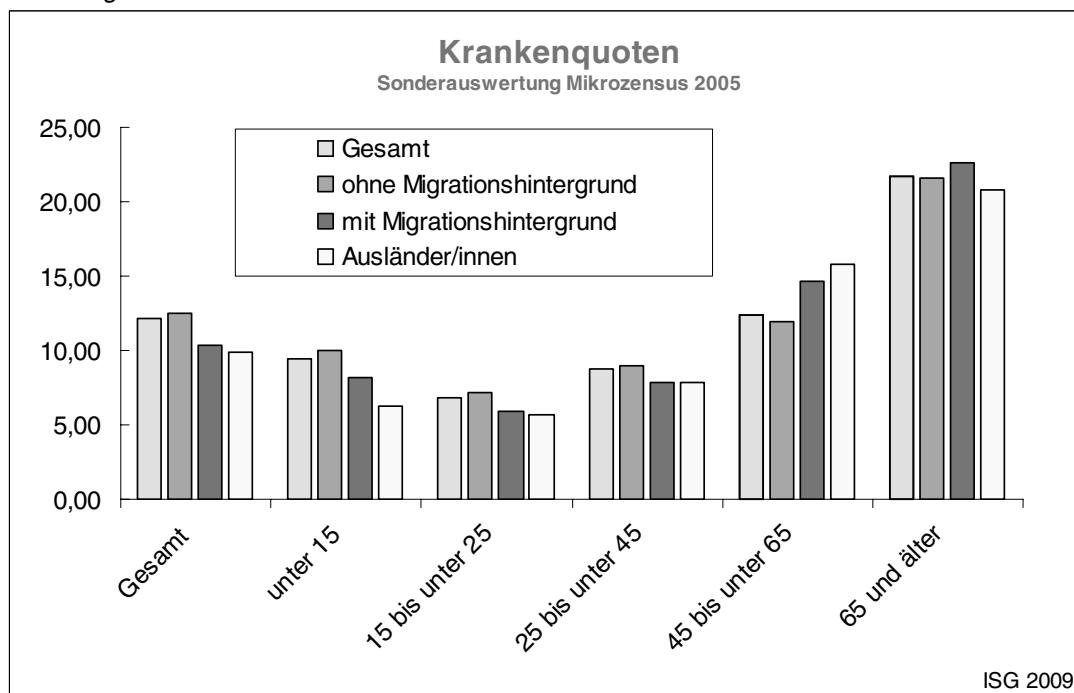
Indikator 9.1.1

Krankenquote

Ein eindeutiger Indikator für den allgemeinen Gesundheitszustand ist die *Krankenquote*, welche im Mikrozensus über Erkrankungen (in den letzten vier Wochen) erhoben wird. Als krank wird hier gewertet, wer seinen üblichen Tätigkeiten nicht mehr nachgehen konnte.

Die Krankenquote bei Personen mit Migrationshintergrund ist mit 10,3% niedriger als in der Gesamtbevölkerung (12,1%). Dieses Ergebnis wird jedoch dadurch beeinflusst, dass Migrantinnen und Migranten im Durchschnitt jünger sind als die Gesamtbevölkerung. Berücksichtigt man die Altersverteilung der jeweiligen Bevölkerungsgruppen, so zeigt sich, dass die Krankenquote bei Personen mit Migrationshintergrund im mittleren und höheren Alter höher liegt als bei gleichaltrigen Personen ohne Migrationshintergrund.

Abbildung 14



Grundsätzlich geben Frauen häufiger an, krank (gewesen) zu sein als Männer, dies gilt sowohl für Frauen ohne als auch für Frauen mit Migrationshintergrund.

Eine weiterführende statistische Analyse bestätigt den hochsignifikanten Zusammenhang von Alter und Gesundheit (vgl. Kapitel C 6). Sie zeigt darüber hinaus, dass Migrationsmerkmale unter Berücksichtigung sozialstruktureller Faktoren (wie Bildung, Erwerbsstatus, etc.) keinen signifikanten Einfluss auf den Gesundheitszustand haben. Erklärende Merkmale für Krankheit sind laut dem statistischen Modell u.a. mangelnde Bildungsabschlüsse, Einkommensarmut und Arbeitslosigkeit.

Beurteilung des Indikators

Da die weiterführende Analyse zeigt, dass kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und der Krankenquote besteht, wird eine Streichung des Indikators empfohlen.

Indikator 9.1.2

Subjektiver Gesundheitszustand

Neben der Messung des Gesundheitszustands anhand konkreter Erkrankungen wird die *subjektive Einschätzung des Gesundheitszustands* als Indikator verwendet.

Die Auswertung des SOEP zeigt, dass sich über den gesamten Berichtszeitraum konstant Personen mit Migrationshintergrund zu einem größeren Teil (im Jahr 2007: 47,1%) als die Gesamtbevölkerung (46,6%) in (sehr) gutem Gesundheitszustand fühlen. Betrachtet man die

subjektive Beurteilung des Gesundheitszustands nach Altersgruppen, ergibt sich ein ähnliches Bild wie bei den Krankenquoten: Die Anteile derjenigen, die ihren Gesundheitszustand als (sehr) gut bezeichnen, sind bei unter 45-jährigen Personen mit Migrationshintergrund und der Gesamtbevölkerung nahezu gleich groß, wobei Migrantinnen und Migranten diesen Alters ihren Gesundheitszustand häufiger als die Gesamtbevölkerung als „sehr gut“ bezeichnen. Ein besonders deutlicher Unterschied besteht allerdings in der Altersgruppe der 45 bis 64-Jährigen. Hier bezeichnen lediglich 28,3% der Personen mit Migrationshintergrund ihren Gesundheitszustand als sehr gut oder gut, während dies 40,7% der Personen ohne Migrationshintergrund tun.

Auch bei der subjektiven Einschätzung des Gesundheitszustands hat das Geschlecht einen Einfluss: Männer (mit und ohne Migrationshintergrund) bewerten ihren Gesundheitszustand zu größeren Anteilen als gut oder sehr gut.

Beurteilung des Indikators

Die Streichung des subjektiven Gesundheitszustands als Indikator wird empfohlen. Die weiterführende Analyse legt nahe, dass kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und dem tatsächlichen Gesundheitszustand besteht.

Indikator 9.1.3

Einschränkungen im Alltag

Durch den Gesundheitszustand bedingte Einschränkungen sind ein Bestandteil der Begutachtung von Pflegebedürftigkeit durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen (ermittelt durch die ADL-Skala „Activities of daily living“) und werden so als Indikatoren für Pflegebedürftigkeit genutzt. Diese Begutachtung differenziert aber bisher weder nach Staatsangehörigkeit noch nach Migrationshintergrund.

Im SOEP 2006 wurde die subjektive Einschätzung der Befragten von durch den Gesundheitszustand bedingten Einschränkungen im Alltag erhoben. Als Ergebnis zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund insgesamt zu einem geringeren Teil angeben, unter (starken) gesundheitlichen Beeinträchtigungen im Alltag zu leiden.

Unterschiede zwischen Personen mit Migrationshintergrund werden bei der Betrachtung der Altersgruppen deutlich.

Abbildung 15

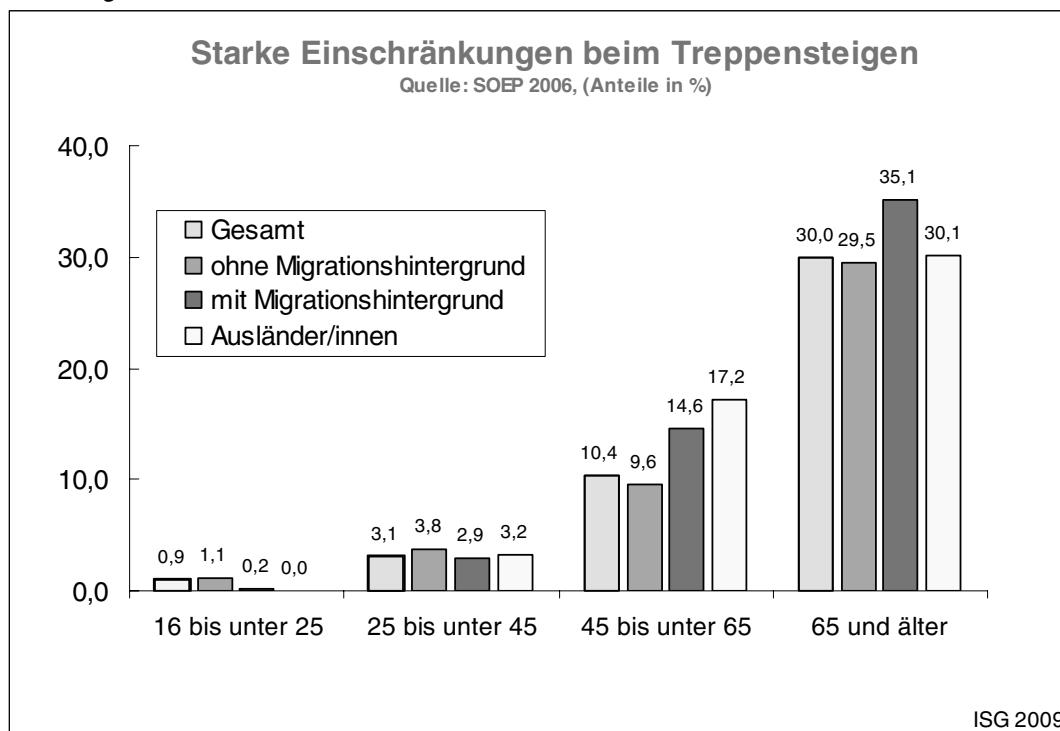


Abbildung 15 zeigt, dass bis zum Alter von 45 Jahren Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zur Gesamtbevölkerung zu geringeren Anteilen unter starken, durch die Gesundheit bedingten Einschränkungen beim Treppensteigen leiden. Bei den älteren Befragten kehrt sich dies ins Gegenteil um, wobei die Unterschiede weitaus erheblicher sind als bei den Jungen. Bei anstrengenden Tätigkeiten im Alltag⁵³ geben Personen mit Migrationshintergrund über alle Altersgruppen starke Schwierigkeiten an.

Beurteilung des Indikators

Die Streichung des subjektiven Gesundheitszustands als Indikator wird empfohlen. Die weiterführende Analyse legt nahe, dass kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und dem tatsächlichen Gesundheitszustand besteht.

Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen und Gesundheitsvorsorge

Ein wesentlicher Faktor im Gesundheitsbereich ist die Prävention. Grundsätzlich kann zwischen primärer (Krankheitsvermeidung wie z.B. Impfungen), sekundärer (Krankheitsfrüherkennung) und tertiärer Prävention (Rehabilitation) unterschieden werden.⁵⁴ Vorsorge fängt im

⁵³ Im Fragebogen wurden für „anstrengende Tätigkeiten im Alltag“ als Beispiel solche genannt, bei denen „man etwas Schweres heben muss oder Beweglichkeit braucht“.

⁵⁴ Vgl. Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2006): Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit in Deutschland.

Kindesalter an, durch Impfungen und Inanspruchnahme der Kindergesundheitsuntersuchungen.

Indikator 9.2.1

Impfungen

Die *Teilnahme an Impfungen* (hier: Polio, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Hepatitis B, Masern, Mumps, Röteln) ist ein Indikator für die Inanspruchnahme von Gesundheitsvorsorge.

Der Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS)⁵⁵ des Robert-Koch-Instituts erlaubt erstmals bundesweite Aussagen zum Zusammenhang zwischen Impfverhalten und Migrationshintergrund. Insgesamt sind Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund zwar seltener geimpft als Kinder und Jugendliche in der Gesamtbevölkerung, die Unterschiede variieren aber nach verschiedenen Kriterien. Laut KiGGS ist unter anderem der Geburtsort der Kinder und somit der Ort des Einstiegs in den Impfprozess von Bedeutung.

Über 90% der Kinder und Jugendlichen zwischen 2 und 17 Jahren verfügen über eine Grundimmunisierung gegen Polio, Diphtherie und Tetanus. Bei allen drei Impfungen zeigt sich jedoch, dass die Anteile der Geimpften an den Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund unter diesem Wert liegen, wobei keine wesentlichen geschlechtsspezifischen Unterschiede auffallen. Der migrationsspezifische Bericht zum KiGGS untersucht in diesem Zusammenhang mögliche Einflussfaktoren wie Alter, Herkunftsland, Zeitpunkt der Zuwanderung und sozialen Status. Nach Berücksichtigung dieser Faktoren zeigt sich, dass „jüngere Kinder mit Migrationshintergrund nicht schlechter [...] grundimmunisiert sind als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund“, während für ältere Kinder und Jugendliche gilt: Diejenigen „mit beidseitigem Migrationshintergrund sind schlechter gegen Kinderlähmung grundimmunisiert als Gleichaltrige ohne Migrationshintergrund“ (Robert-Koch-Institut 2008: 115). Bei allen drei Impfungen spielt der Zeitpunkt der Zuwanderung die größte Rolle: Nach der Geburt Zugewanderte sind deutlich schlechter durchimpft als in Deutschland geborene Kinder mit Migrationshintergrund. Dieser Zusammenhang gilt auch für Masern, Mumps und Röteln mit Gesamtimpfquoten von etwa 74%, 72% bzw. 66% der 2- bis 17-Jährigen.

⁵⁵ Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2008b): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS) 2003 – 2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland.

Tabelle 35**Impfungen bei Kindern und Jugendlichen (Grundimmunisierung)**

Quelle: Sonderauswertung Robert-Koch-Institut

	Tetanus %	Diphtherie %	Polio %	Hepatitis B %	Pertussis %	Masern* %	Mumps* %	Röteln* %
GESAMT								
Gesamt	93,0	92,6	90,8	65,8	69,5	74,2	72,0	65,8
Ohne Migrationshintergrund	94,0	93,5	92,0	65,9	69,7	74,7	72,4	66,1
Mit Migrationshintergrund	89,7	89,5	87,1	65,7	68,4	72,7	70,7	64,5
darunter einseitig	91,2	90,9	90,4	67,1	71,1	71,4	70,5	65,5
darunter beidseitig	89,0	88,7	85,4	65,0	67,0	73,3	70,7	64,1
Ausländer/innen	88,8	88,5	85,5	64,6	63,4	73,1	71,6	65,2
JUNGEN								
Gesamt	93,3	92,9	90,9	65,4	69,7	74,5	72,2	64,0
Ohne Migrationshintergrund	94,4	94,0	92,1	65,3	69,9	75,1	72,9	64,4
Mit Migrationshintergrund	89,8	89,5	86,8	65,7	68,9	72,4	70,1	62,6
darunter einseitig	92,2	91,6	91,4	65,5	70,4	72,3	70,7	62,7
darunter beidseitig	88,5	88,4	84,4	65,9	68,1	72,5	69,8	62,6
Ausländer/innen	87,0	86,8	84,2	64,7	62,3	71,9	69,0	61,3
MÄDCHEN								
Gesamt	92,7	92,2	90,8	66,4	69,2	73,9	71,8	67,6
Ohne Migrationshintergrund	93,6	93,1	91,9	66,5	69,5	74,3	72,0	67,9
Mit Migrationshintergrund	89,7	89,5	87,4	65,7	67,9	73,0	71,2	66,6
darunter einseitig	90,2	90,2	89,3	68,8	71,8	70,5	70,4	68,5
darunter beidseitig	89,4	89,1	86,4	64,1	65,9	74,2	71,7	65,6
Ausländer/innen	90,7	90,3	86,9	64,5	64,5	74,2	74,2	69,1

*mindestens zwei Impfungen

Bei der Immunisierung gegen Hepatitis B und Pertussis (Keuchhusten) zeigt sich bei der Betrachtung der gesamten Gruppe der 2- bis 17-Jährigen mit Migrationshintergrund kein großer Unterschied zur Gesamtbevölkerung: Über Impfschutz gegen Hepatitis B verfügen knapp zwei Drittel der Kinder und Jugendlichen, gegen Keuchhusten knapp 70%. Im migrationspezifischen KiGGS-Bericht wird betont, dass insbesondere für in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund keine Impf-Unterversorgung festzustellen ist. Bei Zugewanderten jedoch sind die Impfquoten durchgängig geringer.

Der Bericht zieht daraus die Schlussfolgerung: „Nach der Geburt Zugewanderte sind bedeutend schlechter geimpft als in Deutschland geborene Kinder mit Migrationshintergrund“ (Robert-Koch-Institut 2008: 116). Eine weiterführende statistische Analyse zum Zusammenhang von Migrationshintergrund, Sozialstruktur und Impfverhalten bei Kindern ist derzeit anhand der verfügbaren Daten nicht möglich.

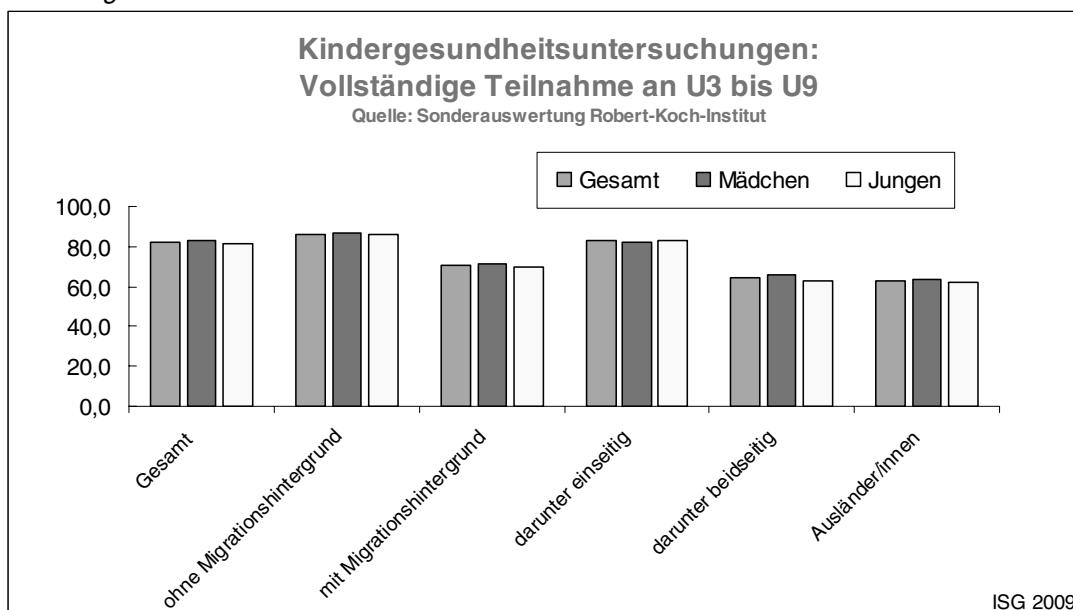
Beurteilung des Indikators

Die Partizipation an präventiven Maßnahmen im Gesundheitsbereich kann Ziel integrationspolitischer Maßnahmen sein und sollte als Indikator unter Beachtung der Altersstruktur (hier auf Kinder und Jugendliche beschränkt) im Integrationsmonitoring weiter untersucht werden.

Indikator 9.2.2***Kindergesundheitsuntersuchungen***

Zur sekundären Prävention bei Kindern werden zwischen der Geburt und dem sechsten Lebensjahr die Früherkennungsuntersuchungen U1 bis U9 durchgeführt.⁵⁶ Die *Inanspruchnahme dieser Untersuchungen* ist ein weiterer Indikator für die Nutzung der Gesundheitsvorsorge für Kinder.

Daten des Robert-Koch-Instituts zeigen, dass 2- bis 7-jährige Kinder mit Migrationshintergrund (und insbesondere diejenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft) zu erheblich geringeren Teilen die Früherkennungsuntersuchungen vollständig durchlaufen als die gleichaltrigen Kinder der Gesamtbevölkerung.⁵⁷

Abbildung 16

Während 82,3% der Kinder in der Gesamtbevölkerung die U3 bis U9 vollständig durchlaufen, sind dies bei Kindern mit Migrationshintergrund nur 70,4% (bei denjenigen ohne deutsche Staatsbürgerschaft lediglich 62,5%, d.h. ca. 20 Prozentpunkte weniger als bei Gleichaltrigen in der Gesamtbevölkerung). Einen wichtigen Faktor stellt die Tatsache dar, ob der Migrationshintergrund ein- oder beidseitig ist: „*Die Inanspruchnahme von Früherkennungsuntersuchungen der Kinder und Jugendlichen mit beidseitigem Migrationshintergrund ist deutlich geringer als jene der Kinder und Jugendlichen ohne bzw. mit einseitigem Migrationshintergrund*“ (Robert-Koch-Institut 2008: 110). Dies trifft sowohl auf die Vollständigkeit als auch auf die Inanspruchnahme einzelner Untersuchungen zu. Während die Faktoren Herkunftsre-

⁵⁶ Vgl. Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2006): Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit in Deutschland.

⁵⁷ Die Untersuchungen U1 und U2 werden in der Regel stationär direkt nach der Geburt durchgeführt. Die Inanspruchnahme ist daher nicht gesondert erfasst.

gion sowie Zeitpunkt der Einreise eine Rolle bezüglich der Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchungen spielen, hat u.a. auch die Aufenthaltsdauer der Mutter Einfluss auf die Vollständigkeit.

Beurteilung des Indikators

Die Partizipation an präventiven Maßnahmen im Gesundheitsbereich kann Ziel integrationspolitischer Maßnahmen sein. Es wird empfohlen, den Indikator unter Beachtung der Altersstruktur (hier auf Kinder beschränkt) im Integrationsmonitoring weiter zu untersuchen.

Gesundheitliche Risikofaktoren

Zu gesundheitlichen Determinanten gehören auch der individuelle Lebensstil und Umweltbelastungen: Ernährung, Suchtverhalten, Hygiene und Bewegung sind in diesem Zusammenhang wichtige Faktoren.

Indikator 9.3.1

Übergewicht/ Adipositas

Ein Indikator für erhöhtes Gesundheitsrisiko ist die Prävalenz von Übergewicht bzw. Adipositas nach dem Body-Mass-Index (BMI)⁵⁸. Bei einem BMI von 25 bis unter 30 spricht man von Übergewicht, Personen mit einem BMI von 30 und mehr gelten als adipös.

Übergewicht ist oft Ursache für chronische Krankheiten (wie Diabetes, Bluthochdruck oder Herzkrankheiten). Nach Darstellung der Gesundheitsberichterstattung des Bundes sind in Deutschland „etwa ein Drittel der Frauen und die Hälfte der Männer übergewichtig, wobei Übergewicht und insbesondere Adipositas (Fettsucht) mit steigendem Lebensalter häufiger werden“ (Robert-Koch-Institut 2006: 81).

Vergleicht man in den einzelnen Altersgruppen die volljährige Gesamtbevölkerung mit den gleichaltrigen Personen mit Migrationshintergrund, so zeigt sich, dass letztere zu durchweg größeren Anteilen übergewichtig und adipös sind. Dabei fällt die Differenz bei den über 45-Jährigen mit Adipositas am deutlichsten aus – insbesondere bei Frauen (vgl. Tabelle 36).

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass Migrantinnen und Migranten der ersten Generation bei gleichen sozialstrukturellen Voraussetzungen (Bildung, Einkommensarmut, Erwerbsstatus, Haushaltstyp) ein erhöhtes Risiko haben, unter Adipositas zu leiden (vgl. Kapitel C 6). Die Analyse zeigt auch, dass der Migrationshintergrund bei den in Deutschland geborenen Personen (zweite Generation) keinen negativen Einfluss auf Fettleibigkeit hat. Deutlich wird, dass sozialstrukturelle Faktoren wie Geschlecht, Alter, Bildung und Einkommensarmut eine große Rolle spielen und bestehende Unterschiede erklären.

⁵⁸

Der Body-Mass-Index berechnet sich wie folgt: Gewicht in kg/(Körpergröße in m)²

Tabelle 36

Übergewicht/ Adipositas nach Body-Mass-Index

Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung Mikrozensus 2005

	25 bis unter 30	30 und mehr
Gesamtbevölkerung		
18-24 Jahre	15,5	3,8
25 - 44 Jahre	30,9	9,6
45 - 64 Jahre	40,9	17,4
65 Jahre +	44,5	17,9
Gesamt	35,9	13,6
<i>darunter:</i>		
Männer	43,3	14,0
Frauen	28,1	12,7
Bevölkerung ohne Migrationshintergrund		
18-24 Jahre	15,0	3,8
25-44 Jahre	30,4	9,6
45-64 Jahre	40,7	16,7
65 Jahre +	44,4	17,3
Gesamt	36,1	13,5
<i>darunter:</i>		
Männer	43,6	14,1
Frauen	28,3	12,4
Bevölkerung mit Migrationshintergrund		
18-24 Jahre	16,8	3,6
25 - 44 Jahre	32,7	9,9
45 - 64 Jahre	42,3	21,6
65 Jahre +	45,1	25,0
Gesamt	34,5	14,0
<i>darunter:</i>		
Männer	41,8	13,6
Frauen	26,4	14,4
Ausländer/innen		
18-24 Jahre	18,0	2,8
25 - 44 Jahre	32,0	9,6
45 - 64 Jahre	41,2	22,7
65 Jahre +	44,5	23,3
Gesamt	33,8	13,6
<i>darunter:</i>		
Männer	41,2	13,6
Frauen	24,9	13,3

Auch bei Kindern und Jugendlichen sind über alle Altersklassen – und bei beiden Geschlechtern – diejenigen mit Migrationshintergrund⁵⁹ in höherem Maße übergewichtig und adipös⁶⁰

⁵⁹ Zahlen des Robert-Koch-Instituts: Der Migrationshintergrund wurde aus Fragebogenangaben (ohne, einseitig, beidseitig ergibt zusammen alle Kinder) gebildet.

⁶⁰ Einzige Ausnahme sind die adipösen Mädchen zwischen 14 und 17 Jahren.

(zusammen 17,7% mit Migrationshintergrund gegenüber 15,0% der altersgleichen Gesamtbevölkerung), wobei gleichaltrige Ausländerinnen und Ausländer jeweils noch häufiger von Übergewicht und Adipositas (zusammen 21,7%) betroffen sind. Kinder und Jugendliche mit einseitigem Migrationshintergrund sind dagegen mit zusammen 13,7% durchweg weniger betroffen als alle anderen Gruppen. Laut Robert-Koch-Institut (2008: 57) liegen über „*die Ursachen einer ungleichen Verteilung von Übergewicht und Adipositas zwischen Migranten/innen und Nicht-Migranten/innen [...] kaum Erkenntnisse vor*“.⁶¹ Hier besteht auch in der Gesundheitsberichterstattung noch Forschungsbedarf.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist gesundheitspolitisch relevant, wird aber als nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration und integrationspolitische Maßnahmen erachtet. Eine Streichung wird daher empfohlen.

Indikator 9.3.2

Rauchen

Ein weiterer Indikator für ein vorliegendes Gesundheitsrisiko ist die *Quote der regelmäßigen Raucherinnen und Raucher*.

Mehr als ein Viertel der über 15-Jährigen in Deutschland raucht, unter Männern ist es fast jeder Dritte⁶². Der überwiegende Anteil raucht regelmäßig, lediglich 4,0% der Raucherinnen und Raucher tun dies nur gelegentlich. Personen mit Migrationshintergrund sind unter den Raucherinnen und Rauchern überrepräsentiert: Von ihnen rauchen knapp 29,5% (25,2% regelmäßig), unter den Männern 37,6% (33,0% regelmäßig). Das Rauchverhalten hängt nicht nur mit dem Geschlecht, sondern vor allem eng mit dem Alter zusammen. Betrachtet man verschiedene Altersgruppen, so zeigt sich, dass Migrantinnen und Migranten erst später mit dem (regelmäßigen) Rauchen anfangen. Die Quote der 15- bis 24-jährigen Raucherinnen und Raucher liegt mit 21,2% deutlich unter der der gleichaltrigen Gesamtbevölkerung (26,2%). Während bei den 25- bis 44-Jährigen die Raucheranteile in der Gesamtbevölkerung und bei den Personen mit Migrationshintergrund auf über 31,6% bzw. 31,4% ansteigen, nehmen sie in der Altersgruppe zwischen 45 und 64 Jahren und vor allem bei Seniorinnen und Senioren ab, wobei die Quote bei älteren männlichen Migranten (mit 16,0%) am höchsten ist.

⁶¹ Zu verschiedenen Einflussfaktoren für höhere Anteile von Übergewichtigen bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund siehe Robert-Koch-Institut (2008).

⁶² Zahlen aus dem Mikrozensus. Andere Erhebungen, wie z.B. der Gesundheitssurvey des Robert-Koch-Instituts, kommen zu höheren Prävalenzen.

Tabelle 37

Regelmäßige Raucherinnen und Raucher (Anteile in %)					
Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung Mikrozensus 2005					
	15-24 Jahre	25-44 Jahre	45-64 Jahre	ab 65 Jahren	ab 10 Jahren insgesamt
Gesamt	26,2	31,6	24,6	7,8	23,2
darunter:					
Männer	29,1	36,5	28,8	11,3	26,4
Frauen	23,3	26,6	20,5	5,2	17,9
ohne Migrationshintergrund	27,8	31,7	24,6	7,7	22,8
darunter:					
Männer	30,1	35,4	28,1	11,1	25,6
Frauen	25,6	27,9	21,2	5,2	18,3
mit Migrationshintergrund	21,2	31,4	24,9	8,8	25,2
darunter:					
Männer	25,5	40,9	33,0	13,7	30,1
Frauen	15,5	21,5	16,5	4,3	15,6
Ausländerinnen/ Ausländer	21,2	33,2	26,7	13,0	28,0
darunter:					
Männer	26,9	43,1	34,7	17,4	33,8
Frauen	15,3	22,5	18,2	6,7	17,9

Eine weiterführende statistische Analyse zeigt, dass Personen mit Migrationshintergrund bei Konstanthaltung des Alters und anderer Faktoren wie zum Beispiel Geschlecht ein signifikant geringeres „Risiko“ haben, zu rauchen, als Personen ohne Migrationshintergrund (vgl. Kapitel C 6). Die Analyse zeigt, dass es sozialstrukturelle Faktoren (wie bspw. Einkommensarmut oder Arbeitslosigkeit) sind, die die Wahrscheinlichkeit zu rauchen, signifikant erhöhen.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator wird als nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration erachtet. Zudem wäre nach Erkenntnissen aus der weiterführenden Analyse eine Angleichung der Raucherquoten von Personen mit Migrationshintergrund an die Gesamtbevölkerung kein Fortschritt, sondern eine Verschlechterung. Eine Streichung wird daher empfohlen.

Indikator 9.3.3

Mundgesundheit

Ein Risikofaktor für Krankheiten ist die geringe Qualität der Oralhygiene durch mangelhaftes *Mundgesundheitsverhalten*. Dies wird anhand der Zahnpflegefrequenz, der Inanspruchnahme von Zahnarztkontrollen und der Kariesprophylaxe gemessen.

Hier zeigen die Daten des Robert-Koch-Instituts eine deutlich prekärere Lage bei Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (vor allem solchen mit beidseitigem Migrationshintergrund und denjenigen ohne deutschen Pass), wobei insgesamt auffällt, dass Mädchen im Bereich Mundgesundheit in der Regel deutlich besser versorgt sind als Jungen. Neben adäquaten Ernährungsgewohnheiten gehören vor allem die Zahnpflege, die Kontrolle und die (Fluoridierung zur) Kariesprophylaxe zur Gewährleistung der Oralhygiene. Hinsichtlich

der Zahnpflegefrequenz zeigen sich zunächst große geschlechtsspezifische Unterschiede: Während 29,9% der Jungen seltener als 2-mal täglich die Zähne putzen, kommt dies lediglich bei 21,5% der Mädchen vor. Insgesamt muss für 25,8% der Kinder und Jugendlichen eine zu geringe Zahnpflegefrequenz beklagt werden. Während Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund mit insgesamt 36,1% deutlich stärker betroffen sind, gilt dies insbesondere für Kinder und Jugendliche mit beidseitigem Migrationshintergrund (41,0%) bzw. mit ausländischer Staatsangehörigkeit (42,2%). Ähnlich verhält es sich bei regelmäßigen Zahnarztkontrollen: 92,3% der Kinder gehen mindestens einmal im Jahr zur zahnärztlichen Kontrolle (94,2% bei Kindern ohne, 86,2% bei Kindern mit Migrationshintergrund). Während immerhin 91,5% der Kinder mit einseitigem Migrationshintergrund den jährlichen Zahnarztbesuch machen, sind dies nur 83,6% der Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund und 82,8% der ausländischen Kinder. Das gleiche Bild zeigt sich bei der Prophylaxe durch Fluoridtabletten und/ oder fluoridiertes Speisesalz, welche insgesamt 63,5% aller Kinder erhalten (66,1% der Kinder ohne und 54,5% der Kinder mit Migrationshintergrund), aber nur 50,1% der Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund und lediglich 46,7% der ausländischen Kinder. Auffällig ist also die Bedeutung der Tatsache, ob der Migrationshintergrund ein- oder beidseitig ist und ob Kinder und Jugendliche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen.

Eine genauere sozialstrukturelle Analyse der die Mundgesundheit beeinflussenden Zusammenhänge ist auf Basis der vorhandenen Datenquellen nicht möglich.

Beurteilung des Indikators

Die Vielzahl der hier dargestellten Teilindikatoren misst eher die Inanspruchnahme von Kontrollen und Prävention als einen gesundheitlichen Risikofaktor. Mit den Indikatoren 9.2.1 und 9.2.2 ist der Bereich der Gesundheitsvorsorge für Kinder und Jugendliche ausreichend abgedeckt. Eine Streichung des Indikators 9.3.3 wird daher empfohlen.

Indikator 9.4

Behinderung

Ein Indikator für eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten infolge gesundheitlicher Einschränkungen ist der *Anteil der Personen mit amtlich festgestellter Behinderung an der Bevölkerung* (Behinderertenquote).

Grundsätzlich bestehen bei amtlich festgestellten Behinderungen geschlechtsspezifische Differenzen: Männer weisen durchgehend höhere Behinderungsquoten auf als Frauen. Personen mit Migrationshintergrund haben auf den ersten Blick zu einem auffällig geringen Anteil amtlich festgestellte Behinderungen: Während in der Gesamtbevölkerung 11,9% von einer (amtlich festgestellten) Behinderung betroffen sind, sind es bei Personen mit Migrationshintergrund lediglich 7,0%.

Tabelle 38

Personen mit Behinderung (Anteile in %)							
Quelle: Statistisches Bundesamt, Sonderauswertung Mikrozensus 2005							
<i>darunter:</i>							
	unter 15 Jahren	15-24 Jahre	25-44 Jahre	45-64 Jahre	65 Jahre +	Gesamt	Männer
<i>mit amtlich festgestellter Behinderung insg.</i>							
Gesamt	1,4	2,2	4,7	17,0	27,8	11,9	13,1
ohne Migrationshintergrund	1,5	2,4	5,2	17,2	28,0	13,0	14,2
mit Migrationshintergrund	1,1	1,5	3,1	15,9	24,9	7,0	7,9
Ausländer/innen	/	/	2,6	16,1	22,8	6,6	8,0
<i>mit amtlich festgestellter Schwerbehinderung (Grad der Behinderung über 50%)</i>							
Gesamt	1,2	1,9	3,3	11,6	24,1	9,3	9,9
ohne Migrationshintergrund	1,3	2,0	3,6	11,8	24,2	10,2	10,9
mit Migrationshintergrund	1,0	1,3	2,2	10,6	21,6	5,2	5,8
Ausländer/innen	/	/	1,7	11,1	19,1	4,8	5,7

Betrachtet man die einzelnen Altersgruppen, so relativiert sich das Bild der Unterrepräsentanz nur geringfügig aufgrund der unterschiedlichen Altersverteilung: Personen mit Migrationshintergrund haben in fast allen Altersgruppen seltener eine amtlich festgestellte Behinderung. Die einzige Ausnahme stellt die Gruppe der 55- bis 64-Jährigen dar: Dort gleichen sich die Schwerbehindertenquoten (Grad der Behinderung über 50%) nahezu an. Bei der Altersgruppe der 65-Jährigen und Älteren ist zu bedenken, dass der Anteil der Seniorinnen und Senioren mit Migrationshintergrund (insbesondere im hohen Alter) geringer ist als in der Gesamtbevölkerung.

Für Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund konstatiert das Robert-Koch-Institut keinen signifikanten Unterschied hinsichtlich der Prävalenz von Behinderung verglichen mit der bei Kindern und Jugendlichen ohne Migrationshintergrund.⁶³

Beurteilung des Indikators

Der Indikator wird als nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration erachtet. Aufgrund der dargestellten Zahlen ergibt sich zudem der Schluss, dass eine Angleichung der Anteile der amtlich festgestellten Behinderungen von Personen mit Migrationshintergrund an die Gesamtbevölkerung kein Fortschritt, sondern eine Verschlechterung darstellen würde. Eine Streichung wird daher empfohlen.

Indikator 9.5

Arbeitsschutz

Arbeitsunfälle und deren Häufigkeit sind relevante Indikatoren im Bereich Arbeitsschutz und geben Auskunft über die Sicherheit am Arbeitsplatz.

Die Statistik der gesetzlichen Unfallversicherung unterscheidet nicht nach Migrationshintergrund, sondern lediglich nach der Staatsangehörigkeit.

Nachdem die Zahl der bei den gesetzlichen Unfallversicherungen registrierten Arbeitsunfälle seit 1993 kontinuierlich zurückging, stieg sie in den Jahren 2005 bis 2007 jeweils etwas an, wobei dieser Zuwachs nur deutsche Arbeitsunfallopfer betrifft. Die Zahl und der Anteil der

⁶³ Vgl. Robert-Koch-Institut (2008b).

Unfälle von Ausländerinnen und Ausländern sanken von etwa 69.500 bzw. 6,7% im Jahr 2005 über 63.400 bzw. 6,0% im Jahr 2006 auf 56.200 bzw. 5,3% im Jahr 2007.

Aussagekräftig sind Angaben zur Häufigkeit von Arbeitsunfällen lediglich in Relation zu Beschäftigungszahlen: Betrachtet man dazu die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, so zeigt sich, dass in den Jahren 2005 bis 2007 die Quote von Arbeitsunfällen insgesamt (und auch bei Deutschen) nahezu unverändert ist. Bei Beschäftigten ohne deutsche Staatsangehörigkeit sanken die Arbeitsunfälle auch in Relation zu den Beschäftigten von 4,0% in 2005 auf 3,1% in 2007.

Dem Mikrozensus 2007 sind Angaben zu Arbeitsunfällen nach Migrationshintergrund zu entnehmen. Insgesamt waren demnach 2,8% der Bevölkerung von einem Arbeitsunfall betroffen, während es bei Personen mit Migrationshintergrund lediglich 2,5% waren.

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator muss in Relation zu den Beschäftigungszahlen gesetzt (und ggf. auch nach Tätigkeitsbereichen differenziert) werden, um über die Gefährdung durch Arbeitsunfälle ein aussagekräftiges Bild geben zu können. Da jedoch die Aussagekraft in Bezug auf Integration fraglich ist, wird eine Streichung empfohlen.

Indikator 9.6

Unfälle

Die Gesundheitsbelastung durch Unfälle kommt in der *Prävalenz von Unfallverletzungen* zum Ausdruck.

Nach Daten aus dem Mikrozensus lag der Anteil der unfallverletzten Personen 2005 bei 0,6% der Bevölkerung, wobei leichte Unterschiede nach Geschlecht und Alter bestehen. Einerseits sind Männer in der Regel (etwas) häufiger unfallverletzt als Frauen, andererseits ist die Verletzenquote bei Kindern und Personen im mittleren Lebensalter (45 bis 64 Jahre) geringer als bei Jugendlichen, jungen Erwachsenen und älteren Personen. Männer mit Migrationshintergrund sind etwa im gleichen Maße von Unfällen betroffen wie gleichaltrige Männer ohne Migrationshintergrund, bei Frauen sieht dies anders aus: Die Unfallquote von Frauen mit Migrationshintergrund liegt durchgehend unter dem Durchschnitt.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator wird als nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration erachtet, und die Fallzahlen der Betroffenen sind vergleichsweise gering. Eine Streichung wird daher empfohlen.

Indikator 9.7***Absicherung im Krankheitsfall***

Ein unzureichender Krankenversicherungsschutz erschwert den Zugang zu Leistungen der Gesundheitsversorgung. Der *Anteil der Bevölkerung ohne Krankenversorgung* ist ein Indikator für eine in diesem Sinne prekäre Versorgungslage.

Nach den Daten des SOEP 2007 ist 1% der Bevölkerung nicht krankenversichert, was sowohl auf Personen mit als auch auf Personen ohne Migrationshintergrund zutrifft. Davon können Selbstständige, Obdachlose und Personen ohne Arbeitsmarktzugang betroffen sein. Arbeitsuchende werden dagegen seit Einführung des SGB II und des SGB XII in der Regel über den Träger der Mindestsicherung krankenversichert.

Die Zahlen des Mikrozensus 2007 zeigen ein ähnliches Bild hinsichtlich der Versorgung mit Krankenversicherungsschutz. Auf geringem Niveau sind leichte Unterschiede für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. ohne deutschen Pass festzustellen: Während 99,5% der Personen ohne und 99,1% der Bevölkerung mit Migrationshintergrund krankenversichert sind, sind dies lediglich 98,5% der Ausländerinnen und Ausländer.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator betrifft aufgrund der Einführung der Krankenversicherungspflicht mittlerweile nur noch marginale Personengruppen und wird als nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration erachtet. Eine Streichung wird daher empfohlen.

**Indikatoren
9.8, 9.9, 9.10*****Mütter- und Säuglingssterblichkeit sowie Lebenserwartung***

Nach Angaben der Gesundheitsberichterstattung des Bundes „[gelten] Unterschiede in der Mütter- und Säuglingssterblichkeit zwischen einer Minorität und der Mehrheitsbevölkerung [...] als empfindliches Maß für soziale Ungleichheit“ (Robert-Koch-Institut 2008a: 33). Unterschiede in der Lebenserwartung können Hinweise auf benachteiligte Gesundheitslagen geben.

Allerdings sind statistische Aussagen zur Lebenserwartung von Personen mit Migrationshintergrund problematisch: Mit dem so genannten „Healthy Migrant“-Effekt wird das international bekannte Phänomen der niedrigeren Sterblichkeitsraten von Migrantinnen und Migranten beschrieben. Dem zufolge migrieren junge und körperlich leistungsfähige Bevölkerungsgruppen eher als ältere und schwächere Gruppen. Außerdem machen sich Fortzüge bzw. Auswirkungen transnationaler Migration im Alter bei der nationalen Lebenserwartungsstatistik bemerkbar. Aufgrund der bestehenden Schwierigkeiten wird auf eine Beschreibung und Analyse der Lebenserwartung verzichtet.

Auch die Indikatoren der Mütter- und Säuglingssterblichkeit erweisen sich als problematisch: Aufgrund der geringen Fallzahlen und der Schwankungen bei der Müttersterblichkeit (2005: 28 Fälle, dar. 2 mit Migrationshintergrund/ 2006: 41 Fälle, dar. 11 mit Migrationshintergrund/ 2007: 28 Fälle, dar. 6 mit Migrationshintergrund) sind keine verlässlichen Einschätzungen

möglich. Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes verweist in ihrer Betrachtung der Entwicklung seit 1980 auf den stark rückläufigen Trend der Müttersterblichkeit (insbesondere bei Ausländerinnen). Ein ähnlicher Trend ist bei der Säuglingssterblichkeit zu beobachten. Statistische Untersuchungen sind seit dem geänderten Staatsangehörigkeitsgesetz jedoch dadurch erschwert, dass Mutter und Kind nun häufig unterschiedliche Staatsangehörigkeiten haben. Statistische Aussagen und Analysen sind daher zu dieser Fragestellung zurzeit nicht möglich.

Beurteilung der Indikatoren

Es wird empfohlen, die Indikatoren 9.8, 9.9 und 9.10 zu streichen, da die verfügbaren Daten bzw. die Fallzahlen unzureichend sind.

ZUSAMMENFASSUNG

Die Krankenquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterscheiden sich je nach Altersgruppe von denen der Gesamtbevölkerung. Eine sozialstrukturelle Analyse zeigt, dass der Migrationshintergrund bei Berücksichtigung weiterer sozialstruktureller Faktoren keinen signifikanten Einfluss auf den Gesundheitszustand hat.

Unterschiede bestehen bei der Inanspruchnahme von Angeboten der Gesundheitsprävention. Kinder mit Migrationshintergrund sind etwas seltener geimpft und durchlaufen zu erheblich geringeren Teilen die Früherkennungsuntersuchungen vollständig als gleichaltrige Kinder der Gesamtbevölkerung.

10. Medien

Die Bedeutung der Medien für Integration ist umstritten. Integrationspolitische Ziele sind in diesem Bereich vor allem die Erhöhung der Nutzung von Mainstreammedien und die Erhöhung des Anteils von Medienschaffenden mit Migrationshintergrund. Darüber hinaus sollen interkulturelle Medieninhalte gefördert werden.

Als Indikatoren zur Messung der Integration im Medienbereich können der Umfang der Nutzung von Mainstreammedien, der Anteil der Medienschaffenden mit Migrationshintergrund und der Anteil von Sendezeiten mit interkulturellen Inhalten gelten.

Diese Indikatoren setzen einerseits eine teilweise komplexe Bewertung und Gewichtung der Medieninhalte voraus, andererseits liegen keine entsprechenden umfassenden Daten vor. Hierzu besteht Forschungsbedarf.

Indikator 11.1***Umfang der Nutzung von Mainstreammedien***

In einer von ARD und ZDF in Auftrag gegebenen Repräsentativstudie wurde das Medienkonsumverhalten von 6 Migrantengruppen (Spätaussiedlerinnen und Spätaussiedler, Türkinnen und Türken, Griechinnen und Griechen, Ex-Jugoslawinnen und Ex-Jugoslawen, Polinnen und Polen, Italienerinnen und Italiener) in insgesamt 3.010 Interviews untersucht. Durch Anpassung der Gesamtstichprobe an die amtliche Statistik (Gewichtung) wurden repräsentative Aussagen ermöglicht. Die Ergebnisse lassen keine ausgeprägte mediale Parallelgesellschaft erkennen. Alle Migrantengruppen werden von deutschen Medien gut erreicht. Insofern ist die Ausgangslage für die mediale Integration von Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland gut. Dabei zeigt sich, dass gute Deutschkenntnisse eine wichtige Voraussetzung für Integrationsleistungen deutschsprachiger Medien sind.

Indikator 11.2***Anteil der Medienschaffenden mit Migrationshintergrund***

In einer bundesweit angelegten empirischen Studie wurde im Rahmen der Forschungsreihe „Mediale Integration ethnischer Minderheiten“ die Beteiligung von Journalisten und Journalistinnen mit Migrationshintergrund in den deutschen Tageszeitungen erfasst: In 84 Prozent der Tageszeitungen sind einheimische Journalistinnen und Journalisten unter sich oder andersherum: „nur gut 1 Prozent der Zeitungsjournalisten hat einen Migrationshintergrund“ (vgl. Rohfassung der Ergebnisse unter:

<http://www.integration-und-medien.de/projekt/JmMPrint.pdf>).⁶⁴

Indikator 11.3***Medieninhalte***

Zum Anteil von Sendezeiten mit interkulturellen Inhalten liegen bisher keine repräsentativen Erhebungen vor.

Beurteilung der Indikatoren

Die Indikatoren sind methodisch schwer zu untersuchen, da zum einen die erforderlichen Daten nicht verfügbar sind und zum anderen die Heterogenität der Medieninhalte nur schwerlich Rückschlüsse auf den Stand der Integration und den Erfolg von Integrationspolitiken zulässt.

⁶⁴ Detaillierte Ergebnisse erschienen Anfang 2009 unter dem Titel „Wenig ethnische Diversität in deutschen Zeitungsredaktionen.“ In: Rainer Geißler, Horst Pöttker (Hg.). 2009: Massenmedien und die Integration ethnischer Minderheiten in Deutschland, Band 2: Forschungsbefunde

11. Interculturelle Öffnung

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste wird als Motor der Integration und daher als wichtiger Teil integrationspolitischer Maßnahmen angesehen.

Die Erhöhung des Anteils von pädagogischem und medizinischem Fachpersonal mit Migrationshintergrund bedeutet neben der Angleichung der Beschäftigungsanteile die Förderung von Vielfalt und die Ausrichtung entsprechend der Klientel – seien dies Schülerinnen und Schüler bzw. Patientinnen und Patienten mit Migrationshintergrund oder auch Bürgerinnen und Bürger im Allgemeinen.

Datengrundlage

Bundeseinheitliche Daten zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste liegen nicht in systematischer Form vor. Insbesondere die Erfassung des Merkmals „Migrationshintergrund“ ist in diesem Bereich noch uneinheitlich und wenig differenziert. Vorliegende Statistiken beziehen sich zumeist auf die deutsche bzw. ausländische Staatsbürgerschaft.

Als Indikatoren können die Anteile von Personen mit Migrationshintergrund in ausgewählten Beschäftigungsfeldern genutzt werden.

**Indikatoren 12.1,
12.2, 12.3 und 12.5**

Pädagogisches Fachpersonal

Es liegen derzeit keine Daten zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund am pädagogischen Fachpersonal in Kindertageseinrichtungen, an den verschiedenen Schulformen sowie an Universitäten und Fachhochschulen vor. Zurückgegriffen werden kann auf Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in den verschiedenen pädagogischen Institutionen. Diese Daten geben lediglich Auskunft über die Staatsangehörigkeit.

Sowohl beim Fachpersonal an Kindergärten als auch an den verschiedenen Schulformen hat sich der Ausländeranteil im Berichtszeitraum leicht erhöht (von 3,0% bzw. 3,4% im Jahr 2005 auf 3,2% bzw. 3,8% im Jahr 2008). Ausländerinnen und Ausländer sind beim pädagogischen Fachpersonal jedoch im gesamten Zeitraum unterrepräsentiert. An Hochschulen entspricht der Anteil des ausländischen sozialversicherungspflichtig beschäftigten Personals konstant (mit 8,1% im Jahr 2008) etwa dem Ausländeranteil in der Gesamtbevölkerung.

Tabelle 39**Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Pädagogisches Fachpersonal**

Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

	2005		2006		2007		2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Kindergärten, Grund- und Vorschulen								
Gesamt	274.136		271.995		271.662		275.707	
Deutsche	265.969	97,0	263.801	97,0	263.229	96,9	266.968	96,8
Ausländer/innen	8.127	3,0	8.132	3,0	8.401	3,1	8.700	3,2
darunter EU-25	3.823	1,4	3.861	1,4	4.037	1,5	4.171	1,5
Weiterführende Schulen								
Gesamt	272.437		272.628		268.834		268.028	
Deutsche	263.166	96,6	263.373	96,6	259.129	96,4	258.052	96,3
Ausländer/innen	9.199	3,4	9.150	3,4	9.648	3,6	9.926	3,7
darunter EU-25	4.452	1,6	4.495	1,6	4.664	1,7	4.826	1,8
Hochschulen								
Gesamt	227.074		233.622		240.194		250.459	
Deutsche	208.641	91,9	215.031	92,0	220.860	92,0	230.196	91,9
Ausländer/innen	18.336	8,1	18.504	7,9	19.230	8,0	20.169	8,1
darunter EU-25	7.085	3,1	7.159	3,1	7.371	3,1	7.640	3,1

Beim weiblichen pädagogischen Fachpersonal in Kindergärten, Grund- und Vorschulen sowie an Hochschulen lag der Ausländeranteil 2008 mit 3,1% bzw. 7,4% niedriger als beim männlichen mit 4,6% bzw. 8,7% (vgl. Tabelle 56 im Anhang). An weiterführenden Schulen lag der Ausländeranteil beim pädagogischen Fachpersonal 2008 dagegen bei Männern mit 3,5% unter dem bei Frauen (3,8%). Eine weiterführende sozialstrukturelle Analyse ist auf Basis der vorliegenden Daten nicht möglich.

Beurteilung des Indikators

Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund am pädagogischen Fachpersonal ist ein guter Indikator für die Integration fördernde interkulturelle Öffnung in diesem Bereich.

Indikatoren
12.4, 12.6a und 12.6b

Beschäftigte im öffentlichen Dienst

Beschäftigung im öffentlichen Dienst bedeutet sowohl aktive Teilhabe an der öffentlichen Verwaltung als auch gesicherte Integration in den Arbeitsmarkt. Der Indikator stellt zudem einen Hinweis auf die interkulturelle Öffnung der Verwaltung dar. Als diesbezüglicher Indikator kann der *Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst* dienen, der zurzeit lediglich den Angaben des Mikrozensus entnommen werden kann. Da die Art der Berufe im öffentlichen Dienst sehr unterschiedlich ist, wird dabei zusätzlich nach geringem Einkommen (unter 1.100 Euro Netto) und relativ hohem Verdienst (über 2.000 Euro Netto) unterschieden.

Insgesamt lag der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an den im öffentlichen Dienst Beschäftigten im Jahr 2007 (ähnlich wie in den Vorjahren) bei unter 10% – im Ver-

gleich zur Gesamtbevölkerung sind Migrantinnen und Migranten hier also unterrepräsentiert (vgl. Tabelle 39). Der Ausländeranteil bei im öffentlichen Dienst Beschäftigten lag im Berichtszeitraum bei unter 4%.

Tabelle 39 a

Beschäftigte im Öffentlichen Dienst						
Sonderauswertung Mikrozensus, Berechnung des ISG						
	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %	Anzahl in 1000	Anteil in %
Insgesamt	6.857	100	6.818	100	6.740	100
Männer	3.108	100	3.081	100	3.027	100
Frauen	3.749	100	3.738	100	3.713	100
Ohne Migrationshintergrund	6.220	90,7	6.195	90,9	6.116	90,7
Männer	2.847	91,6	2.829	91,8	2.777	91,7
Frauen	3.373	90,0	3.365	90,0	3.340	90,0
Mit Migrationshintergrund	637	9,3	624	9,2	624	9,3
Männer	261	8,4	252	8,2	251	8,3
Frauen	376	10,0	372	10,0	373	10,0
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	552	8,1	547	8,0	540	8,0
Männer	222	7,1	215	7,0	209	6,9
Frauen	329	8,8	332	8,9	331	8,9
Ohne Migrationserfahrung	86	1,3	77	1,1	84	1,2
Männer	39	1,3	36	1,2	42	1,4
Frauen	47	1,3	41	1,1	42	1,1
Ausländer/innen	269	3,9	255	3,7	259	3,8
Männer	117	3,8	112	3,6	109	3,6
Frauen	152	4,1	143	3,8	150	4,0
mit einem persönlichen monatlichen Nettoeinkommen von weniger als 1100 Euro						
Insgesamt	1.747	100	1.740	100	1.669	100
Ohne Migrationshintergrund	1.484	84,9	1.483	85,2	1.424	85,3
Mit Migrationshintergrund	263	15,1	257	14,8	245	14,7
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	224	12,8	222	12,8	204	12,2
Ohne Migrationserfahrung	39	2,2	35	2,0	41	2,5
Ausländer/innen	113	6,5	98	5,6	99	5,9
mit einem persönlichen monatlichen Nettoeinkommen von mehr als 2000 Euro						
Insgesamt	1.994	100	1.959	100	2.002	100
Ohne Migrationshintergrund	1.899	95,2	1.869	95,4	1.901	95,0
Mit Migrationshintergrund	94	4,7	90	4,6	101	5,0
<i>darunter</i>						
Mit Migrationserfahrung	86	4,3	81	4,1	91	4,5
Ohne Migrationserfahrung	9	0,5	8	0,4	10	0,5
Ausländer/innen	40	2,0	40	2,0	45	2,2

Im Berichtszeitraum sinkend, aber auch 2007 mit 14,7% wesentlich höher ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an den Beschäftigten im öffentlichen Dienst, die über ein Nettoeinkommen von unter 1.100 Euro monatlich verfügen. Leicht angestiegen ist der Migrantenanteil bei besser verdienenden Beschäftigten im öffentlichen Dienst, der aber auch 2007 mit 5,0% deutlich niedriger liegt als im Niedrigverdienerbereich.

Beurteilung des Indikators

Für die Weiterführung des Indikators der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (12.4 und 12.6) empfiehlt sich eine Zusammenfassung bei Differenzierung nach Einkommensklassen. Bei der Darstellung und Interpretation muss für den unteren Einkommensbereich die Frage berücksichtigt werden, ob ein hoher Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund für oder gegen einen Integrationsfortschritt spricht, da es sich hier oft um einfachere und schlechter bezahlte Tätigkeiten (z.B. Putzdienstleistungen, Stadtreinigung) handelt.

Indikator 12.7

Charta der Vielfalt

Interkulturelle Öffnung ist neben der Verwaltung auch für die Wirtschaft von Bedeutung: Die „Charta der Vielfalt“⁶⁵ ist eine Unternehmensinitiative zur Förderung von Vielfalt. Die Anzahl der Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen, die die Charta der Vielfalt unterzeichnet hat, weist auf die interkulturelle Öffnung der Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen hin.

Anfang Dezember 2008 haben 501 Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen mit insgesamt 4,1 Millionen Beschäftigten die Charta unterzeichnet – das sind rund doppelt so viele wie am Jahresende 2007.

Beurteilung des Indikators

Die Zahl der Unterzeichner ist ein Zeichen für eine Bewusstseinsentwicklung. Inwiefern aber die Betriebe die in der Charta formulierten Ziele auch tatsächlich umsetzen, geht daraus nicht hervor. Dieser Indikator sollte daher zwar genutzt, aber nicht zu hoch bewertet werden.

Indikator 12.8

Dolmetscherdienste in der Verwaltung

Dolmetscherdienste in der Verwaltung sind eine konkrete integrationspolitische Maßnahme zur Erleichterung der Zugangschancen von Personen mit Migrationshintergrund. Die Anzahl der Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit Dolmetscherdiensten in der Verwaltung kann als Indikator für die Entwicklung in diesem Bereich herangezogen werden. Bisher liegen keine Statistiken hierzu vor.

⁶⁵

Weitere Informationen unter <http://www.vielfalt-als-chance.de/>

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator kann angesichts der Datenlage nicht genutzt werden. Selbst wenn dazu Daten vorlägen, könnten sie aber nicht eindeutig interpretiert werden, da das Fehlen von Dolmetscherinnen und Dolmetschern kein Integrationsdefizit sein muss, sondern auch dadurch bedingt sein kann, dass deren Dienste wegen guter Sprachkenntnisse der Bevölkerung nicht mehr benötigt werden. Eine Streichung wird daher empfohlen.

Indikator 12.9

Beschäftigte im Gesundheitswesen

Es liegen derzeit keine Daten zum *Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an den Beschäftigten im Gesundheitswesen* vor. Zurückgegriffen werden kann auf Angaben der Bundesagentur für Arbeit zu Sozialversicherungsbeschäftigten im Gesundheitsbereich. Diese Daten geben lediglich über die Staatsangehörigkeit Auskunft.

Der Ausländeranteil bei Beschäftigten im Gesundheitswesen war im Berichtszeitraum 2005 bis 2008 nahezu konstant und lag 2008 bei 4,2% (der Anteil von EU-Ausländerinnen und Ausländern bei 1,6%).

Tabelle 40

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Gesundheitswesen								
	2005		2006		2007		2008	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Gesamt	1.958.616	100	1.952.229	100	1.958.028	100	1.992.254	100
Männer	357.208	100	357.450	100	361.726	100	367.691	100
Frauen	1.601.408	100	1.594.779	100	1.596.302	100	1.624.563	100
Deutsche	1.874.844	95,7	1.869.366	95,8	1.875.253	95,8	1.908.323	95,8
Männer	340.783	95,4	340.949	95,4	344.818	95,3	350.418	95,3
Frauen	1.534.061	95,8	1.528.417	95,8	1.530.435	95,9	1.557.905	95,9
Ausländer/innen	83.315	4,3	82.296	4,2	82.370	4,2	83.515	4,2
Männer	16.319	4,6	16.361	4,6	16.812	4,6	17.171	4,7
Frauen	66.996	4,2	65.935	4,1	65.558	4,1	66.344	4,1
<i>darunter</i>								
EU-Ausländer/innen	30.307	1,5	30.389	1,6	30.723	1,6	31.424	1,6
Männer	6.530	1,8	6.621	1,9	6.998	1,9	7.209	2,0
Frauen	23.777	1,5	23.768	1,5	23.725	1,5	24.215	1,5

Ausländerinnen und Ausländer sind demnach unter Beschäftigten im Gesundheitsbereich unterrepräsentiert. Ausländische Männer weisen dabei mit 4,7% einen leicht höheren Beschäftigtenanteil im Gesundheitsbereich auf als Frauen mit 4,1%.

Beurteilung des Indikators

Dieser Indikator ist sinnvoll und soll im Monitoring weitergeführt werden. Wünschenswert ist eine Differenzierung nach der beruflichen Qualifikation der Beschäftigten.

ZUSAMMENFASSUNG

Die interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste gilt als Motor der Integration. Personen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländerinnen und Ausländer sind sowohl im öffentlichen Dienst als auch unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten des pädagogischen Fachpersonals und im Gesundheitswesen trotz vereinzelten leichten Anstiegs der Anteile im gesamten Berichtszeitraum unterrepräsentiert (eine Ausnahme bilden die Hochschulangestellten).

12. Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung

Kriminalität, Gewalt, fremdenfeindliche, rassistische und antisemitische Gewalttaten belasten die gesellschaftliche Integration.

Datengrundlage

Statistische Daten zur Entwicklung der Kriminalität in Deutschland lassen sich der polizeilichen Kriminalitätsstatistik (PKS) entnehmen. Die Kriminalitätsstatistik misst grundsätzlich nur das so genannte Hellfeld, d.h. bei der Polizei gemeldete Straftaten. In Bezug auf die Straffälligen wird in der PKS eine Tatverdächtigenstatistik geführt, wobei auf die von der Polizei aufgeklärten Verbrechen und die laut des jeweiligen Ermittlungsergebnisses aufgrund zureichender tatsächlicher Anhaltspunkte verdächtigen Personen Bezug genommen wird. Als Dunkelfeld bezeichnet man die nicht registrierte Kriminalität. In diesem Bereich gibt es verschiedene empirische Untersuchungen, welche jedoch keine einheitliche Datengrundlage bilden.

Indikator 14.1

Kriminalität

Der Indikator *Kriminalitätsquote*⁶⁶ vergleicht den Anteil der Tatverdächtigen (von nicht ausländerspezifischen Straftaten) an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (ohne Illegale, Stationierungsstreitkräfte und Touristen/ Durchreisende).

Die Kriminalitätsstatistik (PKS) enthält keine Angaben zum Migrationshintergrund, sondern weist lediglich Zahlen zur ausländischen Bevölkerung aus. Da es sich um eine Tatverdächtigenstatistik handelt, ist dem Anzeigeverhalten bei der Interpretation der Daten Rechnung zu tragen.⁶⁷ Eine Beurteilung der „Kriminalitätsbelastung“ ist aus verschiedenen Gründen schwierig und bedarf deshalb eines differenzierten und sensiblen Umgangs mit den Daten: Neben der unterschiedlichen sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppen (Alter, Bildung, Wohnort, Einkommen) kann das Anzeigeverhalten der Bevölkerung bzw.

⁶⁶ Für deutsche Tatverdächtige ermittelt die polizeiliche Kriminalstatistik die so genannten Tatverdächtigenbelastungsziffern (= Tatverdächtige pro 100.000 der entsprechenden Bevölkerungsgruppe, kurz: TVBZ). Für nicht-deutsche Tatverdächtige wird aufgrund methodischer Einschränkungen in der Statistik normalerweise darauf verzichtet.

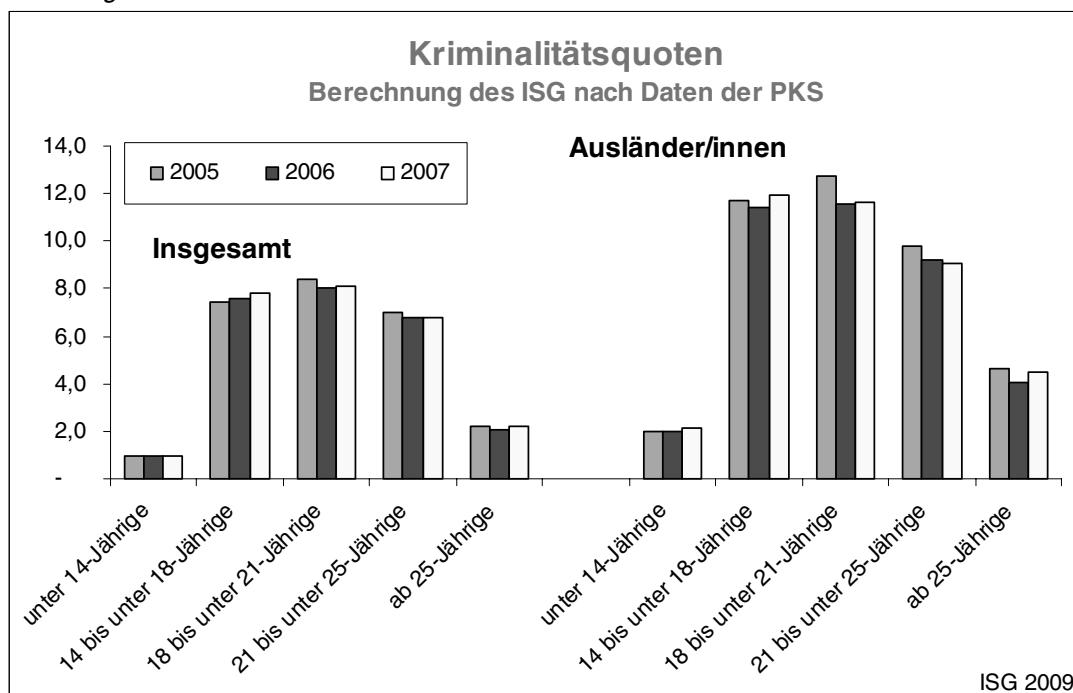
⁶⁷ Zur Interpretierbarkeit der PKS Daten vgl. Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz (2006: 417f)

das Kontrollverhalten der Polizei Einfluss auf die Statistik haben.⁶⁸ Dunkelfelduntersuchungen zeigen anhand selbst berichteter Delikte eine Relativierung der hohen Ausländeranteile in der Tatverdächtigenstatistik. In der kriminologischen Forschung gibt es Hinweise darauf, dass sich die Unterschiede in der Kriminalitätsbelastung von Deutschen und Nichtdeutschen bei einem Vergleich sozial ähnlich gestellter Gruppen sogar ausgleichen.

Im Berichtszeitraum haben sich die Kriminalitätsquoten weder bei der deutschen noch bei der ausländischen Bevölkerung wesentlich verändert: Festzustellen ist insgesamt ein leichtes Sinken im Jahr 2006 vor einem erneuten Anstieg 2007. Im Vergleich zum Jahr 2005 liegen dabei die Kriminalitätsquoten sowohl der deutschen als auch der ausländischen Kinder und Jugendlichen (bis unter 18 Jahre) höher als zuvor.

Im Jahr 2007 lag die Kriminalitätsquote insgesamt bei 2,7%, unter der ausländischen Bevölkerung dagegen bei 5,4%. Kriminelles Verhalten ist stark von Geschlecht und Alter abhängig: Tatverdächtige sind zumeist jung und männlich. Da die deutsche und die ausländische Bevölkerung eine unterschiedliche Altersstruktur aufweist, werden im Folgenden die Kriminalitätsquoten nach Altersgruppen betrachtet:

Abbildung 17



Die Zahlen der PKS bestätigen, dass die Kriminalitätsquoten von Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren besonders hoch liegen. Dies ist aber ein ubiquitäres Phänomen, das in seiner Bedeutung nicht überwertet werden darf. Überwiegend verliert sich die häufigere strafrechtli-

⁶⁸ Der periodische Sicherheitsbericht konstatiert, „dass durch Anzeigeerstattung privater Personen oder/ und durch polizeiliche Kontrollen eine höhere Kriminalisierung der jungen Menschen aus Zuwandererfamilien stattfindet, als nach ihrer selbst berichteten Delinquenz zu erwarten wäre“. Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz (2006: 416).

che Auffälligkeit junger Menschen im Laufe des Erwachsenenlebens von selbst. Im Jahr 2007 liegen die Kriminalitätsquoten der jugendlichen Minderjährigen (14 bis 17 Jahre) insgesamt bei 7,8%, bei ausländischen Jugendlichen bei 12,0%, bei den 18 bis 21-Jährigen insgesamt bei 8,1% und unter gleichaltrigen Ausländerinnen und Ausländern bei 11,6%. Bei jungen Erwachsenen beträgt die Quote noch 6,8% in der Gesamtbevölkerung und 9,1% unter Nicht-Deutschen. Betrachtet man die Quoten nach Geschlecht, bestätigt sich auch, dass Männer durchgehend höhere Kriminalitätsquoten aufweisen als Frauen (vgl. Tabelle 57 im Anhang). Dies gilt in leicht stärkerem Maße für die ausländische Bevölkerung.

Weitergehende sozialstrukturelle Analysen sind in diesem Bereich aufgrund der Datenlage nicht möglich. Es sei auf den Periodischen Sicherheitsbericht des Bundesministeriums des Inneren hingewiesen.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist aussagekräftig.

Indikator 14.2

Gewaltkriminalität

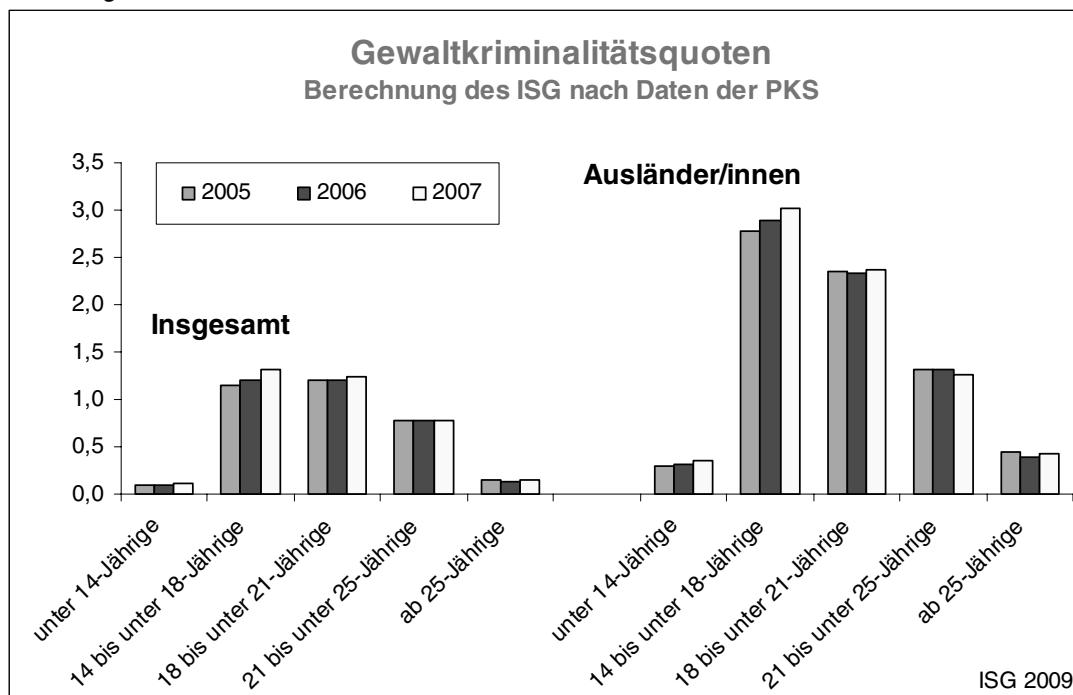
Ein vertiefender Indikator ist die *Quote der Gewaltkriminalität*. Zur Gewaltkriminalität zählt neben Mord, Totschlag und Raub u. a. die gefährliche und schwere Körperverletzung. Gemessen wird analog der allgemeinen Kriminalitätsquote der Anteil der Tatverdächtigen an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (ohne Illegale, Stationierungsstreitkräfte und Touristen/Durchreisende).

Die Kriminalitätsstatistik (PKS) enthält keine Angaben zum Migrationshintergrund sondern weist lediglich Zahlen zur ausländischen Bevölkerung aus. Da es sich um eine Tatverdächtigenstatistik handelt, ist dem Anzeigeverhalten bei der Interpretation der Daten Rechnung zu tragen (siehe oben). Neben der unterschiedlichen sozialstrukturellen Zusammensetzung der Bevölkerungsgruppen (Alter, Bildung, Wohnort, Einkommen) kann das Anzeigeverhalten der Bevölkerung bzw. das Kontrollverhalten der Polizei Einfluss auf die Statistik haben. Dunkelfelduntersuchungen zeigen anhand selbst berichteter Delikte eine Relativierung der hohen Ausländeranteile in der Tatverdächtigenstatistik.

Im Berichtszeitraum ist weder bei Ausländerinnen und Ausländern noch in der Gesamtbevölkerung eine Veränderung der Quoten festzustellen.

Die Quote der Gewaltkriminalität lag 2007 für die Gesamtbevölkerung bei 0,3%, für die ausländische Bevölkerung über alle Altersklassen bei 0,7%. Betrachtet man die Quoten nach Alter, zeigt sich, dass sie bei der ausländischen Bevölkerung in allen Altersgruppen deutlich über denen der Gesamtbevölkerung liegen.

Abbildung 18



Auch bei der Gewaltkriminalität liegen den Zahlen der PKS zufolge die Quoten von Jugendlichen zwischen 14 und 25 Jahren besonders hoch (wobei auch hier die Einschränkung gilt, dass die strafrechtliche Auffälligkeit junger Menschen nicht überbewertet werden sollte, siehe oben): Im Jahr 2007 betragen diese unter jugendlichen Minderjährigen insgesamt 1,3%, bei gleichaltrigen Ausländerinnen und Ausländern 3,0%, bei den 18- bis 21-Jährigen insgesamt 1,2% und unter gleichaltrigen Ausländerinnen und Ausländern 2,4%. Bei jungen Erwachsenen liegen die Gewaltkriminalitätsquoten insgesamt bei 0,8% und bei Nicht-Deutschen bei 1,3%.

Weitergehende sozialstrukturelle Analysen sind in diesem Bereich aufgrund der Datenlage nicht möglich. Es sei auf den Periodischen Sicherheitsbericht des Bundesministeriums des Inneren verwiesen.

Beurteilung des Indikators

Der Indikator ist aussagekräftig.

Indikator 14.3

Rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Gewalttaten

Als Indikator für Diskriminierung gilt die Anzahl der registrierten *rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Gewalttaten*. Die diesbezügliche Aufklärungsquote zeigt einen Erfolg in der Bekämpfung von Diskriminierung an.

Datengrundlage

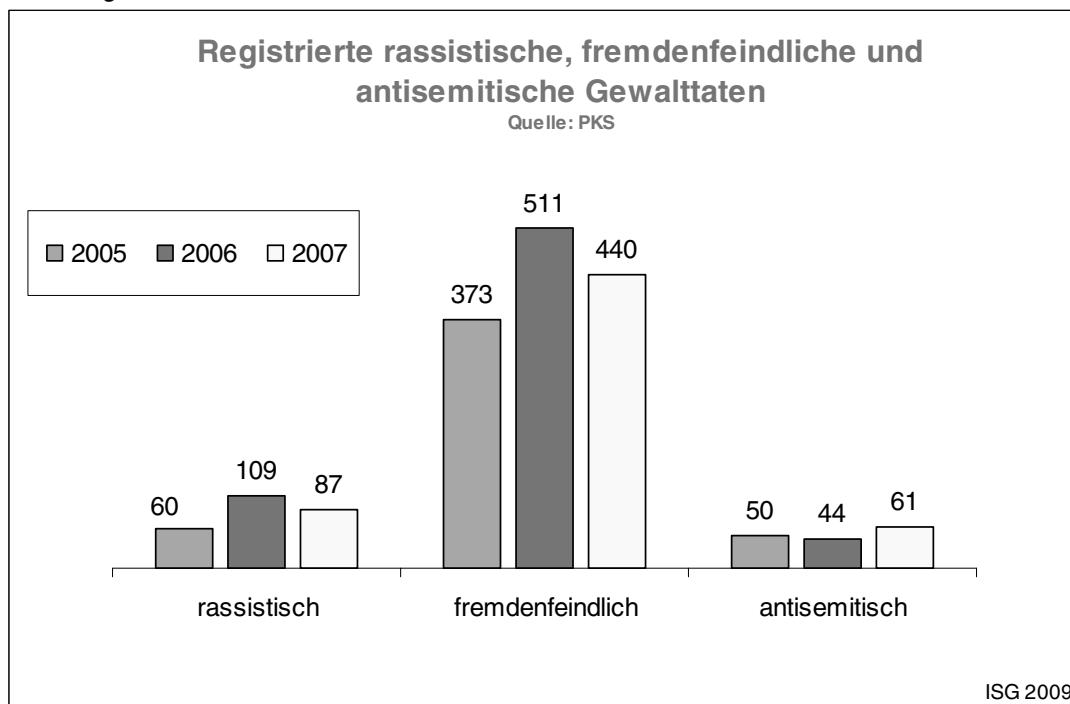
Statistiken des Bundeskriminalamts zu politisch motivierter Kriminalität (PMK) geben Auskunft über Anzahl und Art der in Deutschland registrierten Straftaten in diesem Bereich. Das Meldesystem „Politisch motivierte Kriminalität“ orientiert sich am international gängigen Oberbegriff „Hate-Crime“ und stellt damit die „Tat auslösende“ politische Motivation ins Zentrum. Darin werden Straftaten erfasst, die sich gegen Personen aufgrund ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft, ihres äußereren Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status richten oder aus derartigen Beweggründen gegen eine Institution oder Sache verübt werden. Bei rassistischen, fremdenfeindlichen und antisemitischen Straftaten handelt es sich überwiegend um Propagandadelikte. Im Folgenden werden daher vorrangig rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Gewalttaten referiert.

Die Entwicklung der als PMK registrierten antisemitischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalttaten⁶⁹ in den Jahren 2005, 2006 und 2007 zeigt einen extremen Anstieg (vor allem hinsichtlich der rassistischen und fremdenfeindlichen Delikte) im Jahr 2006. Im Jahr 2007 gingen die Zahlen zwar zurück, liegen aber immer noch deutlich über denen von 2005. Es ist also nach wie vor ein hohes Niveau der Anzahl rechts motivierter (und laut Verfassungsschutz auch rechtsextremistischer) Straf- und Gewalttaten zu beklagen.

Insgesamt gab es im Jahr 2005 3.988 Fälle von Hasskriminalität (darunter 440 Gewaltdelikte), im Jahr 2006 4.813 Fälle (darunter 562 Gewaltdelikte) und im Jahr 2007 4.295 Fälle (darunter 513 Gewaltdelikte). Für das Jahr 2007 wurden dabei 440 fremdenfeindliche, 61 antisemitische und 87 rassistische Gewalttaten verzeichnet.

⁶⁹ Es sei darauf hingewiesen, dass der Begriff der Gewalttaten im Rahmen der PKM nicht immer identisch mit dem Gewalttatenbegriff der PKS ist. So wird z.B. die „einfache“ Körperverletzung im Bereich der politisch motivierten Kriminalität als Gewalttat erfasst, im Bereich der PKS nicht. Außerdem ist zu bedenken, dass eine Doppelnennung bei den Kategorien antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Gewalttaten möglich ist.

Abbildung 19



Zu bedenken ist, dass die beschriebenen Zahlen - wie auch in der Kriminalitätsstatistik - stark mit dem Anzeigeverhalten in der Bevölkerung zusammen hängen. Ein Anstieg der registrierten Gewalttaten kann also entweder einen tatsächlichen Anstieg der Delikte oder aber auch eine Zunahme der diesbezüglichen Anzeigen indizieren.

Tabelle 41

Registrierte rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Gewalttaten						
	2005		2006		2007	
	Gewalttaten	Aufklärungsquote	Gewalttaten	Aufklärungsquote	Gewalttaten	Aufklärungsquote
rassistisch	60	68,3	109	79,8	87	72,4
fremdenfeindlich	373	74,5	511	79,1	440	72,7
antisemitisch	50	78,0	44	88,6	61	86,0

Die Aufklärungsquote bei antisemitischen, fremdenfeindlichen und rassistischen Gewalttaten lag im Jahr 2006 mit etwa 80% im Bereich der fremdenfeindlichen/ rassistischen Gewalt besonders hoch. Antisemitische Gewaltdelikte werden am ehesten aufgeklärt: Hier liegt die Erfolgsquote 2007 bei 86,0% (gegenüber 72,4% bzw. 72,7% bei rassistischen und fremdenfeindlichen Delikten).

Beurteilung des Indikators

Sofern die Einschränkungen bezüglich des variablen Anzeigeverhaltens berücksichtigt werden, ist dieser Indikator gut geeignet, um rassistische, fremdenfeindliche und antisemitische Tendenzen in der Gesellschaft abzubilden, die die Integrationsfortschritte behindern. Der

Indikator sollte in Zukunft durch weitere Indikatoren ergänzt werden, die die Diskriminierung von Personen mit Migrationshintergrund auch unterhalb der Gewaltschwelle verlässlich darstellen.

ZUSAMMENFASSUNG

Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung betreffen den Integrationsprozess in unterschiedlicher Weise, was eine differenzierte Beschreibung erfordert. Einerseits kann Delinquenz Ausdruck mangelnder Integration sein, andererseits steht Diskriminierung Integrationsbemühungen im Weg. Die Kriminalitätsquoten sind im gesamten Berichtszeitraum relativ konstant und liegen in der ausländischen Bevölkerung auch im Jahr 2007 (mit 5,4%) höher als in der Gesamtbevölkerung (mit 2,7%).

Antisemitische, fremdenfeindliche und rassistische Gewalttaten lagen im Jahr 2006 besonders hoch. Im Jahr 2007 gingen die Zahlen zwar zurück, es ist aber nach wie vor ein hohes Niveau der Anzahl rechts motivierter Straf- und Gewalttaten zu beklagen.

C. WEITERFÜHRENDE ANALYSE

Die weiterführende Analyse konzentriert sich auf sechs ausgewählte Bereiche des Integrationsindikatorenberichts und untersucht mittels multivariater statistischer Analysen, welchen Einfluss migrationsbiographische Merkmale (wie Migrationshintergrund und Migrationserfahrung) auf Bildung, berufliche Ausbildungswege, Arbeitsmarktintegration, Armut, gesellschaftliches Engagement und Gesundheit haben. Dabei werden Migrantinnen und Migranten der ersten und zweiten Generation Personen ohne Migrationshintergrund gegenübergestellt.

Während im deskriptiven Teil (Kapitel B) einfache Vergleiche im Mittelpunkt standen, sollen im Folgenden durch die Berücksichtigung von relevanten Einflussfaktoren die Ursachen für die in vielen Dimensionen der Lebenslage ungünstigere Position von Migrantinnen und Migranten ermittelt werden. Darunter ist zu verstehen, dass die statistischen Modelle schrittweise um erklärende Variablen erweitert werden, um die Unterschiede zwischen Personen mit Migrationshintergrund und der Gesamtbevölkerung auf mögliche Einflussfaktoren wie Bildung, Einkommen, Einstellungen und ähnliches zurückzuführen. Die multivariate statistische Analyse bedient sich hierbei so genannter „Modelle“: jeder Schritt, in dem Einflussfaktoren hinzugezogen werden, wird als eigenes Erklärungsmodell bezeichnet und im Text bezüglich seiner Erklärungskraft diskutiert. Als Beispiel sei die häufig formulierte Annahme erwähnt, dass die hohe Erwerbslosenquote unter Personen mit Migrationshintergrund eine Folge ihres niedrigen Bildungsstands ist. Dieser These lässt sich mit einem multivariaten Auswertungsverfahren, das schrittweise um relevante Einflussfaktoren ergänzt wird, nachgehen. Zunächst werden nur die migrationsspezifischen Merkmale im Modell berücksichtigt. Dann werden Bildungsfaktoren hinzugezogen. Verliert der Migrationshintergrund teilweise oder völlig an Einfluss, dann ist anzunehmen, dass der ungünstige migrationsspezifische Effekt durch die geringere Bildung von Migrantinnen und Migranten zu erklären ist. Diese Auswertungsstrategie gilt es im Folgenden für die genannten sechs Bereiche anzuwenden. Es stehen in den untersuchten Datensätzen nicht immer alle relevanten Variablen zur Verfügung, um den (zumeist ungünstigen) Effekt des Migrationshintergrunds vollständig aufzuklären. Es besteht in allen Bereichen weiterer Forschungsbedarf.

Datengrundlage für die Analysen sind die PISA-Studie 2008 mit Bezugsjahr 2006, der Mikrozensus 2005 und der Freiwilligensurvey 2004. Die Zusammenhänge werden hierbei anhand von Jahreszahlen und nicht von Entwicklungen dargestellt.

1. Bildung

Die Ergebnisse in Kürze

Aus der Bildungsforschung ist bekannt, dass Geschlecht, migrationsspezifische Merkmale, der Bildungsabschluss der Eltern, das Haushaltseinkommen, die im Haushalt gesprochene Sprache, die Anzahl der Bücher im Haushalt und die Ausgaben für Bildung wichtige Einflussfaktoren sind, die, unabhängig vom Migrationshintergrund, mit dem Schulerfolg in Zusammenhang stehen können.

Die weiterführende Analyse im Bereich Bildung erfolgt mittels statistischer Auswertungsverfahren, die den Einfluss der Faktoren auf den Schulerfolg bestimmen. Schrittweise wird das statistische Erklärungsmodell um die relevanten Einflussmerkmale für den Bildungserfolg ergänzt. Auf diese Weise kann geprüft werden, ob und unter welchen Bedingungen der Einfluss von migrationsspezifischen Faktoren auf den Schulerfolg anhand anderer Einflussfaktoren erklärt werden kann. Dadurch lassen sich z.B. Hinweise gewinnen, weshalb Jugendliche mit Migrationshintergrund im einfachen Vergleich schlechter im Bereich der Bildung abschneiden als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (vgl. Kapitel B 3).

Die Ergebnisse zeigen, dass der Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale unter Hinzuziehung von relevanten Einflussfaktoren generell aufgeklärt werden kann - außer für männliche Jugendliche mit eigener Migrationserfahrung. Die durchgeföhrten statistischen Analysen legen nahe, dass der Effekt der migrationsspezifischen Merkmale durch sozialstrukturelle Faktoren, den Sprachgebrauch im Haushalt und die Bildungserwartung der Eltern erklärt werden kann: Die weniger erfolgreichen Schulkarrieren von Jugendlichen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Jugendlichen ohne Migrationshintergrund können demzufolge teilweise darauf zurückgeführt werden, dass im Haushalt nicht deutsch gesprochen wird, die Eltern ein geringes Bildungsniveau sowie eine geringe Bildungsorientierung aufweisen.

Die Erweiterung des PISA-Fragebogens um Instrumente, die das Umfeld (Freundeskreis, Wohnlage etc.) des Kindes erfassen, könnte dazu beitragen, das in unserer Analyse nicht vollständig erklärte schlechtere Abschneiden von männlichen Jugendlichen der ersten Generation weiter zu erhellen.

In der Bildungsforschung wurden bisher verschiedene Faktoren benannt, die eine Bildungskarriere begünstigen. Dabei werden drei Ebenen unterschieden: Auf der individuellen Ebene kommen die persönlichen Merkmale, auf der Mesoebene die Bedingungen des nahen Umfelds (Kontextbedingungen) und auf der Makroebene die strukturellen Bedingungen in Betracht. Zu den wichtigen Einflussfaktoren auf der individuellen Ebene zählen z.B. das Geschlecht, die migrationsbedingten Merkmale, die Bildungsaspiration und die Lernkompetenzen des Kindes. Zur Mesoebene gehören Faktoren wie die Segregation am Wohnort, die sozialen Kontakte sowie die familiären Ressourcen und Restriktionen. Auf der Makroebene werden die gesellschaftlichen, institutionellen oder rechtlichen Bedingungen angeführt. Die Betrachtung der Makroebene entfällt jedoch in der folgenden Analyse, da es sich um einen Vergleich innerhalb Deutschlands handelt.

Analysen zur Schullaufbahn

Im Folgenden soll die Schulkarriere von Jugendlichen innerhalb Deutschlands betrachtet werden. Dafür wird der Einfluss von Faktoren auf der individuellen und auf der Mesoebene auf die Schulkarriere der Jugendlichen geprüft. Die besuchte Schulform ist der Indikator zur Messung der Schulkarriere. Die besuchte Schulform setzt sich aus drei Kategorien zusammen. Die erste Kategorie erfasst den Besuch der Hauptschule, die zweite den Besuch der

Real- und Gesamtschule und die dritte den Besuch des Gymnasiums.⁷⁰ Für die Analyse werden die Daten aus der PISA-Studie 2008 mit dem Bezugsjahr 2006 genutzt.

In einem multivariaten linearen Regressionsmodell⁷¹ wurde überprüft, in welchem Zusammenhang die Faktoren Schulbildung der Eltern, Haushaltseinkommen, Bildungsausgaben der Eltern, Geschlecht, Migrationsgeschichte und die im Haushalt gesprochene Sprache mit der Schulkarriere des Kindes stehen.⁷² Das Regressionsmodell wurde schrittweise um die relevanten Einflussfaktoren erweitert, um den Effekt der migrationsbedingten Merkmale auf die Schulkarriere aufzuklären. Die besuchte Schulform des Kindes stellt die zu erklärende Variable dar.

Tabelle 42 weist in den Spalten die Einflussfaktoren (unabhängige Variablen), den statistischen Zusammenhang (unstandardisierter Regressionskoeffizient B), die Irrtumswahrscheinlichkeit (Signifikanzniveau) und die Richtung des Effekts (positiv oder negativ) aus. Die unabhängigen Variablen sind Merkmale, die die abhängige Variable – in diesem Fall den besuchten Schultyp – beschreiben und erklären können. Der unstandardisierte Koeffizient B sagt etwas über den Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variablen aus. Bei einem Regressionskoeffizienten B größer als 0 erhöht sich der prognostizierte Wert zu Gunsten des Besuchs einer Schulform, die zu einem höheren Schulabschluss führt, während sich bei einem Regressionskoeffizienten B unter 0 der prognostizierte Wert für die besuchte Schulform reduziert und somit Personen mit einem bestimmten Merkmal eher einen niedrigeren Schulabschluss erreichen werden als die Personen der Referenzkategorie. Die Erhöhung und Verringerung des prognostizierten Wertes für den Schulbesuch hat nur dann statistisch eine Erklärungskraft (bzw. ist nur dann signifikant), wenn die betreffende unabhängige Variable mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5 Prozent Einfluss auf die abhängige Variable „Schulbesuch“ ausübt. Die Irrtumswahrscheinlichkeit erlaubt, die Möglichkeit eines Fehlschlusses von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit messbar zu machen.

Anhand der PISA-Studie lässt sich dies wie folgt erläutern. Die PISA-Studie beruht auf einer Auswahl (Stichprobe) von Schülerinnen und Schülern. Die Größe der Stichprobe ist im unteren Teil der Tabelle in der Zeile „N“ angegeben. Eine Aussage über die Grundgesamtheit der

⁷⁰ In der vorliegenden Analyse wurden diese Formen in aufsteigender Reihenfolge geordnet. Dabei können Hauptschule und Gymnasium eindeutig zugeordnet werden, während es sich herausgestellt hat, dass es keinen Einfluss auf das Ergebnis hat, ob Realschule und Gesamtschule als mittlere Form zusammengefasst oder aus der Betrachtung herausgenommen werden.

⁷¹ Die lineare Regression ist ein Verfahren zur Analyse von Variablen mit mehreren Ausprägungen, die sich in einer aufsteigenden Reihenfolge ordnen lassen und sich voneinander jeweils um einen bestimmten Betrag unterscheiden. Der Einfluss der erklärenden Variablen lässt sich mathematisch in einer linearen Funktion beschreiben. Ändert sich das Merkmal um eine Einheit, so verändert sich auch die zu erklärende Variable um einen bestimmten Betrag, der in Form des Regressionskoeffizienten "B" angegeben wird (vgl. Glossar im Anhang).

⁷² Die Analyseergebnisse verändern sich nicht, wenn anstatt der linearen Regression eine multinomiale logistische Regression geschätzt wird, in der die Einmündung von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund separat für die einzelnen Schulformen geschätzt werden kann. Es lässt sich auch eine logistische Regression verwenden, um die Schulkarriere zu erklären, die anhand des Besuchs eines Gymnasiums operationalisiert wird. Auch in diesem Fall ändern sich die Ergebnisse inhaltlich nicht.

Schülerinnen und Schüler in Deutschland auf Grundlage der PISA-Studie unterliegt einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit, weil nicht alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland befragt worden sind. Bei einer Irrtumswahrscheinlichkeit bzw. einem Signifikanzniveau von 5 Prozent (in der Tabelle gekennzeichnet mit „**“) ist davon auszugehen, dass der beobachtete Effekt in der Stichprobe auch in der Grundgesamtheit vorliegt. Je niedriger die Irrtumswahrscheinlichkeit (1 Prozent - „***“ – oder 0,1 Prozent - „****“), desto sicherer ist anzunehmen, dass der in der Stichprobe ermittelte Zusammenhang auch in der Grundgesamtheit besteht. Die Angaben in der Spalte „Effekt“ der Tabelle 42 zeigen die Einflussrichtung der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable. Bei einem Pluszeichen erhöht sich der prognostizierte Wert signifikant, bei einem Minuszeichen verringert er sich signifikant, und beim Eintrag „0“ hat die unabhängige Variable keinen signifikanten Einfluss auf die besuchte Schulform.

Tabelle 42

Regressionsmodell zur besuchten Schulform					
abh. Variable Schulbesuch (1 = Haupt-, 2=Real- sowie Gesamtschule, 3=Gymnasium)	Modell 1 B Sig. Effekt	Modell 2 B Sig. Effekt	Modell 3 B Sig. Effekt	Modell 4 B Sig. Effekt	
Konstante	3,00 *** +	1,16 *** +	0,80 *** +	0,64 *** +	
Geschlecht					
männlich	Referenzkategorie	Referenzkategorie	Referenzkategorie	Referenzkategorie	
weiblich	-0,05 n.s. 0	-0,05 n.s. 0	-0,05 n.s. 0	-0,11 * -	
Migrationsbiographische Merkmale					
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie	Referenzkategorie	Referenzkategorie	Referenzkategorie	
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	-0,36 *** -	-0,12 *** -	-0,01 n.s. 0	0,01 n.s. 0	
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	-0,26 *** -	-0,05 n.s. 0	0,04 n.s. 0	0,07 * +	
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	-0,45 *** -	-0,29 *** -	-0,19 *** -	-0,11 ** -	
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	-0,39 *** -	-0,19 *** -	-0,07 n.s. 0	0,03 n.s. 0	
unvollst. Angaben zu den migrationsbiographischen Merkmalen	-0,31 *** -	-0,25 *** -	-0,26 *** -	-0,18 ** -	
Sozialstrukturelle Faktoren					
Haushaltseinkommen		0,09 *** +	0,09 *** +	0,06 *** +	
unvollst. Angabe zum Haushaltseinkommen		0,15 *** +	0,15 *** +	0,17 *** +	
Schulabschluss der Mutter		0,13 *** +	0,12 *** +	0,09 *** +	
unvollständige Angabe zum Schulabschluss der Mutter		0,29 *** +	0,31 *** +	0,18 *** +	
Schulabschluss des Vaters		0,18 *** +	0,18 *** +	0,13 *** +	
unvollständige Angabe zum Schulabschluss des Vaters		0,52 *** +	0,52 *** +	0,34 *** +	
Sprache					
ausländische Sprache im Haushalt			Referenzkategorie	Referenzkategorie	
im Haushalt wird überwiegend Deutsch gesprochen			0,17 *** +	0,12 *** +	
unvollst. Angabe zur der im Haushalt überwiegend gesprochenen Sprache			-0,01 n.s. 0	-0,07 * -	
Bildungsorientierung					
Anzahl Bücher im Haushalt				0,14 *** +	
unvollst. Angaben zu der Anzahl an Büchern				0,63 *** +	
Bildungsausgaben				0,04 * +	
unvollst. Angaben zu den Bildungsausgaben				-0,11 * -	
N	4334	4334	4334	4334	
R ²	0,05	0,21	0,22	0,28	

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant

Datensatz: PISA-Studie 2008 auf Basis des Bezugsjahres von 2006;

Datenbasis: Schüler, die eine Hauptschule, Realschule, Gesamtschule oder ein Gymnasium besuchen; Daten gewichtet

In Modell 1 haben wir das Geschlecht sowie die migrationsbedingten Merkmale einfließen lassen. Es zeigt sich, dass Kinder mit Migrationshintergrund durchgängig niedrigere Schulformen besuchen, unabhängig vom Geschlecht und unabhängig von der Frage, ob sie selbst eingewandert sind (erste Generation) oder in Deutschland als Kinder von eingewanderten Eltern geboren sind (zweite Generation).

In Modell 2 wurden zusätzliche sozialstrukturelle Hintergrundmerkmale wie der Schulabschluss der Eltern und das Haushaltseinkommen integriert. Es zeigt sich, dass unter Berücksichtigung von sozialstrukturellen Faktoren die migrationsspezifischen Merkmale an Einflussstärke auf die Bildungskarriere des Kindes verlieren. In der Tabelle lässt sich dies daran erkennen, dass die entsprechenden Regressionskoeffizienten (Werte in Spalte „B“) niedriger ausfallen. Im Ausgangsmodell verringerte sich zum Beispiel der prognostizierte Wert für die besuchte Schulform von männlichen Jugendlichen der ersten Generation noch um 0,45, während im Modell 2 der entsprechende prognostizierte Wert nur um 0,29 fällt. Dennoch bleibt auch im Modell 2 immer noch ein signifikanter negativer Zusammenhang zwischen migrationspezifischen Merkmalen und dem Niveau der besuchten Schulform bestehen. Eine Ausnahme stellen die weiblichen Jugendlichen der zweiten Generation dar. Diese unterscheiden sich unter Berücksichtigung der sozialstrukturellen Faktoren nicht mehr von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Daraus ist abzuleiten, dass weniger erfolgreiche SchulkARRIEREN von weiblichen Jugendlichen der zweiten Generation nicht auf den Migrationshintergrund an sich, sondern auf das niedrige Bildungsniveau und das geringere Haushaltseinkommen der Eltern zurückzuführen sind.

Das Modell 3 ist um die im Haushalt gesprochene Sprache ergänzt worden. Dadurch verliert ein weiterer Teil der migrationsspezifischen Merkmale an signifikantem Einfluss auf die besuchte Schulform. Männliche Kinder der zweiten Generation und weibliche Kinder beider Generationen unterscheiden sich bezüglich ihrer Schulkarriere nicht mehr signifikant von Kindern ohne Migrationshintergrund, wenn sie unter den gleichen sozialstrukturellen und sprachlichen Voraussetzungen leben. Die Analyse zeigt, dass sozialstrukturelle und sprachliche Effekte unabhängig voneinander eine Rolle spielen. Die Verwendung der deutschen Sprache im Haushalt hängt zwar mit dem Haushaltseinkommen und dem Bildungsniveau der Eltern zusammen, aber Kinder mit Migrationshintergrund profitieren generell davon, wenn im Haushalt Deutsch gesprochen wird, unabhängig vom Bildungsniveau und Haushaltseinkommen der Familie. Demzufolge wäre von Maßnahmen zur Förderung der deutschen Sprachkenntnisse von Eltern ein positiver Effekt auf die SchulkARRIEREN von Kindern mit Migrationshintergrund zu erwarten, wenn diese Maßnahmen tatsächlich dazu führen, dass im Haushalt häufiger die deutsche Sprache gesprochen wird.

Im Modell 4 wurden die Erklärungsfaktoren um zwei weitere Merkmale ergänzt, die die Bildungsorientierung der Eltern beschreiben. Dabei handelt es sich um die Anzahl der Bücher im Haushalt und die monatlichen Bildungsausgaben der Eltern für ihr Kind. Im Ergebnis zeigt sich ein positiver Zusammenhang der Höhe der monatlichen Bildungsausgaben der Eltern und der Anzahl der Bücher im Haushalt mit dem Besuch von Schulformen, die zu höheren Bildungsabschlüssen führen. Zugleich wird deutlich, dass unter Berücksichtigung dieser Faktoren die Schulkarriere von Mädchen der zweiten Generation sogar etwas besser verläuft als von Mädchen ohne Migrationshintergrund, sofern alle übrigen Bedingungen, wie der Schulabschluss der Eltern u.a., einander gleichen. Der ungünstige Einfluss von migrationsspezifischen Merkmalen der männlichen Jugendlichen der ersten Generation auf die Schulkarriere bleibt trotz der Berücksichtigung von sozialstrukturellen Hintergrundmerkmalen, der sprachlichen Bedingungen im Haushalt und der Bildungsorientierung der Eltern weiterhin bestehen.

In dieser Gruppe sind Jugendliche enthalten, die erst während der Schullaufbahn nach Deutschland zugezogen sind. Die Erweiterung der Analyse um Einflussfaktoren auf der Messoebene wie soziale Netzwerke und der Deprivations- und Segregationsgrad des Wohngebiets könnte Aufschluss darüber geben, weshalb männliche Jugendliche der ersten Generation bezüglich ihrer Schulkarriere schlechter abschneiden als männliche Jugendliche mit Migrationshintergrund, die in Deutschland geboren sind.⁷³

2. Ausbildung

Die Ergebnisse in Kürze

Die weiterführende Analyse im Bereich Ausbildung beruht auf einer Untersuchung von Arbeits- und Ausbildungsoptionen, die Jugendlichen nach Abschluss der Schule offen stehen. Schulabsolventinnen und Schulabsolventen ohne Berufsabschluss haben die Möglichkeit, keiner Erwerbstätigkeit nachzugehen, eine Erwerbstätigkeit auszuüben, sich als Erwerbsloser um eine Beschäftigung zu bemühen oder eine Berufsausbildung bzw. ein Studium aufzunehmen; dabei können gesundheitliche oder familiäre Gründe oder persönliche Präferenzen eine Rolle spielen.

Die Analyse beruht auf der schrittweisen Erweiterung statistischer Modelle mit relevanten erklärenden Einflussfaktoren, um zu prüfen, welcher Einfluss migrationsbedingte und sozialstrukturelle Merkmale auf den Lebensweg von Jugendlichen haben. Die vorliegenden Daten reichen jedoch nicht aus, um die Phase nach der Schulzeit auch bezüglich persönlicher, familiärer und Umfeldbedingungen adäquat analysieren zu können. Aufgrund dieser Einschränkungen können die Modelle neben den migrationsbedingten Daten nur das Geschlecht, das Alter, das Bildungsniveau und den Familienstand einbeziehen.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Einfluss der migrationsbiographischen Merkmale unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Bildung und Familienstand teilweise erklärt werden kann. Insbesondere ein niedriges Bildungsniveau und der Familienstand von Jugendlichen mit Migrationshintergrund können den ungünstigen Effekt erklären, den migrationsspezifische Merkmale auf den Übergang von der Schule in Erwerbstätigkeit, in eine Berufsausbildung oder ein Studium ausüben. Die Erhebung von zusätzlichen Daten könnte dabei helfen, den noch ungeklärten und ungünstigen migrationsbiographischen Effekt auf Jugendliche, die auf dem Arbeitsmarkt oder in Ausbildung sind, aufzuhellen.

⁷³ Die vorliegende Analyse erfolgte auf Basis des internationalen PISA-Datensatzes. Der deutsche Datensatz enthält an manchen Stellen differenziertere Informationen, die bei weiteren Analysen genutzt werden können (vgl. etwa Baumert, J./ Stanat, P./ Watermann, R. (Hrsg. 2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. VS Verlag 2006). - Vertiefende Daten, auch zu außerschulischen Faktoren, werden außerdem ab 2014 im Bildungspanel zur Verfügung stehen. Diese Variablen können in die Analyse einbezogen werden, sobald dieser Datensatz vorliegt.

Die Arbeitsmarktforschung stellte bisher verschiedene Faktoren heraus, die den Übergang von der Schule in den Arbeitsmarkt oder in die berufliche Qualifizierung erklären können. Dazu gehören auf der Mikroebene das Geschlecht, die migrationsbedingten Merkmale, der Familienstand, die Zeugnisnoten und der Schulabschluss. Auf der Mesoebene können Faktoren wie die Größe des sozialen Netzwerks, die im Haushalt gesprochene Sprache und die familiären Bedingungen eine Rolle spielen. Die Makroebene stellt die gesellschaftlichen Bedingungen in den Vordergrund der Untersuchungsperspektive, entfällt jedoch in der folgenden Analyse, da es sich um einen Vergleich innerhalb Deutschlands handelt.

Analysen zum Bereich Ausbildung

Die im deskriptiven Teil (Kapitel B 4) untersuchten Indikatoren beschreiben im Ausbildungsbereich berufliche und akademische Bildungspfade. Sie ermöglichen nur eine eingeschränkte Sicht auf die Phase nach dem Schulbesuch, wenn man davon ausgeht, dass neben der Ausbildung auch der direkte Weg auf den Arbeitsmarkt oder die Nichterwerbsbeteiligung als alternative Lebenswege möglich sind. Die weiterführende Analyse soll nun darüber Aufschluss geben, welche Faktoren den weiteren Lebensverlauf nach Beendigung der Schulzeit beeinflussen. Im Mittelpunkt steht der mögliche Effekt des Migrationshintergrunds und von sozialstrukturellen Merkmalen, die durch die Hinzuziehung von relevanten Einflussfaktoren erklärt werden sollen.

In der Analyse wird zwischen fünf Optionen unterschieden, die Jugendliche im Anschluss an den Besuch einer allgemeinbildenden Schule haben:

- | | | | | | | |
|--|---|---------------------|---|---|---|------------------------------|
| 1. Keine Orientierung auf Ausbildung/Arbeitsmarkt
(Nichterwerbsbeteiligung) | 2. Arbeitssuche ohne bestehende Beschäftigung
(Erwerbslosigkeit) | 3. Erwerbstätigkeit | 4. Besuch einer berufsbildenden/-qualifizierenden Ausbildungsstätte (Ausbildung, Fach-, Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsakademie u. ä.) | 5. oder Besuch einer Fachhochschule oder Universität. | } | Nichterwerbspersonen |
| | | | | | | Arbeitsmarkt |
| | | | | | | Berufsausbildung/
Studium |

In die Untersuchung werden Jugendliche und junge Erwachsene einbezogen, die zwischen 15 und 29 Jahre alt sind, nicht mehr die allgemeinbildende Schule besuchen und noch keinen Berufsabschluss haben. Nichterwerbspersonen stehen dem Arbeitsmarkt, bedingt durch gesundheitliche, familiale oder private Restriktionen, nicht zur Verfügung und sind von Erwerbspersonen zu unterscheiden, die sich als Erwerbslose oder als Erwerbstätige ohne Ausbildung auf dem Arbeitsmarkt bewegen. Überwiegend wird aber die Möglichkeit genutzt, eine Berufsausbildung oder ein Fachhochschul- oder Hochschulstudium aufzunehmen.

Die Analysen beruhen auf den Daten des Mikrozensus 2005. Der Datensatz erlaubt es, die Migrationsbiographie und die Lebenswege im Anschluss an die Schulzeit zu rekonstruieren.

Alternative Datensätze zu der hier untersuchten Thematik, die über eine ausreichende repräsentative Migrantenstichprobe und über zusätzliche Erklärungsvariablen verfügen, stehen nicht zur Verfügung, wären aber wünschenswert.

Abbildung 20: Auswertungsschema

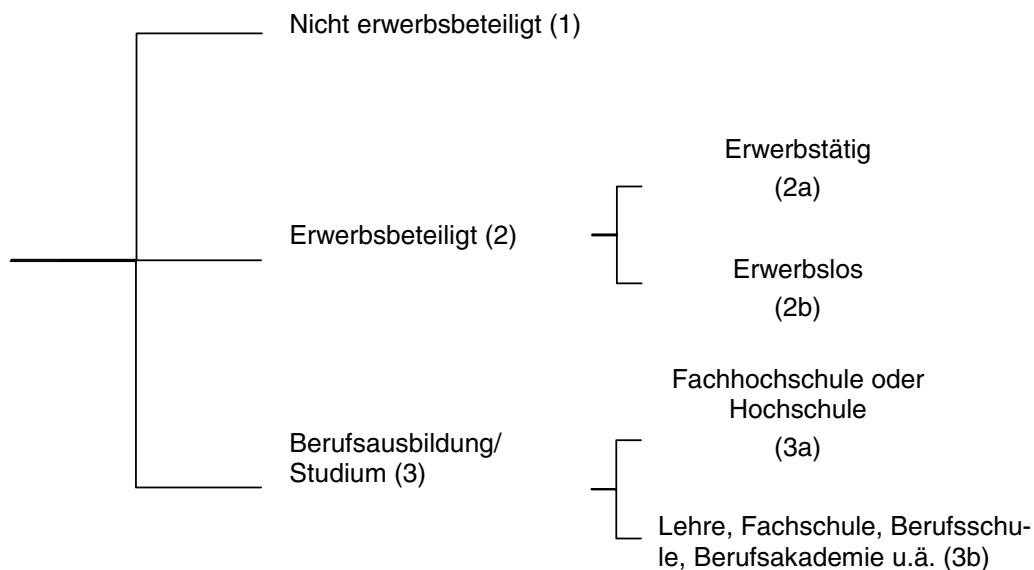


Abbildung 20: Auswertungsschema veranschaulicht die Auswertungsstrategie. Im ersten Schritt gilt es zu untersuchen, in welchem Zusammenhang migrationsspezifische Merkmale mit der Einmündung in Nichterwerbsbeteiligung, Erwerbsbeteiligung oder Berufsausbildung/Studium stehen. Da es sich um drei Optionen handelt, werden mehrere logistische Regressionen geschätzt und jeweils zwei Entscheidungsmöglichkeiten verglichen.⁷⁴ Zunächst steht die Option Nichterwerbsbeteiligung im Mittelpunkt: Sie wird zum einen der Option Erwerbsbeteiligung (1 versus 2), zum anderen der Option Berufsausbildung/ Studium (1 versus 3) gegenübergestellt. Im anschließenden Auswertungsschritt werden die Nichterwerbspersonen ausgeschlossen und die Optionen Erwerbsbeteiligung und Berufsausbildung/Studium verglichen (2 versus 3). Dabei wird jeweils untersucht, ob die Zugangschancen zu Erwerbstätigkeit oder Berufsausbildung/Studium für Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund einander gleichen, wenn Geschlecht, Alter, Schulabschluss und Familienstand Berücksichtigung finden.

Des Weiteren werden diejenigen, die sich nach dem Schulbesuch unmittelbar auf den Arbeitsmarkt hin orientieren, differenziert nach Erwerbslosen und Erwerbstätigen untersucht (2a versus 2b). Für diese Personengruppe werden die Chancen auf Erwerbstätigkeit in Relation zu der Referenzkategorie Erwerbslosigkeit statistisch untersucht („geschätzt“). Abschließend stehen Berufsausbildung und Studium im Vordergrund der Analyse, wobei nach Berufsausbildung (Ausbildung, Fach-, Berufsschule, Berufsfachschule, Berufsakademie u. ä.) und Studium (Fachhochschule bzw. Universität) unterschieden wird. Dabei gilt es, Jugendliche mit Migrationshintergrund und Jugendliche ohne Migrationshintergrund dahingehend zu

⁷⁴ Eine multivariate logistische Regression ist ein statistisches Verfahren, um eine abhängige Variable mit zwei Ausprägungen mit einer Vielzahl von unabhängigen, erklärenden Faktoren zu beschreiben (vgl. Glossar im Anhang).

vergleichen, wie ihre Wahl zwischen Berufsausbildung und Studium ausfällt (3a versus 3b), wenn sie Abitur oder Fachabitur haben.

Die Tabellen weisen in den Spalten die Einflussfaktoren (unabhängige Variablen), den statistischen Zusammenhang (das Odds Ratio), die Irrtumswahrscheinlichkeit (Signifikanzniveau) und die Richtung des Effekts (positiv oder negativ) aus. Die unabhängigen Variablen sind Merkmale, die die abhängige Variable beschreiben und erklären können. Das Odds Ratio beschreibt den Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable. Bei einem Odds Ratio, das größer als 1 ist, verbessert sich das Chancenverhältnis zu Gunsten des Eintretens eines bestimmten Lebensweges, während sich das Chancenverhältnis für einen bestimmten Lebensweg bei einem Odds Ratio unter 1 verschlechtert. Die Verbesserung oder Verschlechterung des Chancenverhältnisses hat nur dann statistisch eine Erklärungskraft (bzw. ist nur dann signifikant), wenn die betreffende unabhängige Variable mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5 Prozent (in der Tabelle gekennzeichnet mit „**“) einen Einfluss auf die abhängige Variable ausübt. Die Irrtumswahrscheinlichkeit macht die Möglichkeit eines Fehlschlusses von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit messbar. Der Mikrozensus ist eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit Deutschlands. Die Größe der analysierten Stichprobe ist im unteren Teil der Tabelle in der Zeile „N“ angegeben. Eine Aussage über die Grundgesamtheit auf Basis des Mikrozensus ist nur mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit möglich. Je niedriger das Signifikanzniveau (1 Prozent - „***“ – oder 0,1 Prozent - „****“), desto sicherer ist anzunehmen, dass der Effekt auch in der Grundgesamtheit besteht. Die Angaben in der Spalte „Effekt“ in den Tabellen zeigen die Einflussrichtung der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable. Bei einem Pluszeichen verbessern sich die Chancen signifikant, bei einem Minuszeichen nehmen sie signifikant ab, und im Fall des Eintrags „0“ hat die unabhängige Variable keinen signifikanten Einfluss auf die Chancen für eine bestimmte Option.

(a) Option Nichterwerbsbeteiligung

Tabelle 43 zeigt das Ergebnis des ersten Auswertungsschritts. Dabei geht es darum, die Chancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund auf Nichterwerbsbeteiligung oder Erwerbsbeteiligung zu schätzen (Option 1 versus Option 2). Jugendliche, die sich für Berufsausbildung/Studium entscheiden, sind in diesem Modell nicht berücksichtigt.

Tabelle 43

Logistische Regression zur Entscheidung für Nichterwerbsbeteiligung oder Erwerbsbeteiligung									
abh. Variable: Option 1 vs. Option 2: Nichterwerbsbeteiligung vs. Erwerbsbeteiligung Codierung: 0 = Nichterwerbspersonen; 1 = auf dem Arbeitsmarkt (Arbeit suchend oder in Erwerbstätigkeit)	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt
Geschlecht									
Männlich									
Weiblich	0,40	***	-	0,39	***	-	0,43	***	-
Alter									
	1,03	***	+	1,06	***	+	1,10	***	+
Migrationsbiographische Merkmale									
ohne Migrationshintergrund									
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	1,08	n.s.	0	1,03	n.s.	0	1,08	n.s.	0
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	1,11	n.s.	0	1,06	n.s.	0	1,20	*	+
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	1,23	**	+	1,20	**	+	1,49	***	+
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	0,43	***	-	0,42	***	-	0,55	***	-
Schulabschluss									
kein Schulabschluss									
Hauptschulabschluss									
Realschulabschluss									
(Fach-) Hochschulreife									
	2,25	***	+	2,38	***	+			
	2,79	***	+	2,80	***	+			
	1,14	*	+	0,99	n.s.	0			
Familienstand									
verheiratet									
ledig									
verwitwet/geschieden									
N	15861			15861			15861		
Pseudo R ² (Cox and Snell)	0,19			0,33			0,35		

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant

Datensatz: Mikrozensus 2005

Datenbasis: Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren nach Abschluss der Schulzeit, ohne Berufsausbildung

Es zeigt sich, dass Jugendliche der zweiten Migrantengeneration genauso häufig wie Jugendliche ohne Migrationshintergrund direkt (also ohne Ausbildung) in den Arbeitsmarkt einmünden, wenn die Gegenoption Nichterwerbstätigkeit ist. Männliche Jugendliche der ersten Migrantengeneration hingegen gehen häufiger als männliche Jugendliche ohne Migrationshintergrund direkt in den Arbeitsmarkt über, statt sich für Nichterwerbstätigkeit zu entscheiden. Dagegen tendieren weibliche Jugendliche der ersten Generation im Vergleich zu weiblichen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund signifikant stärker zu Nichterwerbsbeteiligung als zur Arbeitsmarktbeteiligung, wenn sie keine Ausbildung aufnehmen. Die Chance einer Arbeitsmarktbeteiligung weiblicher Jugendlicher der ersten Generation liegt weit unter der von weiblichen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 0,43). Nach Integration des Bildungsniveaus in Modell 2 zeigt sich, dass sich die migrationsspezifischen Effekte für die erste Migrantengeneration durch die Hinzuziehung des Bildungsniveaus als erklärender Faktor nicht signifikant verändern. Männliche Jugendliche der ersten Generation, wenn sie nicht eine Berufsausbildung oder ein Studium absolvieren, bewegen sich weiterhin eher auf dem Arbeitsmarkt statt nicht erwerbsbeteiligt zu sein, vergleicht man sie mit männlichen Jugendlichen der zweiten Generation oder mit solchen ohne Migrationshintergrund. Um den ungünstigen migrationsbiographischen Effekt bei weiblichen Jugendlichen der ersten Generation aufzuklären, ist der Familienstand in das Anschlussmodell 3 integriert worden. Dabei zeigt sich, dass der Effekt weiterhin signifikant bleibt, sich aber abschwächt. Daraus lässt

sich der Schluss ziehen, dass die geringere Chance auf Arbeitsmarktbeteiligung von weiblichen Jugendlichen der ersten Generation zu einem Teil mit dem Familienstand „verheiratet“ in Zusammenhang steht. Zu vermuten ist, dass hierbei ein Zusammenhang mit der Anzahl der eigenen Kinder im Haushalt besteht, die anhand der vorliegenden Daten aus dem Mikrozensus für die Altersgruppe der 15- bis 29-Jährigen nicht eindeutig bestimmbar ist. Unter Berücksichtigung des Familienstandes stellt sich heraus, dass weibliche Jugendliche der zweiten Migrantengeneration jedoch signifikant häufiger als weibliche Jugendlichen ohne Migrationshintergrund direkt in den Arbeitsmarkt übergehen, statt nicht erwerbsbeteiligt zu sein.

Des Weiteren gilt es zu untersuchen, wie die Chancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund auf Nichterwerbsbeteiligung oder den Übergang in Berufsausbildung/Studium aussehen (Option 1 vs. Option 3). Jugendliche, die ohne Ausbildung eine Erwerbstätigkeit ausüben oder sich um Arbeit bemühen, sind von dieser Analyse ausgeschlossen.

Tabelle 44

Logistische Regression zur Entscheidung für Nichterwerbsbeteiligung oder Berufsausbildung/Studium						
abh. Variable: Option 1 vs. Option 3: Nichterwerbsbeteiligung vs. Studium/Berufsausbildung Codierung: 0 = Nichterwerbspersonen; 1 = Berufsausbildung/Studium	Modell 1		Modell 2		Modell 3	
	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt
Geschlecht						
Männlich						
Weiblich	0,55 *** -			0,49 *** -		0,58 *** -
Alter	0,82 *** -			0,76 *** -		0,82 *** -
Migrationsbiographische Merkmale						
ohne Migrationshintergrund						
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	0,64 *** -			0,86 n.s. 0		0,92 n.s. 0
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	0,67 *** -			0,89 n.s. 0		1,08 n.s. 0
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	0,50 *** -			0,74 *** -		1,03 n.s. 0
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	0,22 *** -			0,34 *** -		0,55 *** -
Schulabschluss						
kein Schulabschluss						
Hauptschulabschluss				4,27 *** +		4,58 *** +
Realschulabschluss				14,49 *** +		14,22 *** +
(Fach-) Hochschulreife				25,27 *** +		19,00 *** +
Familienstand						
verheiratet						
ledig						
verwitwet/geschieden						
N	33440			33440		33440
Pseudo R ² (Cox and Snell)	0,19			0,33		0,34

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant
 Datensatz: Mikrozensus 2005
 Datenbasis: Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren nach Abschluss der Schulzeit, ohne Berufsausbildung

Dabei zeigt sich, dass die migrationsbiographischen Merkmale die Chance auf eine Berufsausbildung oder ein Studium reduzieren und Jugendliche mit Migrationshintergrund somit eher nicht erwerbsbeteiligt sind als Jugendliche ohne Migrationshintergrund (Modell 1). Alle migrationsspezifischen Merkmale schwächen sich jedoch unter Berücksichtigung des Bildungsniveaus (Modell 2) ab. Lagen die Chancen eines Jugendlichen der zweiten Generation

auf Einmündung in eine Berufsausbildung oder ein Studium noch deutlich unter denen von Nichtmigranten (Odds Ratio 0,64 für männliche und 0,67 für weibliche Jugendliche), unterscheiden sich die Chancen unter Kontrolle der Schulbildung nicht mehr signifikant. Demnach ist es das niedrige Bildungsniveau von Jugendlichen der zweiten Generation, welches die Chancen zur Aufnahme einer Berufsausbildung oder eines Studiums mindert. Die Hinzuziehung des Familienstands als weiterer erklärender Faktor in Modell 3 führt dazu, dass auch der migrationsbiographische Effekt von männlichen Jugendlichen der ersten Generation aufgeklärt wird. Folglich ist es hier der Familienstand, welcher unter Kontrolle des Bildungsniveaus den ungünstigen Effekt von migrationsspezifischen Merkmalen erklärt. Demnach sind die Chancen verheirateter junger Erwachsener auf Berufsausbildung oder Studium generell signifikant geringer als die lediger, unabhängig von Migrationshintergrund und Berufsausbildung. Der ungünstige Effekt für weibliche Jugendliche der ersten Generation bleibt weiterhin bestehen, wenn auch abgeschwächt. Zusätzliche Indikatoren (z.B. die Zahl der Kinder), mit denen dieser Befund weiter aufgeklärt werden könnte, stehen nicht zur Verfügung.

(b) Optionen Erwerbsbeteiligung (Arbeitsmarkt) und Berufsausbildung/Studium (Ausbildung)

In der folgenden Tabelle werden die Chancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund auf Erwerbsbeteiligung oder Berufsausbildung/Studium dargestellt (Option 2 vs. Option 3). Jugendliche, die ohne Ausbildung in Nichterwerbstätigkeit übergehen, sind von dieser Analyse ausgeschlossen.

Tabelle 45

Logistische Regression zur Entscheidung für Erwerbsbeteiligung oder Berufsausbildung/Studium									
abh. Variable: Option 2 vs. Option 3: Erwerbsbeteiligung vs. Studium/Berufsausbildung	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt
Geschlecht									
Männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Weiblich	1,34	***	+	1,15	***	+	1,23	***	+
Alter									
	0,79	***	-	0,70	***	-	0,72	***	-
Migrationsbiographische Merkmale									
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	0,59	***	-	0,87	*	-	0,89	n.s.	0
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	0,60	***	-	0,85	*	-	0,94	n.s.	0
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	0,41	***	-	0,64	***	-	0,74	***	-
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	0,48	***	-	0,69	***	-	0,84	**	-
Schulabschluss									
kein Schulabschluss				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Hauptschulabschluss				1,83	***	+	1,83	***	+
Realschulabschluss				5,35	***	+	5,20	***	+
(Fach-) Hochschulreife				27,06	***	+	23,80	***	+
Familienstand									
verheiratet				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
ledig				3,28	***	+	3,28	***	+
verwitwet/geschieden				0,72	n.s.	0	0,72	n.s.	0
N				38473			38473		
Pseudo R Quadrat (Cox and Snell)				0,14			0,28		

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant

Datensatz: Mikrozensus 2005

Datenbasis: Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren nach Abschluss der Schulzeit, ohne Berufsausbildung, die entweder auf dem Arbeitsmarkt oder in Ausbildung sind

Es zeigt sich im Modell 1, dass Personen mit Migrationshintergrund stärker als Personen ohne Migrationshintergrund unmittelbar in den Arbeitsmarkt eintreten, statt eine Ausbildung oder ein Studium anzustreben. Insbesondere Jugendliche der ersten Generation tendieren zum direkten Einstieg in den Arbeitsmarkt. So verringern sich die Chancen von männlichen Jugendlichen der ersten Generation auf Ausbildung erheblich im Vergleich zu männlichen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 0,41), während die Chancen von männlichen Jugendlichen der zweiten Generation weniger weit unter denen der Vergleichsgruppe (Referenzkategorie) liegen (Odds Ratio 0,59). Die Berücksichtigung des Bildungsniveaus (Modell 2) als weiteres erklärendes Merkmal für die Einmündung in eine Berufsausbildung oder ein Studium zeigt, dass der signifikante ungünstige migrationsspezifische Effekt zwar an Einflussstärke verliert, aber nicht verschwindet. Die geringeren Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund auf eine Berufsausbildung oder ein Studium sind also zum Teil eine Folge ihres niedrigen Bildungsniveaus. Unter Berücksichtigung des Familienstands (Modell 3) unterscheiden sich Jugendliche der zweiten Generation nicht mehr von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund. Der signifikante Effekt für die erste Migrantengeneration bleibt bestehen, schwächt sich jedoch unter Kontrolle des Familienstandes weiter ab. Demnach ist der Einfluss von migrationsbedingten Merkmalen zum Teil auf das niedrige Bildungsniveau und zum Teil auf den Familienstand zurückzuführen. Es wären weitere Faktoren notwendig, um den signifikanten Einfluss der Zugehörigkeit zur ersten Migrantengeneration aufzuklären zu können.

Arbeitsmarkt: Erwerbstätigkeit vs. Erwerbslosigkeit

In der folgenden Analyse wird untersucht, wie die Chancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund auf Erwerbstätigkeit oder Erwerbslosigkeit ausfallen (Option 2a vs. Option 2b), wenn sie sich ohne Berufsausbildung für den Arbeitsmarkt entscheiden. Jugendliche, die in Nichterwerbstätigkeit übergehen oder eine Berufsausbildung bzw. ein Studium aufnehmen, sind von dieser Analyse ausgeschlossen.

Tabelle 46

Logistische Regression zur Erwerbstätigkeit und Erwerbslosigkeit von Jugendlichen ohne Ausbildung									
abh. Variable: Option 2a vs. Option 2b: Erwerbstätigkeit vs. Erwerbslosigkeit Codierung: 0 = erwerbslos und auf Arbeitsuche; 1 = in Erwerbstätigkeit	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt
Geschlecht (Referenzkategorie: Männlich)									
Männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Weiblich	0,89	*	-	0,90	n.s.	0	0,88	*	-
Alter	1,12	***	+	1,14	***	+	1,13	***	+
Migrationsbiographische Merkmale									
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	0,67	***	-	0,79	**	-	0,77	**	-
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	0,96	n.s.	0	1,12	n.s.	0	1,08	n.s.	0
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	0,93	n.s.	0	1,11	n.s.	0	1,05	n.s.	0
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	1,00	n.s.	0	1,11	n.s.	0	1,06	n.s.	0
Schulabschluss									
kein Schulabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Hauptschulabschluss	0,94	n.s.	0	0,95	n.s.	0			
Realschulabschluss	1,37	***	+	1,38	***	+			
(Fach-) Hochschulreife	3,49	***	+	3,53	***	+			
Familienstand									
verheiratet							Referenzkategorie		
ledig							0,81	***	-
verwitwet/geschieden							0,62	**	-
N				10447			10447		
Pseudo R ² (Cox and Snell)				0,04			0,08		

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant
Datenatz: Mikrozensus 2005
Datenbasis: Datenbasis: Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren nach Abschluss der Schulzeit, ohne Berufsausbildung, die erwerbstätig oder erwerbslos sind.

Die Ergebnisse der logistischen Regression zeigen, dass die migrationsbedingten Merkmale im Modell 1 für männliche Jugendliche der zweiten Generation in einem negativen Zusammenhang mit Erfolg auf dem Arbeitsmarkt stehen, das heißt, dass deren Chance auf Erwerbslosigkeit im Vergleich zu männlichen Jugendlichen ohne Migrationshintergrund signifikant höher ist. In Modell 2 ist das Bildungsniveau der Befragten eingegangen, um den Effekt der migrationsspezifischen Merkmale unter Kontrolle von Bildung zu prüfen. Der ungünstige migrationsbedingte Effekt für männliche Jugendliche der zweiten Generation schwächt sich etwas ab, wird jedoch auch durch die Hinzuziehung des Bildungsniveaus nicht vollständig erklärt. Das schlechte Abschneiden von Jugendlichen der zweiten Generation ohne berufsqualifizierenden Abschluss auf dem Arbeitsmarkt ist also zum Teil, aber nicht nur eine Folge ihrer niedrigen schulischen Bildung. Die Einbeziehung des Familienstandes in Modell 3 klärt den verbleibenden ungünstigen migrationsspezifischen Einfluss gleichfalls nicht auf. Es wären weitere Faktoren notwendig, um diesen signifikanten Einfluss aufzuklären zu können.

Für die beruflichen Zukunftsperspektiven ist es wünschenswert, dass Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund im Anschluss an die Schulzeit einen Berufsabschluss erlangen, statt ohne Ausbildung erwerbstätig zu werden, denn damit reduziert sich das Risiko der Erwerbslosigkeit, und die Chancen auf ein höheres Einkommen verbessern sich.

Ausbildung: Studium vs. Berufsausbildung

Abschließend wird analysiert, wie es um die Chancen von Jugendlichen mit und ohne Migrationshintergrund in Bezug auf die Optionen Studium vs. Berufsausbildung steht (Option 3a

vs. Option 3b). Es können ausschließlich Jugendliche mit Fachabitur oder Hochschulreife betrachtet werden, da Befragte mit einem Haupt- oder Realschulabschluss in Deutschland in der Regel kein Studium aufnehmen können. Jugendliche, die erst nach Vollendung des 17. Lebensjahres nach Deutschland gezogen sind, werden nicht berücksichtigt, um diejenigen auszuschließen, die ausschließlich zu Ausbildungszwecken nach Deutschland gekommen sind. Auch Jugendliche, die in Nichterwerbstätigkeit oder ohne Ausbildung auf den Arbeitsmarkt übergehen, sind von dieser Analyse ausgeschlossen.

Tabelle 47

Logistische Regression zur Entscheidung von Jugendlichen mit Abitur oder Fachabitur zugunsten einer Berufsausbildung oder eines Studiums				
abh. Variable: Option 3a vs. Option 3b: Studium vs. Berufsausbildung		Modell 1		
		Odds Ratio	Sig.	Effekt
Geschlecht (Referenzkategorie: Männlich)				
Männlich		Referenzkategorie		
Weiblich	0,90	*	-	
Alter	1,29	***	+	
Migrationsbiographische Merkmale				
ohne Migrationshintergrund		Referenzkategorie		
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	0,869	n.s.	0	
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	1,102	n.s.	0	
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	1,042	n.s.	0	
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	0,878	n.s.	0	
N		12245		
Pseudo R ² (Cox and Snell)		0,07		
*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant				
Datensatz: Mikrozensus 2005				
Datenbasis: Jugendliche zwischen 15 und 29 Jahren, die in Deutschland geboren oder vor ihrem 17. Lebensjahr nach Deutschland gezogen sind, mit Fachhochschul- oder Hochschulreife, in Berufsausbildung oder an einer Fachhoch- oder Hochschule				

Die Ergebnisse zeigen, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund hinsichtlich der Wahl zwischen Studium und Berufsausbildung nicht signifikant von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund unterscheiden, wenn sie Abitur oder Fachabitur haben.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es teilweise signifikante Unterschiede im Hinblick darauf gibt, welche Arbeits- oder Ausbildungspfade Jugendliche mit und ohne Migrationshintergrund im Anschluss an ihre Schulzeit einschlagen, wobei Geschlecht, Alter, Bildungsniveau und Familienstand berücksichtigt werden.

- Es zeigt sich, dass weibliche Jugendliche der ersten Generation eher die Rolle von Nichterwerbspersonen annehmen, als auf dem Arbeitsmarkt aktiv zu werden oder eine Ausbildung anzustreben. In diesem Untersuchungsfeld wäre es wichtig, weitere Daten zu erheben, wie beispielsweise zum Geschlechterrollenverständnis und zur

Zahl der eigenen Kinder. Darüber hinaus zeigen die Auswertungen, dass die geringere Chance, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund eine Erwerbstätigkeit oder Ausbildung aufnehmen, durch die Hinzuziehung des Bildungsniveaus und des Familienstandes zum Teil aufgeklärt werden kann.

- Betrachtet man ausschließlich Jugendliche auf dem Arbeitsmarkt oder in Ausbildung, dann zeigt sich, dass männliche Jugendliche der ersten Generation eher unmittelbar in den Arbeitsmarkt übergehen als in eine berufliche Ausbildung. In diesem Untersuchungsfeld wäre es wünschenswert, Daten zur Bildungsaspiration, den Zeugnisnoten, sozialen Netzwerken und Benachteiligungserfahrungen zu erheben, um den noch bestehenden migrationsspezifischen Effekt aufzuklären.

Der Einstieg in den Arbeitsmarkt ohne einen Berufsabschluss wirkt sich den Ergebnissen vieler Studien zufolge in der Regel ungünstig auf das Berufsleben aus. Die Chancen auf eine Anstellung und ein hohes Einkommen lassen sich nur mit einem möglichst hohen Berufsabschluss realisieren. Deshalb ist es erstrebenswert, dass Jugendliche nach der Schulzeit eine Berufsausbildung abschließen oder studieren.

- Bei der Untersuchung von Jugendlichen, die auf dem Arbeitsmarkt sind, ohne über einen berufsqualifizierenden Abschluss zu verfügen, zeigt sich, dass männliche Jugendliche der zweiten Migrantengeneration bei vergleichbarem Schulabschluss und Familienstand signifikant geringere Chancen haben, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen als alle anderen Jugendlichen.
- Die Analyse der Ausbildungswege von Jugendlichen mit einer Fach- oder Hochschulreife zeigt, dass sich Jugendliche mit Migrationshintergrund im Hinblick darauf, ob sie eine Berufsausbildung aufnehmen oder studieren, nicht von Jugendlichen ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

3. Arbeitsmarkt

Die Ergebnisse in Kürze

Die weiterführende Analyse im Bereich Arbeitsmarkt beruht auf drei verschiedenen Indikatoren, um die ArbeitsmarktinTEGRATION von Personen mit und ohne Migrationshintergrund zu erklären. Dazu gehören Erwerbsbeteiligung, Erwerbstätigkeit und das monatliche Netto-Erwerbseinkommen. Aus der Arbeitsmarktforschung ist bekannt, dass das Geschlecht, das Alter, migrationsbedingte Merkmale, der Familienstand, der Schulabschluss, der Berufsabschluss, die berufliche Stellung, die wirtschaftlichen Bedingungen, die Qualität und die Größe des sozialen Netzwerks wichtige erklärende Merkmale sind, die die ArbeitsmarktinTEGRATION beeinflussen können.

Die statistische Analyse bietet die Möglichkeit zu prüfen, ob die Unterschiede bezüglich der ArbeitsmarktinTEGRATION von Personen mit und ohne Migrationshintergrund durch eine

schrittweise Ergänzung des Erklärungsmodells um sozialstrukturelle Merkmale aufgehoben werden.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung (d.h. die Tatsache, dem Arbeitsmarkt erwerbstätig oder erwerbslos zur Verfügung zu stehen) von Personen mit und ohne Migrationshintergrund durch die Hinzuziehung von Schul- und Berufsabschluss größtenteils aufgeklärt werden können (der ungünstige Effekt für Frauen mit eigener Migrationserfahrung bleibt bestehen). Männer mit Migrationshintergrund tendieren eher zu Erwerbsbeteiligung als Männer ohne Migrationshintergrund. Im Hinblick auf Erwerbstätigkeit zeigt sich aber, dass die negativen Auswirkungen der migrationsbedingten Merkmale auch bei Beachtung von Schul- und Berufsabschluss fortbestehen. Personen mit Migrationshintergrund sind demzufolge trotz formal gleichwertiger schulischer und beruflicher Qualifikationen eher erwerbslos als Personen ohne Migrationshintergrund. In Bezug auf das Netto-Erwerbseinkommen ist festzuhalten, dass Migrantinnen und Migranten der ersten Generation sowie männliche Migranten der zweiten Generation unter Berücksichtigung von Alter, Schul- und Berufsbildung signifikant weniger verdienen als Personen ohne Migrationshintergrund in vergleichbarer beruflicher Stellung, während Migrantinnen der zweiten Generation im Vergleich zu Frauen ohne Migrationshintergrund sogar ein höheres Einkommen erzielen. Künftige wissenschaftliche Untersuchungen sollten der Frage nachgehen, wie die noch bestehenden migrationsspezifischen Effekte aufgeklärt werden können.

Die Arbeitsmarktforschung hat verschiedene Faktoren herausgearbeitet, die Einfluss auf die Erwerbsbeteiligung, auf die Erwerbstätigkeit und auf die Höhe des Netto-Erwerbseinkommens haben. Zu den wichtigsten zählen das Geschlecht, das Alter, die migrationspezifischen Merkmale, der Familienstand, der Schulabschluss, der Berufsabschluss, die berufliche Stellung, die wirtschaftlichen Bedingungen, die Qualität und die Größe des sozialen Netzwerks.

Analysen zur Arbeitsmarktintegration

Zur Beschreibung der Arbeitsmarktintegration von Personen mit und ohne Migrationshintergrund werden die Indikatoren Erwerbsbeteiligung, Erwerbstätigkeit und Netto-Erwerbseinkommen analysiert. Erwerbsbeteiligung ist definiert als der Anteil von Erwerbstägigen und Erwerbslosen an der Gesamtbevölkerung (Summe aus Erwerbstägigen, Erwerbslosen und Nichterwerbspersonen). Erwerbstätige sind alle Personen, die einer auf Erwerb ausgerichteten Tätigkeit im Umfang von mindestens einer Stunde pro Woche nachgehen. Erwerbslose sind Personen, die sich um eine Arbeit bemühen, unabhängig davon, ob sie arbeitslos gemeldet sind oder nicht. Zu den Nichterwerbspersonen gehören alle, die weder einer Erwerbstätigkeit nachgehen noch eine Arbeit suchen.

Zur Untersuchung der Arbeitsmarktintegration von Personen mit und ohne Migrationshintergrund wird der Mikrozensus 2005 verwendet.

Mittels multivariater logistischer und linearer Regression wird der Einfluss der individuellen Erklärungsfaktoren auf die drei unterschiedlichen Arbeitsmarktindikatoren überprüft. Die logistische Regression wird verwendet, um die Erwerbsbeteiligung (Erwerbstätige und Er-

werbslose versus Nichterwerbspersonen) und die Erwerbstätigkeit (Erwerbstätige versus Erwerbslose) zu erklären, da beide Indikatoren aus zwei Kategorien bestehen. Die multivariate lineare Regression wird genutzt, um das Einkommen zu erklären, das in Form von Einkommensklassen erhoben wurde. Es findet in der statistischen Analyse als metrische Skala Verwendung, da es mehr als zwei Kategorien aufweist, die sich in einer aufsteigenden Reihenfolge ordnen lassen und sich voneinander jeweils um einen bestimmten Betrag unterscheiden.⁷⁵

Die statistischen Erklärungsmodelle werden schrittweise ergänzt, um den Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale auf die Arbeitsmarktintegration durch die Hinzuziehung von weiteren relevanten Faktoren aufzuklären. Auf diese Weise soll die im deskriptiven Teil (Kapitel B 5) festgestellte ungünstige Arbeitsmarktintegration von Personen mit Migrationshintergrund mit der Betrachtung von weiteren Einflussfaktoren, wie beispielsweise Bildung, erklärt werden.

Die folgenden Tabellen weisen in den Spalten die Einflussfaktoren (unabhängige Variablen), den statistischen Zusammenhang (das Odds Ratio im Fall der logistischen Regression, den unstandardisierten Koeffizienten B bei der Anwendung der linearen Regression), die Irrtumswahrscheinlichkeit (Signifikanzniveau) und die Richtung des Effekts (positiv oder negativ) aus. Die unabhängigen Variablen sind Merkmale, die die abhängige Variable - in diesem Fall die drei Arbeitsmarktindikatoren - beschreiben und erklären können. Das Odds Ratio und der unstandardisierte Koeffizient B beschreiben den Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable. Bei einem Odds Ratio größer als 1 verbessert sich das Chancenverhältnis zu Gunsten einer besseren Arbeitsmarktintegration, während sich das Chancenverhältnis für die Arbeitsmarktintegration bei einem Odds Ratio unter 1 verschlechtert. Bei einem Regressionskoeffizienten B größer als 0 erhöht sich der prognostizierte Wert zu Gunsten eines höheren Einkommens, während sich bei einem Regressionskoeffizienten B unter 0 der prognostizierte Einkommenswert reduziert. Der Zusammenhang zwischen einer unabhängigen und einer abhängigen Variable hat nur dann statistisch eine Erklärungskraft (bzw. ist nur dann signifikant), wenn die betreffende unabhängige Variable mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5 Prozent einen Einfluss auf die abhängige Variable - die Arbeitsmarktindikatoren - ausübt. Die Irrtumswahrscheinlichkeit macht die Möglichkeit eines Fehlschlusses von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit messbar. Der Mikrozensus ist eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit Deutschlands. Die Größe der analysierten Stichprobe ist im unteren Teil der Tabelle in der Zeile „N“ angegeben. Eine Aussage über die Grundgesamtheit auf Basis des Mikrozensus ist nur mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit möglich. Bei einem Signifikanzniveau von 5 Prozent (in der Tabelle mit „**“ gekennzeichnet) ist davon auszugehen, dass der in der Stichprobe beobachtete Effekt auch in der Grundgesamtheit vorliegt. Je niedriger die Irrtumswahrscheinlichkeit (1 Prozent - „***“ – oder 0,1 Prozent - „****“) ist, desto sicherer ist anzunehmen, dass der Effekt in der Grundgesamtheit beobachtbar ist. Die Angaben in der Spalte „Effekt“ in den Tabellen zeigen die Einflussrichtung der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable. Bei einem Pluszei-

⁷⁵

Zu den statistischen Verfahren siehe auch Glossar im Anhang.

chen verbessert sich der prognostizierte Wert signifikant, bei einem Minuszeichen nimmt er signifikant ab, und beim Eintrag „0“ hat die unabhängige Variable keinen signifikanten Einfluss auf die Indikatoren zur Messung der Arbeitsmarktintegration.

Tabelle 48 stellt die Ergebnisse der Analysen zur Erwerbsbeteiligung dar. Das Modell berücksichtigt Befragte im Alter von 15 bis 64 Jahren, die keine allgemeinbildende, berufsbildende oder akademische Ausbildung absolvieren. Im ersten Auswertungsschritt wird der Einfluss von Geschlecht, Alter und migrationsspezifischen Merkmalen untersucht. Es zeigt sich, dass die Chance auf Erwerbsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund - mit Ausnahme von männlichen Migranten der zweiten Generation - signifikant geringer ist als die von Personen ohne Migrationshintergrund. So liegt beispielsweise die Chance von Migrantinnen der ersten Generation auf Arbeitsmarktbeteiligung deutlich unter der von Frauen ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 0,43). Für in Deutschland geborene Frauen mit Migrationshintergrund fällt der Abstand geringer aus (Odds Ratio 0,78). Im zweiten Modell werden der Schulabschluss und der Berufsabschluss berücksichtigt. Dadurch verändert sich der Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale auf die Erwerbsbeteiligung. Frauen der zweiten Migrantengeneration unterscheiden sich bei vergleichbarem Schulabschluss in ihrer Erwerbsbeteiligung nicht signifikant von Frauen ohne Migrationshintergrund. Ihre geringeren Beteiligungschancen am Arbeitsmarkt können demnach auf ihre weniger hohe schulische und berufliche Bildung zurückgeführt werden. Bei männlichen Migranten ist bei Kontrolle auf den Schul- und Berufsabschluss ein positiver Zusammenhang mit Erwerbsbeteiligung zu beobachten. Das bedeutet, dass sie bei vergleichbarer Bildung eine höhere Chance auf Erwerbsbeteiligung haben als Männer ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 1,27 für Männer der 1. Migrantengeneration bzw. 1,14 für Männer der zweiten Migrantengeneration). Der noch bestehende ungünstige migrationsspezifische Effekt für Migrantinnen der ersten Generation wird auch mit der Berücksichtigung des Familienstandes im dritten Modell nicht aufgeklärt. Darüber hinaus ist festzustellen, dass männliche Migranten der ersten und zweiten Generation unter Einfluss von Alter, Schulabschluss, Berufsabschluss und Familienstand signifikant häufiger erwerbsbeteiligt sind als Männer ohne Migrationshintergrund. Künftige Untersuchungen könnten durch die Hinzuziehung von Sprachkenntnissen und dem Geschlechterrollenverständnis den noch bestehenden migrationsspezifischen Effekt von Frauen der ersten Generation möglicherweise aufklären.

Tabelle 48

Logistisches Regressionsmodell zur Erwerbsbeteiligung									
abh. Variable : Erwerbsbeteiligung (0 = Nichterwerbspersonen; 1 = auf dem Arbeitsmarkt (Erwerbslose und Erwerbstätige); unabhängige Variable	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt
Geschlecht									
Männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Weiblich	0.32	***	-	0.34	***	-	0.35	***	-
Altersvariablen									
Alter	1.45	***	+	1.41	***	+	1.49	***	+
Alter ²	0.99	***	-	0.99	***	-	0.99	***	-
Migrationsbiographische Merkmale									
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	0.96	n.s.	0	1.27	***	+	1.26	***	+
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	0.78	***	-	0.96	n.s.	0	1.05	n.s.	0
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	0.78	***	-	1.14	***	+	1.28	***	+
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	0.43	***	-	0.61	***	-	0.70	***	-
Schulabschluss									
kein Schulabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Hauptschulabschluss	1.88	***	+	2.01	***	+			
Realschulabschluss	2.67	***	+	2.80	***	+			
(Fach-) Hochschulreife	2.17	***	+	2.19	***	+			
Berufsabschluss									
kein Berufsabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Anlernausbildung	1.54	***	+	1.52	***	+			
Berufsvorbereitungsschule	1.42	***	+	1.39	***	+			
Lehre	1.73	***	+	1.77	***	+			
Berufsfachschule	2.21	***	+	2.26	***	+			
Meister/Technikerschule	2.34	***	+	2.45	***	+			
Verwaltungsfachschule	2.61	***	+	2.82	***	+			
Fachhochschule	2.78	***	+	2.95	***	+			
Hochschule	3.09	***	+	3.20	***	+			
Promotion	6.14	***	+	6.56	***	+			
Familienstand									
verheiratet	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
ledig	2.18	***	+						
verwitwet	1.07	**	+						
geschieden	1.64	***	+						
N	379031			379031			379031		
Pseudo R ² (Cox and Snell)	0.18			0.20			0.21		

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant

Datensatz: Mikrozensus 2005

Datenbasis: Befragte zwischen 15 und 64 Jahren, die nicht in Ausbildung sind

Tabelle 49 zeigt das Ergebnis der zweiten multivariaten logistischen Regression zur Erklärung der Chancen auf Erwerbstätigkeit. Die Analyse umfasst Befragte, die auf dem Arbeitsmarkt als Erwerbstätige oder Erwerbslose aktiv sind. Im ersten Modell, in dem das Alter und das Geschlecht berücksichtigt werden, zeigt sich, dass die migrationsspezifischen Merkmale einen ungünstigen Einfluss auf die Beschäftigungschancen besitzen und Personen mit Migrationshintergrund demzufolge eher erwerbslos sind als Personen ohne Migrationshintergrund. Das zweite Modell ist um den Schul- und Berufsabschluss ergänzt worden.

Tabelle 49

Logistisches Regressionsmodell zur Erwerbstätigkeit									
unabhängige Variable	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt	Odds Ratio	Sig.	Effekt
Geschlecht									
Männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Weiblich	1.00	n.s.	0	1.07	**	+	1.05	*	+
Altersvariablen									
Alter	1.18	***	+	1.15	***	+	1.11	***	+
Alter ²	0.99	***	-	0.99	***	-	0.99	***	-
Migrationsbiographische Merkmale									
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	0.53	***	-	0.65	***	-	0.63	***	-
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	0.65	***	-	0.73	***	-	0.69	***	-
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	0.48	***	-	0.61	***	-	0.53	***	-
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	0.50	***	-	0.61	***	-	0.54	***	-
Schulabschluss									
kein Schulabschluss				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Hauptschulabschluss	1.35	***	+	1.31	***	+			
Realschulabschluss	1.29	***	+	1.27	***	+			
(Fach-) Hochschulreife	2.29	***	+	2.33	***	+			
Berufsabschluss									
kein Berufsabschluss				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Anlernausbildung	1.23	***	+	1.25	***	+			
Berufsvorbereitungsschule	1.08	n.s.	0	1.10	n.s.	0			
Lehre	1.74	***	+	1.71	***	+			
Berufsfachschule	2.04	***	+	2.02	***	+			
Meister/Technikerschule	3.46	***	+	3.32	***	+			
Verwaltungsfachschule	9.07	***	+	8.60	***	+			
Fachhochschule	2.17	***	+	2.08	***	+			
Hochschule	2.45	***	+	2.41	***	+			
Promotion	4.08	***	+	3.87	***	+			
Familienstand									
verheiratet				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
ledig	0.57	***	-						
verwitwet	0.86	***	-						
geschieden	0.46	***	-						
N	302537			302537			302537		
Pseudo R ² (Cox and Snell)	0.02			0.04			0.05		

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant

Datensatz: Mikrozensus 2005

Datenbasis: Befragte zwischen 15 und 64 Jahren, die entweder erwerbslos oder erwerbstätig sind und keiner Schul- oder Berufsausbildung nachgehen.

Unter Einfluss dieser beiden Faktoren verringern sich die Effekte der migrationsspezifischen Merkmale, ohne jedoch an Signifikanz zu verlieren. So liegen die Chancen auf Erwerbstätigkeit für in Deutschland geborene männliche Migranten im Ausgangsmodell deutlich unter der von Männern ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 0,53), während sich der Effekt unter Einfluss von Schul- und Berufsbildung etwas verringert (Odds Ratio 0,65). In das dritte Modell ist der Familienstand als weiterer erklärender Einflussfaktor eingegangen. Doch unter Berücksichtigung des Familienstands verlieren die migrationsbedingten Merkmale nicht an Einfluss. Im Mikrozensus stehen keine weiteren relevanten Einflussfaktoren zur Verfügung, um den migrationsbedingten Effekt aufzuklären. Deshalb ist es für künftige Forschungspro-

jekte von Interesse, den ungünstigen Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale auf die Chancen einer Erwerbstätigkeit durch die Hinzuziehung von Dritt faktoren aufzuklären. Dabei könnten die Ursachen für die ungünstigen Effekte der migrationsbedingten Merkmale in Sprachkenntnissen, Benachteiligungsprozessen und Schlüsselqualifikationen zu finden sein.

Tabelle 50 stellt das Ergebnis einer multivariaten linearen Regression zur Erklärung des monatlichen Einkommens von Personen dar, deren finanzielle Mittel überwiegend aus Erwerbstätigkeit stammen. Mit dieser Analyse soll der Frage nachgegangen werden, welchen Einfluss migrationsbedingte Merkmale auf die Höhe des Erwerbseinkommens haben. Der erste Auswertungsschritt zeigt, dass im Modell 1 die Mehrzahl der migrationsspezifischen Faktoren einen ungünstigen Einfluss auf die Höhe des Einkommens besitzen. Das Einkommen von Migrantinnen der zweiten Generation liegt jedoch signifikant über dem von Frauen ohne Migrationshintergrund. Im zweiten Modell werden Schul- und Berufsabschluss berücksichtigt. Die Einflussstärke der im ersten Modell signifikant negativ wirkenden migrationsspezifischen Merkmale reduziert sich, bleibt jedoch negativ. Der positive Effekt bei Migrantinnen der zweiten Generation hingegen verstärkt sich. In das abschließende Modell sind die berufliche Position und die Arbeitszeit mit eingegangen.

Es zeigt sich, dass der ungünstige Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale für die erste Generation sowie für in Deutschland geborene männliche Migranten auch unter Berücksichtigung der beruflichen Stellung und der Arbeitszeit bestehen bleibt. Migrantinnen und Migranten der ersten Generation sowie Migranten der zweiten Generation verdienen bei gleichem Alter, Schulabschluss, Berufsabschluss, vergleichbarer beruflicher Stellung und Arbeitszeit weniger als Personen ohne Migrationshintergrund. Bei Migrantinnen der zweiten Generation ist hingegen sogar zu beobachten, dass sie finanziell erfolgreicher im Beruf sind als vergleichbare Frauen ohne Migrationshintergrund. Im Mikrozensus fehlen relevante Drittvariablen, wie beispielsweise Sprachkenntnisse, um der Frage nach den Ursachen für den ungünstigen Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale von Migrantinnen und Migranten der ersten Generation nachzugehen.

Tabelle 50

Regressionsmodell zur Erklärung des monatlichen Einkommens									
abh. Variable: Nettoeinkommen im Monat	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	B	Sig.	Effekt	B	Sig.	Effekt	B	Sig.	Effekt
unabhängige Variable									
Konstante	3.36	***	+	2.73	***	+	-0.87	***	-
Geschlecht									
Männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Weiblich	-1.40	***	-	-1.33	***	-	-0.95	***	-
Altersvariablen									
Alter	0.14	***	+	0.11	***	+	0.13	***	+
Alter ²	0.00	***	-	0.00	***	-	0.00	***	-
Migrationsbiographische Merkmale									
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, männlich (2. Generation)	-0.36	***	-	-0.11	***	-	-0.05	*	-
mit Migrationshintergrund, in D. geboren, weiblich (2. Generation)	0.09	*	+	0.22	***	+	0.17	***	+
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	-0.49	***	-	-0.24	***	-	-0.12	***	-
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	-0.44	***	-	-0.28	***	-	-0.76	***	-
Schulabschluss									
kein Schulabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Hauptschulabschluss	0.29	***	+	0.24	***	+	0.24	***	+
Realschulabschluss	0.41	***	+	0.18	***	+	0.18	***	+
(Fach-) Hochschulreife	0.91	***	+	0.48	***	+	0.48	***	+
Berufsabschluss									
kein Berufsabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Anlernausbildung	0.14	***	+	0.49	*	+	0.14	***	+
Berufsvorbereitungsschule	0.11	n.s.	0	-0.02	n.s.	0	0.11	***	+
Lehre	0.33	***	+	0.20	***	+	0.33	***	+
Berufsfachschule	0.42	***	+	0.15	***	+	0.42	***	+
Meister/Technikerschule	0.84	***	+	0.54	***	+	0.84	***	+
Verwaltungsfachschule	1.51	***	+	1.03	***	+	1.51	***	+
Fachhochschule	1.13	***	+	0.62	***	+	1.13	***	+
Hochschule	1.41	***	+	0.84	***	+	1.41	***	+
Promotion	2.30	***	+	1.58	***	+	2.30	***	+
Berufsposition									
Anlernkräfte	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
einfache Tätigkeiten in der Fischerei, Forst- oder Landwirtschaft	-0.10	*	-	0.34	***	+	-0.10	*	-
einfache industrielle/technische Berufe	0.38	***	+	0.36	***	+	0.38	***	+
Handwerkernehe Berufe	0.86	***	+	0.94	***	+	0.86	***	+
einfache dienstleistende Berufe	1.43	***	+	1.41	***	+	1.43	***	+
Angestellte/r									
Angestellte/r mittlerer Ebene									
Angestellte/r höherer Ebene									
leitender Angestellte/r									
Arbeitszeiten									
Teilzeit	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Vollzeit	1.29	***	+	1.29	***	+	1.29	***	+
N	232136			232136			232136		
R ²	0.20			0.34			0.46		

*** p < 0,001; ** p < 0,01; * p < 0,05; n. s. nicht signifikant

Datensatz: Mikrozensus 2005

Datenbasis: Befragte zwischen 15 und 64 Jahren, die erwerbstätig sind, überwiegend aus der Berufstätigkeit ihr Einkommen beziehen und keiner Schul- oder Berufsausbildung nachgehen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass in Bezug auf die Erwerbsbeteiligung der ungünstige Effekt der migrationsspezifischen Merkmale unter Berücksichtigung von schulischen und beruflichen Bildungsabschlüssen mit Ausnahme von Migrantinnen der ersten Generation aufgeklärt werden kann. Es zeigt sich sogar, dass männliche Migranten beider Generationen eher erwerbsbeteiligt sind als Männer ohne Migrationshintergrund. Der weiterhin ungeklärte migrationsspezifische Effekt für Migrantinnen der ersten Generation ließe sich möglicherweise durch die Erhebung von weiteren Faktoren wie Sprachkenntnissen und Ge-

schlechterrollenverständnis erklären. Im Hinblick auf die Arbeitsmarktinintegration ist weiter festzustellen, dass der ungünstige Einfluss der migrationsbedingten Merkmale auf die Chance, beschäftigt zu sein, auch unter Berücksichtigung der Schul- und Berufsausbildung nicht aufgeklärt werden kann. Demnach liegt der Grund für die höhere Erwerbslosigkeit von Migrantinnen und Migranten nicht allein in ihrer niedrigeren schulischen oder beruflichen Bildung. Zukünftige wissenschaftliche Untersuchungen könnten durch die Erhebung von Sprachkenntnissen, von Schlüsselqualifikationen und von Benachteiligungsprozessen den Grund für die ungünstigen Beschäftigungschancen von Personen mit Migrationshintergrund erhellen. In Bezug auf das Einkommen bleiben die ungünstigen migrationsbedingten Effekte für Personen mit eigener Migrationserfahrung sowie für männliche Migranten der zweiten Generation bestehen. Migrantinnen der zweiten Generation verdienen unter Berücksichtigung von Alter, Schul- und Berufsbildung jedoch sogar besser als Frauen ohne Migrationshintergrund. Eine Untersuchung nach Arbeitserfahrung im Herkunftsland, in- oder ausländischen Bildungsabschlüssen, Branchen, Tarifbindung des Arbeitgebers und Einstellung von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern zu Migrantinnen und Migranten könnte die Ursachen für die noch ungeklärten migrationsbiographischen Effekte der ersten Generation möglicherweise aufklären.

4. Armut

Die Ergebnisse in Kürze

Die weiterführende Analyse zum Zusammenhang zwischen Migration und Armut beruht auf multivariaten Auswertungsverfahren, um neben Migrationsmerkmalen den Einfluss weiterer Faktoren auf das Armutsrisiko untersuchen zu können. Als „armutsgefährdet“ gelten Personen, deren äquivalenzgewichtetes Einkommen unter 60% des Durchschnittseinkommens (Median) liegt. Aus der Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung ist bekannt, dass Frauen ein höheres Armutsrisiko als Männer und Kinder ein höheres Armutsrisiko als ältere Menschen aufweisen; besonders hoch sind die Armutsrisiken von Arbeitslosen und Alleinerziehenden.

Mittels der statistischen Analyse soll geprüft werden, ob ein Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Armut besteht, oder ob ausschließlich sozialstrukturelle Faktoren eine Rolle spielen.

Die Ergebnisse zeigen, dass unter Kontrolle zusätzlicher sozialstruktureller Merkmale wie Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Haushaltstyp in der zweiten Generation kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Einkommensarmut besteht. Personen mit eigener Migrationserfahrung haben dagegen ein signifikant höheres Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein. Darüber hinaus zeigt sich, dass geringe Bildung, ein niedriger Erwerbsstatus und ein schlechter Gesundheitszustand grundsätzlich mit einem höheren Armutsriski in Verbindung stehen.

Das Armutsrisiko der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist mit einer Quote von 26,8% (2007) doppelt so hoch wie das der Bevölkerung insgesamt mit einer Armutsriskoquote von

13,2% (2007; vgl. Kapitel B 6). Auf diesen Unterschied weist auch der Dritte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung hin und nennt als mögliche Gründe „insbesondere fehlende berufliche Qualifikationen bzw. nicht anerkannte berufliche Abschlüsse, Sprachbarrieren, Branchenabhängigkeiten sowie unterschiedliches Erwerbsverhalten“ (Bundesregierung 2008: 140). In diesem Zusammenhang wird diskutiert, ob die höhere Armutgefährdung in erster Linie ein „Schichtproblem“ ist in dem Sinne, dass ein Vergleich von Personengruppen mit gleichem Bildungsniveau oder Erwerbsstatus zu gleichen Armutsriskoquoten führt, oder ob das Armutsrisko von Personen mit Migrationshintergrund auch dann größer bleibt, wenn der Einfluss dieser Faktoren konstant gehalten wird. Dieser Frage wird im Folgenden anhand einer logistischen Regressionsanalyse⁷⁶ auf Basis der Daten des Mikrozensus 2005 nachgegangen.

Analysen zum Armutsrisko

Methodisch wird das Armutsrisko in diesem Bericht entsprechend der auf europäischer Ebene vereinbarten Indikatoren zur Berichterstattung über soziale Inklusion abgebildet. Als „armutsgefährdet“ gelten demnach die Personen, deren äquivalenzgewichtetes Einkommen⁷⁷ unter 60% des Durchschnittseinkommens (Median) liegt.⁷⁸ Aus der Armut- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung ist bekannt, welche Personengruppen einer besonders hohen Armutgefährdung ausgesetzt sind: Demnach weisen Frauen ein höheres Armutsrisko auf als Männer und Kinder eine höhere Gefährdung als ältere Menschen, und besonders hoch sind die Armutsrisken von Arbeitslosen und Alleinerziehenden (Bundesregierung 2008: 305f). An diesen Befunden hat sich die Auswahl der Faktoren orientiert, deren Einfluss im Rahmen der Regressionsanalyse schrittweise geprüft wurde.

Tabelle 51 weist in den Spalten die Einflussfaktoren (unabhängigen Variablen), den statistischen Zusammenhang (das Odds Ratio), die Irrtumswahrscheinlichkeit (das Signifikanzniveau) und die Richtung des Effekts (positiv oder negativ) aus. Die unabhängigen Variablen sind Merkmale, die die abhängige Variable beschreiben und erklären können. Das Odds Ratio beschreibt den Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable. Bei einem Odds Ratio größer als 1 erhöht sich das Chancenverhältnis hinsichtlich des Eintretens von Einkommensarmut, während es sich bei einem Odds Ratio unter 1 reduziert. Die Erhöhung oder Reduzierung des Chancenverhältnisses hat nur dann eine statistische Erklärungskraft (bzw. ist nur dann signifikant), wenn die betreffende unabhängige Variable mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5 Prozent (in der Tabelle gekennzeichnet

⁷⁶ Eine multivariate logistische Regression ist ein statistisches Verfahren, um eine abhängige Variable mit zwei Ausprägungen (hier: arm vs. nicht arm) mit einer Reihe von unabhängigen, erklärenden Faktoren zu beschreiben (vgl. Glossar im Anhang).

⁷⁷ Da die Einkommen im Mikrozensus nur nach Größenklassen ermittelt werden, wurden für die Berechnung der Armutgefährdung die Mittelwerte der Einkommensklassen verwendet. Siehe dazu auch www.amtliche-sozialberichterstattung.de.

⁷⁸ Unterschiedliche Bedarfe und Wirtschaftlichkeit verschiedener Haushalte werden berücksichtigt, indem das gesamte verfügbare Einkommen eines Haushalts anhand von Bedarfsgewichten (nach neuer OECD-Skala: 1. Person 1,0, weitere Personen ab 14 Jahren 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3) auf personenbezogene „Nettoäquivalenzeinkommen“ umgerechnet wird. Vgl. Eurostat, The methodology of calculation of the Laeken indicators of monetary poverty, Brüssel 2002.

durch „**“) einen Einfluss auf die abhängige Variable ausübt. Die Irrtumswahrscheinlichkeit macht die Möglichkeit eines Fehlschlusses von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit messbar. Der Mikrozensus ist eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit Deutschlands. Die Größe der analysierten Stichprobe ist im unteren Teil der Tabelle in der Zeile „N“ angegeben. Eine Aussage über die Grundgesamtheit auf Basis des Mikrozensus ist nur mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit möglich. Je niedriger das Signifikanzniveau (1 Prozent - „**“ – oder 0,1 Prozent - „****“), desto sicherer ist anzunehmen, dass der Effekt auch in der Grundgesamtheit besteht. Die Angaben in der Spalte „Effekt“ in den Tabellen zeigen die Einflussrichtung der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable. Hier ist zu bedenken, dass sich bei einem Pluszeichen die „Chancen“ arm zu sein signifikant verbessern (was inhaltlich nicht positiv, sondern negativ zu bewerten ist), bei einem Minuszeichen nehmen sie signifikant ab (was inhaltlich also positiv zu bewerten ist), und im Fall des Eintrags „0“ hat die unabhängige Variable keinen signifikanten Einfluss auf Einkommensarmut.

Tabelle 51

Logistisches Regressionsmodell zu Armut									
abhängige Variable "arm" (0=nicht arm, 1=arm)	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt
Geschlecht									
männlich									
weiblich	1,09	***	+	0,97	***	-	0,96	***	-
Altersvariablen									
Alter	0,94	***	-	0,98	***	-	1,01	***	+
Alter ²	1,00	***	+	1,00	***	+	1,00	***	+
Migrationsbiographische Merkmale									
ohne Migrationshintergrund									
Migrationserfahrung	2,96	***	+	2,16	***	+	2,35	***	+
Migrationshintergrund, keine eigene ME	1,33	***	+	1,06	n.s.	0	1,06	n.s.	0
Schulabschluss									
kein Schulabschluss									
Hauptschulabschluss									
Realschulabschluss	0,59	***	-	0,63	***	-	0,59	***	-
Abitur	0,52	***	-	0,55	***	-	0,49	***	-
Berufsabschluss									
kein Berufsabschluss									
Lehrausbildung, Berufsfachschule	0,47	***	-	0,54	***	-	0,30	***	-
Meister-, Techniker-, Verwaltungshoch-, Fachschule	0,30	***	-	0,43	***	-	0,24	***	-
Fachhochschulabschluss, Universitätsabschluss	0,24	***	-	0,34	***	-			
Erwerbsstatus									
Nichterwerbsperson									
Selbstständige, Mithelfende Angehörige	0,52	***	-	0,02	***	-	0,21	***	-
Beamte									
Angestellte	0,40	***	-	0,58	***	-	0,22	***	-
Arbeiter	0,21	***	-	0,36	***	-	0,22	***	-
Azubis	0,40	***	-	0,36	***	-	0,22	***	-
Soldaten, Wehr-, Zivildienst	0,58	***	-	0,34	***	-			
Arbeitslos	0,22	***	-	0,36	***	-			
Haushaltstyp									
Paar mit Kind(er)									
Paar ohne Kinder	1,22	***	+	2,29	***	+	3,62	***	+
Alleinerziehend									
Alleinlebend	1,26	***	+						
Sonstiger Haushaltstyp									
Gesundheit									
Krank (in den letzten 4 Wochen)									
N	445.449			445.449			445.449		
Pseudo R ² (Cox & Snell's)	0,031			0,057			0,145		

*** p<0,001, ** p<0,01, * p < 0,05, n.s.nicht signifikant
Datensatz: Mikrozensus 2005

Betrachtet man zunächst Geschlecht, Alter und Migrationshintergrund (Modell 1), so erweist sich der Zusammenhang jedes dieser Merkmale mit dem Armutsrisiko als signifikant. In dieser Perspektive ist das Armutsrisiko von Frauen höher als das von Männern (Odds Ratio

1,09) und es wird zunächst mit zunehmendem Alter geringer (Odds Ratio 0,94). Bezieht man das quadrierte Alter in die Betrachtung mit ein, zeigt sich allerdings ein leicht positiver kurvilinearer Zusammenhang (Odds Ratio 1,001): das Armutsrisko steigt in hohem Alter wieder leicht an. Personen mit Migrationshintergrund weisen eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit auf, von Einkommensarmut betroffen zu sein als Personen ohne Migrationshintergrund, und zwar besonders, wenn sie selbst eingewandert sind (Odds Ratio 2,96). Dies gilt auch – in geringerem Maße (Odds Ratio 1,33) – für in Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund (zweite Generation).

Eine Erweiterung der Analyse um den höchsten Schul- und beruflichen Bildungsabschluss (Modell 2) kommt zu dem Ergebnis, dass Bildung in signifikantem Zusammenhang mit dem Armutsrisko steht und die im ersten Modell aufgezeigten Zusammenhänge teilweise erklären kann.

- So kehrt sich der Effekt des Einflussfaktors Geschlecht um, wenn das durchschnittlich bessere Ausbildungsniveau von Männern berücksichtigt wird. Der Zusammenhang zwischen Alter und Armutsrisko wird durch die Hinzunahme der Bildungsfaktoren abgeschwächt.
- Personen mit Schulabschluss weisen ein geringeres Risiko auf, einkommensarm zu sein, als Personen ohne einen solchen Abschluss. Je höher der Abschluss, desto geringer ist tendenziell die Wahrscheinlichkeit der Einkommensarmut. Die gleiche Tendenz gilt für den beruflichen Abschluss: Je höher der Abschluss, desto geringer ist die Wahrscheinlichkeit der Einkommensarmut.
- Auch der Zusammenhang zwischen Armutsrisko und Migrationshintergrund fällt schwächer aus, wenn Bildungsfaktoren Berücksichtigung finden, wird aber nicht vollständig aufgelöst. Personen mit eigener Migrationserfahrung haben bei Kontrolle der Bildungseinflüsse noch immer eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, einkommensarm zu sein, als Personen ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 2,16). Für Personen mit Migrationshintergrund, die keine eigene Migrationserfahrung haben (zweite Generation) besteht dagegen kein besonderes Armutsrisko mehr, wenn die Bildungsunterschiede berücksichtigt werden.

In einem dritten Modell werden zusätzlich der Erwerbsstatus, der Haushaltstyp sowie ein Gesundheitsindikator mit in die Analyse aufgenommen. Alle hinzugenommenen Faktoren haben einen hochsignifikanten Einfluss auf das Armutsrisko. Die Erklärungskraft des Modells erhöht sich im Vergleich zu den beiden vorherigen deutlich.⁷⁹ Der Einfluss der Migrationserfahrung bleibt im Vergleich zu Modell 2 allerdings weitgehend unverändert:

- Während bei Erwerbstätigen das Chancenverhältnis der Einkommensarmut deutlich geringer ausfällt als bei Nichterwerbspersonen, ist dieses bei Arbeitslosen sehr hoch (Odds Ratio 3,60). Unter Erwerbstätigen haben Angestellten und Beamten die niedrigste „Chance“ hinsichtlich einer Armutgefährdung (Odds Ratio 0,21 und 0,02).

⁷⁹

Zur Erklärungskraft gemäß Pseudo R² vgl. Glossar im Anhang.

- Sämtliche anderen Haushaltsformen weisen ein höheres Chancenverhältnis auf, einkommensarm zu sein, als Paare mit Kindern.
- Krankheit geht mit einem erhöhten Armutsrisko (Odds Ratio 1,18) einher, auch wenn dieser Effekt nach Kontrolle des Alters relativ gering ausfällt.
- Personen mit eigener Migrationserfahrung haben bei gleicher Bildungsvoraussetzung, gleichem Erwerbsstatus, gleichem Haushaltstyp und gleicher Gesundheit eine deutlich höhere Wahrscheinlichkeit, einkommensarm zu sein, als Personen ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 2,35). Für Personen mit Migrationshintergrund, die keine eigene Migrationserfahrung haben (zweite Generation) besteht dagegen nach wie vor kein besonderes Armutsrisko mehr, wenn sozialstrukturelle Faktoren berücksichtigt werden.

Die Regressionsanalyse kommt also zu dem Schluss, dass unter Kontrolle zusätzlicher sozialstruktureller Merkmale wie Alter, Bildung, Erwerbsstatus und Haushaltstyp in der zweiten Generation kein signifikanter Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Einkommensarmut besteht. Es zeigt sich, dass geringe Bildung, ein niedriger Erwerbsstatus und ein schlechter Gesundheitszustand grundsätzlich mit einem höheren Armutsrisko in Verbindung stehen. Personen mit eigener Migrationserfahrung haben ein signifikant höheres Risiko, von Einkommensarmut betroffen zu sein. Hier besteht Forschungsbedarf hinsichtlich der Gründe. Bekannt ist z.B., dass im Ausland erworbene Qualifikationen nicht in vollem Umfang auf dem deutschen Arbeitsmarkt anerkannt und damit in Wert gesetzt werden können, daher auch nicht zu gleichen Erwerbseinkommen führen.

5. Gesellschaftliches Engagement

Die Ergebnisse in Kürze

Die weiterführende Analyse im Bereich des gesellschaftlichen Engagements beruht auf statistischen Auswertungsverfahren, um neben den migrationsspezifischen Faktoren den Einfluss weiterer Merkmale auf das freiwillige Engagement untersuchen zu können. Unter freiwilligem Engagement ist sowohl die Übernahme eines formalen Ehrenamts in Vereinen, Verbänden und gemeinnützigen Organisationen als auch das informelle Engagement in Initiativen und Nachbarschaftshilfen zu verstehen (Freiwilligensurvey 2004). Untererfasst sind damit in der Regel Engagementbereiche im verwandtschaftlichen und bekanntenschaftlichen Kontext, die bei Personen mit Migrationshintergrund häufiger vermutet werden. Aus der Partizipationsforschung ist bekannt, dass Geschlecht, migrationsbedingte Merkmale, Bildung, Haushaltseinkommen, Tätigkeitsstatus, Einstellungen und der Siedlungstyp des Wohnorts die individuelle Bereitschaft, sich freiwillig zu engagieren, beeinflussen können.

Die statistische Analyse bietet die Möglichkeit zu prüfen, ob die Unterschiede bezüglich des freiwilligen Engagements von Personen mit und ohne Migrationshintergrund (siehe Kapitel B 7) mit einer schrittweisen Ergänzung des statistischen Modells durch weitere Merkmale erklärt werden können.

Die Ergebnisse zeigen, dass die Unterschiede im freiwilligen Engagement von Personen mit und ohne Migrationshintergrund nicht allein durch den Einfluss von Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen, Tätigkeitsstatus, Wohndauer und Typ des Wohnortes aufgelöst werden können. Erst unter Berücksichtigung von gesellschaftlichem Interesse, Wertvorstellungen und Religionszugehörigkeit verliert der migrationsabhängige Effekt zumindest bei männlichen Migranten der zweiten Generation seinen Einfluss bei der Erklärung des freiwilligen Engagements. Das geringe Ausmaß des freiwilligen Engagements von männlichen Migranten der zweiten Generation im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund ist demzufolge auf ein Bündel von Einflussfaktoren zurückzuführen. Die übrigen migrationsspezifischen Effekte bleiben trotz der Berücksichtigung einer Reihe von erklärenden Faktoren bestehen. Künftige wissenschaftliche Untersuchungen sollten auch Faktoren wie Sprachkenntnisse, Geschlechterrollenverständnis, Gelegenheitsstrukturen und Benachteiligungserfahrungen berücksichtigen, um den restlichen migrationsspezifischen Effekt aufzuklären zu können. In dieser Analyse ließen sich aufgrund der fehlenden Daten die angesprochenen alternativen Erklärungsfaktoren nicht berücksichtigen.

In der Partizipationsforschung sind bisher verschiedene Faktoren benannt worden, die die gesellschaftliche Beteiligungsbereitschaft begünstigen. Dazu gehören auf der individuellen Ebene das Geschlecht, das Alter, das Bildungsniveau, das Einkommen, der Tätigkeitsstatus und die persönlichen Wertvorstellungen. Auf der Mesoebene können Faktoren wie die ethnische Heterogenität, der Urbanisierungsgrad (Siedlungstyp des Wohnorts) oder die gesellschaftliche Mobilität Einfluss auf das Ausmaß des freiwilligen Engagements haben.

Analysen zum gesellschaftlichen Engagement

Zur Analyse des freiwilligen Engagements wird der Freiwilligensurvey von 2004 verwendet. Die darin enthaltene Migrantenstichprobe ist zwar nicht hinreichend repräsentativ (vgl. Gensicke et al.: 2005), dennoch wird der Freiwilligensurvey hier mangels alternativer Datensätze zur Analyse des freiwilligen Engagements von Personen mit und ohne Migrationshintergrund herangezogen.

In einem multivariaten logistischen Regressionsmodell⁸⁰ wurde überprüft, welchen Einfluss die individuellen Erklärungsfaktoren auf das freiwillige Engagement der Befragten haben. Im Freiwilligensurvey wird zwischen Gemeinschaftsaktivität und Engagement unterschieden. Gemeinschaftsaktivität beschreibt die Mitwirkung in Freizeitgruppen, Initiativen und Vereinen ohne Übernahme eines Ehrenamts. Freiwilliges Engagement hingegen liegt dann vor, wenn Personen in einem der abgefragten Bereiche „auch Aufgaben oder Arbeiten übernommen haben, die [sie] freiwillig oder ehrenamtlich ausüben“. Das statistische Modell ist schrittweise ergänzt worden, um den Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale durch die Einbeziehung von Dritt faktoren auf das freiwillige Engagement zu erklären. Auf diese Weise sollte herausgearbeitet werden, unter welchen Bedingungen sich Personen mit und ohne Migrationshintergrund in ihrem freiwilligen Engagement nicht mehr voneinander unterscheiden. So

⁸⁰ Eine multivariate logistische Regression ist ein statistisches Verfahren, um eine abhängige Variable mit zwei Ausprägungen (hier: nicht engagiert versus engagiert) mit einer Reihe von unabhängigen, erklärenden Faktoren zu beschreiben.

werden Erkenntnisse gewonnen, woher die Unterschiede bezüglich des freiwilligen Engagements von Personen mit und ohne Migrationshintergrund röhren.

Tabelle 52 weist in den Spalten die Einflussfaktoren (unabhängige Variablen), den statistischen Zusammenhang (das Odds Ratio), die Irrtumswahrscheinlichkeit (Signifikanzniveau) und die Richtung des Effekts (positiv oder negativ) aus. Die unabhängigen Variablen sind Merkmale, die die abhängige Variable, in diesem Fall das freiwillige Engagement, beschreiben und erklären können. Das Odds Ratio beschreibt den Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variablen. Bei einem Odds Ratio, das größer als 1 ist, verbessert sich das Chancenverhältnis zu Gunsten des Eintretens des freiwilligen Engagements, während bei einem Odds Ratio unter 1 sich das Chancenverhältnis für das freiwillige Engagement verschlechtert. Die Verbesserung oder Verschlechterung des Chancenverhältnisses ist nur dann signifikant, wenn die betreffende unabhängige Variable mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5 Prozent (in der Tabelle gekennzeichnet mit „*“) einen Einfluss auf die abhängige Variable „freiwilliges Engagement“ ausübt. Die Irrtumswahrscheinlichkeit macht die Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlusses von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit messbar. Der Freiwilligensurvey ist eine Befragung einer Auswahl von Menschen, die in Deutschland leben, und damit eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland. Die Größe der analysierten Stichprobe ist im unteren Teil der Tabelle in der Zeile „N“ angegeben. Eine Aussage über die Grundgesamtheit auf Basis des Freiwilligensurveys ist nur mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit möglich. Je niedriger das Signifikanzniveau (1 Prozent - „**“ – oder 0,1 Prozent - „***“), desto sicherer ist anzunehmen, dass der Effekt auch in der Grundgesamtheit besteht. Die Angaben in der Spalte „Effekt“ in den Tabellen zeigen die Einflussrichtung der unabhängigen Variablen auf die abhängige Variable. Bei einem Pluszeichen verbessern sich die Chancen signifikant, bei einem Minuszeichen nehmen sie signifikant ab, und im Fall des Eintrags „0“ hat die unabhängige Variable keinen signifikanten Einfluss auf die Chancen für das Eintreten des freiwilligen Engagements.

In Modell 1 haben wir das Geschlecht, das Alter sowie migrationsspezifische Merkmale einfließen lassen (vgl. Tabelle 56). Dabei zeigt sich, dass sich Frauen seltener freiwillig engagieren als Männer. Das Alter hängt kurvilinear mit dem freiwilligen Engagement zusammen. Die Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren, wächst zunächst mit steigendem Alter und nimmt dann im höheren Alter wieder ab. Personen mit Migrationshintergrund sind, wie aus der beschreibenden Analyse (vgl. Kapitel B 7) zu erwarten war, signifikant geringer am freiwilligen Engagement beteiligt. Die Chancen von männlichen Migranten der ersten Generation, sich freiwillig zu engagieren, liegen deutlich unter denen von Männern ohne Migrationshintergrund (Odds Ratio 0,40). Dagegen reduzieren sich die Chancen von männlichen Migranten der zweiten Generation im Vergleich zu Männern ohne Migrationshintergrund nicht ganz so stark (Odds Ratio 0,76). Auch bei Frauen fallen die Differenzen ähnlich aus. Personen mit Migrationshintergrund, aber ohne Migrationserfahrung (die zweite Generation) kommen dem Grad des freiwilligen Engagements von Personen ohne Migrationshintergrund also deutlich näher als Personen mit eigener Migrationserfahrung (die erste Generation).

Die folgenden, schrittweise ergänzten statistischen Modelle haben zum Ziel, den ungünstigen Effekt des Migrationshintergrunds auf das freiwillige Engagement durch die Integration von weiteren Einflussfaktoren zu erklären.

Das Modell 2 ergänzt das Vormodell um sozialstrukturelle Merkmale, zu denen das Bildungsniveau, das Haushaltseinkommen und der Tätigkeitsstatus der Befragten zählen. Unter Berücksichtigung dieser Faktoren verändern sich die Effekte der migrationsspezifischen Merkmale kaum. Die Chancen, sich freiwillig zu engagieren, sind demzufolge für Personen mit Migrationshintergrund im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund bei gleichem Bildungsstand unter Kontrolle von Haushaltseinkommen und Tätigkeitsstatus unverändert geringer. Die verbreitete These, dass das geringe freiwillige Engagement von Personen mit Migrationshintergrund eine Folge ihres niedrigen Bildungsniveaus sei, kann mit den Ergebnissen nicht bestätigt werden.

In Modell 3 ist die Analyse um die Wohndauer der Befragten am Wohnort und den Typ des Wohnortes ergänzt worden. Mit der Wohndauer nehmen Kenntnisse über gesellschaftliche Partizipationsformen, Kontakte zu Bezugspersonen in Vereinen wie auch Gelegenheiten für freiwilliges Engagement zu. Vor allem Migrantinnen und Migranten der ersten Generation dürften eine im Vergleich zu Personen ohne Migrationshintergrund kürzere Wohndauer aufweisen, die eine Erklärung für ihre geringere gesellschaftliche Beteiligung sein könnte. Auch der Siedlungstyp des Wohnortes kann eine Rolle spielen: Personen mit Migrationshintergrund sind durch das Angebot an Arbeit häufiger in städtische Räume als in ländliche Regionen gezogen. Aus der Partizipationsforschung ist bekannt, dass in städtischen Räumen aufgrund der Anonymität und der geringeren Dichte sozialer Kontakte der Grad des gesellschaftlichen Engagements geringer ist als in ländlichen Räumen.

Während eine längere Wohndauer die Bereitschaft zu gesellschaftlichem Engagement erhöht, nehmen die Beteiligungschancen mit zunehmendem Urbanitätsgrad generell ab. Unter Berücksichtigung dieser beiden Faktoren erhöhen sich aber die Beteiligungschancen von Migrantinnen und Migranten nur unwesentlich im Vergleich zum Vormodell. Folglich können Wohndauer und Urbanitätsgrad den Effekt des Migrationshintergrunds nicht aufklären.

Tabelle 52

Logistisches Regressionsmodell zu freiwilligem Engagement												
abh. Variable: freiwillig engagiert (0 = nicht engagiert; 1 = engagiert)	Modell 1			Modell 2			Modell 3			Modell 4		
	Odds Ratio	Sig.	Effekt									
unabhängige Variablen												
Konstante	0,40	***	-	0,04	***	-	0,03	***	-	0,04	***	-
Geschlecht												
Männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Weiblich	0,80	***	-	0,81	***	-	0,83	***	-	0,82	***	-
Alter	1,05	***	+	1,07	***	+	1,06	***	+	1,05	***	+
Alter ²	1,00	***	-	1,00	***	-	1,00	***	-	1,00	***	-
Migrationsbiographische Merkmale												
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
mit Migrationshintergrund, in Deutschland geboren, männlich (2. Generation)	0,76	**	-	0,79	*	-	0,81	*	-	0,87	n.s.	0
mit Migrationshintergrund, in Deutschland geboren, weiblich (2. Generation)	0,78	**	-	0,75	**	-	0,75	**	-	0,78	**	-
mit Migrationserfahrung, zugezogen, männlich (1. Generation)	0,40	***	-	0,41	***	-	0,45	***	-	0,46	***	-
mit Migrationserfahrung, zugezogen, weiblich (1. Generation)	0,51	***	-	0,49	***	-	0,52	***	-	0,61	***	-
Schulabschluss												
kein Schulabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
noch Schüler	2,91	**	+	2,80	**	+	1,88	n.s.	0			
Hauptschulabschluss	1,53	n.s.	0	1,55	n.s.	0	1,21	n.s.	0			
Realschulabschluss	2,12	*	+	2,20	*	+	1,60	n.s.	0			
(Fach-) Hochschulreife	2,60	**	+	2,87	**	+	1,92	n.s.	0			
Universitätsabschluss	2,88	**	+	3,32	***	+	2,24	*	+			
Haushaltseinkommen												
Haushaltseinkommen	1,20	***	+	1,18	***	+	1,14	***	+			
unvollständige Angaben zum Haushaltseinkommen	1,36	***	+	1,23	*	+	1,03	n.s.	0			
Tätigkeitsstatus												
Erwerbstätig	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie					
vollzeit erwerbstätig	1,22	*	+	1,22	*	+	1,12	n.s.	0			
teilzeit erwerbstätig	1,62	***	+	1,57	***	+	1,39	**	+			
in schulischer und beruflicher Ausbildung	1,94	***	+	1,97	***	+	1,84	***	+			
Hausfrau/-mann	1,59	***	+	1,59	***	+	1,32	**	+			
Rentnerin	1,14	n.s.	0	1,16	n.s.	0	1,13	n.s.	0			
Sonstiges	1,45	**	+	1,52	**	+	1,21	n.s.	0			
Wohnbedingungen und regionale Verhältnisse												
Wohndauer							1,27	***	+	1,20	***	+
Urbanität							0,68	***	-	0,64	***	-
Gesellschaftliches Interesse												
Interesse am öffentlichen Leben										1,24 *** +		
Wertvorstellungen												
Machtbewusstsein										0,92 *** -		
Ordnungsbewusstsein										0,87 *** -		
Hilfsbereitschaft										1,34 *** +		
Religion												
keine Religionsgemeinschaft angehörig										Referenzkategorie		
evangelische Religionsgemeinschaft										1,80 *** +		
katholische Religionsgemeinschaft										1,67 *** +		
sonstige Christliche Religionsgemeinschaft										2,32 *** +		
muslimische Religionsgemeinschaft										0,94 n.s. 0		
sonstige Religionsgemeinschaft										1,68 * +		
N - ungewichtet	14408			14408			14408			14408		
Pseudo R ² (Cox and Snell)	0,02			0,05			0,06			0,10		

Modell 4 ist um Erklärungsfaktoren auf der Einstellungs- und Werteebene ergänzt worden, denn das geringere gesellschaftliche Engagement von Personen mit Migrationshintergrund könnte damit zusammenhängen, dass ihr Interesse an öffentlichen Themen aufgrund ihrer möglicherweise geringeren Verwurzelung in Deutschland weniger stark entwickelt ist. Das Interesse an öffentlichen Themen erhöht die Beteiligungsbereitschaft generell. Materialistische Wertvorstellungen und Ordnungsbewusstsein hängen negativ mit gesellschaftlichem Engagement zusammen, während Hilfsbereitschaft einen positiven Effekt zeigt. Personen, die einer christlichen oder sonstigen Religionsgemeinschaft angehören, engagieren sich signifikant häufiger als Personen ohne Religionszugehörigkeit. Eine islamische Religionszugehörigkeit hängt jedoch nicht signifikant positiv mit gesellschaftlichem Engagement zusammen. Allerdings unterscheiden sich Personen mit islamischer Religionszugehörigkeit auch nicht im negativen Sinne von Personen ohne Religionszugehörigkeit, so dass sich lediglich feststellen lässt, dass die ansonsten positive Auswirkung von Religionszugehörigkeit auf das gesellschaftliche Engagement bei Muslimen nicht zu beobachten ist (was allerdings auch mit

deren geringer Einbeziehung in die Befragung in Verbindung stehen kann, s.o. zur Stichprobe des Freiwilligensurveys).

Mit den in Modell 4 zusätzlich aufgenommenen Variablen wird der Unterschied zwischen männlichen Personen ohne Migrationshintergrund und männlichen Migranten der zweiten Generation neutralisiert. Die geringere Chance auf gesellschaftliche Beteiligung von männlichen Migranten der ersten Generation sowie von Migrantinnen der zweiten Generation kann jedoch durch gesellschaftliches Interesse, Wertevorstellungen und Religionszugehörigkeit dieser Gruppen nicht erklärt werden.

Die migrationsspezifischen Effekte sowohl für Migrantinnen der zweiten als auch für Migrantinnen und Migranten der ersten Generation bleiben unter Berücksichtigung von Geschlecht, Alter, Bildung, Haushaltseinkommen, Tätigkeitsstatus, Einstellungen, Religionszugehörigkeit und regionalen Einflussfaktoren weiterhin ungeklärt.

Ziel der schrittweisen Ergänzung des statistischen Erklärungsmodells war es, den migrationsspezifischen Effekt mit der Integration von Dritt faktoren zu überprüfen. Dadurch sollte erreicht werden, dass nicht als „migrationsspezifischer“ Effekt auf das freiwillige Engagement betrachtet wird, was sich bei tiefer gehender Analyse als Effekt anderer Faktoren erweist. Eine solche Erklärung ist im Fall von männlichen Befragten der zweiten Generation gelungen. In den anderen Bevölkerungsgruppen mit Migrationshintergrund blieb der Effekt auf das freiwillige Engagement bestehen. Damit wird eine Forschungsfrage aufgeworfen, der durch zukünftige Untersuchungen nachgegangen werden sollte. Möglicherweise spielen Sprachkenntnisse, geschlechtsspezifische Rollenvorstellungen, geringere Gelegenheitsstrukturen sowie Benachteiligungserfahrungen eine Rolle. Zu bedenken ist weiterhin, dass in der Regel Engagementbereiche im verwandtschaftlichen und bekanntshaftlichen Kontext, die bei Personen mit Migrationshintergrund häufiger vermutet werden, untererfasst sind.

Eine Umfrage mit einem erweiterten Fragebogen und eine die Zielgruppe mit Migrationshintergrund besser abdeckende Stichprobenziehung im Rahmen des Freiwilligensurveys könnten darüber Aufschluss geben. Auf diese Weise könnte auch die Erklärungskraft der statistischen Modelle erhöht werden, welche sich bisher noch auf niedrigem Niveau bewegt.

6. Gesundheit

Die Ergebnisse in Kürze

Die weiterführende Analyse zum Zusammenhang zwischen Migration und Gesundheit beruht auf multivariaten Auswertungsverfahren, um neben den migrationsbiographischen Faktoren den Einfluss weiterer Merkmale auf die Indikatoren „Krank in den letzten 4 Wochen“, „Raucher“ und „Adipositas (BMI über 30)“ untersuchen zu können. Aus der Gesundheitsberichterstattung ist bekannt, dass Bildung, Erwerbsstatus, Einkommensarmut und andere sozialstrukturelle Faktoren die Gesundheit beeinflussen können.

Anhand statistischer Analysen soll geprüft werden, ob ein Zusammenhang zwischen migrationsbiographischen Faktoren und Gesundheit bzw. den ausgewählten Risikofaktoren besteht, oder ob ausschließlich sozialstrukturelle Faktoren eine Rolle spielen.

Die Ergebnisse zeigen, dass der Migrationshintergrund in keinem signifikanten Zusammenhang mit dem Gesundheitszustand steht, wenn weitere sozialstrukturelle Merkmale berücksichtigt werden. Neben dem Alter haben Faktoren wie Bildung oder Einkommen Einfluss auf die Gesundheit. Die statistischen Modelle haben eine geringe Erklärungskraft, was darauf schließen lässt, dass es andere (nicht im Modell integrierte) Aspekte sind, welche die unterschiedlichen Krankenquoten bestimmen. Nicht untersucht werden konnten damit zusammenhängende Faktoren des Gesundheitsverhaltens wie Ernährung und Bewegung, da diesbezügliche Daten im hier analysierten Datensatz, dem Mikrozensus, nicht erfasst werden.

Der Zusammenhang von Migration und Gesundheit steht seit langem im Interesse der Fachöffentlichkeit. Neben Aspekten wie „Import“ von Epidemien durch Wanderung u.ä. stehen vor allem die Migrantinnen und Migranten selbst, deren Gesundheitszustand und medizinische Versorgung im Fokus. Bekannt ist in der Fachdebatte der so genannte „Healthy Migrant“-Effekt, dem zufolge junge und körperlich leistungsfähige Bevölkerungsgruppen eher migrieren als ältere und schwächere Gruppen, sowie Fortzüge bzw. Auswirkungen transnationaler Migration im Alter.⁸¹ Migrantinnen und Migranten werden andererseits aus verschiedenen Gründen (je nach Motiv und Bedingung der Migration) als gesundheitlich besonders vulnerabel betrachtet. Dies gilt insbesondere für Flüchtlinge, irreguläre Migrantinnen und Migranten sowie Opfer des Menschenhandels. Aber auch Arbeitsmigrantinnen und –migranten und andere Zuwanderergruppen (sowie deren Nachkommen) können besonderen Schwierigkeiten im Bereich Gesundheit ausgesetzt sein.

Die Gesundheitsberichterstattung des Bundes widmet der Thematik Migration und Gesundheit einen Schwerpunktbericht⁸² und konstatiert:

„Es sind [...] die Gründe und Umstände einer Migration sowie die Lebens- und Arbeitsbedingungen von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland, die zu einem schlechteren Gesundheitszustand führen können“ (Robert-Koch-Institut 2008a: 129).

Gesundheit ist eine wesentliche Dimension der Lebenslage, welche auch Einfluss auf andere Bereiche wie beispielsweise Erwerbsarbeit haben kann und ihrerseits durch weitere Faktoren (wie Bildung, Herkunft, Arbeitsbelastung etc.) beeinflusst wird.

Analysen zu Gesundheit

Im Folgenden wird beispielhaft anhand ausgewählter Indikatoren der Frage nachgegangen, inwiefern die allgemeine sozialstrukturelle Lebenslage eher als migrationsspezifische Belastungen den Gesundheitszustand bestimmt. Unter den erprobten Indikatoren im Gesundheitsbereich ist die Krankenquote eine eindeutige Kennzahl für den allgemeinen Gesundheitszustand. Die Ergebnisse des Mikrozensus 2005 zeigen, dass Personen mit Migrations-

⁸¹ Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2008a): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Migration und Gesundheit.

⁸² Vgl. dazu auch Robert-Koch-Institut (2008a).

hintergrund im mittleren und höheren Alter häufiger krank sind als gleichaltrige Personen ohne Migrationshintergrund (vgl. Kapitel B 9).

Einen entscheidenden Einfluss auf die Gesundheit hat das Alter. Bereits in Kapitel B 9 wurde darauf hingewiesen und gezeigt, dass die unterschiedliche Altersstruktur der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund teilweise Unterschiede im Gesundheitszustand bedingt. Frauen sind sowohl in der Bevölkerung mit als auch unter Personen ohne Migrationshintergrund tendenziell etwas häufiger krank als Männer.

Die Sozial- und Gesundheitsberichterstattung kennt seit langem auch den Zusammenhang zwischen Gesundheit und der sozialen Lage. Im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung des Bundes hat das Robert-Koch-Institut eine Expertise zum Thema „Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit“⁸³ erarbeitet, worin u.a. der Einfluss von Einkommen, Bildung, Arbeit und Familie auf Gesundheit untersucht wird.

Um zu prüfen, welche Faktoren unter Konstanthaltung der anderen Variablen tatsächlich (und statistisch signifikant) die Gesundheit beeinträchtigen, wurde eine multivariate logistische Regression⁸⁴ durchgeführt. Das statistische Modell ist dabei schrittweise ergänzt worden, um den Einfluss der migrationsspezifischen Merkmale durch die Einbeziehung von sozialstrukturellen Faktoren auf den Gesundheitszustand zu erklären.

Tabelle 53 weist in den Spalten die Einflussfaktoren (unabhängigen Variablen), den statistischen Zusammenhang (das Odds Ratio), die Irrtumswahrscheinlichkeit (das Signifikanzniveau) und die Richtung des Effekts (positiv oder negativ) aus. Die unabhängigen Variablen sind Merkmale, die die abhängige Variable beschreiben und erklären können. Das Odds Ratio beschreibt den Zusammenhang zwischen der unabhängigen und der abhängigen Variable. Bei einem Odds Ratio größer als 1 erhöht sich das Chancenverhältnis hinsichtlich des Eintretens von Krankheit, während sich das Chancenverhältnis des Eintretens von Krankheit bei einem Odds Ratio unter 1 reduziert. Die Erhöhung oder Reduzierung des Chancenverhältnisses hat nur dann eine statistische Erklärungskraft (bzw. ist nur dann signifikant), wenn die betreffende unabhängige Variable mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von höchstens 5 Prozent einen Einfluss auf die abhängige Variable ausübt. Die Irrtumswahrscheinlichkeit macht die Wahrscheinlichkeit eines Fehlschlusses von der Stichprobe auf die Grundgesamtheit messbar. Der Mikrozensus ist eine Stichprobe aus der Grundgesamtheit der Bevölkerung in Deutschland. Die Größe der analysierten Stichprobe ist im unteren Teil der Tabelle in der Zeile „N“ angegeben. Eine Aussage über die Grundgesamtheit auf Basis des Mikrozensus ist nur mit einer gewissen Irrtumswahrscheinlichkeit möglich. Je niedriger das Signifikanzniveau (1 Prozent - „***“ – oder 0,1 Prozent - „****“), desto sicherer ist anzunehmen, dass der Effekt auch in der Grundgesamtheit besteht. Die Angaben in der Spalte „Effekt“ in der folgenden Tabelle zeigen die Einflussrichtung der unabhängigen Variablen auf die abhängige

⁸³ Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2005): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armut- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.

⁸⁴ Eine multivariate logistische Regression ist ein statistisches Verfahren, um eine abhängige Variable mit zwei Ausprägungen (hier: krank versus nicht krank) mit einer Reihe von unabhängigen, erklärenden Faktoren zu beschreiben.

Variable. Hier ist zu bedenken, dass sich bei einem Pluszeichen die „Chancen“, krank zu sein, signifikant erhöhen (was inhaltlich nicht positiv, sondern negativ zu bewerten ist), bei einem Minuszeichen nehmen sie signifikant ab (was inhaltlich also positiv zu bewerten ist), und im Fall des Eintrags „0“ hat die unabhängige Variable keinen signifikanten Einfluss auf Krankheit.

In einem ersten Modell, das die wesentlichen soziodemografischen Faktoren Geschlecht, Alter sowie den Migrationshintergrund untersucht, haben sowohl das Geschlecht, das Alter als auch der Migrationshintergrund einen signifikanten Einfluss auf den Gesundheitszustand.

Tabelle 53

Logistisches Regressionsmodell zu Gesundheit									
abhängige Variable: "krank"(0 = nicht krank, 1 = krank) unabhängige Variablen:	Modell 1			Modell 2			Modell 3		
	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt
Geschlecht									
männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
weiblich	1,08	***	+	0,99	n.s.	0	1,01	n.s.	0
Altersvariable									
Alter	1,03	***	+	1,02	***	+	1,02	***	+
Migrationsmerkmale									
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Migrationserfahrung	1,08	***	+	1,01	n.s.	0	1,01	n.s.	0
Migrationshintergrund, keine eigene ME	1,14	**	+	1,02	n.s.	0	1,02	n.s.	0
Schulabschluss									
kein Schulabschluss				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Hauptschulabschluss				0,75	***	-	0,76	***	-
Realschulabschluss				0,67	***	-	0,69	***	-
Abitur				0,64	***	-	0,67	***	-
Berufsabschluss									
kein Berufsabschluss				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Lehrausbildung, Berufsfachschule				1,01	n.s.	0	1,00	n.s.	0
Meister-, Techniker-, Verwaltungshoch-, Fachschule				1,03	n.s.	0	1,04	n.s.	0
Fachhochschulabschluss, Universitätsabschluss				0,98	n.s.	0	0,99	n.s.	0
Erwerbsstatus									
Nichterwerbsperson				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Selbstständige, Mithelfende Angehörige				0,46	***	-	0,46	***	-
Beamte				0,84	***	-	0,84	***	-
Angestellte				0,70	***	-	0,70	***	-
Arbeiter				0,70	***	-	0,68	***	-
Azubis				1,08	n.s.	0	1,10	*	+
Soldaten, Wehr-, Zivildienst				0,57	***	-	0,57	***	-
Arbeitslos				0,81	***	-	0,78	***	-
Schichtarbeit				1,14	***	+	1,13	***	+
Einkommensarmut				1,19	***	+	1,18	***	+
Haushaltstyp									
Paar mit Kind(ern)				Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Paar ohne Kinder				1,23	***	+	1,23	***	+
Alleinerziehend				1,50	***	+	1,48	***	+
Alleinlebend				1,61	***	+	1,60	***	+
Sonstiger Haushaltstyp				1,30	***	+	1,28	***	+
Risikofaktoren									
Raucher							1,15	***	+
Adipositas (BMI > 30)							1,37	***	+
N Pseudo R ² (Cox & Snell's)	397.202 0,023			397.202 0,032			397.202 0,034		

*** p < 0,001, ** p < 0,01, * p < 0,05, n.s. nicht signifikant

Datensatz: Mikrozensus 2005

Integriert man in einem zweiten Modell weitere sozialstrukturelle Merkmale in die Analyse, verschwindet die Signifikanz des Zusammenhangs zwischen Migrationshintergrund und Gesundheit, zudem verliert das Geschlecht an Bedeutung. Dahingegen zeigt sich, dass ein signifikanter Zusammenhang zwischen Schulbildung, dem Erwerbsstatus, Einkommensarmut sowie der familiären Situation bzw. der Haushaltsszusammensetzung und Gesundheit besteht: Ein höherer Schulabschluss reduziert die Wahrscheinlichkeit, krank zu sein, während

Einkommensarmut diese erhöht (Odds Ratio 1,19). Nicht nur Alleinerziehende und Alleinlebende, sondern auch kinderlose Paare haben im Vergleich zu Paaren mit Kindern unter Kontrolle der anderen Einflussfaktoren eine erhöhte Wahrscheinlichkeit, krank zu sein.

Es wird also deutlich, dass es bei Konstanzhaltung der verschiedenen sozialstrukturellen Merkmale keinen signifikanten Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund bzw. der Migrationserfahrung und Gesundheit gibt.

In einem letzten Modell wurden als weitere potentiell erklärende Merkmale die Gesundheitsrisikofaktoren Rauchen und Fettleibigkeit (Adipositas) hinzugenommen, welche erwartungsgemäß einen hochsignifikanten Zusammenhang mit Krankheit aufweisen. Für diese beiden Gesundheitsrisikofaktoren wurden separate Regressionen durchgeführt, um zu untersuchen, inwieweit migrationsbedingte oder sozialstrukturelle Faktoren diese Indikatoren beeinflussen.

Es zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund eine signifikant geringere „Chance“ haben zu rauchen, als Personen ohne Migrationshintergrund (vgl. Tabelle 61 im Anhang). Dieser Zusammenhang gewinnt sogar an Stärke und Signifikanz, wenn zusätzlich weitere Erklärungsmerkmale wie Bildung, Einkommensarmut, Erwerbsstatus oder Haushaltstyp konstant gehalten werden. In beiden Modellen wird außerdem der hochsignifikante Zusammenhang zwischen Rauchen und Geschlecht einerseits sowie Alter andererseits deutlich: Als Frau und mit jedem Lebensjahr (ab 18) reduziert sich die Wahrscheinlichkeit zu rauchen.

Ein Zusammenhang zwischen dem Migrationshintergrund und Fettleibigkeit (Adipositas) beschränkt sich vorwiegend auf Personen mit eigener Migrationserfahrung (vgl. Tabelle 62 im Anhang). In Deutschland geborene Personen mit Migrationshintergrund haben kein höheres Risiko, einen BMI über 30 zu haben. Neben dem Einfluss des Geschlechts und des Alters (als Frau reduziert sich die Wahrscheinlichkeit, einen BMI über 30 zu haben, und mit jedem Lebensjahr ab 18 steigt die Wahrscheinlichkeit, einen BMI über 30 zu haben) besteht wie erwartet ein hochsignifikanter Zusammenhang zwischen Fettleibigkeit und Schulbildung, Einkommensarmut sowie Arbeitslosigkeit.

Die multivariate Analyse zeigt also, dass – wie vermutet – neben dem Alter sozialstrukturelle Faktoren wie Bildung oder Einkommen Einfluss auf die Gesundheit haben. Bei Berücksichtigung dieser Faktoren wird deutlich, dass kein Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Gesundheit besteht. Nicht untersucht werden konnten weitere, möglicherweise relevante Faktoren des Gesundheitsverhaltens wie Ernährung und Bewegung, da diesbezügliche Daten im Mikrozensus nicht erfasst werden.

D. WEITERENTWICKLUNG DES INDIKATORENSETS UND DES INTEGRATIONSMONITORINGS

Indikatoren müssen klar, einfach und eindeutig sein, um zu vergleichbaren und nutzbaren Ergebnissen zu führen, und unter Berücksichtigung verfügbarer Datenquellen umsetzbar sein. Für die im Rahmen des Integrationsmonitorings vorgeschlagenen Indikatoren sollten dementsprechend folgende Kriterien gelten:

1. Datengrundlage:

- Daten müssen regelmäßig erhoben werden und zeitnah zur Verfügung stehen.
- Personen mit Migrationshintergrund müssen repräsentativ erfasst und auszuweisen sein.
- Gesamterhebungen der Bevölkerung sind Stichproben vorzuziehen.

2. Indikatoren:

- Es sollen keine neuen Indizes gebildet, sondern auf gängige Maßzahlen zurückgegriffen werden.
- Klare Bewertungen müssen möglich sein.
- Wesentliche Aspekte von Integration müssen abgebildet werden.
- Alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche, in denen politische Maßnahmen möglich und politische Ziele sinnvoll sind, sollen abgebildet werden.

Die im Indikatorenset zusammengestellten 100 Indikatoren, die die Grundlage des Ersten Integrationsindikatorenberichtes bilden, erfüllen diese Kriterien weitgehend, lassen sich aber in verschiedener Hinsicht optimieren. So werden beispielsweise alle gesellschaftlichen und politischen Bereiche, in denen politische Maßnahmen möglich und politische Ziele sinnvoll sind, abgebildet. Es empfiehlt sich in einigen Fällen eine Zusammenlegung der Themenfelder und somit eine Bündelung.

Eine wesentliche Zielsetzung des ersten Integrationsindikatorenberichts bestand in der Weiterentwicklung des Indikatorensets. Die wichtigsten Empfehlungen dazu haben sich durch die tatsächliche Erprobung im Zuge der Berichterstattung ergeben. Im Vorfeld bzw. im Laufe der Bearbeitung wurden darüber hinaus Stellungnahmen von Expertinnen und Experten ausgewertet und weitere theoretische und praktische Ansätze und Erfahrungen auf nationaler und internationaler Ebene recherchiert.

Im Folgenden finden sich eine Zusammenstellung der Ergebnisse sowie die daraus abgeleiteten Empfehlungen für die Weiterentwicklung des Indikatorensets. Eine Übersicht über die Empfehlungen zum Indikatorenset wird im Anhang dokumentiert. Darüber hinaus wird auf die Weiterentwicklung der Datengrundlage und abschließend auf die Weiterentwicklung und Fortführung eines regelmäßigen Integrationsmonitorings eingegangen.

Stellungnahmen und vorhandene Ansätze auf Länder- und Kommunenebene

Die Begutachtung des Indikatorensets durch verschiedene Expertinnen und Experten aus Politik und Wissenschaft bestätigte grundsätzlich die Stoßrichtung der ausgewählten und vorgeschlagenen Indikatoren. Darüber hinaus enthielten die Stellungnahmen sowohl zusätzliche Vorschläge als auch – bei vereinzelten Indikatoren – gewisse Bedenken (vor allem methodischer Natur). Die Rückmeldungen wurden bei der Erprobung des Indikatorensets berücksichtigt bzw. geprüft und fanden so Eingang in die unten folgende Beurteilung und Weiterempfehlung.

Auf den Ebenen der Länder und Kommunen wurden bereits erste indikatorengestützte Integrationsmonitorings durchgeführt. Hervorzuheben sind hier insbesondere die Initiativen der Länder Nordrhein-Westfalen und Berlin sowie die Empfehlungen der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) aus dem Jahr 2006, die die Grundlage für die meisten jüngst auf kommunaler Ebene entwickelten Indikatorensets sind. Das Treffen der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren der Länder hat in einer Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ ein gemeinsames Indikatorenset erarbeitet. Die grundlegenden Bereiche, auf die sich das Monitoring dort konzentriert, sind ähnlich definiert wie im Integrationsmonitoring der Bundesintegrationsbeauftragten, auch wenn die Bezeichnungen teilweise unterschiedlich sind.

Auch die KGSt differenziert Handlungsfelder, welche mehr oder weniger den für das bundesweite Integrationsmonitoring vorgeschlagenen entsprechen.

Bund	Länder	KGSt
Rechtsstatus (1)	A. Kennzahlen	Rechtliche Integration (1)
Frühkindliche Bildung und Sprachförderung (2)	B. Frühkindliche Bildung	Sprache (6) Bildung (2)
Bildung (3)	C. Schule und Ausbildung	
Ausbildung (4)		
Arbeitsmarktintegration (5)	D. Arbeit und Einkommen	Arbeit und Wirtschaft (3)
Soziale Integration und Einkommen (6)		Soziale Sicherung (4)
Gesellschaftliche Integration und Beteiligung (7)		Gesellschaftliche und politische Partizipation (9)
Wohnen (8)	F. Wohnen	Wohnen (5)
Gesundheit (9)	E. Gesundheit	Gesundheit (7)
Demographie (10)	A. Kennzahlen	Soziale Integration (8)
Mediennutzung (11)		
Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der Sozialen Dienste (12)		
Politik (13)	A. Kennzahlen	Gesellschaftliche und politische Partizipation (9)
Kriminalität, Gewalt und Fremdenfeindlichkeit (14)	G. Kriminalität, Gewalt und Diskriminierung	Sicherheit (10)

Ergebnisse der Erprobung des Indikatorenssets für die Weiterentwicklung

Bei der ersten Erprobung des Indikatorenssets haben sich viele Indikatoren bewährt. Einige zuvor bereits von Expertinnen und Experten geäußerte Bedenken hinsichtlich der Tauglichkeit – vor allem bezüglich der Datenverfügbarkeit – einzelner Indikatoren haben sich bestätigt. Darüber hinaus haben sich weitere Aspekte ergeben, die für oder gegen einzelne Indikatoren und/ oder deren Operationalisierung sprechen.

Neben der Berücksichtigung und Auswertung der bereits vorab gesammelten Anmerkungen zielte die Beurteilung zum einen darauf ab zu prüfen, an welchen Stellen das vorliegende Indikatorensset reduziert bzw. gebündelt werden kann. Dabei sind einerseits statistische bzw. methodische Gründe (Kovarianz, Datenlage) und andererseits auch inhaltliche Kriterien (wie die Aussagekraft in Bezug auf Integration) ausschlaggebend. Zum anderen war durchgehend die Frage zu beachten, ob und inwiefern in den einzelnen Handlungsfeldern weitere Indikatoren zu empfehlen wären.

Grundsätzlich empfiehlt es sich, dem Indikatorenbericht im Rahmen des Integrationsmonitorings die aktuellen Basisdaten und deren Entwicklung voranzustellen. Zu diesen Basisdaten gehören neben den Anteilen der Gesamtbevölkerung mit Migrationshintergrund (differenziert nach Migrationserfahrung und Staatsangehörigkeit) eine Be- trachtung der Geschlechts- und Alterstruktur der jeweiligen Bevölkerungsgruppen.

1. Rechtsstatus

Ein zentrales Kriterium für Integration im Sinne von Zugangsmöglichkeiten ist der bürgerrechtliche Status, an den Rechte wie politische Beteiligung/ Wahlrecht, Arbeitserlaubnis, Sozialhilfeansprüche und Zugang zu gesundheitlicher Versorgung in unterschiedlicher Weise gekoppelt sind. Die Indikatoren in diesem Bereich haben sich weitgehend bewährt und sind als Kernelement und zur Darstellung der Rahmenbedingung für Integration unabdingbar.

Vorgeschlagen wird hier eine leichte Modifikation der Indikatoren 1.2: Als Indikator für Integrationsfortschritte in Zusammenhang mit der wiederholten Aussetzung von Abschiebung ist der Anteil der Erteilungen von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen für Geduldete aussagekräftiger als die absolute Zahl der Geduldeten. Der sekundäre Indikator zur Harmonisierung der EU-Asylanerkennung wird als nur wenig relevant für Integration angesehen und unterliegt aufgrund der schwierigen Vergleichbarkeit mit anderen EU-Staaten methodischen Problemen. Eine Streichung wird daher angeregt.

Thematisch empfiehlt sich eine engere Verknüpfung der Bereiche Rechtsstatus und Demographie (siehe unten).

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
1.1	Rechtsstatus der in Deutschland lebenden Ausländerinnen und Ausländer	Anteil derjenigen ohne gesicherten Aufenthalt an den Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthaltsdauer von 5 bzw. 10 Jahren	AZR
1.2	Rechtsstatus der Geduldeten	Anteil Erteilungen von Aufenthaltserlaubnissen aus humanitären Gründen für Geduldete an allen Geduldeten (mit einer Aufenthaltsdauer von 8 Jahren und mehr)	AZR
1.3	Einbürgerungen	Zahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländerinnen und Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr	Mikrozensus, AZR
		Indikatoren Demographie (s.u.)	

2. Frühkindliche Bildung und Sprachförderung

Der Bereich Frühkindliche Bildung und Sprachförderung stellt für die Integration einen besonders wichtigen Themenkomplex dar. Die vorgeschlagenen Indikatoren haben sich grundsätzlich bewährt und werden als sinnvoll und aussagekräftig erachtet. Zur einheitlichen Darstellung und Vergleichbarkeit ist eine Angleichung der Definition von Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfestatistik an die Definition des Mikrozensus notwendig. Für Daten zum Sprachförderbedarf wird eine bundesweite Vereinheitlichung dringend empfohlen. Darüber hinaus wären verlässliche Informationen zum Betreuungsangebot wie auch zum pädagogischen Personal (mit Migrationshintergrund) aufschlussreich.

Die weiterführende Analyse im Bildungsbereich hat gezeigt, dass das Sprechen der deutschen Sprache in der Familie einen wichtigen Faktor für Bildungserfolg darstellt. Der Ausbau der diesbezüglichen Indikatoren (bzw. der notwendigen Datengrundlage) wird dadurch unterstrichen.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
2.1	Frühkindliche Bildung durch Erhöhung der Besuchsquote von Kindertageseinrichtungen	Anteil der Kinder insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 0-3 Jahren, die eine Tagesbetreuung in Anspruch nehmen	Kinder- und Jugendhilfestatistik
2.2	Frühkindliche Bildung durch Erhöhung der Besuchsquote von Kindertageseinrichtungen	Anteil der Kinder insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 3-6 Jahren, die eine Tagesbetreuung in Anspruch nehmen	Kinder- und Jugendhilfestatistik
2.3	Angleichung von Deutsch-Sprachniveaus vor der Einschulung	Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund und Sprachförderbedarf	
2.4	Förderung des Erwerbs deutscher Sprachkenntnisse	Anteil der Personen, die den Sprachkursteil eines Integrationskurses erfolgreich abschließen	BAMF: Integrationsgeschäftsstatistik

3. Bildung

Bildung ist ein zentraler Schlüssel zur Integration in Kultur, Arbeits- und Lebenswelt einer Gesellschaft. Zu messen gilt es hier einerseits den Bildungsstand der Bevölkerung (mit Migrationshintergrund) allgemein (inkl. Neuzugewanderte) und andererseits den diesbezüglichen Erfolg des deutschen Bildungssystems. Dazu eignen sich sowohl der Indikator zur Messung des Fehlens eines Schulabschlusses (3.1) als auch Indikatoren bezogen auf aktuelle Schulabgängerinnen und Schulabgänger in Deutschland. Da das Schulbildungssystem verschiedene Bildungswege und -abschlüsse kennt (und

zunehmend auch Abschlüsse an berufsbildenden Schulen nachgeholt werden), muss hier dementsprechend differenziert werden. Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird eine Beschränkung auf möglichst wenige Indikatoren im Sinne folgender Bündelung der vorhandenen Indikatoren vorgeschlagen:

- Anteil Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit/ ohne Migrationshintergrund eines Jahrgangs an allgemein bildenden Schulen nach Schulabschluss (ohne Hauptschulabschluss, mit Hauptschulabschluss, mit Hochschulreife) an allen Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit/ ohne Migrationshintergrund = Indikatoren 3.2, 3.4, 3.5 // Fokus auf Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss
 - *Alternativ 2 Indikatoren:*
 - a) Schulabgängerinnen und Schulabgänger ohne Abschluss nach Schulstatistik
 - b) Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen mit Hochschulreife nach Mikrozensus
- Anteil Abgängerinnen und Abgänger mit/ ohne Migrationshintergrund eines Jahrgangs an berufsbildenden Schulen mit Schulabschluss (differenziert nach Art des Abschlusses) an allen Abgängerinnen und Abgängern mit/ ohne Migrationshintergrund = Indikator 3.3

Da eine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit insbesondere bei jungen Menschen den Migrationshintergrund nicht mehr adäquat darstellen kann, werden die Schritte der Kultusministerkonferenz, Informationen zum Migrationshintergrund in die Schulstatistik mit aufzunehmen, befürwortet. Die Erhebung des Migrationshintergrunds muss dabei einheitlich, alle Länder übergreifend und für alle Jahrgänge verbindlich sein.

Für Indikator 3.6 wird eine leichte Modifikation bzw. Präzisierung der Operationalisierung vorgeschlagen: Statt des Ausländer- bzw. Migrantenanteils an Förderschulen sollte, analog zu den anderen Indikatoren, der Anteil der betreffenden Schülerinnen und Schüler (mit und ohne Migrationshintergrund) an allen Schülerinnen und Schülern (mit und ohne Migrationshintergrund) des Jahrgangs gemessen werden. Der Migrantenanteil unter Schülerinnen und Schülern der gymnasialen Oberstufe (Indikator 3.7) stellt im Vergleich zum Anteil der Schulabgängerinnen und Schulabgänger mit (Fach-) Hochschulreife/ Abitur keinen Informationsmehrwert dar und kann daher gestrichen werden.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
3.1 Senkung der Zahl der Personen ohne Schulabschluss	Anteil der 18- bis unter 25-Jährigen ohne Schulabschluss und ohne Teilnahme an Bildungsmaßnahmen in den letzten 4 Wochen	Mikrozensus
3.2 Senkung der Quoten der Schulabgänger ohne Ab-	Anteil Schulabgänger/innen insgesamt/ mit/ ohne Migrationshintergrund eines Jahr-	Schulstatistik

	schluss/ Angleichung des Bildungsniveaus (an allgemein bildenden Schulen)	gangs an allgemein bildenden Schulen nach Schulabschluss (ohne Hauptschulabschluss, mit Hauptschulabschluss, mit Hochschulreife) an allen Schulabgänger/innen mit/ ohne Migrationshintergrund	
3.3	Angleichung des Bildungsniveaus (an berufsbildenden Schulen)	Anteil Abgänger/innen insgesamt/ mit/ ohne Migrationshintergrund eines Jahrgangs an berufsbildenden Schulen mit Schulabschluss (differenziert nach Art des Abschlusses) an allen Abgänger/innen mit/ ohne Migrationshintergrund	Schulstatistik
3.4	Senkung des Anteils von Schülerinnen und Schülern mit MH an den Förderschulen	Anteil Förderschüler/innen mit/ ohne Migrationshintergrund eines Jahrgangs an allen Schülerinnen und Schülern mit/ ohne Migrationshintergrund eines Jahrgangs	Schulstatistik

4. Ausbildung

Ähnlich wie im Bildungsbereich beziehen sich die Ausbildungsindikatoren einerseits auf die Berufsbildung der Bevölkerung (mit Migrationshintergrund) allgemein (inkl. Neuzugewanderte) und andererseits auf den diesbezüglichen Erfolg des deutschen Berufsbildungssystems. Neben der Fortführung des Indikators zum Fehlen eines Berufsabschlusses (4.1) empfiehlt sich für die Übersichtlichkeit eine Bündelung der Indikatoren bezüglich der aktuellen beruflichen Ausbildung und der Abschlüsse in Deutschland:

- Anstelle der Indikatoren 4.2 und 4.3 wird eine Modifizierung zu einem differenzierten Indikator zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Absolventinnen und Absolventen von beruflichen Schulen vorgeschlagen, differenziert in a) Übergangssystem, b) Schulische Berufsbildung und c) Teilzeit-Berufsschulen.
- Sobald die notwendigen Daten in der Berufsbildungsstatistik vorhanden sind, erscheint die Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren als sinnvoller Indikator.
- Darüber hinaus ist die Einmündungsquote in Berufsausbildung ein aussagekräftiger Indikator, dem sind Daten zu Altbewerberinnen und Altbewerbern hinzuzufügen.

Auf weitere Indikatoren hinsichtlich des Abbruchs und Erfolgs von Ausbildung und beruflichen Abschlüssen (4.5) sollte zum jetzigen Zeitpunkt - auch aufgrund der mangelnden Datenlage - verzichtet werden. Ausführlichere statistische Daten zum Nachholen von Bildungsabschlüssen (4.8) sind erwünscht, da der Indikator einen wichtigen Hinweis auf die formale Anerkennung von in der Regel im Ausland erworbenen Qualifikationen geben kann.

Da eine Unterscheidung nach Staatsangehörigkeit insbesondere bei jungen Menschen den Migrationshintergrund nicht mehr adäquat darstellen kann, werden die Bemühungen begrüßt und unterstützt, Informationen zum Migrationshintergrund in die Berufsbildungs- und in die Hochschulstatistik mit aufzunehmen.

Zur Hochschulbildung empfiehlt sich neben der gesonderten Auswertung des Indikators zum Hochschulabschluss (4.7) für die Altersgruppe der 25- bis unter 35-Jährigen auch die Betrachtung der Hochschulbildungssituation in Deutschland. Diesbezüglich wird die folgende Modifikation des Indikators 4.6 vorgeschlagen: Anstatt der Anteile von Bildungsintländerinnen und Bildungsintländern an den deutschen Hochschulen soll der *Anteil von bildungsintländischen/deutschen Studienanfängerinnen und Studienanfängern an Universitäten und Fachhochschulen (Hochschulinformationssystem) an den ausländischen/deutschen Schulabgängerinnen und Schulabgängern mit Hochschulreife des Vorjahres* als Indikator aufgenommen werden.

Die Inanspruchnahme der Bafög-Förderung (4.9) ist hinsichtlich des Integrationserfolgs nur schwer zu interpretieren. Im Interesse eines kompakten Indikatorensets wird hier eine Streichung vorgeschlagen.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorenset:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
4.1	Senkung der Zahl der Personen ohne beruflichen Bildungsabschluss oder Hochschulabschluss	Anteil der 25- bis unter 35-Jährigen ohne beruflichen Bildungsabschluss oder Hochschulabschluss	Mikrozensus
4.2	Erhöhung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund an den Absolventen von beruflichen Schulen	Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Absolvent/innen von beruflichen Schulen, differenziert in a) Übergangssystem, b) Schulische Berufsbildung und c) Teilzeit-Berufsschulen	Schulstatistik
4.3	Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund	Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren	Berufsbildungsstatistik
4.4a	Erhöhung der Ausbildungsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund	Einmündungsquote der bei der BA gemeldeten Bewerber/innen für Berufsausbildungsstellen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund	BA Statistik
4.4b	Senkung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund an den Altbewerber/innen	Anteil der Altbewerber/innen mit Migrationshintergrund an allen Altbewerber/innen der bei der BA gemeldeten Bewerber/innen für Berufsausbildungsstellen	BA Statistik
4.5	Erhöhung des Anteils von Bildungsintländern an den Studierenden an deutschen Hoch-	Anteil von allen und bildungsintländischen Studienanfänger/innen an Universitäten und Fachhochschulen an allen und den auslän-	Hochschulinformationssystem Schulstatistik

	schulen	dischen Schulabgänger/innen des Vorjahres mit Hochschulreife	
4.6	Erhöhung des Anteils von Personen mit Migrationshintergrund und Hochschulabschluss	Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen (und der 25- bis unter 35-Jährigen) mit Hochschulabschluss	Mikrozensus
4.7	Nachholen von Bildungsabschlüssen fördern	Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an externen Prüfungen der Kammern	

5. Arbeitsmarktintegration

Den Kernbereich der Integration bildet die sozioökonomische Dimension, die wesentlich in der *Arbeitsmarktintegration* zum Ausdruck kommt. Von dieser hängt die Konstitution weiterer Lebenslagen entscheidend ab – vom dadurch ermöglichten Lebensstandard über die Qualität der Wohnverhältnisse bis zu sozialen Beziehungen (einschließlich der durch den Arbeitsplatz vermittelten Sozialkontakte) und gesellschaftlicher Anerkennung. Die Kernindikatoren in diesem Bereich sind daher unverzichtbar, haben sich bewährt und sind als Schlüsselindikatoren für Integration zu verstehen.

Der Unterbereich der Erwerbsbeteiligung ist durch den Indikator Beschäftigungslücke (5.1.1) sehr gut dargestellt. Da insbesondere eine Angleichung der Anteile von frühbe-renteten Personen als Integrationserfolg zu werten wäre, wird dieser Indikator ergänzend zur Angleichung des Rentenalters (5.1.2) empfohlen. Dagegen wird eine Streichung des Indikators 5.1.3 angeregt. Denn grundsätzlich soll Erwerbstätigkeit zu einem existenzsichernden Einkommen führen. Allerdings kann Armut trotz Erwerbstätigkeit auch bei Integrationsmaßnahmen entstehen, die längerfristig auf eine existenzsichere Erwerbstätigkeit abzielen. Die Selbstständigenquote (5.1.4) ist eine wichtige Ergänzung zum Umfang abhängiger Beschäftigung. Obwohl Selbstständigkeit implizit bei der Erwerbsbeteiligung miterfasst wird, empfiehlt sich ein eigener Indikator für diese besondere Form der Erwerbstätigkeit.

Aufgrund der Bedeutsamkeit und der Verbreitung verschiedener Konzepte im Bereich der Arbeits- und Erwerbslosigkeit empfiehlt sich bis auf weiteres eine Fortführung der verschiedenen Indikatoren (5.2.1 bis 5.2.4). Wenn eine Differenzierung nach Migrationshintergrund in Zukunft auch im Rahmen der BA-Statistik möglich ist, kann sich die Berichterstattung auf die Arbeitslosenstatistik (als Vollerhebung) beschränken. Zusätzlich wird ein Indikator zu Jugendarbeitslosigkeit empfohlen.

Für die sekundären Indikatoren der aktivierenden arbeitsmarktbezogenen Maßnahmen wird eine Reduzierung der Indikatoren auf den *Anteil der Personen in beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an den 25- bis 64-Jährigen* (5.3.2) und den *Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern von*

Eingliederungsprodukten und –programmen der Bundesagentur für Arbeit im Vergleich zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Arbeitslosen (5.3.4) vorgeschlagen, da für die weiteren Indikatoren keine Datengrundlage vorhanden ist (5.3.1) bzw. in der alternativen Datenquelle kein Mehrwert gesehen wird (5.3.4).

Die Integration des Merkmals Migrationshintergrund in die Statistik der Bundesagentur für Arbeit wird daher begrüßt.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
5.1.1	Erhöhung der Erwerbsbeteiligung von Personen mit Migrationshintergrund	Beschäftigungslücke (Differenz zwischen den Erwerbstätigkeitsquoten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund und der Erwerbstätigkeitsquote der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund)	Mikrozensus
5.1.2	Angleichung des Rentenalters/ der Anteile von Frühberentung	a) Durchschnittliches Renteneintrittsalter b) Anteil von Frühberentungen in Form von Erwerbsminderungsrenten	Deutsche Rentenversicherung
5.1.3	Förderung der Selbstständigkeit	Selbstständigenquote	Mikrozensus
5.2.1	Arbeitslosenquote von Personen mit Migrationshintergrund senken	Anteil der Arbeitslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspersonen 15-64 Jahre)	BA
5.2.2	Erwerbslosenquote von Personen mit Migrationshintergrund senken	Anteil der Erwerbslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspersonen 15-64 Jahre)	Mikrozensus
5.2.3	Langzeitarbeitslosenquote von Personen mit Migrationshintergrund senken	Anteil der über 1 Jahr Arbeitslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspersonen)	BA
5.2.4	Langzeiterwerbslosenquote von Personen mit Migrationshintergrund senken	Anteil der über 1 Jahr Erwerbslosen an den Erwerbspersonen	Mikrozensus
5.2.5	Jugendarbeitslosigkeit bei Personen mit Migrationshintergrund senken	Anteil der (länger als 6 Monate) arbeitslosen Jugendlichen (bis unter 25 Jahren) insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund	BA
5.3.1	Erhöhung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund an beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen	Anteil der Personen in beruflichen Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen an den 25-64-Jährigen	Mikrozensus
5.3.2	Erhöhung des Anteils der Personen mit Migrationshintergrund bei der aktiven Arbeitsförderung	Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Teilnehmer/innen von Eingliederungsprodukten und -programmen der Bundesagentur für Arbeit im Vergleich zum Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an allen Arbeitslosen	BA

6. Soziale Integration und Einkommen

Die im Themenbereich *Soziale Integration und Einkommen* angesprochenen exklusionsbezogenen Indikatoren (6.1 hohes Armutsrisko, 6.3 Angewiesenheit auf staatliche Leistungen der Mindestsicherung) sind wichtige Gradmesser des Inklusionsprozesses und haben sich bei der Erprobung des Indikatorensets bewährt. Durch Abbildung des Merkmals Migrationshintergrund in der Statistik der Bundesagentur für Arbeit sowie der Sozialhilfestatistik wird Indikator 6.2, für den zurzeit auch im Mikrozensus bzw. der EVS keine Daten vorliegen, überflüssig. Fraglich ist der Mehrwert von Indikator 6.4 gegenüber Indikator 6.3, da die Angewiesenheit auf Leistungen der Mindestsicherung der entscheidende Indikator ist, unabhängig davon, ob der Haushalt Einkünfte aus einer geringfügigen Beschäftigung bzw. aus gering entlohter Vollzeitbeschäftigung hat oder nicht. Eine Streichung von Indikator 6.4 wird daher empfohlen.

Zur Optimierung der Datenbasis für diese Indikatoren empfehlen wir im Einzelnen:

- Das Haushaltseinkommen sollte im Mikrozensus nicht nur anhand vorgegebener Einkommenskategorien, sondern (wie im Sozio-oekonomischen Panel) zusätzlich als Nettop gesamtbetrag erhoben werden. Dies würde eine genauere Be rechnung des Armutsriskos ermöglichen und insbesondere das Problem lösen, dass innerhalb der Kategorie, in der die Armutsriskogrenze liegt, derzeit nicht sinnvoll zwischen Personen unterhalb und über dieser Grenze unterschieden werden kann.
- Der Bezug von Leistungen der Mindestsicherung muss eindeutig erhoben sein, um das Armutsrisko hiernach differenzieren und einen Bezug zwischen den Indikatoren 6.1 und 6.3 herstellen zu können. Im Mikrozensus 2005 und 2006 wurde der Bezug von Arbeitslosengeld II zusammen mit dem Bezug von Arbeitslosengeld I erhoben. Dies wurde jedoch ab 2007 geändert, so dass in Zukunft eine differenzierte Auswertung möglich ist.
- Zu begrüßen sind Bestrebungen, in der SGB II-Statistik zukünftig nicht nur die Staatsangehörigkeit, sondern auch den Migrationshintergrund zu erheben. Dies sollte ebenfalls in der Sozialhilfestatistik (insbesondere bei Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung) erfolgen.

Darüber hinaus schlagen wir zwei weitere Indikatoren für den Bereich „Soziale Integration und Einkommen“ vor, den Bezug der Leistungen „Wohngeld“ und „Kinderzuschlag“. Beide Leistungen richten sich an Bezieherinnen und Bezieher von Niedrigeinkommen unmittelbar oberhalb der Mindestsicherungsgrenze und zielen darauf ab, eine Angewiesenheit auf Leistungen der Mindestsicherung zu vermeiden. Für die Gestal-

tung der entsprechenden Statistiken gilt ebenfalls, dass der Migrationshintergrund differenziert erhoben werden sollte.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
6.1	Armut unter Personen mit Migrationshintergrund senken	Armutgefährdungsquote	Mikrozensus
6.2	Abhängigkeit von Mindestsicherungsleistungen verringern	Anteil der Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund, die Leistungen nach dem SGB II, SGB XII oder AsylbLG beziehen	Statistik zu SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie ab 2007 Mikrozensus
6.3	Abhängigkeit von sonstigen Leistungen für Bezieher/innen niedriger Einkommen verringern	Anteil der Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund, die a) Wohngeld oder b) Kinderzuschlag beziehen	Wohngeldstatistik und Kinderzuschlagsstatistik

7. Gesellschaftliche Integration und Beteiligung

Grundsätzlich wird die Zusammenlegung der Bereiche (7) Gesellschaftliche Integration und Beteiligung sowie (13) Politik zu einem Bereich *Gesellschaftliche und politische Partizipation* angeregt.

Die aktive Mitwirkung in politischen Organisationen (7.1) ist ein guter Indikator für die Integration in die Gesellschaft Deutschlands. Allerdings ist die diesbezügliche Datengrundlage verbesserungsbedürftig. Es empfiehlt sich eine Nutzung der Daten des SOEP ergänzt durch Daten des Freiwilligensurveys.

Die oft zeitintensive Form der Mitgestaltung in Form des Engagements ist als Indikator für gesellschaftliche Partizipation besonders geeignet und sollte daher als Indikator im Integrationsmonitoring weitergeführt werden.

Die Sekundärindikatoren zu politischem und zivilgesellschaftlichem Engagement bilden sehr detailliert bestimmte Einzelaspekte ab, die in dieser Differenziertheit nicht erforderlich erscheinen, um Integrationsfortschritte zu messen. Nach den Ergebnissen der weiterführenden statistischen Analyse reicht zur Messung der gesellschaftlichen und politischen Partizipation der Engagementindikator (7.2) aus. Mit diesem lässt sich ein großer Teil des Informationsgehalts der (Sekundär-)Indikatoren zur Beschreibung der gesellschaftlichen Partizipation erfassen.

Hinsichtlich der Datengrundlage ist eine Erweiterung der Migrantenstichprobe im Freiwilligensurvey, die derzeit überwiegend Deutsche mit Migrationshintergrund enthält, auf alle Migrantengruppen zu empfehlen.

Die vorgeschlagenen Einstellungsfragen zu Geschlechterrollen (7.4) sind nicht als Indikator für tatsächliche Gleichberechtigung geeignet, weil sie schwer zu interpretieren sind. Auch der systematische Zusammenhang von Einstellungen zur Gleichberechtigung im Alltagsleben mit politischem und gesellschaftlichem Engagement erschließt sich nicht unmittelbar. Grundsätzlich ist die Gleichberechtigung der Geschlechter eher durch Indikatoren im Bildungsbereich, der Arbeitsmarktbeteiligung oder der Verdiensthöhe bei gleicher Tätigkeit zu messen. In diesen Bereichen könnte dann der Stand der Gleichberechtigung jeweils für die Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund ausgewiesen werden. In der hier vorgeschlagenen Form empfehlen wir dagegen eine Streichung des Indikators 7.4.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
7.1	Politisches Engagement und Interesse stärken	Anteil von Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund mit Mitgliedschaft in Parteien oder politischen Organisationen	SOEP, Freiwilligensurvey
		Indikatoren Politik (s.u.)	
7.2	Bürgerschaftliches Engagement fördern	Engagementquote	Freiwilligensurvey

8. Wohnen

Die Indikatoren Wohnungsgröße (8.1) und Eigentümerquote (8.3) haben sich bewährt: Sie eignen sich gut zur Darstellung der Integration im Bereich Wohnen, entsprechende Daten liegen im Mikrozensus aber nur alle 4 Jahre vor. Eine Weiterführung der Indikatoren wird dennoch empfohlen. Die Mietkosten allein (8.2) sind als Indikator nicht eindeutig interpretierbar: Einerseits bildet ein höherer Mietpreis eine höhere Wohnqualität (neueres Baujahr, bessere Ausstattung, bessere Wohngegend) ab, andererseits spiegeln sich darin Unterschiede zwischen städtischen und ländlichen Mietpreisniveaus wider. Empfohlen wird daher für den nächsten Indikatorenbericht eine weiterführende statistische Untersuchung zur differenzierten Beschreibung dieses Indikators⁸⁵ (Differenzierung nach Siedlungsstrukturtyp, Wohneinheiten im Haus, Haushaltsgröße, etc.). Eine multivariate Analyse der Wohnbedingungen von Personen mit und ohne Migrationshintergrund soll dabei auch der Frage nachgehen, inwiefern sozialstrukturelle Faktoren Einfluss auf Unterschiede in der Wohnsituation haben.

⁸⁵

Für den vorliegenden Bericht war eine solche Analyse nicht möglich, da die notwendigen Daten aus dem Mikrozensus 2006 nicht zugänglich waren.

Alternativ kann die relative Mietbelastung, d.h. der Anteil der Mietkosten am verfügbaren Haushaltseinkommen, als Indikator herangezogen werden. Auch dieser Wert müsste aber in der o.g. Weise differenziert werden, um aussagekräftig zu sein.

Für Integration ist auch das Wohnumfeld (8.4) von großer Bedeutung. Hierzu konnten bisher keine geeigneten Indikatoren entwickelt werden. Insbesondere die Erfassung von Segregation ist methodisch schwierig, u.a. wegen der räumlichen Abgrenzung der Gebietseinheiten und den Möglichkeiten der Erfassung von Personen mit Migrationshintergrund. Derzeit liegen keine Statistiken zur Messung der Segregation vor, so dass zunächst auf diesen Indikator verzichtet werden muss. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf. Aufschlussreich kann in diesem Punkt die vorgeschlagene weiterführende Analyse sein. Gegebenenfalls kann der Indikator „Segregation“ dann zu einem späteren Zeitpunkt wieder in das Indikatorenset aufgenommen werden.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorenset:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
8.1	Verbesserung der Wohnsituation von Personen mit Migrationshintergrund	Durchschnittliche Wohnungsgröße von Miethaushalten insgesamt, mit Bezugspersonen mit und ohne Migrationshintergrund nach der gewichteten Zahl der Haushaltmitglieder	Mikrozensus 2006, 2010, etc.
8.2	Verbesserung der Wohnsituation von Personen mit Migrationshintergrund	Anteil der Kaltmiete (pro m ²) von Miethaushalten am verfügbaren Haushaltseinkommen, Bezugspersonen mit und ohne Migrationshintergrund	Mikrozensus 2006, 2010, etc.
8.3	Verbesserung der Eigentumsbildung von Personen mit Migrationshintergrund	Eigentümerquoten von Haushalten insgesamt, mit Bezugspersonen mit und ohne Migrationshintergrund	Mikrozensus 2006, 2010, etc.

9. Gesundheit

Im Bereich Gesundheit wird eine starke Bündelung der Indikatoren empfohlen:

Die weiterführende Analyse der Gesundheitsindikatoren macht deutlich, dass nicht der Migrationshintergrund, sondern vor allem das Alter und weitere sozialstrukturelle Faktoren den allgemeinen Gesundheitszustand beeinflussen.⁸⁶ Daher sind diese Indikatoren (wie auch sämtliche Sekundärindikatoren, welche darüber hinaus zum Teil zusätzlich methodische und statistische Schwierigkeiten mit sich bringen) für die Frage der Integration von Personen mit Migrationshintergrund nicht relevant.

Im Bereich Prävention und Inanspruchnahme von Leistungen können integrationspolitische Maßnahmen ansetzen. Eine Weiterführung bzw. Ergänzung diesbezüglicher

⁸⁶ Dies gilt eingeschränkt auch für die gesundheitlichen Risikofaktoren Rauchen und Adipositas.

Indikatoren kann daher befürwortet werden. Allerdings wird gleichzeitig auch hier eine kritische Prüfung des Einflusses des Migrationshintergrunds unter Berücksichtigung sozialstruktureller Faktoren mittels einer multivariaten Analyse empfohlen.

Neben den bewährten Präventionsindikatoren für Kinder und Jugendliche sollte ein Indikator zur Inanspruchnahme der allgemeinen medizinischen Versorgung aufgenommen werden (z.B. Häufigkeit der Arztbesuche in einem definierten Zeitraum bzw. im Krankheitsfall). Weiterhin sollten die Indikatoren zur Vorsorge auch auf Erwachsene (z.B. Krebsvorsorge) erweitert werden. Empfohlen wird weiterhin auch die separate Berücksichtigung der Inanspruchnahme von entsprechenden Leistungen bei Pflegebedürftigkeit. Als Datengrundlage kann die seit 1999 im zweijährlichen Rhythmus erhobene Pflegestatistik um das Merkmal des Migrationshintergrunds ergänzt werden (hier allerdings nur als Fremdeinschätzung seitens der Leistungsanbieter), oder die laufend geführte Leistungsstatistik der Pflegeversicherung (die auf Einzelfall-Begutachtung durch den Medizinischen Dienst beruht) müsste um dieses Merkmal erweitert werden. Bei der Interpretation dieses Indikators ist dann darauf zu achten, dass das Ziel des Integrationsprozesses nicht eine Verringerung der (mit Alter korrelierten) Pflegebedürftigkeit sein kann, sondern eine Angleichung von Anerkennungsquoten und Leistungs-inanspruchnahme.

Die Berücksichtigung des Migrationshintergrunds in den relevanten Untersuchungen und Statistiken ist dabei zu unterstützen. Dahingehend ist auch insbesondere die Weiterführung des KiGGs zu empfehlen.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
9.1	Inanspruchnahme von medizinischen Leistungen verbessern	Arzt- bzw. Krankenhausbesuche im Krankheitsfall bei Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund	Mikrozensus 2005, 2009, etc.
9.2	Inanspruchnahme von Pflegeleistungen verbessern	Pflegeleistungen bei Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund	Pflegestatistik
9.3	Inanspruchnahme von Gesundheitsvorsorge verbessern	Inanspruchnahme von Krebsvorsorge bei Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund	
9.4a	Gesundheitsvorsorge bei Kindern verbessern	(Vollständige) Inanspruchnahme der Kinder- und Gesundheitsuntersuchungen U3 bis U9 bei Kindern insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund	Kinder- und Jugendgesundheitssurvey
9.4b	Gesundheitsvorsorge bei Kindern verbessern	Teilnahme an Impfungen laut STIKO von Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund	Kinder- und Jugendgesundheitssurvey

10. Demographie

Eine engere Verknüpfung der Bereiche Rechtsstatus und Demographie wird angeregt.

Die Zahl der bikulturellen Ehen (10.1) ist ein eindeutiger Indikator für Integration im familiären Umfeld. Integrationsfortschritte können allerdings bei weitgehend konstanten Werten und geringen Veränderungen im Zeitverlauf nur begrenzt abgebildet werden. Der Ehegattennachzug aus dem Herkunftsland (10.2) ist ambivalent zu betrachten, da er einerseits eine (integrationsfördernde) Bleibeabsicht zum Ausdruck bringt, andererseits aber als Konservierung der soziokulturellen Bezüge zum Herkunftsland und damit als integrationshemmend verstanden werden kann. Hier ist zwischen Ehegattennachzug zu Migrantinnen und Migranten der ersten Generation (Nachzug bei bestehenden Ehen) und zu in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund (neu geschlossene transnationale Ehen) zu unterscheiden. Da dies anhand der Daten des AZR und der Visastatistik nicht möglich ist, wird eine Analyse von Ehegattennachzug mithilfe der Daten des Mikrozensus empfohlen.

Der Kindernachzug stellt für die Integrationsthematik keinen Mehrwert gegenüber dem Ehegattennachzug dar. Eine Streichung der Indikatoren 10.2b und 10.2c wird daher empfohlen.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensset:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
10.1	Bikulturelle Ehen	Anteil der Ehen von Personen ohne mit Personen mit Migrationshintergrund an allen Ehen	Mikrozensus
10.2	Ehegattennachzug	Anzahl der nachziehenden Ehegatten	AZR, Visastatistik Mikrozensus

11. Medien

Die Rolle der Medien für Integration erfährt zu Recht große Aufmerksamkeit. Die Indikatoren zur Mediennutzung sind allerdings methodisch schwer zu untersuchen, da zum einen die erforderlichen Daten nicht verfügbar sind und zum anderen die Heterogenität der Medieninhalte nur schwerlich Rückschlüsse auf den Integrationsstand zulässt. Hier besteht weiterer Forschungsbedarf; in der derzeitigen Form sind die Indikatoren 11.1 bis 11.3 ungeeignet, um Integrationsfortschritte anzuzeigen.

12. Interkulturelle Öffnung der Verwaltung und der sozialen Dienste

Im Bereich Interkulturelle Öffnung wird eine Verbesserung der Datenlage und eine Bündelung der Indikatoren nahe gelegt: Die Anteile von pädagogischem Fachpersonal mit Migrationshintergrund (12.1, 12.2, 12.3 und 12.5) in den unterschiedlichen Einrichtungen/ Schulen können in einem Indikator (differenziert nach Art der Einrichtung) zusammengefasst werden.⁸⁷ Für die Darstellung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst (12.4 und 12.6) empfiehlt sich eine Zusammenfassung bei Differenzierung nach Einkommensklassen (oder Laufbahngruppen), ohne die der Indikator wenig aussagekräftig ist. Aber auch mit dieser Differenzierung stellt sich für den unteren Einkommensbereich die Frage, ob ein hoher Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund für oder gegen einen Integrationsfortschritt spricht, da es sich hier oft um Tätigkeiten mit vergleichsweise niedrigem sozialem Status handelt. Der Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Gesundheitswesen (12.9) sollte als weiterer primärer Indikator gelten, wobei es auch hier gilt, die Datenlage zu verbessern. Eine Differenzierung nach der beruflichen Qualifikation der Beschäftigten wäre hier zusätzlich von Bedeutung.

Im Gegensatz zur Anzahl der Unterzeichner der Charta der Vielfalt (12.7), welche als Sekundärindikator interessant ist, wird die Anzahl der Kommunen mit Dolmetscherdiensten (12.8) als für nicht sinnvoll erachtet. Selbst wenn dazu Daten vorlägen, könnten sie nicht eindeutig interpretiert werden, da das Fehlen von Dolmetscherinnen und Dolmetschern kein Integrationsdefizit sein muss, sondern auch dadurch bedingt sein kann, dass deren Dienste wegen guter Sprachkenntnisse der Bevölkerung nicht mehr benötigt werden.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
12.1	Erhöhung des Anteils der Beschäftigten im öffentlichen Dienst mit Migrationshintergrund	Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst insgesamt; differenziert nach Einkommen (monatliches Nettoeinkommen unter 1100 Euro und über 2000 Euro) und nach Laufbahngruppen	Mikrozensus, Statistiken der BfA, des Bundes und der Länder
12.2	Erhöhung des Anteils von pädagogischem Fachpersonal mit Migrationshintergrund	Anteil von pädagogischem Fachpersonal mit Migrationshintergrund an den unterschiedlichen pädagogischen Einrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Schulen, ggf. Hochschulen)	BA-Statistik zu Sozialversicherungsbeschäftigen Beschäftigungsstatistik der Länder

⁸⁷ Im Hochschulbereich (12.3) ist allerdings von einem internationalen Austausch auf höchstem Qualifikationsniveau auszugehen, so dass „Migrationshintergrund“ hier wenig über die Integrationserfolge der innerhalb des Landes lebenden Migrantinnen und Migranten aussagt. Vergleichbares gilt für die Führungsetagen multinationaler Konzerne.

12.3	Erhöhung des Anteils von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Gesundheitswesen	Anteil von Beschäftigten im Gesundheitswesen mit Migrationshintergrund	BA-Statistik zu Sozialversicherungsbeschäftigte
12.4	Förderung der Vielfalt	Anzahl der Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen, die die Charta der Vielfalt unterzeichnet haben	Statistik der Beauftragten für Migration, Flüchtlinge und Integration

13. Politik

Eine Integration der Indikatoren des Bereichs Politik in den Bereich Gesellschaftliche Beteiligung wird empfohlen.

Da die Wahlberechtigung zum einen nicht nur von der Integrationsbereitschaft, sondern auch von rechtlichen Regelungen abhängig ist und zum anderen nichts über die tatsächliche Nutzung dieses Rechtes aussagt, wird eine Streichung der Indikatoren 13.1, 13.2 und 13.3 empfohlen. Hinsichtlich des Anteils von politischen Mandatsträgerinnen und Mandatsträgern mit Migrationshintergrund wird eine Beibehaltung des Indikators bei Erweiterung um die kommunale Ebene und Verbesserung der Datenlage empfohlen.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensatz:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
13.1	Vertretung von Personen mit Migrationshintergrund in den politischen Entscheidungsgremien	Anteil von politischen Mandatsträger/innen mit Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag sowie in den Landtagen und kommunalen Volksvertretungen	

14. Kriminalität, Gewalt, Diskriminierung

Die vorgeschlagenen Indikatoren zu (Gewalt-) Kriminalität sind aussagekräftig, müssen aber sensibel und differenziert verwendet werden (Berücksichtigung des Anzeigeverhaltens und der Sozialstruktur), da sonst die Gefahr einer klischeeverstärkenden Interpretation besteht. Sie sollen zukünftig um Angaben aus der Strafverfolgungsstatistik ergänzt werden.

Der Indikator zu fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten sollte in Zukunft durch weitere Indikatoren ergänzt werden, die die Diskriminierung von Personen mit Migrationshintergrund auch unterhalb der Gewaltschwelle verlässlich darstellen.

Als ergänzende Datenquelle (sowohl zu Kriminalität als auch zu Diskriminierung) könnten Dunkelfelduntersuchungen einen Mehrwert an Information bieten. Zu überlegen wäre hier für den Jugendbereich eine Nutzung der Schülerbefragung 2007/ 2008 des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen e.V.

Modifizierungsvorschlag für das Indikatorensset:

	Ziel/ Thema	Indikator	Datengrundlage
14.1	Kriminalität senken	Kriminalitätsquote insgesamt, bei Deutschen sowie Ausländerinnen und Ausländern	PKS (abzüglich ausländer-spezifische Straftaten und abzüglich Touristen/ Illegale), Strafverfolgungsstatistik
14.2	Kriminalität senken	Gewaltkriminalitätsquote insgesamt, bei Deutschen sowie Ausländerinnen und Ausländern	PKS (abzüglich ausländer-spezifische Straftaten und abzüglich Touristen/ Illegale), Strafverfolgungsstatistik, Schülerbefragung des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen
14.3a	Registrierung, Ächtung und Aufklärung von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten	Anzahl der registrierten fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten	BMI, KPMD-PMK
14.3b	Registrierung, Ächtung und Aufklärung von fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten	Aufklärungsquote bei registrierten fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Gewalttaten	BMI, KPMD-PMK

Zusammenfassung der Empfehlungen zur Weiterentwicklung

Neben den oben genannten Empfehlungen bezüglich der Bündelung, Modifikation und Fortführung des *Indikatorenssets* aufgrund inhaltlicher und methodischer Aspekte wird eine kontinuierliche Verbesserung der Datenlage in Hinblick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund unterstützt, um eine optimale regelmäßige Berichterstattung im Rahmen des Integrationsmonitorings zu gewährleisten:

Datengrundlage

Eine kontinuierliche Weiterentwicklung der amtlichen Statistiken und ergänzend Stichprobenuntersuchen der empirischen Sozialforschung in Bezug auf die Erfassung des Migrationshintergrunds ist unverzichtbar für eine realitätsnahe und genaue Analyse und Abbildung des Stands und der Entwicklung von Integration.

Zu nennen sind hier:

- Erhebung des Migrationshintergrunds im europaweiten Zensus 2011
- Einheitliche Statistik zu Sprachförderbedarf
- Angleichung der Definition des Merkmals Migrationshintergrund in der Kinder- und Jugendhilfestatistik an die Definition des Mikrozensus
- Einheitliche und flächendeckende Erhebung des Merkmals Migrationshintergrund in der Bildungsstatistik
- Erhebung des Merkmals Migrationshintergrund in die Statistik der Bundesagentur für Arbeit
- Einführung der Erhebung des Merkmals Migrationshintergrund in die Sozialhilfestatistik
- Einführung der Erhebung des Merkmals Migrationshintergrund in die Gesundheitsberichterstattung sowie in der Pflegestatistik
- Repräsentative Erhebung von Personen mit Migrationshintergrund im Freiwilligensurvey

Integrationsmonitoring

Die Fortführung regelmäßiger Berichterstattung im Rahmen eines Integrationsmonitorings auf Bundesebene ist sinnvoll und wünschenswert. Das Monitoring sollte eng an die Bemühungen und Maßnahmen des Nationalen Integrationsplans geknüpft werden, aber auch unabhängig davon eine Bestandsaufnahme von Integration und ihrer Entwicklung darstellen.

Für die Fortführung des Integrationsmonitorings haben sich im Zuge der Erprobung weitere Empfehlungen ergeben:

- *Monitoring:* Es wird die längerfristige Fortführung des Integrationsmonitorings unter Berücksichtigung der durch die Bearbeitung des Ersten Indikatorenberichts gewonnenen Erfahrungen und bei Verwendung des dabei weiterentwickelten Indikatorenssets empfohlen.
- *Weiterentwicklung der Indikatoren:* Grundsätzlich können und müssen Indikatoren kontinuierlich weiterentwickelt werden. Für die Vergleichbarkeit ist jedoch die Beibehaltung eines gewissen Bestands an Indikatoren wichtig. Zu diesem Zweck sollte das weiterentwickelte Indikatorenset nach einem Zweiten Indikatorenbericht erneut geprüft und bewertet werden.
- *Berichterstattung:* Viele Regierungsberichte (wie beispielsweise der Armuts- und Reichtumsbericht) erscheinen einmal pro Legislaturperiode. Aufgrund der Priorität der Thematik Integration und dank der zumeist jährlichen Aktualität der Datenquellen ist für ein Integrationsmonitoring ein 2-jährigen Rhythmus sinnvoll und umsetzbar.

- *Trendverläufe:* Der vorliegende Erste Integrationsindikatorenbericht hat den Aspekt der zeitlichen Entwicklung in den Vordergrund gerückt. Trendaussagen sind auf der Basis der hier zugrunde gelegten drei Zeitpunkte der Jahre 2005 bis 2007 aber nur ansatzweise möglich. Hier wird die Weiterführung bessere Bedingungen vorfinden, da bei einem nächsten Bericht im 2-jährlichen Abstand die Daten des Mikrozensus 2008 und 2009 auswertbar sein werden.
- *Signifikanz:* Es ist zu empfehlen, im Berichtszeitraum beobachtbare Veränderungen auch auf ihre Signifikanz hin zu prüfen. Bei der Bearbeitung des Ersten Indikatorenberichts musste aufgrund von statistischen Einschränkungen und methodischer Besonderheiten des Mikrozensus auf Signifikanzprüfungen bei den zeitlichen Trends verzichtet werden. Es wird empfohlen, vor dem nächsten Indikatorenbericht das Statistische Bundesamt zu bitten, die Frage der statistischen Bewertung von Jahresvergleichen zu klären und eine diesbezügliche Empfehlung für Signifikanztests im Rahmen des Monitorings abzugeben.
- *Analysen in Schwerpunktbereichen:* Im Rahmen des vorliegenden Ersten Integrationsindikatorenberichts wurden in ausgewählten Bereichen vertiefende Analysen durchgeführt, um beobachtete Zusammenhänge zwischen zentralen Beobachtungen und dem Migrationshintergrund zu überprüfen. Dabei konnte in mehreren Fällen ein auf den ersten Blick bestehender Zusammenhang durch Kontrolle von Dritt faktoren relativiert oder auch vollständig erklärt werden. Solche Zusammenhänge sind in der Regel über längere Zeit stabil, so dass derartige Analysen nicht in jedem Bericht für den gleichen Bereich erforderlich sind. Daher empfehlen wir, in nachfolgenden Berichten jeweils andere Schwerpunktbereiche für eine vertiefende Analyse auszuwählen. Dabei kann sich die Auswahl von Bereichen und Fragestellungen an den Schwerpunktsetzungen der Datenerhebung orientieren. So wird im Jahr 2009 ein weiterer Freiwilligensurvey durchgeführt, und die Erhebungen des Mikrozensus enthalten themenspezifische Zusatzmodule wie etwa zur Wohnsituation (2006, 2010) oder zu Gesundheit und Krankenversicherung (2007, 2011).
- *Datenzugang:* Es ist sicher zu stellen, dass die erforderlichen Daten, insbesondere für tiefergehende Analysen geeignete Mikrodatensätze, zeitnah zur Verfügung stehen.
- *Benchmarks:* Zur Orientierung politischen Handelns kann es sich als sinnvoll erweisen, „Benchmarks“ als in einem bestimmten Zeitrahmen anzustrebende Ergebnisse zu formulieren. Solche Benchmarks sollten bestimmten Kriterien genügen und beispielsweise einen eindeutigen Integrationsbezug haben, realistische Zielwerte enthalten und politiksensibel (d.h. durch politisches Handeln beeinflussbar) sein. Vorsicht ist allerdings gegenüber einer Instrumentalisierung von Benchmarks für Leistungsvergleiche (z.B. zwischen Ländern oder Kommu-

nen) angezeigt, da sie oft Sachverhalte stark vereinfachen und Kontextfaktoren ausblenden.

- *Wissenschaftler- und Expertenrunden:* Das Indikatorenset, das dem Ersten Integrationsindikatorenbericht zugrunde lag, wurde in Konsultationen von Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Gesellschaft diskutiert. Diese Expertise sollte auch für den weiteren Fortgang des Integrationsmonitorings herangezogen werden. So sollten die im vorliegenden Bericht formulierten Empfehlungen zur Weiterentwicklung in einem solchen Gremium erörtert und ggf. durch weitere Vorschläge ergänzt werden.
- *Forschungsbedarf:* Die meisten der hier genutzten Indikatoren sind klar definiert und mit einer aussagekräftigen Datenbasis verknüpft. Dies gilt jedoch nicht für alle Indikatoren, und so wurde an verschiedenen Stellen auf einen weiteren Forschungsbedarf hingewiesen. Dieser sollte in Form von begleitenden bzw. vertiefenden Studien bearbeitet werden, ggf. unter Hinzuziehung eines forschungsbegleitenden Wissenschaftlerbeirats.

E. ANHANG

- 1. Glossar statistischer Begriffe**
- 2. Vollständige Indikatorenliste im Überblick**
- 3. Tabellen**
- 4. Zitierte Literatur**

1. Glossar statistischer Begriffe

Äquivalenzgewichtung

Größere Haushalte können vergleichsweise günstiger wirtschaften als Einpersonenhaushalte. Daher wird bei einem Vergleich von Wohlstands niveaus das Haushaltseinkommen nicht durch die Zahl der Haushaltmitglieder geteilt, sondern diesen anhand von Äquivalenzgewichten zugerechnet. Nach der neuen OECD-Skala steigen die Lebenshaltungskosten durch weitere Haushaltmitglieder ab 14 Jahren um 50% und unter 14 Jahren um 30% der Lebenshaltungskosten eines Alleinlebenden.

Armutsrisikoquote

Das Armutsrisiko wird berechnet, indem die verfügbaren Haushaltseinkommen durch die Summe der >Äquivalenzgewichte geteilt und am Durchschnitt (Median, d.h. der bei einer Rangordnung in der Mitte liegende Wert) bemessen wird. Die Armutsrisikoquote bezeichnet (nach der Definition der Laeken-Indikatoren auf europäischer Ebene) den Anteil der Bevölkerung, dessen „äquivalenzgewichtetes“ Einkommen unter 60% des Medianeinkommens liegt.

Lineare Regression

Unter linearer Regression versteht man ein Verfahren zur Analyse von Variablen mit mehreren Ausprägungen, die sich in einer kontinuierlichen Reihung anordnen lassen (z.B. Einkommen) und in einem linearen Zusammenhang zu bestimmten Merkmalen (z.B. Alter oder Bildungsniveau) stehen. Die Modelle ermöglichen die gleichzeitige Berücksichtigung mehrerer Merkmale.

Es werden eine >Regressionskonstante sowie >Regressionskoeffizienten ("B's") geschätzt. Die Qualität der Regression kann anhand des > R^2 eingeschätzt werden.

Logistische Regression

Unter logistischer Regression versteht man ein Verfahren zur Analyse von Variablen, die nur zwei Ausprägungen haben (z.B. sozial engagiert oder nicht). Die Modelle ermöglichen die gleichzeitige Berücksichtigung mehrerer Merkmale.

Es werden Regressionskoeffizienten geschätzt, die etwas über die Chancen (>odds) aussagen, mit der eine bestimmte Ausprägung der abhängigen Variable (z.B. Erwerbslosigkeit) auf den Träger eines bestimmten Merkmals (z.B. Hauptschulabschluss) trifft. Um eine sinnvolle Interpretation zu erleichtern, werden die Ergebnisse in der Regel in Form von >Odds ratios dargestellt. Die Qualität der Regression kann u.a. anhand des >Pseudo R^2 (Cox and Snell) eingeschätzt werden.

Metrische Skala

Metrische Skalen betreffen Variablen mit mehreren Ausprägungen. Die Reihenfolge der Merkmalswerte ist festgelegt, und die Größe des Abstandes zwischen zwei Werten lässt sich sachlich begründen und quantifizieren.

N

Stichprobengröße: Anzahl der Befragten, auf die sich die Analyse stützt.

Odds stellen in der Wahrscheinlichkeitstheorie und Statistik eine Möglichkeit dar, Wahrscheinlichkeiten anzugeben. Sie werden berechnet als Quotienten aus der Wahrscheinlichkeit, dass ein Ereignis eintritt, und der Wahrscheinlichkeit, dass es nicht eintritt (Gegenwahrscheinlichkeit):

Odds Ratio, auch Quotenverhältnis oder Chancenverhältnis genannt, ist eine statistische Maßzahl, die etwas über die Stärke eines Zusammenhangs von zwei Merkmalen aussagt.

Ein Quotenverhältnis von

- genau 1 bedeutet, dass es keinen Unterschied in den Chancen (Odds) gibt,
- >1 bedeutet, dass die Odds einer Gruppe mit einem bestimmten Merkmal im Verhältnis zur Referenzgruppe, die dieses Merkmal nicht besitzt, größer sind,
- <1 bedeutet, dass die Odds einer Gruppe mit einem bestimmten Merkmal im Verhältnis zur Referenzgruppe, die dieses Merkmal nicht besitzt, kleiner sind.

Bei der Interpretation ist zu beachten, dass sich aus dem Quotenverhältnis keine Wahrscheinlichkeiten ablesen lassen. Ein Odds Ratio von 0,5 bedeutet z.B. für Arbeitslosigkeit, dass die Chancen auf Beschäftigung für eine bestimmte Gruppe nur halb so hoch sind wie die der Referenzgruppe, erlaubt aber keine Rückschlüsse auf die zugrunde liegenden Arbeitslosenraten der einzelnen Gruppen.

Pseudo-R² (Cox and Snell)

Als Pseudo-R² bezeichnet man Maßzahlen für die logistische Regression und verwandte Verfahren, die sich in Analogie zum >R² der linearen Regression als Maß der "Erklärungskraft" des Modells verstehen lassen. Es ist jedoch zu beachten, dass diese Maßzahlen häufig kein Maximum von 1 erreichen können; im Allgemeinen kann man

Pseudo-R²-Werte von 0,2 bis 0,4 bereits als Indikatoren einer sehr guten Erklärungskraft betrachten.

Regressionskoeffizienten ("B's")

Regressionskoeffizienten ("B's") sagen etwas darüber aus, inwieweit ein bestimmtes Merkmal (z.B. Hochschulabschluss) den Wert der abhängigen Variablen (z.B. Höhe des Einkommens) beeinflusst. Bei der Interpretation der Ergebnisse ist die Einheit zu berücksichtigen, in der die zu erklärende Variable gemessen wurde (z.B. Einkommen in Einkommenskategorien). Der Koeffizient sagt dann aus, um wie viel die zu erklärende Variable ansteigt, wenn das erklärende Merkmal um eine Einheit (z.B. eine Einkommensstufe) zunimmt.

Regressionskonstante

Die Regressionskonstante gibt in der linearen Regression den geschätzten Wert an, der im Durchschnitt zutrifft, wenn alle in der Tabelle angegebenen Merkmale auf "0" gesetzt werden, d.h. nicht zutreffen. Die Abweichung von diesem Durchschnittswert, die aus dem Zutreffen eines bestimmten Merkmals resultiert, wird von den >Regressionskoeffizienten angegeben.

R²

Die Güte des linearen Regressionsmodells kann anhand des R² eingeschätzt werden. Es ist eine statistische Maßzahl, die Werte zwischen 0.00 und 1.00 annehmen kann und angibt, wie viel Varianz der Daten mit den verwendeten Variablen aufgeklärt wurde. Ein R² von 0.23 bedeutet zum Beispiel, dass die Unterschiede zwischen Individuen bezüglich der zu erklärenden Variable zu 23 Prozent aufgeklärt worden sind.

Signifikanzniveau

Unterschiede zwischen Messgrößen oder Variablen in der Statistik heißen signifikant (wesentlich), wenn die Wahrscheinlichkeit, dass sie durch Zufall so zustande kommen würden, nur gering ist. Damit weist Signifikanz auf einen möglichen Zusammenhang zwischen den Messgrößen hin.

Überprüft wird Signifikanz durch an das Datenmaterial angepasste statistische Tests, die eine Abschätzung der Irrtumswahrscheinlichkeit erlauben. Die maximal zulässige Irrtumswahrscheinlichkeit wird als Signifikanzniveau α (griech.: alpha) bezeichnet. Das in den Sozialwissenschaften übliche Signifikanzniveau von 0,05 besagt, dass die maximal zulässige Wahrscheinlichkeit für einen Irrtum 5% beträgt. Je kleiner die Irrtumswahrscheinlichkeit ist, desto höher ist die Informationsqualität.

Das Signifikanzniveau wird wie folgt angegeben:

5%: $p < 0.05$, in den Tabellen mit * gekennzeichnet

1%: $p < 0.01$, in den Tabellen mit ** gekennzeichnet

0,1%: $p < 0.001$, in den Tabellen mit *** gekennzeichnet

2. Vollständige Indikatorenliste im Überblick

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
1. RECHTSSTATUS			
1.1 Anteil von Ausländern mit verfestigtem Aufenthalt (Niederlassungserlaubnis, unbefristete Aufenthalterlaubnis) mit einer Aufenthaltsdauer von 5/ 10 und mehr Jahren	AZR	modifizieren	Anteil derjenigen ohne langfristiges Aufenthaltsrecht an den Ausländerinnen und Ausländern mit einer Aufenthaltsdauer von 5 bzw. 10 Jahren siehe zu 1.2c
1.2a Zahl der Geduldeten insgesamt	AZR	modifizieren	
1.2b Zahl der Geduldeten unter 16 Jahren	AZR	streichen	
1.2c Zahl der Geduldeten mit einer Aufenthaltsdauer von 8 Jahren und mehr		modifizieren	1.2 (neu) Anteil Erteilungen von Aufenthalterlaubnissen aus humanitären Gründen für Geduldete an allen Geduldeten (mit einer Aufenthaltsdauer von 8 Jahren und mehr)
1.3 Zahl der Einbürgerungen im Verhältnis zur Zahl der Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von 10 Jahren und mehr, die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit bestreiten	Mikrozensus, AZR	modifizieren	Streichung des letzten Satzteils „...die ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Erwerbstätigkeit bestreiten“
1.4 Anerkennungsquote (Schutzquote) n. Qualifikationsrichtlinie der EU		streichen	keine Aussagekraft bezüglich Integration
2. FRÜHKINDLICHE BILDUNG UND SPRACHFÖRDERUNG			
2.1 Anteil der Kinder insg/ mit MH im Alter von 0-3 Jahren, die eine Tagesbetreuung in Anspruch nehmen	Kinder- und Ju- gendhilfesstatistik	sinnvoll	Definition des Migrationshintergrunds in der Kinder- und Jugendhilfesstatistik sollte dem Mikrozensus angeglichen werden
2.2 Anteil der Kinder insg/ mit MH im Alter von 3-6 Jahren, die in einer Kindertageseinrichtung betreut werden	Kinder- und Ju- gendhilfesstatistik	sinnvoll	Definition des Migrationshintergrunds in der Kinder- und Jugendhilfesstatistik sollte dem Mikrozensus angeglichen werden
2.3 a) Anteil der Kinder mit MH und Sprachförderbedarf in Deutsch im Alter von 4 Jahren b) Anteil der Kinder mit MH und Sprachförderbedarf in Deutsch unmittelbar vor der Einschulung			sinnvoll, aber keine Datengrundlage
2.4 Anteil der Personen, die einen Integrationskurs (Sprachkurstell) gemäß AufenthG auf dem B 1- bzw. dem A 2-Niveau abschließen	BAMF- Integrati- onsgeschäftssta- tistik	sinnvoll	

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
(an allen Sprachkurs-Teilnehmern)	titistik		
3. BILDUNG			
3.1 Anteil der 20-24-Jährigen, die nicht über einen Abschluss der Sek I verfügen und in den letzten 4 Wochen nicht an Aus- und Weiterbildung teilgenommen haben	Mikrozensus	modifizieren	Abgrenzung 18 bis 24 Jahre (entsprechend der Definition des Laeken-Indikators)
3.2 Anteil der Jugendlichen insg. / mit MH, die die allgemeinbildende Schule ohne Schulabschluss verlassen	Schulstatistik	sinnvoll	Daten zukünftig nach dem Migrationshintergrund ausweisen
3.3 Anteil der Jugendlichen insg. / mit MH, die die berufsbildende Schule mit Schulabschlüssen verlassen (differenziert nach Art des Schulabschlusses)	Schulstatistik	ergänzen bzw. nachfolgende Indikatoren modifizieren	Alle Schulabschlüsse an allgemeinbildenden (3.2 neu), berufsbildenden (3.3 neu) und Förderschulen (3.4 neu)
3.4 Anteil der Jugendlichen insg. / mit MH, die die allgemeinbildende Schule mit Hauptschulabschluss verlassen	Schulstatistik	streichen	Modifikation bezüglich der aufgeführten Abschlüsse
3.5 Anteil der Jugendlichen insg. / mit MH, die die Schule mit einer (Fach-) Hochschulreife verlassen	Schulstatistik	sinnvoll	Daten zukünftig nach dem Migrationshintergrund ausweisen!
3.6 Anteil der Jugendlichen insg. / mit MH an den Schülern der Förderschulen	Schulstatistik	modifizieren	Schwer zu interpretieren: besser als ohne Abschluss, schlechter als höherer Abschluss
3.7 Anteil der Jugendlichen insg. / mit MH an den Schülern der Sek II der Gymnasien und gymnasialen Oberstufen	Schulstatistik	streichen	Zuordnung zu 3.2 (neu); Daten zukünftig nach dem Migrationshintergrund ausweisen!
4. AUSBILDUNG			
4.1 Personen im Alter von 25-34 Jahren ohne beruflichen Bildungsabschluss oder Hochschulabschluss insg. / mit MH	Mikrozensus	sinnvoll	3.4 (neu), Angleichung bzw. Zusammenfassung mit den vorangegangenen Bildungsindikatoren; Daten zukünftig nach dem Migrationshintergrund ausweisen!
4.2a Anteil von Schülern insg. / mit MH an beruflichen Schulen (Vollzeit)	Schulstatistik	modifizieren / streichen	4.2 (neu) Konkretisierung bez. verschiedener Typen der Berufsausbildung bzw. des Über-

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
4.2b Anteil von Schülern insg. / mit MH in den beruflichen Vollzeit-Bildungsgängen von Berufsschulen, die zu einem vollqualifizierenden Berufsabschluss führen	modifizieren/ streichen	4.2 (neu) Konkretisierung bez. verschiedener Typen der Berufsausbildung bzw. des Übergangssystems; Absolventen statt Schülerzahl	gangssystems; Absolventen statt Schülerzahl
4.3a Anteil von Schülern insg. / mit MH an den Absolventen von beruflichen Schulen (Vollzeit)	modifizieren	4.2 (neu) Konkretisierung bez. verschiedener Typen der Berufsausbildung bzw. des Übergangssystems	gangssystems; Absolventen statt Schülerzahl
4.3b Anteil von Schülern insg. / mit MH an den Absolventen in den beruflichen Vollzeit-Bildungsgängen der Berufsschulen, die zu einem vollqualifizierenden Berufsabschluss führen.	modifizieren	4.2 (neu) Konkretisierung bez. verschiedener Typen der Berufsausbildung bzw. des Übergangssystems	gangssystems; Absolventen statt Schülerzahl
4.4a Anteil von Jugendlichen insg. / mit MH an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen (Duale Ausbildung)	Streichen/ modifizieren Berufsbildungsstatistik	nur abgeschlossene Ausbildungsverträge ohne Berücksichtigung der Gesamtheit der Bewerbungen 4.3 (neu) Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren	nur abgeschlossene Ausbildungsverträge ohne Berücksichtigung der Gesamtheit der Bewerbungen 4.3 (neu) Ausbildungsbeteiligungsquote von deutschen und ausländischen Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren
4.4b Einnündigungsquote der bei der BA gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen mit/ ohne MH	BA-Statistik	4.4a (neu)	
4.4c Anteil der Altbewerber der bei der BA gemeldeten Bewerber für Berufsausbildungsstellen mit MH an allen Altbewerbern	BA-Statistik	4.4b (neu)	Zur Zeit keine Statistik verfügbar
4.5a Anteil von Jugendlichen insg. / mit MH an neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen, die vorzeitig aufgelöst wurden			Zur Zeit keine Statistik verfügbar
4.5b Erfolgsquote von Auszubildenden in der Abschlussprüfung im Dualen System			Zur Zeit keine Statistik verfügbar
4.6 Anteil von Bildungsintländern und Personen mit MH an den immatrikulierten Studierenden an den deutschen Hochschulen	Hochschulinformationssystem, Schulstatistik	4.5 (neu)	
4.7 Anteil von Personen mit MH mit (Fach-) Hochschulabschluss	sinnvoll	4.6 (neu) Anteil der 25- bis unter 65-Jährigen (und der 25- bis unter 35-Jährigen) mit Hochschulabschluss	

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
4.8 Anteil der Personen mit MH an externen Prüfungen der Kammern		erwünscht	4.7 (neu) , aber zur Zeit keine Statistik verfügbar
4.9 Anteil von ausländischen Bafög-Geförderten an allen Bafög-Beziehern		streicheln	keine Aussagekraft bezüglich Integration
5. ARBEITSMARKTINTEGRATION			
5.1.1 Beschäftigungslücke insg./ mit MH	Mikrozensus	sinnvoll	
5.1.2 Renteneintrittsalter	Deutsche Rentenversicherung	modifizieren	a) Durchschnittliches Renteneintrittsalter b) Anteil von Frühberentungen in Form von Erwerbsminderungsrenten
5.1.3 Erwerbstätige mit einem Äquivalenz-Einkommen unterhalb der Armutsriskoschwelle		ambivalent/ streicheln	Armut trotz Erwerbstätigkeit kann auch bei Integrationsmaßnahmen entstehen, die längerfristig auf eine existenzsichere Erwerbstätigkeit ausgerichtet ist
5.1.4 Selbständigenquote von Personen insg./ mit MH	Mikrozensus	sinnvoll	5.1.3 (neu)
5.2.1 Anteil der Arbeitslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspersonen 15-64 Jahre)	BA-Statistik	sinnvoll	weiter gehende Differenzierung der Daten nach Migrationshintergrund wird begrüßt
5.2.2 Anteil der Erwerbslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspers. 15-64 Jahre)	Mikrozensus	derzeit sinnvoll	kann zukünftig entfallen, wenn BA-Statistik nach Migrationshintergrund differenziert
5.2.3 Anteil der über 1 Jahr Arbeitslosen an der auf dem Arbeitsmarkt aktiven Bevölkerung (Erwerbspersonen)	BA-Statistik	sinnvoll	
5.2.4 Anteil der über 1 Jahr Erwerbslosen an den Erwerbspersonen	Mikrozensus	derzeit sinnvoll	kann zukünftig entfallen, wenn BA-Statistik nach Migrationshintergrund differenziert
	BA-Statistik		5.2.5 (neu) Anteil der (länger als 6 Monate) arbeitslosen Jugendlichen (bis unter 25 Jahren) insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund
5.3.1 Anteil von jugendlichen Arbeitslosen, die keine Unterstützungsangebote der Vermittlungsinstitutionen erhalten haben und seit 6/12 Monaten arbeitslos sind, an allen Arbeitslosen im Alter von 15 bis unter 25 Jahren		streicheln	Daten liegen nicht vor
5.3.2 Anteil der Personen in beruflichen Fort- und Weiterbildungsmäßig-	Mikrozensus	sinnvoll	5.3.1 (neu)

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
nahmen an den 25- bis 64-Jährigen in den vier Wochen vor der Umfrage			
5.3.3 Anteil der Personen in beruflichen Weiterbildungsmaßnahmen	Infratest-Erhebung	streichen	kein Mehrwert gegenüber 5.3.1 (neu)
5.3.4 Anteil von Personen mit MH an allen Teilnehmern von Eingliederungsprodukten und -programmen der Bundesagentur für Arbeit im Vergleich zum Anteil von Personen mit MH an allen Arbeitslosen	BA-Statistik	sinnvoll	5.1.2 (neu)
6. SOZIALE INTEGRATION UND EINKOMMEN			
6.1 Armutsgefährdungsquote nach Sozialtransfers	Mikrozensus	sinnvoll	
6.2 Armutsgefährdungsquote vor Sozialtransfers im engeren Sinne (ohne Renten)		streichen	Derzeit aufgrund mangelnder Daten nicht verwölbbar
6.3 Anteil der ausländischen Personen, die Leistungen nach dem SGB91, SGB XII oder AsylbLG beziehen	Statistik zu SGB II, SGB XII und AsylbLG sowie ab 2007 Mikrozensus	sinnvoll	6.2 (neu) Bezug von Leistungen der Mindestsicherung, insgesamt und mit Migrationshintergrund
Anteil der Personen, die Leistungen nach AsylbLG beziehen	Asylb.-Statistik	streichen	in 6.2 (neu) enthalten
6.4 Anteil von Personen unter 18/ 18-60 Jahren, die in Haushalten ohne erwerbstätige Personen leben, an allen Personen unter 18/ 18-60 Jahren; insg./ mit MH	Mikrozensus	streichen	kein Mehrwert gegenüber 5.2.1
	Wohngeldstatistik, Kinderzuschlagsstatistik		6.3 (neu) Bezug weiterer Leistungen im Niedriginkommensbereich: Anteil der Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund, die a) Wohngeld oder b) Kinderzuschlag beziehen
7. GESELLSCHAFTLICHE INTEGRATION UND BETEILIGUNG			
7.1 Mitgliedschaft in Parteien oder politischen Organisationen und sozialer Status (Einkommen, Bildung etc); insg. / mit MH	SOEP, Freiwilligensurvey	sinnvoll	Anteil von Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund mit Mitgliedschaft in Parteien oder politischen Organisationen; die Migrantentstichprobe im Freiwilligensurvey sollte verbessert werden

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
7.2 Engagementquote, Mitgliedschaft in Vereinen oder Organisationen und sozialer Status; insg./ mit MH	SOEP (sporadisch als Themenpunkt), Freiwilligensurvey	sinnvoll	Die Engagementquote erscheint aufgrund der Analyse ausreichend, der weichere Indikator der Vereinsmitgliedschaft entbehrlich. Eine Differenzierung in informelles Engagement/ organisationsgebundenes Eng./ Eng. auf der Leistungs- bzw. Vorstandsebene sinnvoller als die ursprünglichen Sekundärindikatoren.
7.3a Anteil der Personen insg./ mit MH, die in Vereinen engagiert sind (ohne Religionsgem.)	Freiwilligensurvey	streichen	
7.3b Anteil der Personen insg./ mit MH, die Leitungsfunktionen in Vereinen übernehmen	Freiwilligensurvey	streichen	s.o.
7.3c Anteil der Personen insg./ mit MH, die ehrenamtlich außerhalb von Vereinen engagiert sind	Freiwilligensurvey	streichen	s.o.
7.3d Anteil der Personen insg./ mit MH, die in einer politischen Partei oder einer Gewerkschaft engagiert sind	Freiwilligensurvey	streichen	s.o.
7.3e Anteil der Personen insg./ mit MH, die in einer Religionsgemeinschaft engagiert sind (z.B. Kirche, Moscheeverein)	Freiwilligensurvey	streichen	s.o.
7.3f Anteil der Personen insg./ mit MH, die als Trainer, Übungsleiter oder ähnlichem in einem Sportverein engagiert sind	Freiwilligen-survey, Sportentwicklungsbericht	streichen	s.o.
7.3g Anteil der Personen insg./ mit MH, die Leitungsfunktionen in einem Sportverein übernehmen	Sportentwicklungsbericht	streichen	s.o.
7.3h Anteil der Personen insg./ mit MH, die außerhalb der Mitgliedschaft in einem Verein Sport treiben	Sportentwicklungsbericht	streichen	s.o.
7.4 Einstellung zu Geschlechterrollen nach Lebensbereichen, geschlechterspezifischer Aufgabenteilung im Haushalt	DJL-Jugendsurvey	streichen	Einstellungsfragen nicht interpretierbar!

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
8. WOHNEN			
8.1 Durchschnittliche Wohnungsgröße in qm von Mieterhaushalten mit Bezugsperson insg./ mit MH nach der gewichteten Zahl der Haushaltmitglieder	Mikrozensus 2006, 2010 etc.	sinnvoll	
8.2 Durchschnittliche Mietzahlungen (Kaltmiete pro qm) von Mieterhaushalten mit Bezugsperson insg./ mit MH	Mikrozensus 2006, 2010 etc.	modifizieren	Anteil der Kaltmiete (pro m ²) von Mieterhaushalten am verfügbaren Haushalteinkommen, Bezugspersonen mit und ohne Migrationshintergrund; differenziert nach Region bzw. Siedlungsstruktur
8.3 Eigentümerquote von Haushalten mit Bezugsperson insg./ mit MH	Mikrozensus 2006, 2010 etc.	sinnvoll	
8.4 Anteil von Personen mit MH, die in Quartieren mit einem Zuwanderanteil von 50% und mehr leben.		zunächst streichen, zukünftig erwünscht	als Indikator für Integration von Interesse, aber auf der verfügbaren Datenbasis nicht umsetzbar
9. GESUNDHEIT			
9.1.1 Aktuelle Erkrankungen (innerhalb der letzten 4 Wochen vor Befragung) von Personen insg./ mit MH	Mikrozensus 2005, 2009, etc.	modifizieren	9.1 (neu) Arzt- bzw. Krankenhausbehandlung im Krankheitsfall bei Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund. Die sozialstrukturelle Analyse hat gezeigt, dass der Gesundheitszustand nicht durch den MH beeinflusst wird, daher eher die Inanspruchnahme med. Behandlung.
9.1.2 Subjektiver gegenwärtiger Gesundheitszustand gut oder sehr gut von Personen insg./ mit MH	SOEP	streichen	ehrer interessant für Gesundheitsberichterstattung
9.1.3 Einschränkungen im Alltag durch den Gesundheitszustand. Subjektive Einschätzung starker bzw. häufiger Einschränkungen beim Treppensteigen, anstrengenden Tätigkeiten, Arbeit/ alltäglichen Beschäftigungen sowie bei sozialen Kontakten durch körperlichen oder seelischen Gesundheitszustand von Personen insg./ mit MH	Pflegestatistik	modifizieren/ erwünscht	9.2 (neu) Nicht Pflegebedarf (durch Altersstruktur bedingt), sondern Inanspruchnahme pflegerischer Versorgung: Pflegeleistungen bei Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund (erfordert Erweiterung der Pflegestatistik um Angaben zum MH)

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
	Krebsvorsorge- register	erwünscht	9.3 (neu) Inanspruchnahme von Krebsvorsorge bei Personen insgesamt, mit und ohne Migrationshintergrund (weil Prävention und Inanspruchnahme eher relevant für Integration/politik); erfordert Modifikation der Datenbasis)
9.2.1 Teilnahme an Impfungen laut STIKO: Polio, Diphtherie, Tetanus, Pertussis, Hepatitis B, Masern Mumps Röteln von Personen insg./ mit MH	Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS)	sinnvoll	9.4b (neu) Weiterführung KiGGS wird empfohlen
9.2.2 (Vollständige) Inanspruchnahme der Kinder-Gesundheitsuntersuchungen U3 bis U9 bei Kindern insg./ mit MH	KiGGS	sinnvoll	9.4a (neu) Weiterführung KiGGS wird empfohlen
9.3.1 Body Mass Index über 25-30 (Übergewicht) und 30 und mehr (Adipositas) von Personen insg./ mit MH (Erwachsene); Body Mass Index > P90-P97 und > P97 (Kinder)	Mikrozensus	streichen	Kein Zusammenhang mit Integration
9.3.2 Regelmäßige Raucherinnen/Raucher insg./ mit MH	Mikrozensus	streichen	Kein Zusammenhang mit Integration
9.3.3 Qualität des Mundgesundheitsverhaltens von Kindern insg./ mit MH (Zahnpflegeverhalten, Inanspruchnahme von Zahnarztkontrollen und Kariesprophylaxe)	KiGGS	streichen	Kein Zusammenhang mit Integration
9.4 Amtlich festgestellte Behinderungen von Personen insg./ mit MH	Mikrozensus	streichen	Kein Zusammenhang mit Integration
9.5 Arbeitsunfälle von Personen insg./ mit MH an der Zahl der Beschäftigten insg./ mit MH	Mikrozensus, Arbeitsunfallstatistik	streichen	Kein Zusammenhang mit Integration
9.6 Aktuelle Unfallverletzung (innerhalb der letzten 4 Wochen vor Befragung)	Mikrozensus	streichen	Kein Zusammenhang mit Integration
9.7 Anteil der Bevölkerung mit MH mit Krankenversorgung (nach SGBV, AsylbG, SGB XII)	Mikrozensus, SOEP	streichen	nur noch marginale Personengruppen und nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration
9.8 Müttersterblichkeit insg./ ausländische Frauen		streichen	Datengrundlage/ methodische Probleme/ nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
9.9 Säuglingssterblichkeit nach Staatsangehörigkeit der Mutter insg./ ausländische Frauen		streicheln	Datengrundlage/ methodische Probleme/ nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration
9.10 Lebenserwartung bei Geburt, mit 45, mit 65 Jahren insg./ ausländische Personen		streicheln	Datengrundlage/ methodische Probleme/ nicht aussagekräftig in Bezug auf Integration
10. DEMOGRAPHIE			
10.1 Anteil der Ehen von Personen ohne MH mit Personen mit MH an allen Ehen	Mikrozensus	sinnvoll	
10.2a Anzahl der nachziehenden Ehegatten zu Deutschen und Ausländern	AZR, Visastatistik, Mikrozensus	Sinnvoll (differenzieren)	10.2 (neu) zwischen Ehegattennachzug der ersten Generation (Nachzug bei bestehenden Ehen, Bleibeabsicht) und zu in Deutschland geborenen Personen mit Migrationshintergrund (konservative Orientierung am Herkunftsland) unterscheiden
10.2b Anzahl der über den Familiennachzug eingereisten Kinder	AZR, Visastatistik	streicheln	
10.2c Zahl der Kinder im Ausland, für die Kindergeld gezahlt wird	AZR, Visastatistik	streicheln	
11. MEDIENNUTZUNG			
11.1 Umfang der Nutzung von Mainstreammedien durch Personen insg./ mit MH (Internet, Fernsehen, Printmedien)		streicheln	Keine Datengrundlage -> methodisch schwer zu untersuchen
11.2 Anteil von Medienschaffenden mit MH in den Mainstreammedien/ ausgewählten Medien		streicheln	Keine Datengrundlage -> methodisch schwer zu untersuchen
11.3 Anteil von Sendezügen mit interkulturellen Inhalten in der Sendezeit von 18.00 bis 23.00 Uhr in ausgewählten TV-Sendern		streicheln	Keine Datengrundlage -> methodisch schwer zu untersuchen

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
12. INTERKULTURELLE ÖFFNUNG DER VERWALTUNG UND DER SOZIALEN DIENSTE			
12.1 Anteil von pädagogischem Fachpersonal mit MH an den Kindertageseinrichtungen	BA-Statistik zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Beschäftigungsstatistik der Länder	modifizieren	12.2 (neu) Anteil von pädagogischem Fachpersonal mit Migrationshintergrund an den unterschiedlichen pädagogischen Einrichtungen (Kindertageseinrichtungen, Schulen, ggf. Hochschulen); Datenlage verbessern, um MH erweitern!
12.2 Anteil von pädagogischem Fachpersonal mit MH an den Schulen insgesamt	Beschäftigungsstatistik der Länder	modifizieren	Datenlage verbessern, um MH erweitern! Zuordnen zu 12.2 (neu)
12.3 Anteil von pädagogischem Fachpersonal mit MH an den Hochschulen und Fachhochschulen	Beschäftigungsstatistik der Länder	modifizieren	Datenlage verbessern, um MH erweitern! Zuordnen zu 12.2 (neu)
12.4 Anteil von Beschäftigten mit MH im öffentlichen Dienst insgesamt	Statistiken der BfA, des Bundes und der Länder	streichen	unspezifischer als 12.6a bzw. 12.1 (neu)
12.5 Anteil von pädagogischem Fachpersonal mit MH an den Grund- und Haupschulen/ an den Realschulen/ an den Gymnasien	Beschäftigungsstatistik der Länder	zusammenfassen mit 12.2	Datenlage verbessern, um MH erweitern! Zuordnen zu 12.2 (neu)
12.6a Anteil von Beschäftigten mit MH im öffentlichen Dienst insgesamt, darunter mit geringem Einkommen: monatisches Nettoeinkommen von weniger als 1100 Euro/ von mehr als 2000 Euro	Mikrozensus, Statistiken der BfA, des Bundes und der Länder	modifizieren	12.1 (neu) Anteil von Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst insgesamt; differenziert nach Einkommen (monatliches Nettoeinkommen unter 1100 Euro und über 2000 Euro) und nach Laufbahngruppen; Datenlage verbessern, um MH erweitern!
12.6b ... im einfachen und mittleren Dienst/ im gehobenen und höheren Dienst/ unter den Beamten im öffentlichen Dienst		modifizieren	Datenlage verbessern, um MH erweitern! Zuordnen zu 12.1 (neu)
12.7 Anzahl der Betriebe, Unternehmen und Verwaltungen, die die Charaktera der Vielfalt unterzeichnet haben	Statistik d. Beauftragten für Migration, Flüchtl. und Integration	sinnvoll	Vorsichtig interpretieren: Frage, inwiefern die Unterzeichner der Charte die formulierten Ziele auch tatsächlich umsetzen

Indikator	Datenbasis	Empfehlung	Begründung / Anmerkung
12.8 Anzahl der Kommunen mit mehr als 50.000 Einwohnern mit Dolmetscherdiensten in der Verwaltung		streichen	Keine Datengrundlage, ambivalent interpretierbar
12.9 Anteil von Beschäftigten mit MH im Gesundheitswesen	BA-Statistik zu sozialversicherungspflichtig Beschäftigten	sinnvoll	12.3 (neu) Datenlage verbessern, um MH erweitern, nach beruflicher Qualifikation differenzieren
13. POLITIK			
13.1 Anteil der Deutschen mit MH an den Wahlberechtigten zu den Wahlen zum Deutschen Bundestag	Statistisches Bundesamt	streichen	Sagt nichts über tatsächliche Integration aus.
13.2 Anteil der Personen mit MH an den Wahlberechtigten zu den Wahlen zum Europäischen Parlament	Statistisches Bundesamt	streichen	Sagt nichts über tatsächliche Integration aus.
13.3 Anteil der Deutschen mit MH an den Deutschen im Alter von 12-18 Jahren	Statistisches Bundesamt	streichen	Sagt nichts über tatsächliche Integration aus.
13.4 Anteil von Mandatsträgern mit MH im Deutschen Bundestag und den Landesparlamenten		erwünscht, modifizieren	13.1 (neu) Anteil von politischen Mandatsträgern/innen mit Migrationshintergrund im Deutschen Bundestag sowie in den Landtagen und kommunalen Volksvertretungen; Datenlage verbessern
14. KRIMINALITÄT, GEWALT UND FREMDENFEINDLICHKEIT			
14.1 Kriminalitätsquote bei Personen insg./ mit MH	PKS, Strafverfolgungsstatistik	sinnvoll	Sensibel interpretieren, abzüglich ausländer-spezifische Straftaten und abzüglich Touristen/Illegalen
14.2 Quote der Gewaltkriminalität bei Personen insg./ mit MH	PKS, Strafverfolgungsstatistik	sinnvoll	Sensibel interpretieren, abzüglich ausländer-spezifische Straftaten und abzüglich Touristen/Illegalen
14.3a Anzahl der registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten	BMI, KPMG-PMK	sinnvoll	
14.3b Aufklärungsquote bei registrierten rassistischen, fremdenfeindlichen oder antisemitischen Gewalttaten	BMI, KPMG-PMK	sinnvoll	

3. Tabellen

Tabelle 54**Schulabschlüsse an beruflichen Schulen (Anteile an allen jeweiligen Abgängern, in %)**

Quelle: Statistisches Bundesamt

In den Schuljahren	2004/ 2005		2005/ 2006		2006/ 2007	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
Mit Schulabschluss	24,2	24,4	22,9	24,0	23,2	24,9
Deutsche	24,5	24,6	23,2	24,2	23,4	25,1
AusländerInnen	20,9	22,4	19,9	21,7	20,5	22,3
<i>davon</i>						
Hauptschulabschluss	4,1	2,8	3,7	2,5	3,3	2,3
Deutsche	3,9	2,6	3,5	2,3	3,1	2,1
AusländerInnen	6,3	5,1	5,7	4,7	5,5	4,2
Mittlerer Abschluss	6,4	8,0	6,4	7,8	7,1	8,4
Deutsche	6,4	7,9	6,4	7,8	7,1	8,3
AusländerInnen	6,8	9,2	6,5	8,6	7,1	9,5
(Fach-)Hochschulreife	13,7	13,7	12,9	13,6	12,8	14,2
Deutsche	14,2	14,2	13,3	14,1	13,2	14,6
AusländerInnen	7,8	8,1	7,7	8,4	7,9	8,5

Tabelle 55**Schulabschlüsse an allgemein bildenden Schulen (Anteile an allen jeweiligen Abgängern, in %)**

Quelle: Statistisches Bundesamt

In den Schuljahren	2004/ 2005		2005/ 2006		2006/ 2007	
	männlich	weiblich	männlich	weiblich	männlich	weiblich
ohne Schulabschluss	10,2	6,0	9,7	5,7	9,0	5,5
Deutsche	9,1	5,3	8,7	5,0	8,0	4,8
AusländerInnen	20,9	13,6	19,8	12,4	18,8	13,0
Hauptschulabschluss	28,0	21,5	27,6	20,2	26,7	20,5
Deutsche	26,5	19,7	26,1	18,5	25,1	18,6
AusländerInnen	42,7	39,9	42,8	37,2	43,2	40,1
Mittlerer Abschluss	40,1	43,2	39,7	40,7	39,8	41,6
Deutsche	41,4	44,0	40,9	41,7	40,9	42,3
AusländerInnen	27,8	34,5	28,3	30,9	28,9	33,9
(Fach-)Hochschulreife	21,7	29,3	23,0	30,5	24,4	32,3
Deutsche	23,0	31,0	24,4	32,2	26,0	34,2
AusländerInnen	8,5	11,8	9,1	12,7	9,1	13,1

Tabelle 56

Erwerbslose in der 15- bis unter 25-Jährigen Erwerbsbevölkerung
 Quelle: Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	747	15,2	668	13,5	587	11,7
Männer	436	16,1	386	14,2	335	12,2
Frauen	311	14,0	282	12,6	252	11,1
Personen ohne Migrationshintergrund	532	13,7	477	12,2	425	10,7
Männer	306	14,5	270	12,7	235	10,9
Frauen	226	12,8	207	11,6	190	10,4
Personen mit Migrationshintergrund	216	20,6	191	18,3	162	15,4
Männer	131	22,1	116	19,6	100	16,6
Frauen	85	18,7	75	16,7	62	13,7
<i>darunter</i>						
Personen mit Migrationserfahrung	134	21,2	112	17,7	93	15,2
Männer	76	21,9	67	19,0	59	17,1
Frauen	58	20,4	45	16,0	33	12,3
Personen ohne Migrationserfahrung	82	19,7	79	19,4	69	15,6
Männer	55	22,4	49	20,4	41	16,0
Frauen	27	15,9	30	17,9	28	15,1
AusländerInnen	108	24,3	94	22,1	79	19,1
Männer	65	26,1	57	23,6	49	20,6
Frauen	44	22,6	37	20,2	30	17,1

Tabelle 57
Erwerbslose in der 55- bis unter 65-Jährigen Erwerbsbevölkerung
 Sonderauswertung Mikrozensus, Statistisches Bundesamt

	2005		2006		2007	
	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%	Anzahl in 1000	%
Insgesamt	649	12,8	656	12,4	573	10,3
Männer	371	12,6	363	11,9	304	9,7
Frauen	277	13,0	293	13	269	11,2
Personen ohne Migrationshintergrund	482	11,1	484	10,7	426	9,0
Männer	266	10,6	254	9,9	219	8,2
Frauen	216	11,7	230	11,8	207	10
Personen mit Migrationshintergrund	167	22,8	172	21,9	147	18,0
Männer	105	23,6	109	23,0	85	18,0
Frauen	62	21,7	63	20,3	62	18,1
<i>darunter</i>						
Personen mit Migrationserfahrung	163	23,2	169	22,3	144	18,3
Männer	102	23,8	106	23,2	83	18,2
Frauen	61	22,2	62	20,6	61	18,4
Personen ohne Migrationserfahrung	/	/	/	/	/	/
Männer	/	/	/	/	/	/
Frauen	/	/	/	/	/	/
AusländerInnen	108	24,9	112	24,7	89	19,8
Männer	73	25,9	73	25,3	55	19,7
Frauen	35	23,2	38	23,2	34	19,9

Tabelle 58
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte: Pädagogisches Fachpersonal, Ausländeranteile in %
 Quelle: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit

	2005	2006	2007	2008
Kindergärten, Grund- und Vorschulen				
Männer	4,0	4,1	4,5	4,6
Frauen	2,9	2,9	3,0	3,1
Weiterführende Schulen				
Männer	3,3	3,2	3,4	3,5
Frauen	3,4	3,5	3,7	3,8
Hochschulen				
Männer	8,8	8,7	8,7	8,7
Frauen	7,3	7,2	7,3	7,4

Tabelle 59

Kriminalitätsquoten (Anteile an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)

Quelle: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik, Berechnung des ISG

Sonderauswertung "nichtdeutsche Tatverdächtige ohne Illegale, Stationierungsstreitkräfte und Touristen/Durchreisende"

Tatverdächtige	2005		2006		2007	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	2.238.550	2,7	2.204.819	2,5	2.225.139	2,7
Männer	1.712.171	4,2	1.679.306	3,9	1.691.584	4,2
Frauen	526.379	1,3	525.513	1,2	533.555	1,3
AusländerInnen	388.706	5,3	373.851	4,8	375.551	5,2
Männer	307.605	8,2	293.817	7,3	294.169	7,9
Frauen	81.101	2,3	80.034	2,1	81.382	2,3
unter 14-Jährige	102.883	1,0	100.202	0,9	101.705	1,0
Männer	73.037	1,3	71.577	1,3	73.288	1,4
Frauen	29.846	0,6	28.625	0,6	28.417	0,6
AusländerInnen	18.169	2,0	16.709	2,0	16.913	2,2
Männer	13.409	2,9	12.606	2,9	12.766	3,2
Frauen	4.760	1,1	4.103	1,0	4.147	1,1
14 bis unter 18-Jährige	281.544	7,4	275.787	7,6	274.598	7,8
Männer	206.414	10,6	200.009	10,7	199.240	11,1
Frauen	75.130	4,1	75.778	4,3	75.358	4,4
AusländerInnen	42.196	11,7	40.247	11,4	40.881	12,0
Männer	32.559	17,5	30.794	17,1	31.103	17,8
Frauen	9.637	5,5	9.453	5,5	9.778	5,9
18 bis unter 21-Jährige	240.982	8,4	235.725	8,0	237.623	8,1
Männer	192.519	13,1	187.473	12,5	188.400	12,5
Frauen	48.463	3,5	48.252	3,4	49.223	3,4
AusländerInnen	36.479	12,8	33.195	11,6	33.493	11,6
Männer	29.993	20,8	26.981	18,7	27.076	18,6
Frauen	6.486	4,6	6.214	4,4	6.417	4,5
21 bis unter 25-Jährige	273.371	7,0	264.001	6,8	261.434	6,8
Männer	217.643	11,0	209.792	10,7	207.133	10,5
Frauen	55.728	2,9	54.209	2,8	54.301	2,8
AusländerInnen	49.626	9,8	45.023	9,2	42.764	9,1
Männer	40.095	16,4	36.255	15,4	34.129	15,0
Frauen	9.531	3,6	8.768	3,5	8.635	3,6
ab 25-Jährige	1.339.770	2,2	1.329.104	2,0	1.349.779	2,2
Männer	1.022.558	3,5	1.010.455	3,2	1.023.523	3,5
Frauen	317.212	1,0	318.649	0,9	326.256	1,0
AusländerInnen	242.236	4,6	238.677	4,1	241.500	4,5
Männer	191.549	7,0	187.181	6,2	189.095	6,8
Frauen	50.687	2,0	51.496	1,8	52.405	2,0

Tabelle 60

Gewaltkriminalitätsquoten (Anteile an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe)

Quelle: Polizeiliche Kriminalitätsstatistik, Berechnung des ISG

Sonderauswertung "nichtdeutsche Tatverdächtige ohne Illegale, Stationierungsstreitkräfte und Touristen/Durchreisende"

Tatverdächtige	2005		2006		2007	
	Anzahl	%	Anzahl	%	Anzahl	%
Insgesamt	206.557	0,3	206.632	0,2	210.519	0,3
Männer	180.483	0,4	180.104	0,4	183.160	0,5
Frauen	26.074	0,1	26.528	0,1	27.359	0,1
AusländerInnen	49.341	0,7	48.754	0,6	48.425	0,7
Männer	44.030	1,2	43.335	1,1	42.844	1,1
Frauen	5.311	0,2	5.419	0,1	5.581	0,2
unter 14-Jährige	10.260	0,1	10.216	0,1	11.019	0,1
Männer	8.384	0,2	8.376	0,2	9.092	0,2
Frauen	1.876	0,0	1.840	0,0	1.927	0,0
AusländerInnen	2.643	0,3	2.602	0,3	2.802	0,4
Männer	2.267	0,5	2.192	0,5	2.389	0,6
Frauen	376	0,1	410	0,1	413	0,1
14 bis unter 18-Jährige	43.719	1,2	44.025	1,2	46.165	1,3
Männer	36.616	1,9	36.878	2,0	38.667	2,1
Frauen	7.103	0,4	7.147	0,4	7.498	0,4
AusländerInnen	10.027	2,8	10.139	2,9	10.299	3,0
Männer	8.818	4,7	8.964	5,0	9.039	5,2
Frauen	1.209	0,7	1.175	0,7	1.260	0,8
18 bis unter 21-Jährige	34.735	1,2	35.484	1,2	36.587	1,2
Männer	31.869	2,2	32.456	2,2	33.419	2,2
Frauen	2.866	0,2	3.028	0,2	3.168	0,2
AusländerInnen	6.710	2,3	6.659	2,3	6.811	2,4
Männer	6.324	4,4	6.190	4,3	6.340	4,4
Frauen	386	0,3	469	0,3	471	0,3
21 bis unter 25-Jährige	30.356	0,8	30.312	0,8	30.422	0,8
Männer	27.898	1,4	27.752	1,4	27.783	1,4
Frauen	2.458	0,1	2.560	0,1	2.639	0,1
AusländerInnen	6.684	1,3	6.374	1,3	5.940	1,3
Männer	6.202	2,5	5.911	2,5	5.478	2,4
Frauen	482	0,2	463	0,2	462	0,2
ab 25-Jährige	87.487	0,1	86.595	0,1	86.326	0,1
Männer	75.716	0,3	74.642	0,2	74.199	0,3
Frauen	11.771	0,0	11.953	0,0	12.127	0,0
AusländerInnen	23.277	0,4	22.980	0,4	22.573	0,4
Männer	20.419	0,7	20.078	0,7	19.598	0,7
Frauen	2.858	0,1	2.902	0,1	2.975	0,1

Tabelle 61

Logistisches Regressionsmodell zum Gesundheitsrisikofaktor "Rauchen"						
abhängige Variable: "Raucher"(0 = kein Raucher, 1 = Raucher) unabhängige Variablen:	Modell 1			Modell 2		
	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt
Geschlecht (<i>Ref. Kategorie: männlich</i>)						
männlich		Referenzkategorie			Referenzkategorie	
weiblich	0,63	***	-	0,65	***	-
Altersvaribale						
Alter	0,97	***	-	0,97	***	-
Migrationsmerkmale						
ohne Migrationshintergrund		Referenzkategorie			Referenzkategorie	
Migrationserfahrung	0,92	***	-	0,82	***	-
Migrationshintergrund, keine eigene ME	0,91	***	-	0,88	***	-
Schulabschluss					Referenzkategorie	
kein Schulabschluss				1,00	n.s.	0
Hauptschulabschluss				0,82	***	-
Realschulabschluss				0,54	***	-
Abitur						
Berufsabschluss					Referenzkategorie	
kein Berufsabschluss				1,04	***	+
Lehrausbildung, Berufsfachschule				0,79	***	-
Meister-, Techniker-, Verwaltungshoch-, Fachschule				0,74	***	-
Fachhochschulabschluss, Universitätsabschluss						
Erwerbsstatus					Referenzkategorie	
Nichterwerbsperson				1,86	***	+
Selbstständige, Mithelfende Angehörige				1,29	***	+
Beamte				1,56	***	+
Angestellte				1,86	***	+
Arbeiter				1,25	***	+
Azubis				1,38	***	+
Soldaten, Wehr-, Zivildienst				2,68	***	+
Arbeitslos				1,29	***	+
Schichtarbeit				1,30	***	+
Einkommensarmut						
Haushaltstyp					Referenzkategorie	
Paar mit Kind(ern)				1,10	***	+
Paar ohne Kinder				1,59	***	+
Alleinerziehend				1,56	***	+
Alleinlebend				1,31	***	+
Sonstiger Haushaltstyp						
N	432.411			432.411		
Pseudo R ² (Cox & Snell's)	0,074			0,116		

*** p<0,001, ** p<0,01, * p < 0,05, n.s.nicht signifikant
Datensatz: Mikrozensus 2005

Tabelle 62

Logistisches Regressionsmodell zum Gesundheitsrisikofaktor Adipositas						
abhängige Variable: "Adipositas" (0 = BMI > 35, 1 = BMI > 35) unabhängige Variablen:	Modell 1			Modell 2		
	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt	Odds Ratio	Signifikanz	Effekt
Geschlecht (Ref. Kategorie: männlich)						
männlich	Referenzkategorie			Referenzkategorie		
weiblich	0,85	***	-	0,86	***	-
Altersvariale						
Alter	1,02	***	+	1,02	***	+
Migrationsmerkmale						
ohne Migrationshintergrund	Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Migrationserfahrung	1,31	***	+	1,09	***	+
Migrationshintergrund, keine eigene ME	1,01	n.s.	0	0,88	**	-
Schulabschluss						
kein Schulabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Hauptschulabschluss	0,74	***	-	0,74	***	-
Realschulabschluss	0,54	***	-	0,54	***	-
Abitur	0,36	***	-	0,36	***	-
Berufsabschluss						
kein Berufsabschluss	Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Lehrausbildung, Berufsfachschule	1,00	n.s.	0	1,00	n.s.	0
Meister-, Techniker-, Verwaltungshoch-, Fachschule	1,05	*	+	1,05	*	+
Fachhochschulabschluss, Universitätsabschluss	0,92	**	-	0,92	**	-
Erwerbsstatus						
Nichterwerbsperson	Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Selbstständige, Mithelfende Angehörige	0,99	n.s.	0	0,99	n.s.	0
Beamte	0,95	n.s.	0	0,95	n.s.	0
Angestellte	0,89	***	-	0,89	***	-
Arbeiter	1,17	***	+	1,17	***	+
Azubis	0,45	***	-	0,45	***	-
Soldaten, Wehr-, Zivildienst	0,46	***	-	0,46	***	-
Arbeitslos	1,37	***	+	1,37	***	+
Schichtarbeit	1,14	***	+	1,14	***	+
Einkommensarmut	1,21	***	+	1,21	***	+
Haushaltstyp						
Paar mit Kind(ern)	Referenzkategorie			Referenzkategorie		
Paar ohne Kinder	1,02	n.s.	0	1,02	n.s.	0
Alleinerziehend	1,00	n.s.	0	1,00	n.s.	0
Alleinlebend	0,86	***	-	0,86	***	-
Sonstiger Haushaltstyp	1,07	*	+	1,07	*	+
N	399.666			399.666		
Pseudo R ² (Cox & Snell's)	0,016			0,031		

*** p < 0,001, ** p < 0,01, * p < 0,05, n.s. nicht signifikant
 Datensatz: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus 2005

4. Zitierte Literatur

- Atkinson, T. et al. (2001): Indicators for Social Inclusion in the European Union, Brüssel.
- Baumert, J./ Stanat, P./ Watermann, R. (Hrsg.) (2006): Herkunftsbedingte Disparitäten im Bildungswesen. Differenzielle Bildungsprozesse und Probleme der Verteilungsgerechtigkeit. Vertiefende Analysen im Rahmen von PISA 2000. VS Verlag.
- Berger-Schmitt, R.; Jankowitsch, B. (1999): Systems of Social Reporting: The State of the Art, Mannheim.
- Bundesministerium des Inneren und Bundesministerium der Justiz (Hrsg.) (2006): 2. Periodischer Sicherheitsbericht.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2009): Berufsbildungsbericht 2009.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (2008): Berufsbildungsbericht 2008.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2007): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland 2006.
- Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2007): 7. Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland.
- Die Bundesregierung (2007): Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – Neue Chancen.
- Engels, D. (2008): Lebenslagen in: Maelicke, B. (Hrsg.), Lexikon der Sozialwirtschaft, Nomos Baden-Baden.
- Engels, D. (2008): Gestaltung von Politik und Gesellschaft. Armut und Reichtum an Teilhabechancen. Gutachten zur Vorbereitung des 3. Armuts- und Reichtumsberichtes.
- Gensicke, T./ Picot, S./ Geiss, S. (2005): Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999-2004. Ergebnisse der repräsentativen Trenderhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement.
- Glatzer, W.; Zapf, W. (1984): Lebensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt.
- Geiss, Sabine und Thomas Gensicke (2005): Freiwilliges Engagement von Migrantinnen und Migranten. Vertiefungsbericht in: Gensicke, T./ Picot, S./ Geiss, S.: Freiwilliges Engagement in Deutschland 1999–2004. Herausgegeben vom Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.
- Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2008a): Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Migration und Gesundheit.

- Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2008b): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Kinder- und Jugendgesundheitssurvey (KiGGS) 2003 – 2006: Kinder und Jugendliche mit Migrationshintergrund in Deutschland.
- Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2006): Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Gesundheit in Deutschland.
- Robert-Koch-Institut (Hrsg.) (2005): Beiträge zur Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Armut, soziale Ungleichheit und Gesundheit. Expertise des Robert Koch-Instituts zum 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung.
- Rollmann, A.: Was ist an mir exotisch? Bundestagsabgeordnete mit Migrationshintergrund, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Das Parlament Nr. 03 / 15.01.2007
- Statistisches Bundesamt (2007): Bevölkerung mit Migrationshintergrund - Ergebnisse des Mikrozensus 2007 - Fachserie 1 Reihe 2.2
- TSN Infratest (2008): Weiterbildungsbeteiligung in Deutschland – Eckdaten zum BSW-AES 2007
- Weisser, G. (1956): Wirtschaft, in: W. Ziegenfuss (Hrsg.), Handbuch der Soziologie.

